DER SPIEGEL

Nr. 50/9.12.96 - 5,00 DM

Pflegeversicherung:
Das große Debakel



Agenten-Krimi
Mauss/
Schmidbauer

Männer ohne Gesetz

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

Betr.: Belgrad, Schwedt, Houston

Es ist ein seltsames Gemenge von explosiver Spannung und demokratischem Happening, was sich dort auf Belgrads Straßen bewegt. SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann marschierte letzte Woche mit den Massen, die Tag für Tag gegen das Zwangsregime des Slobodan Milošević demonstrierten (Seite 160), und er war dabei, als der von den Machthabern abgeschaltete Radiosender B 92 wieder in Betrieb ging. Eine erste Sendung wurde, weil das Netz noch nicht funktionierte, einfach mit Lautsprechern durch die geöffneten Fenster nach draußen geschickt. Milošević, beurteilt der demokratisch gewählte, aber von der Regierung abgeblockte Belgrader Bürgermeister Zoran Djindjić in einem Interview mit SPIEGEL-Korrespondentin Renate Flottau die Lage, „beginnt die Nerven zu verlieren“ (Seite 162). Djindjić, der in Deutschland studierte, nahm sich für Flottau viel Zeit: Er sei, so erläuterte der populäre Oppositionelle, seit langem ein begeisterter SPIEGEL-Leser – ging zum Schreibtisch und zog zwecks Beweises eine Handvoll SPIEGEL-Hefte hervor.

Daß die kritischen Beiträge des SPIEGEL-Redakteurs Stefan Berg und des ostdeutschen Schriftstellers Peter Wawerzinek über die brandenburgische Stadt Schwedt („Ein Ort – nicht zum Leben“) im Heft 47 bei vielen Bewohnern der uckermärkischen Einöde Protest auslösen würden, war selbstverständlich zu erwarten. „Entrüstung im Rathaus“, notierte der *Landeskurier*, und in einer schriftlichen Erklärung befand der Bürgermeister: „Die Stadt ist schockiert, schreit um Hilfe.“ Landesvater Stolpe sprach von einem Gewaltakt an einem „kleinen Pflänzchen“, das nun zertrampelt worden sei, und bei der *Märkischen Oderzeitung* gingen massenhaft Leserbriefe empörter Schwedter ein. Autor Berg, eingeborener Ossi und von westlichem Hochmut nicht angekränkelt, hat die zustimmenden Anrufe (etwa von den Opfern der Schwedter Skinheads) allerdings nicht gezählt. Zu der Kritik will er etwas sagen: gemeinsam mit Schriftsteller Wawerzinek sowie weiteren SPIEGEL-Redakteuren bei einer öffentlichen Diskussion am Donnerstag dieser Woche im Foyer der „Uckermärkischen Bühnen“ zu Schwedt.



K. MEHNER

Berg

Es ist ein bizarres und schauriges Feld, auf dem Dr. med. Joye Maureen Carter Karriere gemacht hat. SPIEGEL-Korrespondent Jürgen Neffe beobachtete in Houston die erste schwarze Chefpathologin Amerikas während der Arbeit: Analyse der Todesursache bei mißhandelten Kindern und vergifteten Greisen, bei den hingerichteten Mitgliedern von Jugendgangs und ein paar anderen Tausend, die pro Jahr gewaltsam ums Leben kommen. Neffe registrierte „ein Bild vom hilflosen Selbsthaß einer ebenso verrohten wie verunsicherten Gesellschaft“, und wie es da zugehen kann, erlebte er eines Morgens um sechs, als er mit einem der Ermittler von Joye Carter in eine Wohnanlage der Texas-Metropole fuhr. In seinem Blut lag dort der Student Jefferson Todd, 32, getroffen von fünf Kugeln aus der Pistole eines Mitbewohners. Todd hatte sich bei dem Nachbarn über nächtlichen Partylärm beschwert und dabei den Fehler gemacht, eine (ungeladene) Pistole auf den Krachmacher zu richten. „Todesursache Dummheit“, heißt das im Expertenjargon (Seite 182).

INHALT

TITEL

Die Agenten des Kanzlers – das dubiose Duo Schmidbauer/Mauss 30
Hans-Jürgen Wischnewski über Schmidbauers Missionen 32
Mauss-Karriere: Der Aufstieg vom Staubsaugervertreter zum Top-Agenten 36
Ex-BND-Chef Hans-Georg Wieck über Privatdetektive im staatlichen Auftrag 38
Wie der SPIEGEL Geiselbefreier Mauss in Aktion beobachtete 41
Im Geschäft um Entführungen dominiert eine Firma in London 42
Drogenstaat Kolumbien 46

DEUTSCHLAND

Panorama 16
Terrorismus: RAF-Fahndung erweist sich als Fiasko 22
Finanzen: Umrisse der Steuerreform werden sichtbar 25
Bundestag: Proteste gegen Abstimmungen per Computer 28
Gesundheitspolitik: Antibiotikum für Tiere erweist sich als tödliches Risiko für Menschen 29
Militärpolitik: Rühes Salami-Taktik in Bosnien 52
Kommunen: Mangelnde Zahlungsmoral bringt Handwerker in Existenznot 58
Parteien: SPIEGEL-Gespräch mit NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement über Zukunftsstrategien der SPD 61
Steinkohle: Hajo Schumacher über die Kumpel in Herten und die Gefühlslage in der größten Bergbaustadt Westeuropas 70
Länder: Die reichen wollen den armen Bundesländern die Zuschüsse kürzen 76
Umwelt: Dreck aus Tschechien läßt Sachsens Bäume sterben 83
Lehrer: West-Berliner klagten erfolgreich gegen Ost-Kollegen 86
Verbrechen: Das späte Geständnis des Oetker-Entführers 89

WIRTSCHAFT

Trends 91
López-Affäre: VW hofft auf den Kanzler 92
Interview mit Opel-Aufsichtsratschef Hans Wilhelm Gäb über eine mögliche Einigung 94
Konzerne: Viag droht ein Flop im Telefon-Geschäft 96
Tarifparteien: SPIEGEL-Gespräch mit dem künftigen BDA-Präsidenten Dieter Hundt über die Lohnfortzahlung und den Streit im Arbeitgeberlager 99
Verlage: Wer übernimmt die *Süddeutsche*? 103
Medien 106
Pflegeversicherung: Blüms Reform erstickt in Chaos und Unzulänglichkeiten 108
Das Abrechnungssystem lockt Betrüger 113
Von Verwandten betreute alte Menschen werden häufig mißhandelt 119
Werbung: Männer protestieren gegen Busen-Reklame 141

GESELLSCHAFT

Holocaust: Henryk M. Broder über die abenteuerliche Lebensgeschichte einer Jüdin 144
Vereine: Darf ein Pornodarsteller Mitglied eines Golfklubs sein? 148

Zwei RAF-Aussteigerinnen warten

Seite 22



ACTION PRESS

Herrhausen-Attentat (1989)

Als der Ermittlungsrichter den als vermeintlichen Herrhausen-Mörder und RAF-Terroristen gesuchten Christoph Seidler freiließ, beschwerte sich die Witwe des Bankiers beim Bundeskanzler. Doch das Aussteigerprogramm wird fortgeführt, weil sich in der nächsten Zeit auch die angeblichen RAF-Mitglieder Barbara Meyer und Sabine Callsen stellen wollen.

Eine Chance ohne Kohle?

Seiten 61, 70

In Herten bangen 7700 Kumpel – eine der beiden Zechen soll geschlossen werden. Familien, deren Männer seit Generationen unter Tage arbeiteten, sehen keine Zukunft. NRW-Wirtschaftsminister Clement glaubt, die Krise mit einer Politik der Kooperation bewältigen zu können, die er „rheinischen Kapitalismus“ nennt.



S. ZUDER / BILDERBERG

Zeche in Herten

VW sucht Verbündete

Seite 92



J. H. DARCHINGER

Schröder, Piëch

In der López-Affäre will Volkswagen den Kanzler um Hilfe bitten: Helmut Kohl soll mit Präsident Bill Clinton über eine Einigung im Milliarden-Streit zwischen VW und dem US-Konzern General Motors reden.

Zlofs spätes Geständnis

Seite 89

Jahrelang beteuerte er seine Unschuld, doch jetzt hat der Münchner Dieter Zlof beschrieben, wie er 1976 den Industriellen-Sohn Richard Oetker entführt und gequält hat. Nun suchen Fahnder nach Lösegeld-Millionen und Komplizen. Es sind nur noch Tage bis zur Verjährung.

Clintons starke Frau

Seite 164

Anders als der in Deutschland geborene Henry Kissinger spricht Amerikas neue Außenministerin Madeleine Albright, die als Marie Jana Korbel in Prag zur Welt kam, ohne erkennbaren Akzent – dafür aber unmißverständlich. Die willensstarke Politikerin ist auch den Rechten willkommen, weil sie als Uno-Botschafterin die herausragende Stellung der Weltmacht USA mit drastischen Worten unterstrichen hat. Ihr neuer Job erklärt sich allerdings auch daraus, daß Präsident Clinton vor allem von Frauen wiedergewählt wurde, bei denen er sich mit dieser Ernennung bedankt.



AP

Albright

Attacke aus Frankreich

Seite 172

Als „Hohenpriester“ des Neoliberalismus attackiert der französische Soziologe Pierre Bourdieu im SPIEGEL-Gespräch den deutschen Bundesbank-Präsidenten Hans Tietmeyer. Wenn die EU-Staaten sich nicht zur Wehr setzten, drohten Zustände wie in Chicago oder Harlem.

Brecht trifft Hitler

Seiten 231, 234

Eine bisher unbekannte Erzählskizze von Bertolt Brecht wurde in einem Berliner Archiv entdeckt. Die Anekdote aus dem Jahr 1942, die der SPIEGEL erstmals publiziert, schildert eine frühe Begegnung Brechts mit „einem gewissen Adolf Hitler“ in München und würdigt den Diktator als Schauspieler.





AKG

Brecht

Hitler

Schamanen-Kult in der Eiszeit

Seite 196



MAURITIUS

Wandbild in der Höhle von Lascaux

Geheimnisvoll angeordnete Bärenschädel, traumartige Tierdarstellungen und surrealistisch in den Fels geritzte Fabelwesen – neueste Funde aus eiszeitlichen Höhlen zeigen ein Repertoire wie aus den Skizzenblöcken moderner Künstler. Archäologen wagen eine unerwartete Deutung der urzeitlichen Bildergrotten – als Tempel religiöser Frühmenschen und Stätten schamanischer Rituale.

Fernsehen: SPIEGEL-Gespräch mit Sat-1-Programmchef Fred Kogel über Gottschalk, Schreinemakers und den Kampf um die Marktführerschaft 150

AUSLAND

Panorama Ausland 156
Serbien: Milošević weicht zurück 160
Interview mit Oppositionsführer Zoran Djindjić über die Protestbewegung in Belgrad 162
Diplomatie: Carlos Widmann über die neue US-Außenministerin Madeleine Albright 164
Zaire: Siegeszug der Rebellen 168
Österreich: Kranker Präsident, gelähmte Regierung 171
Frankreich: SPIEGEL-Gespräch mit dem Soziologen Pierre Bourdieu über die Bundesbank und den Neoliberalismus 172
Schweiz: Schlachtprogramm gegen Rinderwahnsinn 180
USA: Jürgen Neffe über Amerikas erste schwarze Chefpathologin und ihre Arbeit im waffenvernarrten Texas 182
Polen: Umstrittene Wolfsjagd 190

WISSENSCHAFT

Prisma 193
Archäologie: Schamanen-Kult in Eiszeithöhlen 196
Naturschutz: Deutsche Öko-Helfer scheitern in Zentralafrika 207
Weltraum: Wasser auf dem Mond? 212

TECHNIK

Energie: Rechtsunsicherheit bremst Windkraftwerke 201
Automobile: Kleinwagen von Mercedes mit neuem Sicherheitskonzept 214

KULTUR

Buchmarkt: Boom für Esoterik-Titel 218
SPIEGEL-Gespräch mit dem Ethnologen Hans Peter Duerr über die Sehnsucht nach dem Irrationalen 222
Film: „Basquiat“ von Julian Schnabel 226
„Der Club der Teufelinnen“ von Hugh Wilson 228
Fernsehen: Mit der Filmreihe „German Classics“ feiert Sat 1 die fünfziger Jahre 229
Literatur: In Berlin wurde eine unbekannte Erzählung von Bertolt Brecht entdeckt 231
Bertolt Brecht über Adolf Hitler 234
Bestseller 232
Szene 238
Musik: Orchesterkrieg in München 242
Fernseh-Vorausschau 254

SPORT

Fußball: SPIEGEL-Gespräch mit Bundestrainer Berti Vogts über sein Selbstbewußtsein, Spielerfrauen und die Defizite deutscher Fußballklubs 244
Tennis: Michael Grafs TV-Film über seine Schwester Steffi 248

Briefe 7
Impressum 14
Register 250
Personalien 252
Hohlspiegel/Rückspiegel 258

Werbeseite

Werbeseite

Unglückliche Kreatur

(Nr. 48/1996, Titel: Der entzauberte Prinz Kaspar Hauser – Gen-Forscher lösen ein Jahrhundert-Rätsel)

Wer seines Nachbarn Unterhose als Mütze nimmt, muß mit Erkenntnissen rechnen, sagt der Rheinische Hausfreund. Die Wahrheit über Kaspar Hauser ist so langweilig wie das Badische Haus. Ihre Unterhosenforschung übersieht die individuellen und kollektiven Phänomene des Hauser-Mythos: Jedes Kind träumt in Phasen der Ablösung von königlicher oder göttlicher Abstammung, und in Baden identifizierte sich das unterdrückte und verarmte Volk mit Kaspar Hauser. Die Verschmelzung dieser Empfindungen gebar den Hauser-Mythos. Auch der Nachweis, Hauser war Thronfolger, wäre bedeutungslos, gemessen an seinem Symbolwert. Kaspar Hauser ist und



ULLSTEIN

Hauser-Radierung
Der Mythos lebt weiter

bleibt das Symbol der Badischen Revolution.

Baden-Baden
OTTO JÄGERSBERG
Kaspar-Hauser-Erbengemeinschaft

Die von Ihnen dargestellte Untersuchung hat auch für mich zweifelsfrei ergeben, daß das untersuchte Blut nicht von einem badischen Erbprinzen stammt. Mit dieser Untersuchung ist für mich jedoch nicht bewiesen, daß dieses Blut von Kaspar Hauser stammt. Bis zu diesem Beweis lebt der „Mythos“ für mich weiter.

Gottmadingen (Bad.-Württ.)
ROLAND LINDENTHAL

Wenn der Großherzog Karl von Baden einen Jungen zeugte, dann war das Resultat der Zeugung ein Prinz von Baden. Das konnte er (sofern er konnte) mit jeder fruchtbaren Frau tun. Die Analyse über ein Frauen-Gen der Stéphanie schließt doch nur aus, daß nicht sie diese Frau war. Karl von Baden hatte keine Notwendigkeit, zum Sohnesmörder zu werden, er konnte seinen unerwünschten Sohn auch unerkannt verkommen lassen.

Reinach (Schweiz)
FRITZ NUSSBAUMER

Leider können diese aufwendigen Analysen nur beweisen, wer Kaspar Hauser nicht war. Wer er tatsächlich gewesen ist und woher er kam, bleibt weiter im dunkeln.

Heidelberg
ILSE GOLDSCHMIDT

Mag die Wahrscheinlichkeit noch so groß sein, daß die untersuchte Hose Kaspar Hauser gehörte (und das Blut darauf tatsächlich seines ist), einen Beweis dafür bleibt der Bericht notgedrungen schuldig. An der Hauser-Geschichte haben schon zu dessen Lebzeiten die verschiedensten Interessenvertreter gedreht, gerade jene, die die Prinzentheorie fürchten mußten. Warum also nicht auch bei der Kleidung, die gleich nach seinem Tod für Jahrzehnte (scheinbar) unbeachtet in einem Gerichtsschrank verschwand. Die Gebeine Kaspar Hausers liegen auf dem Ansbacher Friedhof. Eine DNS-Analyse könnte Klarheit schaffen. Gibt es genetische Gemeinsamkeiten mit dem Blutfleck, so untermauert das die jüngsten Forschungsergebnisse; jede weitere Kritik erübrigt sich. Wenn nicht, wäre die Analyse mit den Blutproben der beiden Baden-Nachkommen abzugleichen. Vielleicht wird die Geschichte dann doch noch mal spannend.

Bühl (Baden)
GREGOR GLÖCKNER

Der DNS-Test hat den Glaubenskrieg zum Kaspar Hauser nicht erhellt und schon gar nicht beendet. Die DNS-Wissenschaftler haben lediglich in einer PR-Aktion herausgefunden, daß die in Ansbach aufbewahrte Hose nicht mit Stéphanie de Beauharnais verwandt ist. Daß die Hauser-Hose auch schon einmal in einem versperrten Schrank des Schlosses verwahrt und bei einer Berliner Polizeiausstellung gezeigt wurde, sagt noch wenig über ihre Authentizität aus. Ich würde jetzt versuchen herauszufinden, ob wenigstens das 1812 in der badischen Fürstengruft beigesetzte (angebliche) großherzogliche Prinzchen ohne Namen mit Stéphanie von Baden verwandt war. Das wäre ein glaubwürdiges Indiz dafür, daß Kaspar Hauser nicht der badische Erbprinz war.

Bad Homburg
WALTER MORETH

Wirklich tragisch am Fall Kaspar Hauser ist meines Erachtens, daß er ein Modellfall des pädagogischen Versagens darstellt. Keine historische Entwicklungsgeschichte ist derart gut dokumentiert wie die Kaspar Hausers in der Zeit zwi-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

schen 1828 und 1833. Trotz einer Gruppe wohlwollender Bezugspersonen wurde aus dem anfangs zutraulichen und unbefangenen jungen Mann eine ängstliche, von Vorahnungen und Zweifeln heimgesuchte, nach echten Bindungen suchende Person.

Insheim (Rhld.-Pf.) PROF. DR. ERICH RENNER

Was trotz allem bleibt, ist das Interesse an Kaspar, dieser unglücklichen Kreatur. In der Literatur des 20. Jahrhunderts – und nicht nur in der deutschen – ist Kaspar Hauser zum Sinnbild, ja sogar zum vieldeutigen Symbol des modernen Menschen geworden; sei es, daß Philosophen sein Geworfensein in eine unbegreifliche fremde Welt existentialistisch betrachten, sei es, daß Dichter und Schriftsteller seine soziale Außenseiterrolle und seine Sprachlosigkeit als elementaren Präzedenzfall ihrer eigenen thematisierten. Hinzu kommt seine Tauglichkeit als Symbol für die Sinnlosigkeit menschlichen Lebens und Sterbens sowie seine Opferlamm-Funktion. Nur in diesem letzten Punkt mögen die Untersuchungen einigermaßen verdienstvoll sein: Wir wissen jetzt (höchstwahrscheinlich), daß er nicht für die dynastischen Interessen eines deutschen Duodezfürstentums geopfert wurde. Und wir wissen, was die famose Gen-Analyse alles kann. Der Fall Kaspar Hauser aber bleibt. Und es bleiben natürlich auch solche epochalen Meisterwerke wie zum Beispiel Trakls „Kaspar Hausers Lied“.

Köln ALFRED HOFFMANN

Mit den Ergebnissen der DNS-Analyse dürfte die Prinzentheorie wohl ad acta gelegt sein. Doch in einem irren Sie gewaltig: Entzaubert wird Kaspar Hauser dadurch mitnichten. Das mythische Potential und die psychologische Wahrhaftigkeit dieser Figur sind zu groß. Seine Geschichte wird auch in Zukunft unvermindert die Gemüter – insbesondere der Literaten und Künstler – beschäftigen und dort die schönsten Blüten treiben.

Princeton (USA) ULRICH STRUVE

„Sterbt lieber aus!“

(Nr. 48/1996, Familie: Kommt die Sonderabgabe für Kinderlose?)

Wirtschaftlich gesehen schadet es, mit Kindern zu leben: Die Altersversorgung des erziehenden Elternteils ist durch die reduzierte Erwerbstätigkeit meist schlecht. Der Marktwert als Arbeitskraft ist sehr erheblich verringert. Und der Barunterhalt für die Kinder schmälert das verbleibende Pro-Kopf-Einkommen. Kinder zu haben – wo man sich heute frei dafür oder dagegen entscheiden kann – ist die reinste wirtschaftliche Unvernunft.

Kirchzarten (Bad.-Württ.) MANFRED SCHREIBER

Kinder zahlen im Rahmen des Generationenausgleichs die Renten – auch die der Kinderlosen. Besonders hohe (Renten-)Beiträge zahlen die Beschäftigten, die selbst keine Kinder haben. Sie können konstant an Entwicklung und Karriere arbeiten. Ob diese hochbesteuerte Klientel finanziell immer bessergestellt ist als kinderreiche Familien/Erziehende, sei dahingestellt. Vernunft bei Lebens- und Familienplanung sollte von jedem erwartet werden können. Gründe für Kinderlosigkeit sind vielfältig, im Zeitalter der Globalisierung und weltweiter Überbevölkerung zumindest diskussionswürdig. Statt Kinderlose zur Kasse zu bitten, sollte der Gesetzgeber Solidarität von der Bevölkerungsgruppe einfordern, die auf Kindergeld leicht verzichten kann.



M. VOLLMER

Kinderreiche Familie: Wirtschaftliche Unvernunft?

Mörfelden-Walldorf (Hessen) BETTINA STOCK

Eltern zahlen seit Jahrzehnten eine Kinderstrafsteuer, weil sie den tatsächlichen Kindesunterhalt nicht einkommensteuerfrei gestellt bekommen, und sie zahlen indirekte, vor allem Umsatzsteuern auf den Kindesunterhalt. Schließlich zahlen Eltern durch ihre Erziehungsleistung den alleinigen Beitrag zur späteren Altersversorgung. Denn die jetzt gezahlten Rentenbeiträge (der Eltern und Kinderlosen) gehen voll und ganz drauf für die Versorgung der jetzt alten Menschen.

Köln SIEGFRIED SCHMIDTKE

Seit Jahren zeigt sich der Trend zu mehr Single-Haushalten und abnehmender Kinderzahl. Anstatt diesem „Willen des Volkes“ Rechnung zu tragen, wird versucht, das überholte System des „Generationenausgleichs“ zu retten. Sind unsere

Werbeseite

Werbeseite

Politiker so träge, oder möchte man hier eine neue Geldquelle anzapfen? Sollte dies ein Glanzlicht deutscher Politik sein, kann man den Deutschen nur zurufen: „Sterbt lieber aus!“

Braunschweig A. PACHONICK

Eine Äußerung des katholischen Soziallehrers Oswald von Nell-Breuning: „Der Schlüssel zur Altersversorgung liegt nicht in der Geldrechnung; er liegt in der biologischen Struktur des Volkskörpers.“ Immer weniger Kinder werden von immer mehr kinderlosen Rentnern belastet – ein Unrecht, das auf Dauer nicht fortbestehen kann und darf. Die Geburtenrate könnte man durch Einführung eines Reproduktionsfaktors bei zukünftigen Renteneingängen beeinflussen, zum Beispiel: Die Hälfte der Rente wird wie bisher festgesetzt und der andere Teil kinderzahl- oder kinderleistungsbezogen ermittelt.

Leopoldshöhe (Nrdrh.-Westf.) FRANZ HARDER

Terroristen und Chinesen

(Nr. 48/1996, Bundeswehr: Schwere Ausbildungsmängel bei den Offizieren des Heeres)

Es gab im Jahr 1990 keine „Vereinigung“ der Bundeswehr mit der Nationalen Volksarmee. Die NVA ist aus gutem Grund aufgelöst worden, etwa 50 000 frühere Zeit- und Berufssoldaten der NVA sind dann von der Bundeswehr weiterverwendet worden. Ein Teil von ihnen wurde nach einer Probezeit von zwei Jahren und einer individuellen Auswahl durch Personalgutachterausschüsse als längerdienende Zeit- oder Berufssoldaten von der Bundeswehr übernommen.

Bonn HANS-DIETER OVERWEG

Bei Ihrem Zustandsbericht über die Bundeswehr habe ich herzhaft gelacht. Das kommt mir alles sehr vertraut vor. Mein russischer Granatwerfer, den ich 18 Monate lang für die Nationale Volksarmee zwischen 1972 und 1974 durch den Sand um Berlin schieben mußte (80 Prozent der Lkw sprangen nie an), war von 1938. Bei Übungen haben wir auch rückwärts geschossen, weil die Offiziere die Karten verkehrt herum hielten. Ich habe nur gebetet, daß das alte Rohr mir nicht um die Ohren fliegt. „Ehe wir hier aus dem Knick kommen, verteilt die Bundeswehr an die Kantine Kaugummi“, hieß es immer. Die Sorge war wohl unbegründet. Da ist zusammengewachsen, was zusammengehört.

Ingersleben (Thüringen) RUDOLF HEYM

Aus meiner Erfahrung heraus kann ich sagen, daß die meisten Vorgesetzten Zivilversager sind – kleine Wichtigtuer mit Hang zum auffälligen Schreien. Oft probieren sie sich auch als Rambo-Verschnitt. Von solchen Führern bekommt man abstruse Feindbilder gelehrt: Terroristen und Chinesen stehen momentan hoch im Kurs. Vor allem wirkt der Schützengraben im Zeitalter von Internet und Wirtschaftskriegen wohl eher antiquiert, darf doch nur im Verteidigungsfall auf deutschem Boden agiert werden. Oder dürfen unsere Kameraden erneut im Felde mitmischen?

Frankfurt (Oder) BJÖRN LEICHSENRING



K. MEHNER

Bundeswehrsoldaten im Manöver: Kaugummi in der Kantine



P /F / H

Kulturzentrum Tacheles: Lediglich Trockenmieter

Ungeheizte Ateliers

(Nr. 47/1996, Alternative: Kulturzentrum Tacheles in Berlin vor der Zwangsräumung?)

Wer behauptet, dem Tacheles gehe es nur um Subventionen, ohrfeigt alle, die durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit das Projekt überhaupt erst möglich gemacht haben und machen. Ein „auskömmliches Künstlerleben“ im Kunsthaus besteht immer noch aus Arbeit in ungeheizten Ateliers. Nebenbei muß oft genug Geld verdient werden. Das ist nun einmal die Grundlage kreativen Handelns. Das hauseigene Café Zapata ist eine tragende Säule des Kunsthauses. Daß Mitgründer Ludwig Eben von seiner ABM-Stelle, soweit es ihm möglich ist, Künstler im Tacheles unterstützt, können wir nicht anstößig finden. Eine Renovierung der Kunstruine durch den Fundusfonds ist kein Geschenk an das Tacheles. Innerhalb eines 10-Jahre-Abkommens fällt dem Tacheles lediglich die Rolle eines Trockenmieters zu. Oder ist die Privatisierung eines öffentlichen Raumes durch den Abschreibungsfonds gewünscht?

Berlin ILIA CASTELLANOS
Kunsthaus Tacheles

Zurücklächeln kostet Energie

(Nr. 48/1996, Manieren: Benimmbuch-Autor C. Bernd Sucher und das Pop-Trio „Tic Tac Toe“ streiten über Höflichkeit)

Habe ich eine Einladung ausgesprochen, können nur Krankheit oder sonstige unvorhergesehene triftige Gründe als Entschuldigung angesehen werden. Kein Recht habe ich dazu, anderen einen Tag oder Abend – aus einer Laune heraus – zu vermiesen, auf den sie sich vorbereitet und gefreut haben. Gutes Benehmen bedeutet vor allem, die absolute Ichbezogenheit und damit den puren Egoismus aufzugeben. Respektlosigkeit respektive Taktlosigkeit, Verletzung anderer Gefühle (keinesfalls kann ich sie mit meinen gleichsetzen) als empfehlenswerte Umgangsform dahinzustellen, nenne ich charakter- und geschmacklos.

Waldbröl-Bettenhagen (Nrdrh.-Westf.)
PETER H. V ALVENSLEBEN

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL

20457 Hamburg, Brandstwiete 19, Telefon (040) 3007-0
Telefax (040) 3007-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion), -2898 (Vertrieb), -2829 (Anzeigen), -2966 (Leserdienst)
Internet: http://www.spiegel.de · E-Mail: 74431.736 @ compuserve.com
CompuServe: Go SPIEGEL · E-Mail: 74431,736 . T-Online: *SPIEGEL#

HERAUSGEBER: Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR: Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE: Joachim Preuß, Dr. Dieter Wild

REDAKTION: Karen Andresen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Ulrich Booms, Dr. Hermann Bott, Klaus Brinkbäumer, Henryk M. Broder, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Dieter Degler, Dr. Martin Doerry, Frank Dohmen, Anke Dürr, Adel S. Elias, Marco Evers, Nikolaus von Festenberg, Dr. Erich Follath, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Dr. Hans-Ulrich Grimm, Johann Grolle, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Peter Heinlein, Martina Helmerich, Hans Hielscher, Wolfgang Höbel, Heinz Höfl, Clemens Höges, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Ulrich Jaeger, Hans-Jürgen Jakobs, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Dr. Stefan Klein, Petra Kleinau, Sebastian Knauer, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Hans Leyendecker, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Klaus Madzia, Armin Mahler, Georg Mascolo, Matthias Matussek, Gerhard Mauz, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Joachim Mohr, Reinhard Mohr, Bettina Musall, Dr. Christian Neef, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Detlef Pypke, Dr. Rolf Rietzler, Anuschka Roshani, Dr. Fritz Rumler, Dr. Johannes Saltzwedel, Karl-H. Schaper, Ulrich Schäfer, Marie-Luise Scherer, Christoph Scheuring, Michaela Schießl, Heiner Schimmöller, Roland Schleicher, Michael Schmidt-Klingenberg, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Sylvia Schreiber, Bruno Schrep, Helmut Schümann, Matthias Schulz, Birgit Schwarz, Ulrich Schwarz, Dr. Jürgen Scriba, Birte Siedenburg, Dr. Stefan Simons, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Olaf Stampf, Gabor Steingart, Hans-Ulrich Stoldt, Peter Stolle, Barbara Supp, Thomas Tuma, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Dr. Manfred Weber, Susanne Weingarten, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Peter Wensierski, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Christian Wüst, Peter Zobel, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND: Berlin: Wolfgang Bayer, Petra Bornhöft, Markus Dettmer, Jan Fleischhauer, Uwe Klußmann, Jürgen Leinemann, Claus Christian Malzahn, Walter Mayr, Harald Schumann, Michael Sontheimer, Kurfürstenstraße 72 – 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10 · **Bonn:** Winfried Didzoleit, Manfred Ertel, Dr. Olaf Ihlau, Dirk Koch, Ursula Kosser, Dr. Paul Lersch, Elisabeth Niejahr, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Hajo Schumacher, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 267 03-0, Telefax 21 51 10 · **Dresden:** Stefan Berg, Christian Habbe, Andreas Wassermann, Königsbrücker Str. 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 567 02 71, Telefax 567 02 75 · **Düsseldorf:** Ulrich Bieger, Georg Bönisch, Karl-Heinz Büschemann, Richard Rickelmann, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 8 66 79-01, Telefax 8 66 79-11 · **Erfurt:** Felix Kurz, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 3 74 70-0, Telefax 3 74 70-20 · **Frankfurt a. M.:** Peter Adam, Wolfgang Bittner, Annette Großbongardt, Rüdiger Jungbluth, Christoph Pauly, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 71 71 81, Telefax 72 17 02 · **Hannover:** Ansbert Kneip,Rathe-naustraße 16, 30159 Hannover, Tel. (0511) 32 69 39, Telefax 32 85 92 · **Karlsruhe:** Dr. Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 225 14, Telefax 276 12 · **München:** Dinah Deckstein, Annette Ramelsberger, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 41 80 04 25 · **Schwerin:** Ralf Klassen, Spieltordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 557 44 42, Telefax 56 99 19

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND: Bangkok: Andreas Lorenz, 49 Soi Inthamara 13, Suthisarn Road, Bangkok 10400, Tel. (00662) 271 17 12, Telefax 616 96 69 · **Basel:** Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 283 04 74, Telefax 283 04 75 · **Belgrad:** Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 66 99 87, Telefax 66 01 60 · **Brüssel:** Heiko Martens, Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 230 61 08, Telefax 231 14 36 · **Jerusalem:** Jürgen Hogrefe, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe, Jerusalem 94103, Tel. (009722) 6245755, Telefax 624 05 70 · **Johannesburg:** Almut Hielscher, Royal St. Mary's, 4th Floor, 85 Eloff Street, Johannesburg 2000, Tel. (002711) 333 18 64, Telefax 336 40 57 · **Kairo:** Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 360 49 44, Telefax 360 76 55 · **London:** Bernd Dörler, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044171) 379 85 50, Telefax 379 85 99 · **Moskau:** Reinhard Krumm, Jörg R. Mettke, Krutzkij Wal 3, Korp. 2, kw. 36, 109044 Moskau, Tel. (007095) 274 00 09/52, Telefax 274 00 03 · **Neu-Delhi:** Dr. Tiziano Terzani, 6-A Sujan Singh Park, New Delhi 110003, Tel. (009111) 469 72 73, Telefax 460 27 75 · **New York:** Dr. Jürgen Neffe, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. (001212) 221 75 83, Telefax 302 62 58 · **Paris:** Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 42 56 12 11, Telefax 42 56 19 72 · **Peking:** Jürgen Kremb, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. (008610) 65 32 35 41, Telefax 65 32 54 53 · **Prag:** Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (00422) 24 22 01 38, Telefax 24 22 01 38 · **Rio de Janeiro:** Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 275 12 04, Telefax 542 65 83 · **Rom:** Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (00396) 679 75 22, Telefax 679 77 68 · **Stockholm:** Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. (00468) 650 82 41, Telefax 652 99 97 · **Tokio:** Dr. Wieland Wagner, Daimachi 4-44-8, Hachioji-shi, Tokio 193, Tel. (0081426) 66-4994, Telefax 66-8909 · **Warschau:** Dr. Martin Pollack, Krzywickiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 25 10 45, Telefax 25 84 74 · **Washington:** Mathias Müller von Blumencron, Siegesmund von Ilsemann, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. (001202) 347 52 22, Telefax 347 31 94 · **Wien:** Dr. Hans-Peter Martin, Herrengasse 8 Top 100, 1010 Wien, Tel. (00431) 532 32 32, Telefax 532 32 32-10

ILLUSTRATION: Werner Bartels, Christel Basilon-Pooch, Renata Biendarra, Sabine Bodenhagen, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Martin Brinker, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Christiane Gehner, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Tiina Hurme, Claudia Jeczawitz, Antje Klein, Wolfgang Küster, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Cornelia Pfauter, Monika Rick, Chris Riewerts, Barbara Rödiger, Julia Saur, Detlev Scheerbarth, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Rainer Sennewald, Karin Weinberg, Doris Wilhelm, Monika Zucht
Titelfoto: W. Schüring (Schmidbauer)

SCHLUSSREDAKTION: Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Hunekuhl, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Christa Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Andreas M. Peets, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Terrorismus, Gesundheitspolitik, Titelgeschichte (S. 36, 42), Kommunen, Länder, Umwelt, Lehrer, Verbrechen, Pflegeversicherung (S. 113, 119): Heiner Schimmöller; für Finanzen, Bundestag, Titelgeschichte, Militärpolitik, Parteien: Dr. Gerhard Spörl; für Trends, López-Affäre, Konzerne, Tarifparteien, Verlage, Medien, Pflegeversicherung, Fernsehen (S. 150): Armin Mahler; für Titelgeschichte (S. 41, 46), Panorama Ausland, Serbien, Zaire, Österreich, Frankreich, Schweiz, Polen: Dr. Romain Leick; für Prisma, Archäologie, Energie, Naturschutz, Weltraum, Automobile: Jürgen Petermann; für Werbung, Buchmarkt, Fernsehen (S. 229), Literatur, Bestseller, Szene, Musik, Fernseh-Vorausschau: Dr. Mathias Schreiber; für Vereine, Fußball, Tennis: Alfred Weinzierl; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Thomas Bonnie; für Gestaltung: Volker Fensky; für Hausmitteilung: Hans Joachim Schöps; Chef vom Dienst: Horst Beckmann (sämtlich Brandstwiete 19, 20457 Hamburg)

DOKUMENTATION: Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Dr. Karen Eriksen, Cordelia Freiwald, Dr. André Geicke, Silke Geister, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Hauke Janssen, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Dr. Mechthild Ripke, Constanze Sanders, Petra Santos, Christof Schepers, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Claudia Siewert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Rainer Szimm, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Andrea Wilkens, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS: Irma Nelles

NACHRICHTENDIENSTE: AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom. Nachdruckgenehmigungen Deutschland, Österreich, Schweiz: Tel. (040) 3007 2972, Telefax 3007 2971; übriges Ausland: New York Times Syndication Sales, Paris: Tel. (00331) 4742 1711, Telefax 4742 8044

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Abonnenten-Service: Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, Tel. 0130-86 30 06, Telefax (040) 3007-2898, E-Mail: 100432,2737 @ compuserve.com
Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL, Postfach, CH-6002 Luzern, Tel.: (041) 3 17 33 99, Telefax: (041) 3 17 33 89
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 130,00, zwölf Monate DM 260,00, für Studenten (nur Inland) DM 182,00. Europa: zwölf Monate DM 369,20; außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,00; Schweiz: zwölf Monate sfr 260,00.

Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 1. Januar 1996
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG: Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE: Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $290.00 per annum. K.O.P.:German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.



ENGELMEIER

Höflichkeitsgeste Feuergeben*

Immer wieder neue Regeln

Beides, die Etikette, das Zurücklächeln, ebenso wie permanente Unhöflichkeit, kostet viel Energie. Die Jugend aber erfindet sich immer wieder neue Regeln, um in zwischenmenschlicher Zusammenarbeit existieren zu können. Dies ist sicher die bewährtere Methode als das Lesen der Handbücher des guten Benehmens.

St. Michael (Österreich) GREGOR KRIŠTOF

Bombastisch ordinär

(Nr. 48/1996, SPIEGEL-Gespräch mit Starfotograf Helmut Newton über seine Jugend, Emigration und Sex-Fetische)

Newton ist ein jugendlich unbekümmerter, amüsanter Plauderer. Seine Wertschätzung der Frau ist gering, aber ein echter Frauenfeind ist er nicht. Eher ein großer Junge, der gern mit großen Puppen spielt. Er nahm sich die künstlerische Freiheit, seine Modelle radikal an Leib und Seele zu entblößen. Und er machte aus seinen Modellen bombastisch ordinäre Statuen. Das ist für manche Männer ein willkommener, für die Feministinnen ein unerträglicher Anblick. Bei manchen Frauenfotografien fragt man sich, ob der Bildhauer Arno Breker – bewußt oder unbewußt – Newtons Vorbild ist. Auch das wäre eher amüsant als empörend.

Dorsten (Nrdrh.-Westf.) MARGARETE BRÜCKEN

* Filmszene aus „Frühstück bei Tiffany" mit Audrey Hepburn und Martin Balsam.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

In Heftmitte befindet sich ein 20seitiger Beihefter von Bodum, Kaltenkirchen. Inlandsauflage einschließlich der Postauflage, einschließlich Österreich und der Schweiz. Der Gesamtauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte der Mercedes-Benz AG, Stuttgart, beigeklebt. Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage vom Das Beste Verlag, Stuttgart, sowie von Morawa, Wien.

Werbeseite

Werbeseite



E. GRAMES / BILDERBERG

Brasilianischer Regenwald nach Brandrodung

Tropenwald

Alarmierende Zahlen

Das Tropenwaldprogramm der Bundesregierung ist offenbar gescheitert. Nach Auswertung neuerer Satellitenbilder gehen in der brasilianischen Amazonasregion jährlich 0,42 Prozent des Waldbestandes durch Brandrodung, Straßenbau oder Holzeinschlag verloren. Damit liegt die Zerstörungsrate nach einer vorübergehenden Besserung wieder auf dem Niveau der siebziger Jahre.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte 1990 zum Weltwirtschaftsgipfel und 1992 zur Rio-Umweltkonferenz ein „Pilotprogramm zur Rettung der Regenwälder“ angekündigt. Von den 250 Millionen Mark deutscher Finanzhilfe eines 450 Millionen Mark teuren Hilfsprogramms der G-7-Staaten sind aber nach einer neuen Projektliste des brasilianischen Umweltministeriums erst zehn Prozent ausgezahlt. Der Rest liegt auf Konten der koordinierenden Weltbank oder in den Haushalten der Geberländer, die nach Expertenschätzungen bisher Zinsgewinne von umgerechnet mehr als 50 Millionen Mark verbuchen konnten. Einen Geldsegen erhoffen sich auch die Anbieter von Umweltsatelliten wie die Münchner Daimler-Benz Aerospace (Dasa), deren Technik die Waldzerstörung dokumentiert.

Der Beauftragte der Europäischen Union für ökologische Fragen in Amazonien, der Ex-Bundestagsabgeordnete Willi Hoss, kritisiert, die Bonner Tropenwaldpolitik sei „angesichts der alarmierenden Zahlen eine vertrauenzerstörende Ökoshow“.



Commerzbank

Millionen für den Fiskus

Steuerfahnder haben erneut die Commerzbank durchsucht. Auf Grund von „neuen Erkenntnissen“, so der Frankfurter Oberstaatsanwalt Job Tilmann, durchkämmten Beamte in Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt vergangene Woche von Mittwoch bis Freitag Geschäftsräume der Großbank und stellten zahlreiche Unterlagen sicher.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt seit neun Monaten gegen verantwortliche Mitarbeiter der Commerzbank wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, der Beihilfe zur Steuerhinterziehung und wegen Verstoßes gegen das Geldwäschegesetz (SPIEGEL 11/1996). Auch gegen den Vorstandssprecher des Geldinstituts, Martin Kohlhaussen, und den Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank, Walter Seipp, haben die Ermittlungsbehörden ein Verfahren eingeleitet.

Die Commerzbank hatte nach ersten Hausdurchsuchungen im Februar gegenüber dem Finanzamt Frankfurt mitgeteilt, daß sich in mehrere Steuererklärungen aus früheren Jahren „Unrichtigkeiten“ eingeschlichen hätten. Aus den Berichtigungen errechnete der Fiskus Steuernachzahlungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark, die das Geldinstitut im Sommer beglich. Inzwischen hat die Bank weitere rund 120 Millionen Mark an das Finanzamt überwiesen. Dabei handelt es sich um Hinterziehungszinsen.

CDU

„Nicht auf Abruf“

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, 61, über den Streit um die Trennung der Ämter des CDU-Landesvorsitzenden und des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen



J. DÜSELDER

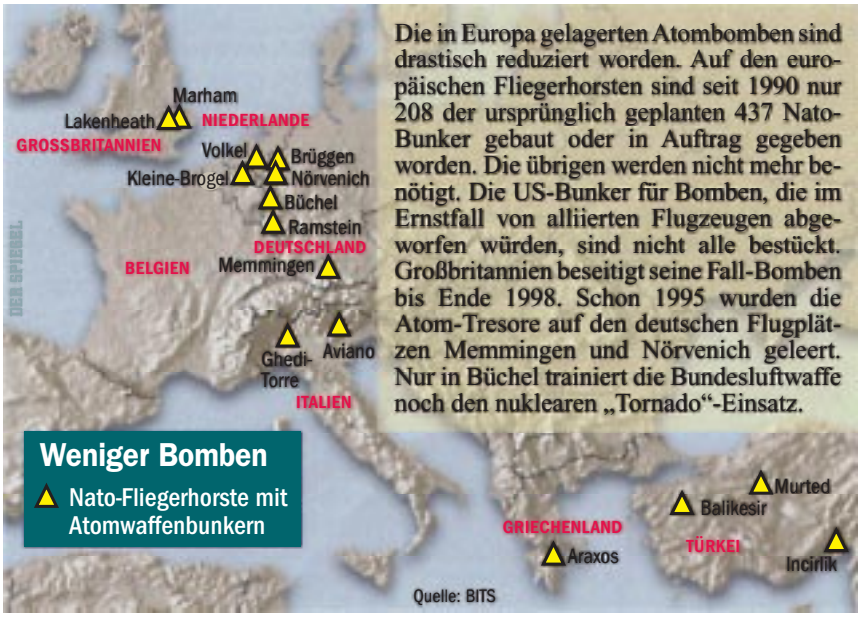
Blüm

SPIEGEL: In der NRW-CDU wird Ihr Rückzug als Landesvorsitzender gefordert. Kandidieren Sie im Januar wieder?
Blüm: Ja.
SPIEGEL: Sie haben in Bonn alle Hände voll zu tun. Braucht die NRW-CDU nach 30 Jahren in der Opposition nicht einen Vorsitzenden, der sich voll auf die Partei konzentrieren kann?
Blüm: Die CDU ist nicht das Abziehbild der SPD, sondern das Kontrastprogramm zur SPD. Gegenüber den SPD-Diadochenkämpfen um die Rau-Nachfolge hilft nur eine geschlossene Mannschaftsleistung der NRW-CDU.
SPIEGEL: Die ist aber nicht zu sehen. Helmut Linssen, der Vorsitzende der Landtagsfraktion und letzter Spitzenkandidat in NRW, hat bereits angekündigt, daß er spätestens 1999 den Parteivorsitz übernehmen will. Wird Norbert Blüm damit als nordrhein-westfälischer CDU-Vorsitzender auf Abruf nicht zur „lame duck“?
Blüm: Jede Wahl gilt auf Zeit. Aber ich kandidiere nicht auf Abruf. Ich bin schon mit vielen Tieren verglichen worden. Auf die Idee, mich für eine lahme Ente zu halten, kam allerdings noch niemand. Ich auch nicht!

Nato

Vorübergehend vorrücken

Um Rußlands Furcht vor der Ost-Erweiterung der Nato abzubauen, wollen Außenminister Klaus Kinkel und seine Nato-Kollegen diese Woche in Brüssel über eine einseitige Erklärung zum Verzicht auf die Stationierung westlicher Truppen und Atomwaffen bei den neuen Mitgliedern beraten. Demnach sollen Einheiten aus den bisherigen Nato-Staaten lediglich zu gemeinsamen Übungen „vorübergehend“ in Länder des 1991 aufgelösten Warschauer Pakts vorrücken.
Zur „Abfederung“ (Kinkel) der Ost-Ausdehnung hatten die Nato-Staaten vorige Woche bereits eine Reihe russischer Wünsche für weitere Verhandlungen über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte erfüllt. Jetzt soll außerdem ein förmliches Angebot zur Aufnahme russischer Verbindungsoffiziere in Nato-Stäbe ergehen.



AM RANDE

Beschränkt zuständig

Der „Ältestenrat“ des deutschen Bundestages ist ähnlich wie der „Elferrat“ rheinischer Karnevalsvereine ein Beschlußorgan mit beschränkter Zuständigkeit. Er erteilt andauernd neue, manchmal auch alte Ratschläge. Aber die werden in Bonn und in Berlin so todernst genommen wie der Karneval im Rheinland.
Vorletzte Woche zum Beispiel richteten die Parlaments-Ältesten wieder einmal ihren Blick beherzt in die Berliner Zukunft. Sie sahen die Baustelle am Reichstag. Sie sahen Baugruben für Fraktionssäle und Abgeordnetenbüros, die es jetzt noch gar nicht gibt. 1999 wird der Umbau des Reichstags fertig sein, die anderen Gebäude frühestens im Jahr 2000. Deshalb soll der Bundestag, so der weise Ratschlag der Ältesten, die parlamentarische Arbeit 1999 zwar „aufnehmen“, der Umzug aber erst nach Fertigstellung der anderen Gebäude „abgeschlossen“ sein. Alle nickten, denn dies entsprach genau der alten Beschlußlage. Weil aber irgend jemand meinte, die Bekräftigung des alten Zustands müsse als Neuigkeit ausgegeben werden, entstand die Meldung, der Ältestenrat habe die „Verschiebung“ des Umzugs ins Jahr 2000 beschlossen.
Zweiter Akt der Umzugsposse: Die Vorturner treten und regen sich auf. Wolfgang Schäuble zwingt seine Parteifreundin Rita Süssmuth zum Widerruf dessen, was sie gar nicht behauptet hat. Umzug nicht erst 2000, sondern schon 1999. Hermann Otto Solms (FDP) und Michael Glos (CSU) schließen sich an. SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping wittert eine Verschwörung und verlangt Satisfaktion. Ein Ältestenratsbeschluß, der von allen gefaßt worden sei, dürfe nicht einseitig aufgekündigt werden. Frau Süssmuth entschuldigt sich dafür, daß sie von Schäuble erpreßt worden ist. Dritter Akt: Auf einer Sondersitzung des Ältestenrats werden heftige Schuldvorwürfe ausgetauscht. Vierter Akt: Die Vorsitzenden aller Fraktionen beschließen, „so rasch und so kostengünstig wie möglich“ umzuziehen, sobald der Reichstag fertig ist, notfalls ohne Neubauten in Provisorien. Neu ist nur ein kleiner, lustiger Zusatz: Dies alles soll „ohne zusätzliche Kosten“ passieren. Das ist zwar – wie jeder Fachmann weiß – unmöglich, aber den Vorturnern Wurscht. Hauptsache das Thema ist abgehakt. Fünfter Akt: Der Ältestenrat droht an, er werde sich diese Woche erneut mit dem Thema befassen.



T. RAUPACH / ARGUS

Bauten für das geplante Endlager

Gorleben

Lex Bernstorff

Um die Endlagerung von Atommüll im niedersächsischen Gorleben voranzutreiben, plant die Bundesregierung eine „lex Bernstorff". Dem Grafen Andreas Bernstorff und den Kirchen gehören große Teile des Gorlebener Salzstocks. Da die sperrigen Besitzer nach geltendem Recht nur schwer zu enteignen sind, plant Umweltministerin Angela Merkel (CDU) gemeinsam mit Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP), entweder das Bergrecht oder das Atomgesetz zu novellieren. Auf diese Weise soll eine Enteignung ausschließlich zum Zwecke der Erkundung der Salzstöcke möglich gemacht werden. Bislang sind Enteignungen nur zum Zweck des Salzabbaus zulässig – was in Gorleben nicht geplant ist.

Der Gesetzesnovelle müßte in jedem Falle der Bundesrat zustimmen. Merkel glaubt, die Mehrheit der SPD-Länder in neuen Energie-Konsensgesprächen dafür gewinnen zu können. Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder sieht das anders: „Die kann doch nicht ernsthaft glauben, daß wir dazu die Hand reichen."

PDS

Herz einer Sozialistin

Angela Marquardt, stellvertretende Parteivorsitzende, will im Januar auf dem Schweriner Parteitag der Postkommunisten nicht mehr für das Stellvertreteramt kandidieren. Das hat Marquardt, 25, die 1991 mit Hilfe von PDS-Vormann Gregor Gysi in die Führungsspitze gewählt wurde, intern im Parteivorstand angekündigt. Die bunthaarige PDS-Nachwuchspolitikerin, die am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert, war in letzter Zeit parteiintern heftig kritisiert worden.

Die Junggenossin gilt Vertretern des realpolitischen Reformflügels als zuwenig kompetent. Anhänger des orthodoxen Parteiflügels monieren Marquardts Kritik am traditionellen Kommunismus. So hatte Marquardt sich im Oktober für einen Beschluß der PDS-Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen" engagiert, 1997 nicht an den Weltjugendfestspielen auf Kuba teilzunehmen. Daraufhin erhielt sie „viele böse Briefe" von Genossen, die ihr vorwarfen, in ihr schlage „nicht das Herz einer Sozialistin".



G. STÖPPEL

Marquardt

Europol

Erfolglose Fahnder

Helmut Kohl wirbt auf dem Dubliner EU-Gipfel in dieser Woche für den Ausbau der europäischen Polizeibehörde Europol. „Ein ganz wesentliches Ziel von Dublin", so der Kanzler vorigen Mittwoch im Kabinett, sei für ihn eine politische Willensäußerung der Staats- und Regierungschefs, Europol – bislang aufs Sammeln und Auswerten von Daten beschränkt – zu einer „operativen Polizei" auszubauen.

In der Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Dubliner Treffens gab es vergangene Woche, wenn auch mit Vorbehalten, eine breite Mehrheit für mehr Kompetenzen für Europol. Dafür sorgte ein Lagebericht des kommissarischen Europol-Chefs Jürgen Storbeck: „Internationale Ermittlungen gegen weltweit oder europaweit agierende Organisationen", schrieb der Deutsche in seinem Bericht, „finden nicht statt. Erfolge wurden gegen solche kriminellen Organisationen als Ganzes oder ihre Chefs trotz aller Erfolgsmeldungen praktisch nie erzielt."

Mit einem Trick sollen nun die Widerstände der auf ihre nationalen polizeilichen Kompetenzen bedachten EU-Staaten umgangen werden. Danach würden multinationale Sonderkommissionen bei Europol gebildet, konkrete Aktionen wie Lauschangriffe, Durchsuchungen, Festnahmen und Verhöre aber in den jeweiligen Ländern nach deren nationalem Recht durchgeführt.

Fall Henrichs

Fürsprache von oben

Bei der Genehmigung seines umstrittenen 1,34-Millionen-Mark-Gutachtens für die IG Metall hatte der Präsident des Frankfurter Oberlandesgerichts (OLG), Horst Henrichs (SPD), einen einflußreichen Fürsprecher im hessischen Justizministerium: den damaligen Abteilungsleiter Eberhard Kramer, Parteifreund und langjähriger Vize Henrichs am OLG. Auf einem bisher unveröffentlichten Vorblatt des Faxes, mit dem Henrichs am 13. November 1995 seinen Nebenjob beantragte, vermerkte Kramer nach „kursorischer" Prüfung: „Rechtliche Bedenken sehe ich nicht." Die Staatssekretärin Kristiane Weber-Hassemer, zuvor Henrichs Pressesprecherin am OLG, zeichnete den Antrag kommentarlos ab. Die Fachabteilung folgte Kramers Positiv-Vermerk. So notierte der Personalreferent Kurt Graulich zur Genehmigung für Henrichs, „aufgrund der Verfügung" seines Vorgesetzten werde davon ausgegangen, daß „Befürchtungen" im Sinne Paragraph 79 des hessischen Beamtengesetzes „nicht gesehen werden". Danach wäre eine Genehmigung zu verweigern, wenn der Nebenjob „dem Ansehen der Verwaltung abträglich" sein kann.
Auf Betreiben von Justizminister Rupert von Plottnitz (Bündnis 90/Grüne), der in der Affäre unter Druck steht, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen das Ministerium. Sie soll klären, warum eine Originalakte verschwunden ist, auf der zwei Beamte Bedenken gegen den Henrichs-Antrag geäußert hatten.

Rüstung

Kampf der Nordlichter

Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) hat Krach mit der Küstenlobby in der Bonner Regierungskoalition. Haushaltsexperten wie die Schleswig-Holsteiner Dietrich Austermann (CDU) und Jürgen Koppelin (FDP) wollen verhindern, daß der Minister zugunsten des umstrittenen „Eurofighter/Jäger 90" ein gut 310 Millionen Mark teures Schiffbauprogramm der Marine stoppt. Rühe will das Projekt des für Out-of-area-Einsätze geplanten „Einsatzgruppenversorgers" auf unbestimmte Zeit verschieben. Davon wären drei Werften im Norden betroffen. Die Nordlichter von Union und FDP machen nun die Freigabe weiterer Mittel für den Jäger davon abhängig, daß Rühe vorher den Werftauftrag für den Nachschubdampfer garantiert.

Soldaten

Außer Übung

Aus Furcht um ihre Karriere sträuben sich altgediente Fachärzte am Bundeswehr-Zentralkrankenhaus in Koblenz dagegen, in zwei neuen Lazarett-Einheiten mitzuarbeiten, die speziell für Auslandseinsätze aufgestellt werden.

Die Mediziner sorgen sich, daß sie für Übungen und Einsätze lange von ihren jetzigen Posten abwesend sein müßten. Das lasse „erhebliche persönliche Nachteile hinsichtlich unseres beruflichen Fortkommens“ befürchten, klagen die gutbesoldeten Soldatenärzte in einem Brief an die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld. Die Bundeswehr solle lieber „jüngere, oft körperlich noch belastbarere Sanitätsoffiziere“ in die Einsatzlazarette kommandieren.



H. HAGEMEYER / TRANSPARENT

Bundeswehrlazarett im kroatischen Trogir

Die Erfahrung beim deutschen Feldhospital der Bosnien-Friedenstruppe im kroatischen Trogir lehre, schreiben die Mediziner, daß viele Fachärzte bei einem solchen Einsatz „außer Übung kommen“. Grund sei die „sehr geringe Anzahl der fachspezifisch zu betreuenden Patienten“. So habe ein Unfallchirurg in zwei Monaten durchschnittlich gerade einmal „acht Minuten täglich operiert“. Die Wehrmediziner erwähnen in ihrem Schreiben allerdings nicht, daß ihnen bei den Lazarett-Einsätzen erhebliche Einkünfte entgehen könnten: Die Ärzte sind wie vergleichbare Kollegen in zivilen Krankenhäusern an den Einnahmen für die Behandlung von Privatpatienten in Bundeswehr-Krankenhäusern beteiligt.

Schwarz-Grün

Pizza für Nolte

Die als „Pizza-Connection“ bekanntgewordene Runde junger christdemokratischer und bündnisgrüner Abgeordneter, die sich in lockerer Folge im Kellersaal beim Bonner Italiener „Sassella“ trifft, erhielt jetzt prominenten Zulauf. Unangemeldet stießen erstmals Jugendministerin Claudia Nolte, 30, sowie der Bündnisgrüne Rezzo Schlauch zu der Runde. Während ein Nolte-Sprecher nach dem Treffen verlautbarte, „die Querbeet-Diskussion ist interessant“ gewesen, will Schlauch eine neue Schwarz-Grün-Diskussion gar nicht erst aufkommen lassen: die Tafelrunde sei „eine völlig unpolitische Veranstaltung“. Schlauchs Fraktionskollege und Mitinitiator der Runde, Matthias Berninger, 25, bewertet die Veranstaltung ganz anders. In der Pizza-Connection, so Berninger, „kommen die Minister von morgen zusammen“.



ACTION PRESS

Nolte

Amerikahäuser

Rückzug auf Raten

Die Amerikahäuser in Deutschland müssen ihren Service radikal einschränken. So werden in München und Hamburg die Kulturzentren der USA geschlossen und deren bisherige Aktivitäten teilweise in die Generalkonsulate verlagert. Die Häuser in Berlin, Köln und Frankfurt am Main bleiben zwar bestehen, doch auch dort werden Angebote wie Konzerte, Filme, Ausstellungen oder die Studienberatung gestrichen. Hintergrund sind Haushaltskürzungen für den United States Information Service (USIS), der die Amerikahäuser betreibt. In Deutschland muß der USIS in den nächsten drei Jahren von seinem Etat in Höhe von 11 Millionen Dollar (ohne Austauschprogramme) rund ein Drittel einsparen. Dabei wird es nach Auskunft der US-Botschaft in Bonn auch zu Entlassungen kommen.

Kirchen

Verlustreiche Reform

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) will in Spitzengesprächen mit den Chefs der Bundestagsparteien ein finanzielles Desaster abwenden, das durch die für 1999 angekündigte Steuerreform droht. Die geplante Senkung der Lohn- und Einkommensteuer würde allein der EKD Einnahmeverluste von jährlich bis zu einer Milliarde Mark bringen, da die Kirchensteuer mit einem Satz von acht bis neun Prozent direkt an diese Steuer gekoppelt ist.

Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Klaus Engelhardt, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, haben bereits bei Finanzminister Theo Waigel vorgesprochen. Doch der sicherte bisher lediglich zu, daß die Kirchensteuer weiterhin von der Steuer abgesetzt werden kann. Ein Ausgleich für die Kirchensteuerverluste ist nicht in Sicht: Überlegungen, den Kirchensteuersatz zu erhöhen, seien „kein Thema“, so ein EKD-Sprecher.

Werbeseite

Werbeseite

Terrorismus

Stochern im dichten Nebel

Zwei weitere als RAF-Terroristinnen Gesuchte, Barbara Meyer und Sabine Callsen, wollen sich stellen. Die Ermittler fürchten, daß sich dann, wie im Fall Seidler, die Haftbefehle als unhaltbar erweisen. Im anstehenden Prozeß gegen vier Ex-Stasi-Offiziere, die RAF-Mitglieder in der DDR versteckten, könnten Fahndungspannen diskutiert werden.

Kaum hatte der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe den als vermeintlichen Mörder des Deutsche-Bank-Chefs Alfred Herrhausen und als RAF-Anführer gesuchten Christoph Seidler, 38, nach zehnstündiger Verhandlung auf freien Fuß gesetzt, weil er für das ihm angelastete Verbrechen ein sicheres Alibi besitzt, ging beim Bundeskanzler eine Beschwerde ein.

Seit der Entscheidung des Karlsruher Richters, sagt ein hoher BKA-Beamter, „herrscht bei TE 11 Götterdämmerung“. Das alte, aber immer noch gebräuchliche interne Kürzel steht fürs RAF-Referat im Bundeskriminalamt.

Die Depression dürfte sich in den ersten Wochen des neuen Jahres noch verstärken. Dann müssen sich in Berlin vier frühere Stasi-Offiziere als RAF-Helfer vor Gericht verantworten.

Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautet auf Strafvereitelung. Höchststrafe: fünf Jahre Haft. Die Strafkammer hat bereits zu erkennen gegeben, daß bei „vorläufiger Tatbewertung“ eine Verurteilung „wahrscheinlich“ sei.

Was lange als „eines der größten Staatsgeheimnisse der DDR überhaupt“ galt, soll im Berliner Gerichtssaal endgültig und in allen Einzelheiten aufgeklärt werden: Von 1980 bis ins Vereinigungsjahr 1990 gewährte die DDR zehn RAF-Mitgliedern Unterschlupf, nach denen teils wegen schwerster Straftaten über Jahre gesucht wurde.

Der Prozeß, so fürchten BKA-Beamte, werde möglicherweise zum Tribunal über das wahrscheinlich größte Fahndungsfiasko der deutschen Polizeigeschichte – in Berlin könnten alle Pannen, und es gab eine ganze Reihe, zu Protokoll gegeben werden.

Auch die RAF spürt offenbar den Erklärungsnotstand der Fahnder. Vorige Woche meldete sie sich aus dem Untergrund. „Sie wissen nicht viel über uns“, verhöhnten die Terroristen Polizei und Justiz, „sie haben noch nie wirklich durchgeblickt.“

Fahndungsplakate des BKA, behaupten die unbekannten Autoren, seien „keine Mitgliedslisten“. Der Staatsschutz habe eine „künstliche Wirklichkeit“ aufgebaut und dabei eine „bewußte Täuschung der Öffentlichkeit“ herbeigeführt.

Selbst in Karlsruhe, Sitz der Bundesanwaltschaft, hat sich längst Irritation breitgemacht. Auf die Frage eines Ermittlers, was denn den als Terroristen immer noch gesuchten vier Frauen und zwei Männern genau vorgeworfen werde, antwortete ein Oberjurist lakonisch: „fortgesetztes Untertauchen“.

Die Selbstironie ist Ausdruck tiefer Verunsicherung. Nirgendwo auf der Welt wurde ein vergleichbarer Aufwand zur Bekämpfung des Terrorismus getrieben, und kein Land ist damit so gescheitert wie die Bundesrepublik.

Der bewaffnete Kampf hat auf beiden Seiten mehr als 50 Menschen das Leben gekostet. Immer noch hocken 100 RAF-Fahnder des BKA auf ihren Planstellen – aber die Mörder von sechs Männern konnten sie bisher nicht fassen.



Fahndungsfotos angeblicher RAF-Mitglieder: „Regelrecht ausgeguckt“

Voller Wut, aber auch voller Trauer zeigte sich Herrhausens Witwe Traudl tief enttäuscht über die Entscheidung des Richters. Kurzzeitig war auch Kohl, der Herrhausen freundschaftlich verbunden war, irritiert. In Bonn mehrten sich die Hinweise, das Aussteigerprogramm, von dem Seidler Gebrauch gemacht hatte, werde auf Wunsch von oben gestoppt.

Aber Kohl und Kanzleramtschef Friedrich Bohl sahen schnell ein, daß die Einstellung des Programms zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn mache – denn zwei weitere, steckbrieflich als RAF-Terroristinnen Gesuchte erwägen, sich zu stellen: Barbara Meyer, 40, und Sabine Callsen, 35.

Die beiden Frauen, deren Namen noch auf dem Fahndungsplakat des Bundeskriminalamts (BKA) stehen, wollen offenbar abwarten, wie sich die Geschichte um Seidler entwickelt. Der Aussteiger kann sich frei bewegen, gegen ihn wird aber noch weiterermittelt.



BILD ZEITUNG

Herrhausen-Attentat 1989: „Die Täter einfach vom Radarschirm verloren“



SPIEGEL TV



ACTION PRESS

Aussteiger Seidler, Kanzler Kohl, Herrhausen-Witwe Traudl: Wut und Trauer

Keines der tödlichen Verbrechen seit 1985, zu denen sich die RAF bekannte, ist auch nur annähernd aufgeklärt worden – ausgenommen der Bombenanschlag auf die Frankfurter U.S. Air Base (2 Tote, 23 Verletzte). Dafür wurde Eva Haule zu lebenslang verurteilt.

Über die sogenannte dritte RAF-Generation ist den Fahndern sowenig bekannt, daß vergangene Woche die Grünen-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer provozierend von einer „Konstruktion der Behörden“ sprach. BKA und Bundesanwaltschaft nahmen die Unterstellung reaktionslos hin.

Die Zeugenaussagen, auf die sich die Fahnder berufen, sind äußerst vage, personenbezogene Sachbeweise gibt es seit über 14 Jahren nicht mehr. Der letzte Fingerabdruck eines RAF-Mitgliedes stammt von Christian Klar und wurde am 15. September 1982 nach einem Überfall auf eine Filiale der Bochumer Sparkasse sichergestellt – ein dunkelgraues, verhuschtes Etwas von knapp einem Quadratzentimeter Größe, archiviert in einer der größten Print-Dateien der Welt.

„Wir stochern im dichten Nebel“, gesteht unumwunden ein Bonner Sicherheitsexperte. „Und wir haben die letzten Jahre immer im Nebel gestochert.“

Nur vom Anfang des deutschen Terrorismus sind bei den Behörden geordnete Aktenbestände hinterlassen. Zwar waren einige RAF-Mitglieder der zweiten Generation, auf deren Konto unter anderem die Anschläge des Terrorjahres 1977 gehen, auch noch anhand zahlreicher Spuren an Tatorten oder auf Dokumenten leicht zu identifizieren.

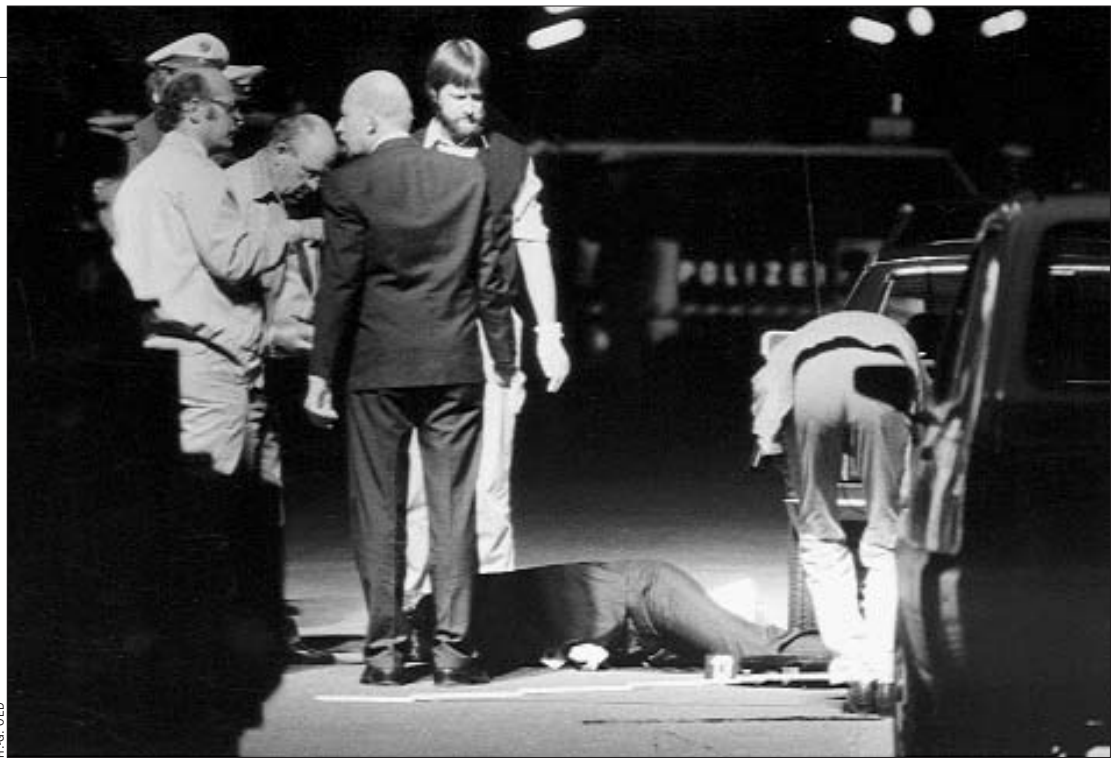
Aber war schon die Grenze zwischen erster und zweiter Generation unscharf, so ist die zwischen zweiter und dritter kaum erkennbar. Denn die Enkel von Andreas Baader übten sich wie Geheimagenten in absoluter Konspiration.

Die Sprach- und Spurenlosigkeit hatte aber auch andere Gründe. Ende der siebziger Jahre war die RAF gespalten – etliche Mitglieder schworen, weil sie nicht mehr mitmachen wollten, der Gewalt ab.

Jene „Aussteiger“, wie sie von den weiterhin Aktiven genannt wurden, gaben als Zeichen der Aufgabe ihre Waffen ab; in französischen Verstecken diskutierten sie die weitere Lebensplanung.

Ein Vorschlag war, sich nach Angola abzusetzen, andere votierten für Mosambik. Die Terroristin Inge Viett, die gerade den Zusammenschluß der Rest-RAF mit der „Bewegung 2. Juni“ betrieb, brachte DDR-Funktionäre als Helfer ins Spiel.

Schon wenige Wochen nach den Verhandlungen mit der Staatssicherheit reisten 1980 acht RAFler in drei Gruppen über Italien, Österreich und die ČSSR in die DDR ein. Jeder hatte aus Beutebeständen ein paar Tausender als Wegzehrung bei sich; 1982 folgten zwei weitere



H.-G. OED

Ermordeter Diplomat von Braunmühl 1986: Alibi für die „Terror-Oma“

Terroristen, unter ihnen auch Inge Viett.

Um unliebsame Zwischenfälle zu verhindern, unterlagen die zehn RAF-Aussteiger (MfS-Deckname: „Stern 2“) lückenloser Kontrolle. Zufrieden notierte 1985 ein Stasi-Mann: „Gegenwärtig (sind) keine Gefahrenmomente vorhanden. Alle Personen haben sich fest in das berufliche und öffentliche Leben eingegliedert.“

Westdeutsche Behörden hatten von alledem nichts mitbekommen. Spitzenfahnder des BKA erklärten ständig, Deutschlands weltweit gesuchte Terroristen seien nach Damaskus geflüchtet oder in den Libanon. Da hatte ein junger Mann, der es besser wußte, keine Chance.

Auf der Polizeistation im schwäbischen Möglingen gab er am 13. Juni 1985 zu Protokoll, er sei absolut sicher, daß die als Mitglied der Roten Armee Fraktion gesuchte Silke Maier-Witt nun in der DDR lebe. Er kenne sie gut, „weil ich mit ihr an der Medizinischen Fachschule Weimar studiert habe“. Später ergänzte er, sie trage den Namen Angelika Gerlach.

Möglingens Polizei informierte pflichtgemäß das BKA vom Tip des Übersiedlers aus der DDR. Das Wiesbadener Amt wiederum schaltete für weitere Recherchen den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ein. Schon bald stellten die Geheimdienste die Arbeit ergebnislos ein.

Wie hilflos die Terroristenjäger herumtappten, zeigte sich immer wieder, wenn unmittelbar nach Anschlägen die Namen Tatverdächtiger genannt wurden.

So hieß es schon bald nach der verheerenden Bombenexplosion auf der Frankfurter Air Base, die RAFlerin Sigrid Sternebeck habe das Auto gekauft, in dem die Sprengkörper versteckt waren. Beim Mord am Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl soll die damals 42jährige Viett (*Bild am Sonntag*: „Terror-Oma“) dabeigewesen sein, beim Attentat auf Herrhausen der Hamburger Henning Beer.

Alles falsch. Die drei waren zu der Zeit in der DDR kaserniert. Sigrid Sternebeck entsetzte sich nach ihrer Festnahme: „Mir werden Morde vorgehalten, die ich nicht begangen habe und an denen ich nicht beteiligt war.“

Währenddessen gingen auch im Westen etliche RAF-Verdächtige in Deckung. Polizei und Verfassungsschutz hätten sie „vom Radarschirm verloren“, sagte der frühere BKA-Chef Horst Herold.

Zu ihnen zählten der Arztsohn Christoph Seidler, das Ehepaar Barbara und Horst Ludwig Meyer und die ehemalige Pädagogikstudentin Sabine Elke Callsen. In den Untergrund folgten später auch Ernst-Volker Staub sowie Daniela Klette und Andrea Martina Klump.

Die Haftbefehle gegen sie kommen – aus heutiger Sicht – einer rechtsstaatlichen Verrenkung nahe. Der frühere BKA-Zielfahnder und jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Hofmann erklärte vorige Woche zurückhaltend, im Wiesbadener Amt habe es stets Diskussionen gegeben, ob die Verdachtsmomente für eine öffentliche Fahndung auch wirklich ausreichten.

Ein früherer Kollege Hofmanns, mittlerweile aus dem Amt geschieden, erinnert sich daran, abgetauchte Personen seien als RAF-Leute „regelrecht ausgeguckt“ worden. Der bloße Verdacht der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ habe für einen Haftbefehl ausgereicht – „für dieses Hasardspiel fehlt mir heute jedes Verständnis“.

„Aufklärung muß sein, selbst wenn es ans Eingemachte geht“

Recht früh schon schwante Verfassungsschützern, daß die rein technische Bekämpfung des Terrorismus durch die Polizei in der Erfolglosigkeit steckenbleiben könnte. Sie versuchten, 1987 über das Alternativblatt *Pflasterstrand* Kontakt mit potentiellen Aussteigern aufzunehmen, erklärten in einem Interview:

> Frage: „Wie verhält sich das BfV gegenüber Aussteigern?“
>
> Antwort: „Das BfV bewertet jeden Ausstieg aus einer terroristischen Gruppierung, das betrifft neben der RAF natürlich auch die Revolutionären Zellen, positiv.“

Doch den ersten Erfolg in diesem Aussteigerprogramm konnte der als Mittler eingesetzte BfV-Beamte mit dem Decknamen „Hans Benz“ erst im Herbst 1995 verbuchen. Corinna K., die als mutmaßliches RZ-Mitglied acht Jahre lang im Untergrund lebte, stellte sich nach Gesprächen mit Benz den Behörden.

Die Bundesanwaltschaft hat schon vor Monaten gegen Corinna K. Anklage erhoben wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Das Oberlandesgericht Stuttgart entschied bis heute nicht über die Eröffnung des Verfahrens.

Im Bonner Justizministerium ist bekannt, daß mindestens zwei weitere RZler dieses „Pilotverfahren“ (Ermittler) abwarten. Danach wollen sie entscheiden, ob sie sich auch offenbaren.

BfV-Beamter Benz (Behördenspott: „Ein-Mann-Fluchthilfe-Unternehmen“), der das Aussteigerprogramm betreut und auch Seidler nach Karlsruhe gebracht hat, knüpfte auch schon Kontakte zu Andrea Klump nach Peru. Doch die Rückkehr der früheren Bürogehilfin, so heißt es in BKA-Kreisen, scheint „aus persönlichen Gründen“ ausgeschlossen.

Entscheidet der Ermittlungsrichter bei Meyer und Callsen ähnlich wie bei Seidler, wäre das Debakel der BKA-Fahnder komplett. Aber „richtige Aufklärung“ müsse sein, erklärt tapfer ein Verfassungsschützer: „Selbst wenn es wirklich ans Eingemachte geht.“

Was er meint, ist klar: Je gründlicher Richter die tatsächliche Rolle der vermeintlichen RAF-Terroristen untersuchen, desto größeren Schaden könnte der ohnehin lädierte Ruf des Bundeskriminalamts nehmen.

Finanzen

Völlig illusorisch

Die Verlierer der groß angekündigten Steuerreform zeichnen sich bereits ab: Pendler, Rentner und Arbeitslose.

Sachsens Finanzminister Georg Milbradt hatte den Überblick verloren. Die Steuerreformkommission der Bundesregierung, verlangte er am Donnerstag voriger Woche vom Vorsitzenden Theo Waigel, müsse sich endlich darüber Klarheit verschaffen, was erledigt und was noch zu leisten sei.

Milbradts Appell fand kein Gehör. Die Kommissions-Mitglieder erörterten statt dessen diverse Details – etwa die schwerwiegende Frage, ob der staatliche Ehrensold für Künstler besteuert werden müsse oder nicht. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos: „Ich komme mir manchmal vor wie ein Ministerialrat."

Mit gleicher Intensität diskutierte der Politiker- und Experten-Zirkel allerdings auch dicke Brocken wie eine Reform der Unternehmensteuer oder den Zugriff des Fiskus auf die Rente. Doch Theo Waigel ließ über keinen Punkt abstimmen.

Anders als geplant, wird die Sitzung am Mittwoch dieser Woche denn auch nicht die letzte sein. Eine Fertigstellung des Entwurfs zu diesem Termin, prognostiziert Kommissar Erhard Geyer, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, sei „völlig illusorisch".

Der Verzug der Waigel-Kommission birgt politischen Zündstoff. Beim großen Koalitionskrach Anfang November hatten Kanzler Helmut Kohl und FDP-Chef Wolfgang Gerhardt noch definitiv eine Entscheidung über die Zukunft des Solidaritätszuschlags für diesen Mittwoch versprochen: Am 11. Dezember, gleich nach Vorlage des Steuerkonzepts, sollte feststehen, ob der Soli 1998 um einen oder zwei Prozentpunkte gesenkt wird. Und auch, wer das bezahlen soll.

Die Parteichefs stecken in einem Dilemma: Halten sie ihr Wort, ohne daß der Kommissionsbericht fertig ist, wird klar, daß die Verknüpfung mit dem Bericht nur Zeit schinden sollte. Verschieben sie die Klärung des Soli-Schicksals, handelt sich die Koalition Hohn und Spott über ihre Entscheidungsschwäche ein.

Spätestens bis zum Dreikönigstag, so fordert es der politische Kalender, muß allerdings Klarheit herrschen. Dann zelebrieren die Liberalen in Stuttgart die Erscheinung des Herrn auf ihre traditionelle Art. Und wenig später versammelt sich die CSU wieder in Wildbad Kreuth. „Bis dahin", so Vormann Glos, „braucht die FDP Futter und brauchen wir Futter."

Insgesamt dürfte die geplante Senkung des Eingangssteuersatzes auf etwa 20 Prozent (jetzt: 25,9) und des Spitzensteuersatzes auf unter 40 Prozent (jetzt: 53) rund 100 Milliarden Mark Steuerausfälle bringen.

Etwa 35 Milliarden davon will die Kommission durch die Streichung von Steuervorteilen, weitere 30 bis 35 Milliarden über eine höhere Mehrwert- oder Mineralölsteuer eintreiben. Den Rest von 30 Milliarden schließlich sollen die Steuerzahler als „Nettoentlastung" behalten; der Staat muß also entsprechend weniger ausgeben.

Die Mitglieder der Steuerkommission wagen immerhin schon Prognosen, welche Steuervergünstigungen gekippt werden können: So gilt das Prinzip, den Finanzvorständen künftig das Verstecken steuerfreier Rückstellungen zu erschweren. Generell sollen auch alle degressiven Abschreibungen fallen. Jede Maschine, jedes Gebäude, bestätigt Beamten-Funktionär Geyer, müsse nach seiner „betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer" jährlich in gleichen Summen steuermindernd abgeschrieben werden. Welche Summen die Unternehmen deswegen zusätzlich zahlen würden, ist ungewiß.

Unstrittig scheint hingegen, daß die Kilometerpauschale von jetzt 70 Pfennig durch eine deutlich niedrigere Entfernungspauschale ersetzt wird: Bis zu einer Distanz von 15 Kilometern zwischen Wohnung und Betrieb soll es künftig gar keine Steuerminderung geben. Fernpendler dagegen dürften mehr als 20 Pfennig pro Kilometer bekommen.

Sicher ist auch, daß der Arbeitnehmerfreibetrag von jetzt 2000 Mark im Jahr gesenkt wird, wahrscheinlich auf die Hälfte. Zudem sollen Arbeitslose künftig Steuern auf das Arbeitslosengeld zahlen. Steuersystematisch ist das richtig, sozialpolitisch aber fragwürdig.

Die Abgeordneten müßten sich nur an einen ganz ähnlichen Fall aus dem Jahr 1976 erinnern. Nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts mußten sie selbst damals ihre Diäten erstmals versteuern. Zu diesem Zweck verdoppelten sie einfach ihre Bezüge, um fortan nach Steuern nicht schlechter dazustehen. Dementsprechend müßte heute das Arbeitslosengeld aufgestockt werden, damit die Empfänger trotz Besteuerung ihren Lebensstandard halten. Daran aber denkt niemand.

Auch eine strengere Besteuerung der Renten bahnt sich an. Nach geltendem Recht zählt für das Finanzamt nur knapp ein Drittel der gesetzlichen Rente als Einkommen – mit der Folge, daß nur wenige Renten überhaupt besteuert werden. Ein Vorteil, der kaum zu begründen ist.

Waigel und Arbeitsminister Norbert Blüm haben sich deshalb schon darauf verständigt, gesetzliche Renten zur Hälfte bei der Steuerfestsetzung mitzurechnen.

So gut wie entschlossen ist die Kommission zu einer Empfehlung, die künstlich gering gehaltene Steuerlast der Landwirte zu erhöhen. Obwohl viele Bauern ganz normal Buch führen und ihre Gewinne kennen, genießen sie nämlich bisher das Privileg, Steuern nur auf der Basis politisch und pauschal festgesetzter Niedrigeinnahmen zu zahlen.

Selbst wenn die Kommission doch noch vor Weihnachten mit ihrem Design für die Große Steuerreform 1999 überkäme, wäre die Regierung Kohl nicht aus dem politischen Schwitzkasten. Denn wenigstens in groben Zügen, räumt der Unions-Koalitionsvize Hans-Peter Repnik ein, müsse man plausibel machen, woher die eingeplanten 30 Milliarden Mark Nettoentlastung kommen sollen.



J. H. DARCHINGER

Finanzminister Waigel: Futter für die CSU

Die FDP-Spitze erlebte im Präsidium am Montag der vorigen Woche bereits einen Vorgeschmack. Wolfgang Weng, ein erfahrener Haushälter, wollte wissen, wie dem Publikum erklärt werden solle, daß die Koalition beim Haushalt '97 an 3 Milliarden Mark beinahe gescheitert sei, 1999 aber Einsparungen von 30 Milliarden Mark angeblich kein Problem seien.

Eine Antwort erhielt er nicht. „Manchmal", so Weng, „ist es aufschlußreich, wenn niemand etwas dazu sagt." ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



F. D'ARCHINGER

Abstimmung im Bonner Parlament: „Beschämende Gängelei“

Bundestag

Blinkende Torte

Die Parteien wollen ihre Abgeordneten im Berliner Reichstag per Computer kontrollieren – nun erhebt sich Protest.

Die elektronische Abstimmungsanlage im Stockholmer Reichstag hat es der Bonner Abgeordneten Anni Brandt-Elsweier besonders angetan. In nur 15 Minuten, schwärmte die SPD-Politikerin nach einer Schweden-Reise, könnten die Kollegen „sieben namentliche Abstimmungen erledigen“.

In ähnlichem Tempo – und damit etwa zehnmal schneller als der Bundestag – treffe der Washingtoner Kongreß seine Entscheidungen, fand Clemens Schwalbe, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, in Amerika heraus: „Auch wir müssen endlich moderne Technik nutzen.“

Der Umzug nach Berlin macht es möglich. Anders als im rheinischen Plenarsaal sollen die Abgeordneten im Reichstag nicht mehr mit ihren Kärtchen zu den Urnen irren. Seit 1950 haben Fraktionsmanager dafür plädiert, nun ist es soweit: Demokratie per Knopfdruck.

Sinn und Zweck des neuen Systems, das die parlamentarischen Geschäftsführer von Union und SPD ersonnen haben, ist vor allem eine möglichst perfekte Kontrolle der Abgeordneten durch die Fraktionschefs.

Im Juni bereits verlangte der Ältestenrat von der Bundesbaugesellschaft Berlin, bei der technischen Planung für den Reichstag „folgende Merkmale zugrunde zu legen“: Sämtliche Sitzplätze seien mit der neuen Technik auszustatten, die „Identifizierung der abstimmenden Abgeordneten“ solle „über Chip-Karten erfolgen“. Und damit jeder Repräsentant des Volkes weiß, wie er zu handeln hat, werde „die Stimmführerschaft den Abgeordneten kenntlich gemacht“.

Noch praktiziert der Bundestag dieses Verfahren ganz traditionell: Der Stimmführer, in der Regel ein parlamentarischer Geschäftsführer, hebt die Hand oder eine farbige Karte – und die Kollegen auf den hinteren Bänken haben zu folgen.

Künftig, und auf diese Idee ist der ostdeutsche Abgeordnete Clemens Schwalbe besonders stolz, sollen die Stimmführer ihren Willen jedem Fraktionskollegen durch ein Blinken an der auf jedem Pult stehenden Anlage signalisieren.



PRESSENS BILD / DPA

Stimmenzähler in Schweden*
Zehnmal schneller als in Bonn

Auf einem Bildschirm mit farbiger „Tortengrafik“ könne jeder Hierarch „das Abstimmungsverhalten der Fraktionskollegen erkennen“, wie es in einem Protokoll der Geschäftsführer vom September heißt.

Wehe, ein Parlamentarier wagt, sich der Fraktionsdisziplin zu entziehen. Das Blinklicht des Stimmführers soll nämlich „bei einem eventuell abweichenden Abstimmungsverhalten fortgesetzt werden“. Der Psycho-Terror hat erst ein Ende, wenn „die vom Stimmführer vorgeschlagene Taste gedrückt wird“, dann erscheint ein „Dauerlicht (Quittungssignal)“.

Einmal in Schwung gekommen, möchten die Geschäftsführer nicht nur den an sich schon grundgesetzwidrigen Fraktionszwang verschärfen. Auch mit dem Verfassungsgebot der Trennung von Exekutive und Legislative nehmen es CDU und SPD nicht so genau.

So soll jeder Minister auf der Regierungsbank ein Abstimmungsterminal bekommen. Den Einwand der stellvertretenden Geschäftsführerin der Grünen, Simone Probst, diese Terminals seien „aus Gründen der Gewaltenteilung bereits vom Optischen her inakzeptabel“, ließen die Kollegen Schwalbe und Uwe Küster, SPD, nicht gelten. Wenn Kabinettsmitglieder – wie bisher – für eine Abstimmung den Platz wechseln müßten, entstehe nur unnötig „Unruhe im Saal“.

Unruhe löste der Plan vor allem beim Alt-Liberalen Burkhard Hirsch aus. Empört mobilisierte der Bundestagsvizepräsident die FDP gegen den „Versuch der Hierarchen, mittels Technik die beschämende Gängelei der Abgeordneten auch noch zu legalisieren“.

Ob denn die Politiker ähnlich wie Aktionäre ein „Depotstimmrecht bei der Fraktionsführung abgeben“ wollten, höhnte Hirsch. „Dann brauchen die Parteisoldaten überhaupt nicht mehr in den Plenarsaal, könnten im Büro bleiben und viel Zeit sparen.“

In der FDP-Fraktion lehnen die Abgeordneten inzwischen mehrheitlich eine elektronische Abstimmungsanlage ab. Und auch in der Union nimmt die Zahl der Kritiker zu. Die schnellen elektronischen Voten, so warnen Christdemokraten, seien für die Regierung riskant: Abwesende Abgeordnete könnten nicht fix genug an die Taste beordert werden.

Inzwischen ist sogar der Einbau von Leerrohren im Reichstag für die auf 4,63 Millionen Mark veranschlagte Anlage ungewiß. SPD und Grüne wollen zumindest diese kleine Lösung durchsetzen. Über die strittigen technischen Details könne dann später im Ältestenrat entschieden werden.

Simone Probst etwa ist grundsätzlich für das neue System. „Es kann nicht angehen“, schimpft die 29jährige Abgeordnete, „daß die Technikfeindlichkeit alter Männer jede Option für die Zukunft verhindert.“

* Mit einer Signaltafel (u.), die das Votum jedes Abgeordneten anzeigt.

Gesundheitspolitik

Tödliches Risiko

Schwerer Vorwurf gegen eine Bundesbehörde: Sie verschleppt das Verbot gefährlicher Tierarzneien.

Der prominente Patient auf der Intensivstation war Medizinprofessor Roland Gärtner unheimlich. Der Schauspieler Günter Strack, nach einem Schlaganfall in die Münchner Uniklinik eingeliefert, litt unter rasenden Durchfällen und hohem Fieber. Die Zeit drängte. Wasser hatte sich bereits in der Lunge gesammelt, der TV-Star („Mit Leib und Seele“) mußte unter Dauernarkose beatmet werden.

Ungewöhnlich dramatisch hatten sich die Symptome einer starken Sepsis bei dem Mimen entwickelt, mehrere Medikamente probierten die Ärzte aus, doch keines hatte Erfolg. Nicht einmal eine der Geheimwaffen der Medizin, das Reserve-Antibiotikum Vancomycin, half.

Ein aufwendiger Bluttest brachte Aufklärung: Die Infektion rührte von Bakterien im Darm (Enterokokken), die gegen Medikamente resistent geworden waren. Die krankmachenden Keime überschwemmten das Blut, befielen alle Organe, doch die Wirkstoffe der Arzneien prallten an ihnen ab.

Das prominente Opfer einer lebensgefährlichen Enterokokkenresistenz war der erste Fall dieser Art, den der Intensivmediziner Gärtner zu behandeln hatte. Doch Strack ist nach Überzeugung des Münchener Bakteriologen Jürgen Heesemann keine Rarität: Tausende seien in Deutschland möglicherweise schon an den heimtückischen Enterokokken gestorben, nur selten würde es diagnostiziert.

Daß die Symptome so selten erkannt würden, hänge auch mit den Sparzwängen der von Bonn verordneten Gesundheitsreform zusammen. Heesemann: „Mit Billigtests hätten wir die Ursachen niemals gefunden.“ Privatpatient Strack habe auch überlebt, weil er sich den teuren Bluttest leisten konnte.

In Berliner Großkrankenhäusern gehört die unheimliche Krankheit inzwischen fast zum Alltag, wie aus einem vertraulichen Bericht der Bundesregierung hervorgeht. Im Klinikum Steglitz, in der Charité sowie im Virchow-Krankenhaus sind die schweren Infektionen danach bereits aktenkundig. Mediziner, heißt es in dem Bericht, befürchteten eine „therapeutische Katastrophe“, wenn die Resistenz von den Darmkeimen auf andere Bakterien übertragen werde, etwa auf den Eitererreger Staphylococcus aureus.

Für das medizinische Desaster macht die Bonner Studie neben dem steigenden Antibiotika-Verabreichen in Kliniken einen Stoff verantwortlich, der bislang in Tierställen in riesigen Mengen ins Futter gekippt wurde zur Mastbeschleunigung bei Hähnchen und bei Schweinen: den Leistungsförderer Avoparcin.

Das Tierantibiotikum Avoparcin ist verwandt mit dem Menschenantibiotikum Vancomycin. Die Resistenz, welche die Keime in den Tieren bei Dauerberieselung mit dem Stoff entwickeln, so vermuten die Experten, könne auch auf den Menschen überspringen – auf dem Umweg über die Nahrung oder durch mit resistenten Keimen verschmutztes Wasser. Antibiotika sprechen dann immer weniger an, eine harmlose Enterokokkeninfektion wird für den etwa durch einen Schlaganfall geschwächten Körper zum tödlichen Risiko.



ACTION PRESS

Arzneiopfer Strack: Gefährliche Keime im Blut

Vertreter der Bundesregierung wollten deshalb Avoparcin im vergangenen Jahr als Futtermittelzusatzstoff zurückziehen, doch das Berliner Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV), das dem Gesundheitsministerium untersteht, zögerte das Verbot hinaus.

Wissenschaftlern des Robert-Koch-Instituts in Werningerode, die herausgefunden hatten, daß sich die resistenten Enterokokken bereits in menschlicher Nahrung befinden wie etwa im rohen Schweinehack oder im Auftauwasser von Geflügel, wollte das BgVV die Presse-Publikation ihrer Erkenntnisse ausreden. Brisante Untersuchungen aus Dänemark hielt die Amtsspitze wochenlang zurück. Erst am 16. Januar schließlich verbot Bonn Avoparcin.

Das Berliner Institut, eine Nachfolgeanstalt des früheren Bundesgesundheitsamtes, ist schon länger im Verruf, seine Pflichten mit Rücksicht auf die Pharmaindustrie nur lasch zu erfüllen. So nahm das BgVV von der EU verbotene Tierantibiotika wie Chloramphenicol mit großer Verspätung vom deutschen Markt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat inzwischen Strafantrag gegen das Institut gestellt.

Unter Verdacht besonderer Nähe zur Pharmabranche steht ein Abteilungsleiter des BgVV, der die Zulassung der Stoffe verantwortet: Professor Reinhard Kroker.

Bereits einen Tag nach dem Zulassungsstopp von Avoparcin meldete sich per Eilfax die Herstellerfirma Hoffmann-La Roche bei Kroker. In dem Schreiben, das dem SPIEGEL vorliegt, beklagte der Schweizer Pharmakonzern, daß durch das unerwartete Verbot das „Ansehen unserer Firma erheblichen Schaden“ genommen habe, und bat den Abteilungsleiter, in Bonn seinen „Einfluß geltend zu machen“. Die Firma ersuchte Kroker zudem um rasche Überlassung von Behördenunterlagen.

In dieser Woche muß sich Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer wegen mangelnder Kontrolle des Instituts im Bundestag verantworten. Die Bonner SPD-Fraktion verlangt von Seehofer in einer großen Anfrage Auskunft über Schlampereien bei Rückstandskontrollen in deutschen Tierställen und Versäumnisse bei der Rücknahme gefährlicher Medikamente. Auch soll Seehofer mitteilen, wie viele Stoffe, die als starke Resistenzverursacher bekannt sind, sich in Umlauf befinden.

Zur Sorge besteht Grund: Ende vergangenen Jahres ließ das BgVV ein Antibiotikum aus der Gruppe der Chinolone ausgerechnet als Arzneimittelmischung für die Tiermast zu. Es wird jetzt tonnenweise dem Futter beigemischt. Das Mittel, das der Chemie-Multi Bayer („Baytril“) vertreibt, wird Schweinen zur Vorbeugung gegen Durchfall und Husten verabreicht.

Chinolone helfen auch in der Humanmedizin: Die Stoffe werden vor allem bei schweren Entzündungen eingesetzt. Ihr Nachteil: Die damit behandelten Erreger entwickeln Resistenzen. ❑

Der Minister und sein Agent

Falsche Pässe, ein Privatdetektiv als Handlanger der Bundesregierung: Staatsminister Bernd Schmidbauer verteidigt die dubiosen Praktiken in der Affäre Mauss als notwendigen Bestandteil einer humanitären Aktion. Aber dürfen deshalb Gesetze gebrochen werden? Schmidbauer bestreitet entschieden, daß Mauss im amtlichen Auftrag handelte.

Der unauffällige Mann, der in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens wartet, hört auf viele Namen: Heinz Lange, Robert Schneider, Peter Richter, alias, alias, alias. Kurz bevor die Lufthansa-Maschine 536 nach Bogotá aufgerufen wird, stürzt ein Kurier auf ihn zu. „Sind Sie Herr Richter?“ fragt der Bote. „Ja“, antwortet der Mann in der Tropenjacke und bekommt ein Kuvert ausgeliefert.

Darin findet Werner Mauss, 56, Geheimagent im höchsten Auftrag, zwei grüne Reisepässe, ausgestellt auf den falschen Namen Barbara Baumann, geboren am 30. August 1956 in Essen. Die Gemeinde Gerbrunn in Bayern hat angeblich den einen Paß ausgestellt. Auf dem anderen Paß ist der „Oberstadtdirektor Dortmund“ als amtliche Behörde zu erkennen. Eine solide Fälscherarbeit mit kleinem Fehler: Ein Dienststempel ist leicht verrutscht.

Das Foto in beiden Pässen zeigt Brigitte Schoene, 40, die sich zu diesem Zeitpunkt, Mitte November, noch in den Fängen kolumbianischer Rebellen befindet, die Ausländer als Geiseln nehmen und das Lösegeld für ihre Logistik verwenden.

Die beiden Reisepässe mit den falschen Angaben für die echte deutsche Geisel im kolumbianischen Busch hat das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz in Amtshilfe hergestellt. Brigitte Schoene soll nach Venezuela ausreisen, sobald sie aus dem Gewahrsam der marxistischen Guerrilleros des Nationalen Befreiungsheeres (ELN) befreit worden ist. Als Befreier ist Werner Mauss unterwegs, mit Unterstützung der deutschen Regierung.

Das Bonner Kanzleramt hatte die Ausweise in Auftrag gegeben. Die Rede war von einer „humanitären Aktion“. Kein Wort über Mauss.

Mittlerweile ist Brigitte Schoene frei. Mauss aber ist Häftling im Hochsicherheitsgefängnis Itagüí bei Medellín, und seine Lage ist ernst.

Am vorigen Dienstag nachmittag kam ein Strafverfolger in seine Zelle und las ihm den Haftbefehl vor. Mauss wird beschuldigt, er sei an der Entführung der Frau des früheren BASF-Chefs in Kolumbien, Ulrich Schoene, und an der Erpressung mit Lösegeld beteiligt gewesen. Außerdem habe er falsche Ausweise verwendet.



M. DARCHINGER

Minister Schmidbauer*: „Ich trag' das gern“

In diesem Land, in dem Gesetzlose seit Jahrzehnten den Ton angeben, muß der Agent des Kanzleramts mit 60 Jahren Gefängnis rechnen. Seine Frau Ida, 35, sitzt etwa 20 Kilometer von ihm getrennt im Frauengefängnis „El Buen Pastor“ – zu deutsch „Der gute Hirte“.

Aus Sicherheitsgründen wurde Mauss am vorigen Mittwoch in Isolationshaft genommen. Das „aseguramiento“, die verschärfte Untersuchungshaft, kann sechs Monate dauern und dann noch verlängert werden. Der Agent, bekannt für Größenwahn und Großmannssucht, ist mit den Nerven am Ende und bricht schon mal in Tränen aus: „Laßt mich nicht im Stich“, bittet er verzweifelt.

Den Umschlag aus Frankfurt präsentieren die kolumbianischen Fahnder inzwischen wie eine Trophäe. Als Absender steht „Bernd Schmidbauer“ auf dem Kuvert.

Der Staatsminister aus dem Kanzleramt, 53106 Bonn, Adenauerallee 141, hatte vorigen Monat höchstpersönlich die Order gegeben, Mauss die falschen Papiere zu überbringen.

Der Oberaufseher der deutschen Geheimdienste wollte das große Rad der Humanität drehen. Zuerst galt es, Brigitte Schoene zu befreien, dann sollten die Deutschen als Vermittler zwischen den Guerrilleros und dem Staat auftreten – ein ziemlich verwegenes Unterfangen in diesem vom Bürgerkrieg geschundenen Land (siehe Seite 46).

Schmidbauer erkor zu seinem Handlanger in Humanitas ausgerechnet den berühmt-berüchtigten Werner Mauss, jenen Agenten, der notorisch Gesetze mißachtet. Er kam mehrmals privilegiert und höchst konspirativ ins Kanzleramt: Er reiste als Herr Seidel in Deutschland ein, wies sich als Herr Moellner im Kanzleramt aus und verschwand als Herr Schröder in Richtung Panama.

* Vorigen Mittwoch im Bundestag.



SPIEGEL TV

Agent Mauss, kolumbianischer Guerrillero*: Lösegeld für die Logistik

An sechs denkwürdige Treffen mit dem Mann der vielen Namen kann sich Schmidbauer erinnern. Seit zweieinhalb Jahren kennt er ihn. Wann genau und warum sie 1994 zum erstenmal Kontakt zueinander aufnahmen, behandelt der Staatsminister wie ein Staatsgeheimnis.

Natürlich hatte Schmidbauer nur das Beste im Sinn, Frieden für Kolumbien, Freiheit für die monatelang verschleppte Frau des BASF-Managers, Ruhm für die deutsche Regierung und Lorbeer für sich, den Spezialisten für Humanität.

„Ich trag' das gern", verteidigte Bernd Schmidbauer, 57, sein Handeln in der „Grauzone" und rechtfertigte den Einsatz des Privatagenten Mauss für humanitäre Zwecke mit „übergesetzlichem Notstand".

Kleinliche Fragen nach den gesetzlichen Grundlagen für dieses freihändige Operieren mit gefälschten Pässen und einem dubiosen Agenten wies der Kanzler-Gehilfe zurück. Immer könne man „nach einem Haar in der Suppe suchen", für ihn aber gehöre es „zu den vornehmsten Pflichten", Bürger aus der Gewalt von Kriminellen zu retten. „Starre Regeln"



SPIEGEL TV

Ehepaar Mauss, Rebellen
Operieren ohne Kontrolle

lehnte Schmidbauer in einer Fragestunde des Bundestages am vorigen Mittwoch ab. „Es gibt nicht die reine Lehre beim Schutz von Menschenleben."

Für solche Fälle, in denen die reine rechtliche Lehre außer Kraft gesetzt werden soll, gibt es den Paragraphen 34 des deutschen Strafgesetzbuches, die Norm über den „rechtfertigenden Notstand". Gerechtfertigt ist demnach eine Verletzung der Strafgesetze, wenn es keinen anderen Weg gibt, sich selbst oder einen anderen aus akuter Gefahr zu retten. Falsche Pässe wie jene beiden für Brigitte Schoene auszustellen, ist eigentlich Falschbeurkundung im Amt – bis zu fünf Jahre Gefängnis stehen darauf, es sei denn, Handeln im Notfall liegt vor.

Den Paragraphen 34 wandte die Regierung Helmut Schmidt vorzugsweise in

* Ausschnitt aus einem Video von SPIEGEL TV. Vollständiges Bild siehe Seite 41.

„Mit eigenen Leuten“

Hans-Jürgen Wischnewski über heikle humanitäre Missionen

Wischnewski, 74, war Staatsminister bei Bundeskanzler Helmut Schmidt.

SPIEGEL: Herr Wischnewski, in Ihnen sieht Bernd Schmidbauer sein Vorbild. Haben Sie bei Ihren Missionen genauso gehandelt wie er?
Wischnewski: Es hat keinen einzigen Fall gegeben, bei dem ich ohne Wissen und Zustimmung der zuständigen Regierung aktiv geworden bin, ob in Nicaragua oder in Mogadischu, in Amman oder in Chile. Das darf man auch gar nicht anders machen.
SPIEGEL: Was halten Sie vom Vorgehen Schmidbauers?
Wischnewski: Es gibt im Fall Schmidbauer sicher ein strukturelles und ein persönliches Problem. Wir hatten im Kanzleramt eine völlig andere Konstruktion: Ich war als Staatsminister nie zuständig für den BND und die Koordinierung der Dienste. Das war eine weise Entscheidung, denn der Koordinator muß diskret im Hintergrund bleiben. Das macht ein beamteter Staatssekretär einfach geräuschloser als ein Politiker, der wiedergewählt werden will.
SPIEGEL: Und wo liegt das persönliche Problem?
Wischnewski: Offenbar will er alles selber machen. Hinzu kommt sein Drang nach Publizität. Das darf man ihm keineswegs übelnehmen. Es kommt nun mal nicht gut an, wenn man als Abgeordneter in seinem Wahlkreis sagen muß: Ich mach’ da was in Bonn, aber das ist alles ganz geheim.
SPIEGEL: Darf sich ein Regierungsvermittler bei humanitären Aktionen mit Leuten wie Mauss einlassen?
Wischnewski: Zunächst sollte man versuchen, die eigenen Leute zu mobilisieren. Es ist ja nicht so, daß der Staat keine fähigen Beamten hätte, die dafür in Frage kommen. Ich habe selbst eine ganze Reihe solcher Leute kennengelernt. Der damalige Leiter der Abteilung Terrorismusabwehr im Bundeskriminalamt Gerhard Boeden zum Beispiel war so einer.
Andererseits gilt: Wenn es darum geht, Menschenleben zu retten oder Menschen zu helfen, die in Not geraten sind, muß man viel kreative Phantasie entwickeln bei der Wahl der Mittel.
SPIEGEL: Heiligt der Zweck alle Mittel?
Wischnewski: Nicht alle. Aber es läßt sich in so einer Situation manchmal nicht vermeiden, daß man Gesetze bricht.
SPIEGEL: Dürfen das auch Regierungsmitglieder in offiziellem Auftrag?
Wischnewski: Ich befand mich zweimal außerhalb der Gesetze. Das erstemal bei der Entführung von Hanns Martin Schleyer 1977; da haben wir ohne Durchsuchungsbefehl ein ganzes Hochhaus in Köln durchkämmt, weil wir Schleyer dort vermuteten. Und dann danach in Mogadischu, als wir die deutsche GSG 9 auf fremdem Hoheitsgebiet einsetzten. In beiden Fällen haben jedoch alle Parteien mit am Tisch gesessen, auch die Opposition, und die Entscheidung gemeinsam getragen.
SPIEGEL: Kennen Sie Werner Mauss persönlich?
Wischnewski: Ich habe ihn einmal im Kanzleramt gesehen. Ich glaube, das war 1982. Da bin ich gebeten worden, ihn zu empfangen, und zwar vom Landeskriminalamt in Hannover. Irgendwelche Aktivitäten haben sich daraus allerdings nicht ergeben.
SPIEGEL: Hätten Sie mit Mauss, einem Vermittler zweifelhaften Rufes, zusammengearbeitet?
Wischnewski: Wenn überhaupt, dann allerhöchstens zu meinen Bedingungen und niemals ohne engste Absprache mit der eigenen Regierung und auch niemals ohne Wissen der fremden Regierung. Bei jedem Schritt ohne oder gegen die zuständige Regierung entsteht großer außenpolitischer Schaden.



Unterhändler Wischnewski (M.)*: „Nie ohne Absprache“

der Hoch-Zeit des Terrorismus an, um Recht zu beugen – um Gespräche zwischen Rechtsanwälten und RAF-Häftlingen abzuhören; um die Häftlinge während der Schleyer-Entführung zu isolieren („Kontaktsperre“).

Doch mit dem heißen Herbst 1977 ist die Agenten-Affäre 1996 beileibe nicht zu vergleichen. Der Staatsminister Schmidbauer hat größte Not, mit der „Nothilfe“ seine Eigenmächtigkeiten zu legitimieren. Schmidbauer verbrämt einigermaßen angestrengt seine seltsamen Deals mit dem Privatdetektiv Mauss als staatstragende Tat.

Von Amts wegen ist Schmidbauer der Koordinator der deutschen Geheimdienste, eine Art Kontrolleur der Dienste. Tatsächlich sieht er sich als Drehbuchschreiber, als der heimliche Sicherheitsbeauftragte der Republik für schwierigste Operationen – und dafür hat er offenbar den Segen Kanzler Kohls, ohne den er diesen Sondervergnügungen nicht nachgehen könnte.

Der auf smarte Eleganz bedachte Schmidbauer fühlt sich vom Normalgeschäft unterfordert und lebt auf, wenn er über menschliche Schicksale fernab von Bonn verhandeln kann. „Irgendwo muß auch ein Stück Herz mitspielen“, rechtfertigt der gelernte Physiker sein Engagement in Geiselfällen, in die er sich „ganz einzubringen“ pflegt. Nur verliert er bis-

* Mit befreiten Geiseln in Mogadischu im Oktober 1977.

weilen das Gespür für Größenordnungen und Gesetze, für Diplomatie und politische Zwänge. „Wo sind Ihre Grenzen?“, fragte im Bundestag Otto Schily (SPD). „Setzen Sie die selber?“

Als „Schwachsinn“ wies Schmidbauer Vorwürfe zurück, er habe mit seinen Sondierungsgesprächen für eine Friedensinitiative in Kolumbien, für einen Runden Tisch mit Guerrilleros, Militärs und Drogenbaronen unbefugt eine Art Nebenaußenpolitik betrieben. Im übrigen sei der Bundeskanzler über diese Vorgänge im allgemeinen informiert gewesen.

Aber wieviel wußte Helmut Kohl? War er über das ausführende Schmidbauer-Organ Werner Mauss eingeweiht? „Ich kann doch nicht jede Minute zum Kanzler rennen“, pariert Schmidbauer Nachfragen. Kohl sei in diesem „Vertrauensverhältnis“ nur über „das Wichtigste“ informiert. „Mein Handeln muß ich selbst verantworten und politisch durchstehen.“

Daß Außenminister Klaus Kinkel von Detailkenntnis über die Kolumbien-Aktion verschont blieb, ist nicht sonderlich überraschend. „Ich habe Gott sei Dank nix damit zu tun“, erklärte er dem SPIEGEL. Allerdings decke er natürlich seine Leute. Was wußten die USA von Schmidbauers Ambitionen in ihrem kolumbianischen Hinterhof? Gouverneur Alvaro Uribe Vélez, der Mann, der Mauss in Itagüí einsperren ließ, war jedenfalls nicht im Bild. Ein Fehler, meint Hans-Jürgen Wischnewski, der ähnliche Sonderfälle für Helmut Schmidt übernahm. Alle Beteiligten müßten stets auf dem laufenden sein – schon aus Gründen der politischen Risikominimierung (siehe Interview Seite 32).

Die Agenten-Affäre belastet denn auch die deutsch-kolumbianischen Beziehungen. Bei einem Treffen zwischen dem Staatspräsidenten Ernesto Samper und Schmidbauer in New York Ende September war das Ehepaar Mauss zugegen. Ida dolmetschte, und Werner erinnert sich daran, daß ihn der Präsident umarmte und ihm für seine Friedensbemühungen dankte.

Samper dementiert die Freundschaftsgesten keineswegs. Seinen Zorn kehrt er gegen Schmidbauer: In keinem Fall, beschwerte er sich, seien er, Samper, oder die zuständigen Behörden über die Befreiungsaktionen des deutschen Spezialagenten informiert worden. Bei den Friedensgesprächen mit Abgesandten des Präsidenten sei von einem Deal mit den Rebellen keine Rede gewesen.

Der schattenhafte Vielfachagent Mauss im Verein mit dem umtriebigen Schmidbauer – dieses Duo regt die Phantasie an. „Ich hatte zu Mauss keine Alternative“, rechtfertigte sich der Koordinator von gut 13 000 deutschen Geheimdienstlern, die vor seinen Augen für den Kolumbien-Einsatz keine Gnade fanden, in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Werner Mauss ist in jeder Hinsicht eine singuläre Gestalt. Ehe er in Medellín verhaftet wurde, waren von ihm nur ein paar unscharfe Fotos bekannt. Mehrere deutsche Gerichte hatten es verboten, aktuelle Bilder von ihm zu veröffentlichen, um seine Sicherheit nicht zu gefährden.

Der Mann ohne Gesicht ist ein Mann ohne Gesetz: Er mußte nicht vor Gericht erscheinen, der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Hannover zur Aufklärung der Celler-Loch-Affäre etwa lud den Zeugen Mauss im Dezember 1987 vergebens vor.

Mauss reist mit falschen Pässen und unter falschem Namen. Die einen nennen ihn, den schütteren 1,75-Meter-Mann, den „deutschen James Bond“, für die anderen ist er schlicht ein Hochstapler (siehe Seite 36).

Der Privatagent Mauss arbeitete als Handlanger für die Polizei, für den Verfassungsschutz oder den BND. Im Niemandsland zwischen privater Verbrechensaufklärung und staatlicher Verfolgung schaltet und waltet Mauss seither, wie er will. Er redete mit Staatsanwälten, als sei er der Generalstaatsanwalt, er saß bei der Dienstbesprechung in einem Landeskriminalamt schon mal wie ein Polizeidirektor auf dem Sofa.

Die Grenzen zwischen staatlicher Strafverfolgung und ziviler Sachaufklärung waren bei Mauss stets verwischt. Er wurde immer dann eingeschaltet, wenn geheime Dienste, Polizeibehörden oder Versicherungsgesellschaften nicht weiter wußten.

Seine Methoden sind reichlich unkonventionell. Zu seinem Selbstverständnis gehörte es, den großen Maxen zu spielen: immer first class, immer ein Krösus.

Mauss bewegte sich im rechtsfreien Raum, legte niemandem Rechenschaft ab. Die Landeskriminalämter, das BKA, die Polizei wollten sich seiner immer bedienen – er bediente sich öfter ihrer und operierte praktisch ohne Kontrolle.

Als sich Schmidbauer vor zweieinhalb Jahren mit Mauss einließ, mußte er wissen, mit wem er es zu tun bekommt. „Privatdetektive besitzen ihrer Natur nach nicht die Verläßlichkeit eines Agenten, der ausschließlich für einen Geheimdienst arbeitet“, so Ex-BND-Chef Hans-Georg Wieck abschätzig (siehe Interview Seite 38). Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, meint der ehemalige Innenstaatssekretär Neusel, „Agenten, die privat tätig werden und privat kassieren, mit nachrichtendienstlichen Mitteln auszustatten“.

„Über hundert kriminelle Vereinigungen“ habe er „unterwandert und von innen heraus zerschlagen“, teilte Mauss Anfang vorigen Monats ungefragt dem neuen BND-Präsidenten Hansjörg Geiger mit. Dem Pullacher Dienst besorgte Mauss 1984 Unterlagen über Schlösser und Spezialschlüssel, von der Präzisions-



B. KABALAN / SIPA

Vermittler Schmidbauer*: „Ein Stück Herz muß mitspielen“

* Im Juli in Beirut beim Austausch von Gefangenen und Toten zwischen Israel und der Hisb Allah.

schloßfabrik „Keso“ in Richterswil für libysche Staatsfirmen gefertigt.

Im April 1987 kooperierte Mauss bei einem humanitären Auftrag erstmals mit der Bundesregierung. Drei Monate zuvor waren der Siemens-Mitarbeiter Alfred Schmidt und der Hoechst-Manager Rudolf Cordes in Beirut von Kämpfern der proiranischen Hisb Allah verschleppt worden – jener Organisation, mit der auch der Vermittler Schmidbauer viel zu tun hat.

Die Hisb Allah wollte die beiden deutschen Manager gegen die in der Bundesrepublik einsitzenden libanesischen Brüder Mohammed und Abbas Hamadi freipressen.

In Bonn wurde ein Krisenstab gebildet, den der damalige Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble leitete. Zu den Mitgliedern der Runde zählten Innen-Staatssekretär Hans Neusel und der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Gerhard Boeden, sowie Klaus Kinkel, damals Staatssekretär im Justizministerium.



J. H. DARCHINGER

Kanzler Kohl, Kohl-Gehilfe Schmidbauer
Über „das Wichtigste“ informiert

Mauss oblag es, im Auftrag der Firmen mit Hilfe der Regierung Kontakt zu den Entführern und Bewachern von Cordes und Schmidt herzustellen. Der Deutsche dirigierte ein Heer von rund 80 angeblichen Mittelsmännern, darunter Kriminelle aus dem Beiruter Milieu, aber auch einflußreiche Strippenzieher wie der libanesische Kaufmann Ali Hidschasi, der als Kenner verworrenster Machtverhältnisse gefragt ist.

Bereits am 7. September 1987, nach vier Monaten, kam die erste Geisel, der Siemens-Mitarbeiter Schmidt, frei. „Das war zu 90 Prozent das Verdienst von Mauss“, sagt einer, der damals im Bonner Krisenstab saß.

Nach seiner eigenen Zählung hat Mauss weltweit 56 Geiseln befreit, davon 37 im Orient. „Wir haben sie rausgeholt aus Löchern und Erdhöhlen“, schwärmt er selbstgefällig über seine Taten. „Meine Frau und ich“, fügt er hinzu, „sind an die Front gegangen und haben unser Leben riskiert. Wer macht das schon?“

Ein Millionär mit Residenzen in Panama, einem weitläufigen Anwesen an der Mosel und einer Stiftung in Vaduz ist aus dem kleinen Detektiv geworden – eine Nachkriegskarriere ganz eigener Art. „Ich habe verdient, was ich verdient habe.“

Viel Pathos und noch mehr Kolportage schwingt mit, wenn Werner Mauss aus seinem Leben erzählt. In Staatsminister Schmidbauer fand er mit seiner Vita und seiner skrupellosen Zielstrebigkeit einen wohlwollenden Protektor.

Schmidbauer sieht in Mauss so etwas wie eine kongeniale Natur. Auch ihm liege daran, erklärte der Staatsminister vorigen Mittwoch bewegt im Parlament, „Geiseln zu befreien, die mehrere Monate in Erdlöchern verbracht haben. Frauen und Schwerkranke. Der Fall eines krebskranken Ingenieurs ist mir sehr genau in Erinnerung“.

Auch Schmidbauer frönt vorzugsweise einem Hang zu ungewöhnlichen Methoden. Mit der bürokratisch genormten Rolle des Koordinators, der diskret über Geheimdienste wacht, gibt er sich selten zufrieden.

Zu den ersten Erfolgen Schmidbauers gehörte die Befreiung der im Libanon inhaftierten Geiseln Heinrich Strübig und Thomas Kemptner. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Hisb Allah und der Familie Hamadi brachte er die beiden Deutschen nach 1128 Tagen Haft nach Hause. „Wie im Krieg“ sei es gewesen, schwelgt Schmidbauer in Erinnerungen. Er vergißt dabei, daß das Auswärtige Amt großen Anteil an dieser Aktion besaß.

„Man spürt eine unerhörte Zufriedenheit, wenn man irgendwann Briefe von Menschen bekommt, die wissen, was eigentlich passiert ist“, sagte Schmidbauer in einem Gespräch mit dem amerikanischen Unterhändler Richard Holbrooke. Und im Bundestag vergaß er nicht, den

Mann für alle Fälle

Bernd Schmidbauers Einsätze

Libanon-Geiseln –Juni 1992–

Nach Verhandlungen Schmidbauers mit dem Hamadi-Clan kommen die beiden im Libanon entführten Deutschen Thomas Kemptner und Heinrich Strübig frei.

1000 Agenten –Juni 1993–

Schmidbauer macht ein vermeintlich „gigantisches Ausmaß“ an Landesverrat aus. „Mehr als 1000“ Verfahren gegen mutmaßliche Stasi-Helfer stünden bevor, die Verdächtigen kämen aus allen Schichten der Gesellschaft.

Affäre Vöcking –Juni 1993–

Der SPIEGEL enthüllt, daß der frühere Abteilungsleiter im Kanzleramt, Johannes Vöcking, im Frühjahr 1992 dubioses Geheimdienstmaterial über einen Spion („Juras“) in der privaten Umgebung des damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Björn Engholm verbreitet hat. Schmidbauer hatte Engholm bereits drei Monate zuvor über den Verdacht informiert.

Held von München –Juni 1993–

Schmidbauer überredet kurdische PKK-Kämpfer, das von ihnen besetzte türkische Generalkonsulat in München zu räumen. Neun Geiseln kommen unverletzt frei.

Iran-Connection –September 1993–

Der deutsche Waffenhändler Friedel Peter Schlag und der Bauunternehmer Paul D. Fersch werden nach Fürsprache Schmidbauers aus iranischer Haft entlassen.

Freund Fallahian –Oktober 1993–

In Bonn empfängt Schmidbauer den iranischen Geheimdienstchef Fallahian zu Gesprächen. Die deutschen Ermittlungsbehörden sahen in ihm schon damals einen Drahtzieher des blutigen Anschlags auf iranische Oppositionelle im Berliner Restaurant „Mykonos“ vom September 1992.

Aus der Todeszelle –Juli 1994–

Nach Intervention Schmidbauers wird der in Teheran wegen Spionage für den Irak zum Tode verurteilte deutsche Ingenieur Helmut Szimkus abgeschoben.

Plutonium-Affäre –April 1995–

Die im August 1994 in München geplatzte Lieferung atomwaffenfähigen Plutoniums aus Moskau erweist sich als Inszenierung des BND. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß versucht herauszufinden, wieviel Geheimdienstkoordinator Schmidbauer von dem Deal wußte.

Nahost-Vermittler –Juli 1996–

Auf Vermittlung Schmidbauers tauschen Israel und die Hisb-Allah-Milizen 66 Gefangene sowie die sterblichen Überreste von 125 Gefallenen aus.

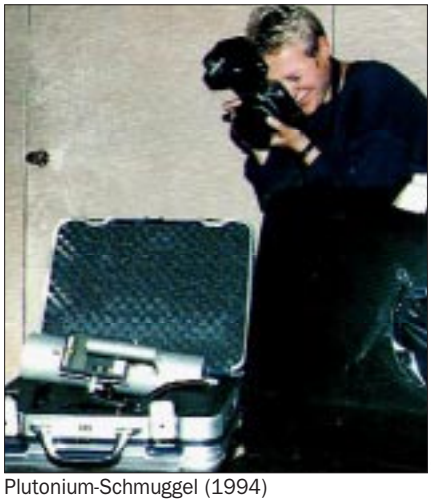
Hinweis einzuflechten, daß er sich „noch mit vielen dieser Menschen sogar sehr regelmäßig“ treffe.

Die im Auftrag Schmidbauers von Mauss befreite Industriellengattin Brigitte Schoene sagte hernach, daß ihr der unbekannte Befreier Mauss wie „Gott“ erschienen sei. Ehemann Ulrich hegt weniger sentimentale Gefühle für den Mittler Mauss: „Inzwischen wissen wir alle soviel mehr von Herrn Mauss, daß sich viele Fragen ergeben, auch viele Fragen an das Kanzleramt.“

Wäre Schmidbauer ein stiller Sachwalter im Dienste von Kanzler Kohl, fiele er einem breiteren Publikum gar nicht auf – eine schmerzliche Aussicht für den zur hochfahrenden Eitelkeit fähigen

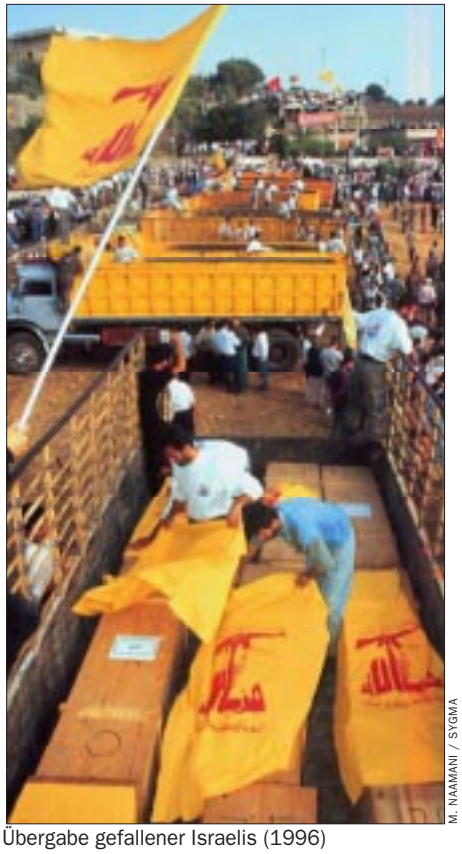


Geiseln Strübig, Kemptner



AP

Plutonium-Schmuggel (1994)



M. NAAMANI / SYGMA

Übergabe gefallener Israelis (1996)

Schmidbauer-Fälle: Hang zu ungewöhnlichen Methoden

Staatsminister. Vermittelt er jedoch erfolgreich zwischen Israelis und Hisb Allah beim Austausch von 125 Toten und 66 Gefangenen, ist er ein Held. Geht eine Aktion schief, steht er am Pranger und muß sich mühsam herausreden.

Als V-Leute des BND im Sommer 1994 den Plutonium-Schmuggel von Moskau nach München inszenierten, stellte sich Schmidbauer zunächst hinter den Dienst und gab sich selbst ganz unschuldig. Die Operation war in Wahrheit eine wüste Tat von „Agents provocateurs“.

Einer wie Schmidbauer weiß, wie das Böse aussieht, wo es sitzt und wie man den Kampf dagegen aufnimmt. Er kann stundenlang über russische Spione erzählen, die Krake Mafia zeichnen und vor der fundamentalistischen Gefahr im Nahen Osten warnen. Da verwandelt sich der Bundestagsabgeordnete Schmidbauer aus dem badischen Eppelheim in den Missionar, der sich seine eigenen Regeln setzt und Paragraphen im Dienst der selbstdefinierten Sache vernachlässigt.

Wenn Schmidbauer einer illegalen Waffenlieferung auf der Spur ist, kümmert er sich auch um Details. Als ein in Hamburg ausgelaufenes Schiff, beladen mit Maschinenteilen, die zur Produktion von Scud-B-Raketen geeignet sind, vor Sizilien gestoppt wurde, schickte er gleich eine deutsche Task-force hinterdrein.

Schmidbauer wählte die Crew selbst aus. „Packen Sie Ihre Zahnbürste ein, der Flieger startet gleich“, befahl er den deutschen Beamten. Fragen nach der Genehmigung für die Dienstreise waren hinfällig. „Vergessen Sie das, ich regle das mit Ihrem Minister.“ Die Aktion war ein Erfolg. Die Scud-B-Bauteile erreichten ihr Ziel, das syrische Damaskus, nicht.

Keine Aktion, keine Aufregung ohne den Mann aus Bonn. Am 24. Juni 1993 hatten in München militante Anhänger der kurdischen Arbeiterpartei PKK das türkische Generalkonsulat besetzt und 25 Geiseln genommen. Auf Bitten der Münchner Polizei schaltete sich der Bonner Staatsminister Bernd Schmidbauer ein. Erst telefonierte er, dann flog er in München ein, durfte die PKK-Aktivisten entwaffnen, die Geiseln befreien.

Den Krieg auf dem Balkan und den Fall der Moslem-Enklave Srebrenica hat er wie ein Feldherr verfolgt. Ständig rief der Koordinator beim BND in Pullach an, ließ sich die neuesten Erkenntnisse der Fernmeldeaufklärer mitteilen.

Solchen Umgang wie er hat – nicht nur im Fall Mauss – noch kein Geheimdienstkoordinator mit dem Geheimdienst gepflegt. Ohne den BND zu informieren, empfing er den Chef des israelischen Geheimdienstes in Bonn. Der Mossad-Resident eilt bisweilen mehrmals in der Woche ins Kanzleramt.

Wie ein Schlachtenlenker brütet Schmidbauer über geheimen Operationsplänen des Dienstes und fragt die Pullacher Mitarbeiter bis hinunter zum Sachbearbeiter ab. BND-Präsident Geiger setzte vorsorglich durch, daß solche Anfragen an ihn gemeldet werden müssen.

Zum Agenten Mauss pflegte Schmidbauer ein Sonderverhältnis. Der legt seinerseits viel Wert auf Täuschungsmanöver und tut noch geheimnisvoller als ein echter Geheimer.

Am 8. Dezember 1994 war der deutsche Tourist Matthias Wolf, 35, in Kambodscha verschollen. Die verzweifelten Eltern wandten sich an Schmidbauer. Der BND-Resident in Bangkok wurde eingeschaltet. Schmidbauer erkundigte sich oft beim zuständigen Sachbearbeiter Fernost in Pullach über den Stand der Dinge.

Als die Sache nicht vorankam, schaltete sich Mauss ein – ohne Wissen und Auftrag der Familie Wolf – und flog mit seiner Frau nach Pnom Penh. Den Leibarzt von Pol Pot habe er zur Vermittlung gewonnen, berichtete er später, die Sache sehe gut aus. Wenig später kam er mit einer neuen Variante. Wolf gefalle es bei den Roten Khmer, er habe eine Freundin und sei jetzt Wächter eines Sprengstoffdepots der Rebellen, er wolle in Kambodscha bleiben.

Kurz danach lud Schmidbauer die Wolfs ins Kanzleramt ein. Eigentlich, begann er, dürfe er „gar nichts sagen“. Aber ihr Sohn sei in einem Lager und wolle nicht zurück.

Die Mutter, Barbara Wolf, erinnert sich an ein weiteres Gespräch mit Schmidbauer kurz vor Heiligabend 1995. Schon zu Weihnachten, habe er diesmal gesagt, komme ihr Sohn frei; er halte sich 500 Meter von der Grenze entfernt an einem See auf. „Ich weiß noch nicht, wie ich das mit dem Lösegeld mache, wie ich über Weihnachten Devisen tausche.“ Kein Wort über Mauss, nicht einmal eine Andeutung. Bis heute ist ungeklärt, ob Schmidbauer den Auftrag, Wolf zu finden, an Mauss vergab.

Im September dieses Jahres behauptete ein ehemaliger Guerrillaführer der Roten Khmer, Wolf sei wenige Tage nach seinem Verschwinden ermordet

Kobold Undercover

Die Karriere des Privatdetektivs Werner Mauss

Eine Burg mit Turm, Zinnen und Erkern im Disneystil. Freilaufende Pfauen am Waldrand und Mufflons auf einem Kletterfelsen. Das alles ummauert und eingezäunt – real und doch nicht ganz von dieser Welt.

Hier, gleich neben seinem Privatflugplatz, hat der deutsche Detektiv Werner Mauss sein Zuhause, im Dorf Altstrimmig bei Cochem.

Der Spitzenagent, der laut einem Testament aus dem Jahr 1989 allein für die künftige „Erhaltung der Immobilie“ drei Millionen Dollar auf einem Sonderkonto in Luxemburg bunkert, hat sich verbissen nach oben gearbeitet: Gelernter Pferdewirt, Staubsaugervertreter, Detektiv in Scheidungsangelegenheiten, Undercoverspitzel, Multiagent für Industrie und Bundesbehörden.

Mauss wurde 1940 in Essen als Sohn eines Kaufmanns geboren. Der Vater, der unter anderem eine Hemdenfabrik besaß, starb kurz nach Kriegsende. Die Mutter hatte bald mehr Schulden als Besitz.



ACTION PRESS

Mauss-Anwesen in Altstrimmig: Sonderkonto in Luxemburg

Der Schein blieb freilich gewahrt. Zu einer Zeit, als Mauss und seine Mutter kaum noch bei den Lebensmittelhändlern in der Nachbarschaft anschreiben lassen konnten, leistete sich der junge Reiter ein Pferd namens „Vulkan“.

Im Reitstall am Essener Stadtwald genoß Mauss einen gewissen Respekt, weil er auch wilden Gäulen seinen Willen aufzwang. Sein bis heute sichtbares Kennzeichen, die fehlende Kuppe am linken Mittelfinger, stammt von einem Turnierunfall: Nach einem Sturz hing er mit dem Finger noch in der Zügelschlaufe, als das Pferd davonpreschte.

Als Verkäufer von „Kobold“-Staubsaugern bewies der 20jährige Mauss zwar Talent, doch er wollte mehr. Gemeinsam mit seiner Verlobten, der Sekretärin Margret Jüres, eröffnete er Anfang 1961 ein Detektivbüro.

Bald ging es nicht mehr nur um Seitensprünge, sondern um Versicherungsfälle, die Honorare stiegen, die Ausgaben auch. Mauss schmückte sich mit den Insignien des Wirtschaftswunders, ein Porsche mußte her, dann ein Jaguar Typ E. Der Aufsteiger lernte fliegen und erwarb gemeinsam mit einem befreundeten Architekten eine Cessna 172. „Eigener Flugeinsatz in ganz Europa“, stand nun auf seiner Visitenkarte.

Mit Charme und Frechheit knüpfte Mauss vielfältigste Kontakte, eine Marktlücke erkannte er in der Wiederbeschaffung gestohlener Fahrzeuge. Die Polizei, die sich mehr für die Täter als für die Beute interessierte, ließ den Versicherungshelfer gern in ihre Akten gucken. Der revanchierte sich mit gelegentlichen Tips aus der schlechteren Gesellschaft.

Denn auch in kriminelle Kreise drang Mauss instinktsicher vor. In der Maske des weltläufigen Gangsters bewirtete er Ganoven in Spitzenrestaurants, wo er das geübte Hantieren mit Austernmesser und Hummerzange als Trumpf ausspielen konnte.

Mit solchen Tricks wurde der Privatdetektiv in den sechziger Jahren zu einem Pionier der Undercoverarbeit. Als die deutsche Polizei später selbst verdeckte Ermittler laufenließ, orientierte sie sich am Vorbild Mauss, der sich erfindungsreich und skrupellos das Vertrauen von Verdächtigen erschlich. „Das psychologische Gespür“, sagt er selbst, sei in seinem Metier „das Wichtigste“.

Als das Bundeskriminalamt (BKA) 1970 seine Hilfe anforderte, um die Ausbrecherkönige Alfred Lecki und Helmut Derks einzufangen, war er für die Beamten schon nicht mehr irgendwer, sondern die „Institution M.“ Fortan war er bei zahlreichen spektakulären Fällen unerkannt dabei. Er spürte die Räuber des Kölner Domschatzes auf, den Terroristen Rolf Pohle und die verschwundenen Seveso-Dioxinfässer. Auch wenn er für das BKA, den Verfassungsschutz oder den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig wurde, floß das Geld weiter von der privaten Wirtschaft.

1984 kam der Mann ohne Gesicht erstmals öffentlich unter Druck. Ihm wurden dubiose Praktiken bei seiner Recherche im Fall des hannoverschen Juweliers René Düe vorgeworfen, dem nach eigenen Angaben Geschmeide im Wert von 13,5 Millionen Mark geraubt worden war. Unter einer Legende erwarb der Detektiv das Vertrauen des Juweliers, bis der Überfallene als Täter dastand. Düe wurde zunächst zu sieben Jahren Haft verurteilt, später aber freigesprochen und vom Land Niedersachsen entschädigt.

Dem öffentlichen Interesse an seiner Person entzog sich Mauss von 1984 an durch lange Aufenthalte in Kolumbien. Es begann Teil zwei seiner Karriere, der Detektiv wandelte sich zum Experten für Entführungsfälle. Maßgeblich beteiligt daran ist seine zweite Frau Ida, eine gebürtige Italienerin. Von Margret hatte er sich 1983 scheiden lassen.

In einem Brief, den Mauss kurz vor seiner Festnahme in Kolumbien an BND-Chef Hansjörg Geiger geschickt hat, zieht er stolz Bilanz: „Insgesamt konnten durch meine Einsätze nachweisbar mehr als 1600 Personen einer Festnahme zugeführt werden.“



Häftling Mauss (Video-Aufnahme): „Laßt mich nicht im Stich“

worden. Die deutschen Diplomaten erhielten von der Guerrilla Skelett-Teile, die nun beim BKA in Wiesbaden untersucht werden – Knochen des getöteten Wolf?

Der Name Matthias Wolf fiel vorige Woche im Bundestag nicht, aber Schmidbauer meinte den vergebens gesuchten Deutschen, als er sich auf einen „fürchterlichen Fall“ bezog. „Wir haben zu spät gemerkt, wie das Problem eigentlich hätte gelöst werden können.“

Erfolgreicher als in Kambodscha war Mauss gemeinsam mit Schmidbauer in den letzten 16 Monaten, als er bei vier Aktionen in Kolumbien neun Geiseln befreien half. „Schmidbauer gab mir den Auftrag“, sagte Mauss den kolumbianischen Ermittlern.

Der Bonner Koordinator sieht das Arbeitsverhältnis im entscheidenden Punkt etwas anders: Zu Mauss habe es kein Amts- oder Dienstverhältnis gegeben. Die Aufträge des Agenten seien lediglich positiv unterstützt worden. Er habe Mauss auch keinerlei Vorschläge über die Höhe der Lösegelder unterbreitet.

Für den zwielichtigen Agenten Mauss bringt der Bonner Staatsminister erstaunlich viel Verständnis auf. Er sieht ihn nicht als Schattenmann, der sich weder an Regeln noch Gesetze hält, sondern einfühlsam als Samariter, der unter Einsatz seines Lebens Menschenleben rettet. Geradezu „ein Philanthrop“, spottete der SPD-Abgeordnete Günter Verheugen über diese Verniedlichung.

Die Schmidbauer-Mauss-Connection war bald allseits bekannt. Häufig ließen die Firmen, deren Mitarbeiter verschleppt worden waren, über ihre Bonner Botschafter den Kontakt zum Kanzleramt herstellen. „Alle Gesellschaften in Kolumbien wußten“, so der argentinische Botschafter in Bonn, Carlos Oscar Keller Sarmiento, „das ist ein Weg.“

Aus Unterlagen, die beim inhaftierten Mauss gefunden wurden, geht hervor, daß Sarmiento selbst im Frühjahr mit Schmidbauer verhandelt hatte. Zu Jahresbeginn waren drei Mitarbeiter der argentinischen Stahlfirma Techint verschwunden, Mauss wurde eingeschaltet.

Aus Buenos Aires hatte Staatspräsident Carlos Menem eigens eine Delegation nach Bonn entsandt. Den Tip, daß Mauss helfen könne, erhielten die Argentinier von den Italienern.

Auch der dänische Botschafter Bent Haakonsen soll Mitte vorigen Jahres gemeinsam mit Mauss im Kanzleramt erschienen sein. Im September kamen durch diese Vermittlung in Kolumbien drei Ingenieure der Baufirma „Cementos Rio Claro“ frei – darunter ein Däne.

Die Verschleppten wurden von Mauss am Flughafen von Bogotá zunächst einem Vertreter der deutschen Botschaft und dann im Hotel „Bogotá Royal“ in Gegenwart von BKA-Beamten ihren jeweiligen Botschaftern übergeben.

In Kolumbien ist Mauss seit 1984 immer wieder gewesen. Er war auch vor seiner Verhaftung eine bekannte Figur für die Guerrilla, für deutsche Firmen und manchen hohen Staatsdiener. Sein Hauptquartier hatte er zunächst beim damaligen kolumbianischen Staatsanwalt Jaime Hernandez Salazar aufgeschlagen. Über dessen Telefon in der Avenida Suba 131, Villa Eden Nr. 2, war Mauss als „Señor Claus“ erreichbar.

Der Mannesmann-Konzern wollte damals eine 700 Kilometer lange Pipeline von den kolumbianischen Ölfeldern an die Karibik-Küste verlegen – mitten durch Guerrilla-Gebiet. Die Rebellen der ELN drohten mit Sabotage und Entführungen. Ein neuer Fall für Mauss.

Der damalige Projektleiter Georg Zipfel erinnert sich heute voller Verachtung an den Helfer Mauss. Der habe Räuber und Gendarm gespielt, als die Guerrilla ein Camp und wertvolles Baugerät gesprengt und die ersten Geiseln genommen hatte. Er habe das Leben der Geiseln gefährdet.

Um die Guerrilla ruhigzustellen, ließ Mauss im Dschungel Kindergärten und Hospitäler bauen. Er soll zusätzlich einige Millionen Dollar an die klammen Rebellen gezahlt haben, argwöhnten schon damals kolumbianische Ermittler.

Oder zweigt er regelmäßig einen Teil des Lösegeldes, wie viele Mauss-Verächter mutmaßen, für seine eigenen Dienste einfach ab? Guerrilleros gäben keine Quittungen, sagt Zipfel lakonisch. „In Anbetracht der Bescheidenheit der Forderungen der Guerrilla war es absolut schleierhaft, warum man Herrn Mauss beauftragt hat“, wundert sich Zipfel noch heute.

Der Fall Mannesmann war in Kolumbien ein Politikum. Die Regierung in Bogotá erließ ein Gesetz, das ausländischen Firmen das Zahlen von Schmier- und Lösegeldern verbietet. Mittlerweile will die Regierung nur noch vorab informiert werden.

Mauss' Großzügigkeit erschien den kolumbianischen Fahndern von Anfang an verdächtig. Ein erklärter Feind des selbstherrlichen deutschen Agenten ist der junge, aufstrebende Alvaro Uribe Vélez, der Gouverneur von Antioquia, jener Provinz, zu der die einstige Drogenhochburg Medellín gehört. Auch im Fall Schoene, meint Uribe Vélez, habe Mauss mehr als nötig bezahlt:

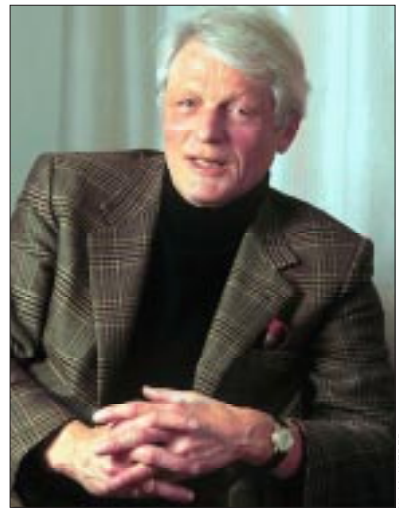
> Dem Ehemann von Frau Schoene war geraten worden, er solle über eine Lösegeldsumme zwischen 150 und 250 Millionen Pesos (*225 000 und 300 000 Mark* –Red.) verhandeln, kolumbianische Pesos. Und dann erscheint Herr Mauss und zahlt zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Dollar an die

„Ich hätte abgeraten“

Hans-Georg Wieck über den Privatagenten Werner Mauss

Wieck, 68, leitete von 1985 bis 1990 den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München.

SPIEGEL: Herr Wieck, haben Sie als BND-Präsident bei heiklen Missionen Privatagenten wie Mauss eingesetzt?
Wieck: Entscheidend bei Zusammenarbeit in schwierigen nachrichtendienstlichen Operationen ist die Verläßlichkeit des in Frage stehenden Agenten. Während meiner Amtszeit hat sich der Privatdetektiv Mauss dafür nicht qualifiziert. Frühere Verbindungen mit ihm wurden abgebaut.
SPIEGEL: Was sprach denn gegen eine Zusammenarbeit?
Wieck: Die Gefahr von Interessenkonflikten. Die können sehr rasch entstehen, wenn sich Privatdetektive bei ihren anderen Operationen, falls Gefahr droht, auf ihr „Arbeitsverhältnis“ mit den staatlichen Geheimdiensten berufen und die Aufhebung der Strafverfolgung beantragen.
Privatdetektive besitzen ihrer Natur nach nicht die Verläßlichkeit eines Agenten, der ausschließlich für einen Geheimdienst arbeitet. Zusammenarbeit mit Privatdetektiven ist also riskant. Das zeigt ja auch das Vorgehen der kolumbianischen Behörden gegen das Ehepaar Mauss.
SPIEGEL: Aber bei früheren Entführungsfällen hatte Mauss doch offenbar erfolgreich mit dem BND kooperiert?
Wieck: Nach der Schleyer-Entführung und der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten durch RAF-Terroristen 1977 wurde Mauss vom BND eingesetzt, um im Ausland RAF-Mitglieder aufzuspüren. Die Finanzierung dieser Operationen aus privaten Spenden an den BND führte mit Recht im Deutschen Bundestag zu Beanstandungen. Auch damals wurden außergewöhnliche Umstände zur Rechtfertigung dieser an sich nicht zulässigen Fremdfinanzierung geltend gemacht. Dennoch war es eine Fehlentscheidung.
SPIEGEL: Mußte das Kanzleramt die Beendigung der BND-Kooperation mit Mauss nicht als Warnung vor solchen Kontakten verstehen?
Wieck: Ich weiß nicht, wer Staatsminister Schmidbauer beraten hat. Ich jedenfalls hätte von einer Verbindung mit Mauss in dieser heiklen Geisel-Mission in Kolumbien abgeraten.
SPIEGEL: Aber der Einsatz von Mauss führte zur Geiselbefreiung. Heiligt der Zweck hier nicht doch die Mittel?
Wieck: Es gab in der Vergangenheit mehrere Fälle, bei denen die Freilassung von Geiseln unter Nutzung nachrichtendienstlicher Mittel gelang. Deshalb muß man schon fragen, ob in diesem Fall ernsthaft und über längere Zeit wirklich intensive Beratungen mit allen kompetenten staatlichen Stellen stattgefunden haben, bevor Mauss eingeschaltet wurde.



W. M. WEBER

Ex-Geheimdienstchef Wieck
„Verbindung mit Mauss abgebaut“

SPIEGEL: Offenbar wurde Pullach in diesem Fall vom Staatsminister gar nicht mehr konsultiert.
Wieck: Die Geringschätzung des BND durch Bonner Politiker ist doch hinreichend bekannt. Diese Negativurteile sind nicht berechtigt, sondern anmaßend. Persönliche Vorurteile dürfen unter keinen Umständen dazu führen, daß die Zusammenarbeit des Koordinators für die Nachrichtendienste mit dem BND von der Leitungsebene auf einzelne Mitarbeiter des Dienstes umgestellt wird. Damit wird dem BND erheblicher Schaden zugefügt.

Guerrilla. Eine Freilassung, die für umgerechnet 200 000 Dollar zu haben gewesen wäre, setzt er mit einem Betrag an, der fast zehnmal so hoch ist. Das gefährdet in höchstem Maße die nationale Sicherheit. Sie können sich vorstellen, wie viele Gewehre man für 1,5 Millionen Dollar kaufen kann, wie viele Mohn- und Koka-Pflanzen man mit diesem Geld anbauen kann.

Für das Lösegeld liefert Mauss eine andere, harmlose Version: Die Guerrilleros hätten von Ulrich Schoene 6 Millionen Dollar gefordert. Der aber habe ihnen am Telefon nur 90 000 Dollar geboten. Darauf sei der Kontakt abgebrochen.

Mauss hat sich, nach seinen Auskünften, nur einmal am 16. September auf Veranlassung der deutschen Botschaft in Bogotá mit Schoene getroffen: Für 90 000 Dollar sei seine Frau nicht herauszubekommen. Der Tarif für Ausländer liege höher – bei 2 bis 3 Millionen Dollar, glaubt die kolumbianische Zeitschrift *Semana*.

Mauss will Vermerke an Schmidbauer nach Bonn und an die deutsche Botschaft in Bogotá geschickt und erst einmal nichts unternommen haben. Die BASF war mit der Londoner Firma Control Risks (siehe Seite 42) im Geschäft; sie sollte mit der Guerrilla verhandeln.

Mauss ist nach seiner Darstellung erst wieder im November eingespannt worden, und zwar auf Bitten des Kanzleramts und der BASF. Er habe mit der Guerrilla Humanitäres als Lösegeld-Ersatz verabredet: Feldlazarette, Operationsbestecke und Medikamente. Die Utensilien wären, so der gescheiterte Agent, im Dezember in Deutschland bei dem verabredeten Friedensgespräch übergeben worden. Die Guerrilleros hätten als Vorleistung Brigitte Schoene freigelassen.

Der vermeintliche Superagent sitzt nun in der Isolationshaft im Gefängnis von Itagüí. Die Landessprache versteht er nicht, Besucher aus Deutschland darf er nicht empfangen. Er unterschreibt Vernehmungsprotokolle, die er nicht lesen kann. Ohne seine Frau Ida wirkt er hilflos. „Ich würde mein Leben dafür geben, wenn sie freikäme“, sagt er.

Im Gefängnis hat ihm ein Auftragskiller des verstorbenen Drogenkönigs Pablo Escobar ein paar Dienste geleistet. Der „sicario“, so heißen die Mörder, die vom Rücksitz des Motorrads ihre Opfer erschießen, übersetzte ihm Nachrichten und ein paar Zeitungsausschnitte ins Englische. Er nahm pro Minute 3000 Pesos, umgerechnet etwa drei Dollar.

Mauss’ Hoffnungen ruhen jetzt allein auf Mentor Schmidbauer. Der Staatsminister, nur kurz von Rücktrittsgedanken geplagt, macht sich Sorgen um seinen subversiven Agenten: „Der darf nicht länger im Knast schmoren.“

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

„Das macht doch sonst keiner“

Wie Werner Mauss – vom SPIEGEL begleitet – zwei entführte italienische Techniker in Kolumbien befreite

Benommen sitzen Giuliano Ponzanelli, 48, und Salvatore Rossi, 56, auf einem Baumstamm und starren in den Morast am Ufer des Río Magdalena. Hemd und Hosen schlottern um die ausgemergelten Körper der beiden Italiener. Ponzanellis Beine zittern, als er sich mühsam erhebt. Er ist zu erschöpft, um Freude über seine Freilassung zu zeigen.

Seit mehr als sechs Monaten sind die beiden Techniker in der Gewalt einer marxistischen Guerrillagruppe, die sich „Nationales Befreiungsheer“ (ELN) nennt. Ein Rebellenkommando hatte sie auf dem Weg zum Flughafen in der nordkolumbianischen Stadt Barrancabermeja gekidnappt. Monatelang mußten sie mit ihren Peinigern durch den Busch irren. Erst seit wenigen Stunden wissen die Geiseln, daß ihre Freilassung bevorsteht.

Verwirrt begrüßen sie den jovialen blauäugigen Deutschen, der sie – gemeinsam mit einem SPIEGEL-Team – abholt. Werner Mauss stellt sich unter falschem Namen vor, dann klappt er seinen schwarzen Koffer auf und richtet die Antenne seines Satellitentelefons aus. Zum erstenmal können die Italiener mit ihren Familien telefonieren. Rossi schluchzt, bis er die Stimme seiner Frau vernimmt.

Vermummte Guerrilleros servieren Hühnersuppe mit Reis und Dosenbier. Mauss ißt nur wenig, er drängt zum Aufbruch. Flußaufwärts warten zwei Cessna-Flugzeuge, und die Bootsfahrt dorthin dauert mehrere Stunden. Ponzanelli und Rossi tappen zu der Barkasse, die Guerrilleros winken ihnen freundlich nach. Auf der Fahrt in die Freiheit rätseln die Italiener, wem sie wohl ihre Freilassung verdanken.



Geiseln Ponzanelli, Rossi im Rebellenlager*: Schluchzend ans Satellitentelefon

Das war im November 1995. Die Verhandlungen über das Schicksal der Ingenieure hatten einige Wochen früher in Bonn begonnen. Abgesandte der italienischen Botschaft baten im Kanzleramt um Beistand. Unter europäischen Diplomaten ist es wohlbekannt, daß Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer einen Mann fürs Unkonventionelle hat, der überall auf der Welt rasch Entführungsfälle löst – den sagenumwobenen Werner Mauss.

Im September 1995 hatte der Schmidbauer-Intimus den österreichischen Mannesmann-Techniker Leo Ruttnik aus der Gewalt der ELN befreit. Den Guerrilleros, so Mauss, habe er als Gegenleistung ein Feldlazarett geschickt, „mit Geburtszangen, Operationsbesteck und so“. Doch einige Millionen Lösegeld flossen wohl auch in bar.

Mauss mag über Geld nicht reden, er sieht sich als Friedensstifter. „Jemand muß doch der Guerrilla mal zuhören, das macht doch sonst keiner“, sagt er. Des-

* Mit SPIEGEL-Redakteur Georg Mascolo (r.).





Vermittlerehepaar Mauss mit Guerrilleros, Mauss auf dem Río Magdalena: Den Weg mit dicken Peso-Bündeln gebahnt

„Binnen 24 Stunden reagieren“

Die Londoner Firma Control Risks Group befreit seit Jahren in aller Welt Geiseln

Sie nennen sich Consultants und sind, wie Kenner loben, in ihrem Gewerbe „weltweit die Nr. 1“. Wer ihre Notfall-Rufnummer in London anwählt, wird umgehend betreut – fast immer mit Erfolg.

Derzeit haben die Experten für den weltweiten Geisel-Freikauf von der Londoner Firma Control Risks Group (CRG) in 83 Victoria Street allerdings selbst Ärger. Die Befreiung der Deutschen Brigitte Schoene aus der Hand kolumbianischer Guerrilleros durch den deutschen Multiagenten Werner Mauss hat das auf äußerste Diskretion bedachte Unternehmen international in die Schlagzeilen gebracht.



M. DANNENMANN

CRG-Geschäftsführer Trauboth: Geheimdienstlösungen vermeiden

Anders als der Einzelgänger Mauss arbeiten die Engländer im großen Team: 200 Mann umfaßt die Einsatzgruppe von Control Risks. Neben ehemaligen Polizisten wirken vor allem Ex-Geheimdienstler und pensionierte Militärs mit. Der Stab umfaßt Techniker, Waffen- und Sprengstoffexperten, Historiker und Juristen.

In elf Ländern unterhält das 1975 gegründete Krisenmanagement- und Beratungsunternehmen Tochterfirmen. Bei Entführungen und Geiselnahmen wird stets die Zentrale in London eingeschaltet. Auf jeden Notruf, verspricht Control Risks seinen Kunden, werde „weltweit binnen 24 Stunden reagiert“.

Die Londoner Zentrale verfügt über ein knappes Dutzend Spezialisten, die ausschließlich Geiselfälle betreuen. Einer von ihnen war auch in Bogotá, um dem Entführungsopfer Brigitte Schoene zu helfen.

Der Consultant, erklärte ein CRG-Sprecher, reiste unter seinem Namen, mit eigenem Paß und Kenntnis der kolumbianischen Behörden aus London nach Bogotá ein – anders als Bonns Handlungsreisender Mauss, der für seinen Kolumbien-Trip sechs auf Alias-Namen ausgestellte Reisedokumente nutzte.

Bis zu einem „gewissen Zeitpunkt“, heißt es in Bogotá, sei die Vermittlung „sehr erfolgreich verlaufen“. So lange, wie Kenner des Geiselgeschäfts in Kolumbien vermuten, bis Mauss seine Kontakte zur ELN-Guerrilla nutzte und damit die Verhandlungen zwischen CRG und ELN beendete.

Mauss streut eine andere Version. Danach denunzierten CRG-Mitarbeiter ihn bei den kolumbianischen Behörden, weil sie ihr Kolumbien-Geschäft bedroht sahen. Dieser Darstellung widersprechen die Londoner energisch.

Für Control Risks sprechen die bisherigen Erfolge der Firma. Weltweit hat die Londoner Gruppe in 282 Entführungsfällen vermittelt. Allein in Kolumbien betreute die CRG nach eigenen Angaben bislang 72 Fälle mit insgesamt 95 Geiseln.

Die Arbeit der Consultants, betont der Leiter der deutschen Control-Risks-Gruppe, Jörg Trauboth, beschränke sich stets auf eine „beratende Funktion“. Den direkten Kontakt überlassen die CRG-Berater anderen.

Nur in drei Fällen waren die Mühen der CRG-Vermittler vergebens – die Geiseln starben, bevor Control Risks sie freibekommen konnte. Stets operiere sein Unternehmen auf der Basis fester Honorare, betont CRG-Mann Richard Fenning. „Niemals akzeptiert Control Risks Teile eines Lösegelds, um die eigenen Kosten zu decken.“

Die Erfolge der CRG beruhen nach Einschätzung von Polizei-Experten auf einem weltweit einzigartigen Know-how: Die Firma verfügt über ein Computerarchiv, in dem Details von mehr als 5000 Entführungsfällen gespeichert sind.

Der Computer erlaube es, sagen CRG-Mitarbeiter, aus dem Tatmuster auf mutmaßliche Täter zu schließen, die Gefährdung für Geiseln realistisch abzuschätzen und bei Verhandlungen mit Geiselnehmern mögliche Reaktionen der Kidnapper ins Kalkül zu ziehen. In manchen Ländern, rühmen sich Manager von Control Risks, könne die CRG bei Entführungen „binnen Stunden auf die Gruppe der Kidnapper schließen“.

Control Risks zählt „91 der 100 weltweit größten Unternehmen“ (ein CRG-Manager) zu seinen Kunden. Zumeist berät das Krisenmanagement-Unternehmen Konzerne, die Mitarbeiter in gefährlichen Regionen beschäftigen, schon vorbeugend.

Den Kunden wird geraten, Krisenstäbe zu bilden und für mögliche Entführungen zu trainieren. In Absprache mit dem betroffenen Personal und dem Betriebsrat sollten zudem Dokumente mit den persönlichen Daten und den behandelnden Ärzten gefährdeter Mitarbeiter erstellt werden.

Wichtig, so die Krisenmanager, seien auch „Proof of Life“-Codes. Sie enthalten Fragen, aus deren Beantwortung im Ernstfall zweifelsfrei hervorgeht, ob eine Geisel noch lebt.

Eine Regel bläuen die CRG-Spezialisten allen Klienten immer wieder ein: „Vermeiden Sie Geheimdienstlösungen.“ Seit dem Kolumbien-Desaster fügen Control-Risks-Mitarbeiter augenzwinkernd hinzu: Und alle Freikaufpläne, bei denen Bonner Staatsminister mitmischen.

halb hatte der immer so scheue Detektiv dem SPIEGEL im September vergangenen Jahres angeboten, ihn an den Río Magdalena zu begleiten. In einem Mainzer Hotel versicherte er Redakteuren, daß ihre journalistische Begleitung der Expedition „für die Friedensmission sinnvoll und hilfreich“ sein könne.

Zehn Tage vor der Freilassung der Italiener sitzt Mauss mit Bischof José Agustín Valbuena bei Bier und Erdnüssen in der Bar eines Hotels der Provinzhauptstadt Valledupar. Jedes Wort des Geistlichen läßt er von seiner Frau dolmetschen. Der Mann, der Kolumbien den Frieden bringen will, spricht kaum ein Wort Spanisch. Ohne seine blonde Ida ist der Superdetektiv in Südamerika hilflos.

Auf Notizzetteln entwirft er Friedenspläne, die Helfer des Bischofs erläutern ihm auf einer Papierserviette, wie die kolumbianische Regierung organisiert ist. Der Bischof gewährt Mauss auf allen Befreiungsmissionen kirchlichen Schutz. Katholische Würdenträger, so schwebt es Mauss vor, sollen auch den Friedensprozeß überwachen, den er mit Rückendeckung aus Bonn zwischen Regierung und Guerrilla einzuleiten gedenkt.

Nun sind an der Befriedung Kolumbiens schon weitaus kompetentere Männer gescheitert als der Privatdetektiv aus dem Hunsrück. Gewalt ist in der Kultur des Andenstaats tief verwurzelt (siehe Seite 46). Wie kommt ausgerechnet Mauss auf die Idee, in diesem vom organisierten Verbrechen unterwanderten Staat Frieden stiften zu wollen?

Die Geschichte des Landes kennt er kaum, zwischen 1986 und 1995 sei er nicht zu Geiselbefreiungen in Kolumbien gewesen, behauptet Mauss. Wenn Señor Claus aus Frankfurt, Miami oder Panama einfliegt, bleibt er meist nur für zwei oder drei Tage. Im gepanzerten BMW läßt er sich zu den Luxushotels in Bogotá chauffieren, in denen er gewöhnlich logiert.

Den Journalisten gegenüber prahlt er trotzdem, die Lage wie kein anderer zu kennen: „Guerrilla, Unterdrückung, Folter, Sie wissen schon.“

Ist der Mann übergeschnappt? Ist ihm sein Erfolg als Geiselbefreier zu Kopf gestiegen? Oder will der Agent aus dem Schatten ins Licht treten, seinem Mentor Schmidbauer als politischer Makler nacheifern? Sicher ist, daß er tatsächlich mit Bonner Billigung Gespräche mit der Guerrilla eingefädelt hat.

Im Juni vergangenen Jahres, fünf Monate vor der Befreiung der Italiener, organisierte er die Reise einer ELN-Kommission nach Deutschland und Frankreich, angeblich als „vertrauensbildende Maßnahme“, um die Befreiung von Ruttnik zu beschleunigen. Die Guerrilleros sollten „Luft ablassen“ (Mauss).

In Bonn übergaben die Rebellen eine Petition, in der sie versicherten, nicht die



Kolumbianische Rebellenführer Nicolás, García*: „Wie sieht die Welt nach dem Fall der Mauer aus?“

Machtübernahme in Bogotá anzustreben. Sie baten um Hilfe bei Alternativprogrammen für Koka-Bauern und zeigten sich angetan von der Aussicht auf Geburtshilfe bei Friedensgesprächen.

Den Trip mit dem SPIEGEL sah Mauss als offiziellen „Gegenbesuch“ – es war seine erste Reise zu den Chefs der Guerrilla. Für das Abenteuer im Busch hat er sich Camel-Safarikleidung und zwei große Reisekoffer zugelegt. Der Superagent schleppt eine ganze Elektroniksammlung mit sich herum: neben dem Satellitentelefon eine teure Spiegelreflex-Kamera und jede Menge Handys.

Lösegeld hat Mauss nicht dabei. Er habe nichts gezahlt und auch keine Provision kassiert, beteuert er hinterher. Nur seine Spesen werde er über das italienische Konsulat in Bogotá abrechnen. Ob die Firma in Italien auf anderen Wegen für die Befreiung zahlt, läßt der Entführungsspezialist im dunkeln. Doch unverkennbar ist, daß Mauss den Weg zu den Guerrilleros mit dicken Peso-Bündeln geebnet hat. Dem Bischof hat er schon vor Monaten ein neues Auto geschenkt.

In zwei klimatisierten Geländewagen starten Reiseleiter Mauss und das SPIEGEL-Team zum Trip an den Río Magdalena, am Steuer sitzt ein Priester. Sorgen, daß die Gringos mit dem vielen Gepäck und der Fernsehausrüstung auffallen, sind unbegründet. Bei Kontrollen, so schärft Mauss den Reisenden ein, sollten die Besucher sich als deutsche Priesterdelegation auf Missionsreise ausgeben. Die Mimikry ist nicht nötig, das Militär läßt den Konvoi unbehelligt passieren.

In schneller Fahrt geht es durch verlassene Dörfer etwa 150 Kilometer Richtung Süden. Die bürgerkriegsartigen Zustände in der Region haben die Bauern schon vor Jahren von ihren Äckern vertrieben.

In einem verschlafenen Weiler steigt die Gruppe in ein Schnellboot um, der Priester bleibt am Ufer zurück. Ein Guerrillero in Zivil lotst die Deutschen vier Stunden lang durch die Wasserlandschaft des Río Magdalena, dann geht es per Lastwagen eine Stunde lang landeinwärts.

Im Guerrilla-Camp zwischen Maisfeldern und Rinderweiden begrüßen Comandante Nicolás und Comandante Antonio García den deutschen Indiana Jones und seine Begleiter. Für die „Waldmenschen“, wie Mauss die Rebellen nennt, ist die Begegnung ein großes Ereignis. Nur selten gewährt die ELN Journalisten Zugang zu ihren Lagern.

Per Handy dirigiert Mauss die Flugzeuge mit den Italienern um

Militärchef Nicolás, den die Kolumbianer „Gabino“ nennen, ist der strategische Kopf der ELN: ein kleiner, drahtiger Campesino, der die Welt militärisch in Freund und Feind einteilt. Friedensversprechen, Zugeständnisse gegenüber der Regierung sind ihm selbst in stundenlangen Gesprächen kaum zu entlocken.

García, der politische Sprecher der ELN, ist sein Gegenpol. Begierig fragt er nach der Welt jenseits des kolumbianischen Buschkrieges. Nachdem er einmal Zutrauen gefaßt hat, verwickelt er die Besucher in stundenlange Diskussionen über die Zukunft Lateinamerikas.

Das Ehepaar Mauss, dem Guerrillero nur als „John und Diana“ bekannt, ist von dem vergrübelten Romantiker so beeindruckt, daß es ihn später zu einem Besuch nach Europa schleust. Als die Polizei den Detektiv vor drei Wochen festnahm, fand sie die Übersetzung eines Gedichts bei ihm, das García verfaßt hat.

García sollte die Rebellen auch bei den geplanten Friedensgesprächen in der Bundesrepublik vertreten. „Wir wollen, daß Deutschland uns hilft“, erklärt er den Journalisten. „Wir wollen wissen, wie die Welt nach dem Fall der Mauer aussieht.“

Die Partisanen unterbrechen ihre ideologischen Auslassungen nur, um über Menschenleben zu feilschen. Stundenlang verziehen sich ihre Anführer mit dem Ehepaar Mauss in den Busch, um die Übergabe der Italiener auszuhandeln.

Nach drei Tagen ist der Deal offenbar perfekt. Verschwitzt und von Moskitos zerstochen, aber offensichtlich zufrieden, mahnt Mauss zur Abreise. Er müsse noch ein paar Fragen in Deutschland klären, dann könne er die Geiseln abholen.

Eine Woche später brechen der Detektiv und das SPIEGEL-Team erneut in den Dschungel auf. Nachdem er die Geiseln sicher an Bord gebracht hat, wird Mauss erstmals nervös: Der Außenbordmotor versagt, das Boot treibt fast eine Stunde im Strom. Die Verzögerung bringt den Zeitplan durcheinander, wütend schnauzt Mauss den Bootsführer an. Als die Cessnas starten, dämmert es bereits. Das Nachtlandeverbot in Valledupar, wo die Gruppe in einen Charterjet umsteigen sollte, kann auch der Superagent nicht aufheben.

Mauss dirigiert die Flugzeuge zur nordkolumbianischen Hafenstadt Barranquilla um, per Handy bereitet er alles vor. Wenige Stunden darauf nehmen zwei Firmenvertreter die beiden Italiener in Bogotá in Empfang.

Das Ehepaar Mauss hält es nicht lange in dem Land, dem sie den Frieden bringen wollten. Einen Tag nach der Freilassung der Geiseln sitzen sie schon wieder in einer Lufthansa-Maschine nach Frankfurt. Erster Klasse, natürlich.

* Mit SPIEGEL-Redakteur Hans Leyendecker und Ida Mauss.

Werbeseite

Werbeseite



C. ANGEL / GAMMA / STUDIO X

Attentat in Bogotá (1993): Alle 25 Minuten wird ein Mensch umgebracht

„Silber oder Blei“

Drogenhändler unterwanderten den kolumbianischen Staat, Kokain verdrängte Kaffee als ersten Devisenbringer des Landes. Selbst der Präsident soll von den Rauschgiftbossen kassiert haben. Die Justiz ist hilflos.

Es gibt nicht mehr viele Orte, an denen der kolumbianische Präsident willkommen ist. Ein Auftritt vor der Uno-Vollversammlung aber kann keinem amtierenden Staatschef verwehrt werden.

Dort, in New York, wollte Ernesto Samper Ende September einen glühenden Appell an die Welt richten, ihn beim Kampf gegen den Drogenhandel zu unterstützen. Für den ersehnten Auftritt mußte er – demütigend genug – eine Sondergenehmigung zur Einreise in die USA beantragen; denn Washington hatte ihm das Visum entzogen, weil er im Verdacht steht, sich mit den Rauschgiftkartellen seines Landes eingelassen zu haben.

Das war noch nicht genug der Schmach: Kurz vor dem Abflug wurden 3,7 Kilogramm Heroin in der Präsidentenmaschine gefunden, die Inszenierung am East River war damit gründlich verpatzt.

Die Drogenmafia hatte erneut öffentlich vorgeführt, wer Herr in Kolumbien ist. Was hat ein Staatsoberhaupt schon zu sagen, das noch nicht einmal das eigene Flugzeug sauberhalten kann?

Der Rauschgifthandel hat alle Institutionen unterwandert und die Gesellschaft moralisch zersetzt. Das Land ist zum Tummelplatz krimineller Banden verkommen – von den Drogenkartellen über Guerrillaverbände bis hin zu Privatarmeen der Großgrundbesitzer und Todesschwadronen ehemaliger Mitglieder der Sicherheitskräfte.



AP

Präsident Samper, Kohl (1995)
Glühender Appell an die Welt

Der Siegeszug des organisierten Verbrechens hatte für die Bürger nahezu unmerklich begonnen. Lange war Kolumbien einer der schwächsten Exporteure Lateinamerikas gewesen, Devisen und Kapital fehlten. Das änderte sich Mitte der siebziger Jahre „wie durch Zauberei“, schreibt der angesehene kolumbianische Rechtsanwalt Fernando Londoño Hoyos in seinem soeben erschienenen Buch „La parábola del elefante“ (Die Parabel vom Elefanten).

Die Kolumbianer hatten einen neuen, überaus kostbaren Exportartikel entdeckt: Kokain. Schätzungsweise drei Milliarden Dollar flossen jährlich aus dem Handel mit den Drogen zurück in die Heimat, Kokain überholte Kaffee als Devisenbringer.

Während die Nachbarstaaten von gewaltigen Schuldenlasten schier erdrückt wurden, verzeichnete das fünftgrößte Land Lateinamerikas Wachstumsraten bis zu fünf Prozent. „Wir gewöhnten uns daran, das gute Haus im schlechten Viertel zu sein“, Kolumbien habe sich zum „Finanz-Disneyland“ entwickelt, so Londoño.

Der „Schnee“ ließ neue Geschäftsdynastien entstehen, die berüchtigten Kartelle von Medellín und Cali, benannt nach den Städten, aus denen die Bosse stammten. Die großen Clan-Chefs wie Pablo Escobar oder die Gebrüder Rodríguez Orejuela stiegen von Kleinkriminellen zu Magnaten auf, die das US-Magazin *Forbes* in seine Liste der Reichsten der Welt aufnahm.

Escobar und seinesgleichen blieben keine Mafiosi im Schatten, sie erkauften sich Plätze als angesehene Mitglieder der Gesellschaft: Den Armen boten sie Arbeit als Koka-Bauern, Drogenkuriere oder Leibwächter, für die Slumbewohner von Medellín bauten sie Sozialwohnungen und Schulen. „Kein anderer Kolumbianer hatte je eine solche Begabung, die öffentliche Meinung zu beeinflussen“, schrieb Gabriel García Márquez über Escobar, „kein anderer besaß eine größere Macht zu korrumpieren.“

Auch die alteingesessenen Grundbesitzerfamilien ließen sich vom Luxus blenden, den das Kokain in ihre verschlafenen Städte spülte. Die Rauschgiftbarone stiegen ins Baugewerbe ein – ganze Apartmentblöcke in Medellín und Cali wurden bar bezahlt –, erwarben riesige Farmen und ließen den Handel mit Limousinen, Juwelen und Designerklamotten blühen. Banken, Fernsehstationen und Radioketten profitierten von der Geldwäsche; manch ein Bürger nahm ohne zu fragen ein günstiges Darlehen unbekannter Herkunft an, Universitäten akzeptierten Forschungszuschüsse, Fußballklubs Sponsorengelder.

„Plata o plomo“, Silber oder Blei, wurde zur Devise, mit der sich die Rausch-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

giftbarone viele Richter, Polizisten, Regierungsbeamte und Abgeordnete gefügig machten. Jeder Chef unterhielt seine Privatarmee und ein Heer von „sicarios“, Lohnkillern. „Narco-Demokratie“ nannte der US-Drogenfahnder Joe Toft Kolumbien: „Mir ist keine politische oder gerichtliche Institution bekannt, die nicht von Drogenhändlern unterwandert wäre.“

Die Bosse hatten nur vor einem Angst: an die USA ausgeliefert zu werden. Um die Regierung zu zwingen, das Auslieferungsabkommen zu kündigen, entfesselten die „extraditables“ (Auslieferbaren) von 1982 an einen Krieg. Er begann mit der Ermordung des Justizministers, mindestens 100 Richter und Staatsanwälte, 2000 Polizisten, mehrere Dutzend Journalisten sowie 4 Präsidentschaftsbewerber starben bei Anschlägen.

Die Terroristen sprengten ein Flugzeug (107 Tote), zerbombten die Zentrale der Geheimpolizei (63 Tote) und entführten Prominente. Weil der Staat ihnen weder mit Gewalt noch mit der Justiz beikommen konnte, lenkte die Regierung 1991 ein.

Das Friedensangebot bestand aus einer speziellen Kronzeugenregelung für Drogenbosse, die sich freiwillig stellten. Den Richtern fehlten meistens Beweise, Reumütige sollten deshalb ein minderes Verbrechen zugeben und dafür mit einer milden Strafe davonkommen. In die neue Verfassung kam ein Verbot, kolumbianische Staatsbürger auszuliefern.

Die gesamte Spitze des Medellín-Kartells zog daraufhin freiwillig in Luxusgefängnisse. Seit wenigen Monaten sind die drei Gebrüder Ochoa, die Hauptkomplizen Escobars, nach abgebüßter Strafe wieder frei. Escobar machte einen Fehler: Er floh aus einem Gefängnis, das er eigens für sich entworfen hatte. Eine Spezialeinheit der Polizei spürte den Gangsterboß 1993 auf und erschoß ihn bei einer wilden Jagd über die Dächer.

Als das Medellín-Kartell ausgeschaltet war, übernahm der Cali-Clan das Geschäft. Dessen Führer gingen diskreter vor: Sie schmierten, statt zu bomben.

Auch Präsident Samper ließ sich offenbar ködern. Kaum war er 1994 gewählt, tauchten immer präzisere Hinweise auf, daß sechs Millionen Dollar der Kokainmafia schwarz in seine Wahlkampagne geflossen seien.

„Seit 15 Jahren ist der Einfluß der Drogenkartelle in allen Bereichen der Gesellschaft immer größer geworden“, sagte Samper dem SPIEGEL. „Wie könnte ich da sicher sein, daß sie nicht auch Einfluß auf meinen Wahlkampf genommen haben? Aber wenn, habe ich nichts davon gewußt.“ Autor Londoño glaubt ihm nicht: „Wenn man jemandem einen Elefanten ins Haus stellt, muß er ihn sehen.“

Sampers Wahlkampfmanager und späterer Verteidigungsminister Fernando Botero, Sohn des weltberühmten Malers gleichen Namens, sagte aus, Samper selbst habe darauf bestanden, die Cali-Bosse um Spenden zu bitten. Botero sitzt seit mehr als einem Jahr in Haft, der frühere Schatzmeister und eine Abgeordnete aus Sampers Liberaler Partei wurden ebenfalls verurteilt.

In seinem Buch trägt Londoño, der die Verteidigung Boteros übernommen hat, Aussagen und Dokumente zusammen, die belegen sollen, daß Samper schon mit den Drogenkartellen paktierte, als er noch nicht Präsident war: Von Escobar habe er 1982 einen Scheck angenommen, 1990 soll er Rodríguez Orejuela angeboten haben, Auslieferungsverfahren gegen eine Parteispende einzustellen.

Unter dem Druck der USA ließ Samper zwar die Spitze des Cali-Kartells verhaften. Doch die Lücken füllten sogleich andere, weniger prominente Drogendealer aus. Das arbeitslos gewordene Kartell-Fußvolk begeht nun Gewalttaten auf eigene Faust: Alle 25 Minuten wird in

Nicht mit Drogenhändlern, Subversiven und Terroristen an einen Tisch

Kolumbien ein Mensch umgebracht, die Mordrate ist fast doppelt so hoch wie in den USA. Jede halbe Stunde gibt es einen Entführungsfall, besonders die Guerrilleros finanzieren ihren Kampf mit Geiselnahmen.

Die linken Untergrundkämpfer, die einst als Sozialrevolutionäre antraten, stehen längst im Bund mit der Drogenmafia. In den von ihnen kontrollierten Regionen kassieren sie Startgelder für die Transportflugzeuge, erheben Steuern auf die Einfuhr von Chemikalien und verteidigen die Bauern gegen die von der Regierung angeordnete Vernichtung der Koka-Pflanzungen.

Der Präsident hatte versprochen, Friedensverhandlungen mit den drei wichtigsten Guerrilla-Bewegungen zu beginnen. Dabei sollte womöglich die deutsche Regierung vermitteln. Im Oktober vergangenen Jahres traf Samper Kanzler Helmut Kohl in Bonn.

Doch der Chef der Armee, die sich wegen der Handlungsunfähigkeit der Regierung besonders stark fühlt, ließ verlauten, er werde sich niemals mit „Drogenhändlern, Subversiven und Terroristen“ an einen Tisch setzen.

So starteten die Guerrilla-Organisationen im August erstmals gemeinsam eine Offensive, die sie der Hauptstadt Bogotá gefährlich nahe brachte. Über 200 Menschen kamen bei den schwersten Angriffen seit 30 Jahren ums Leben.

„Das ist Kolumbien“, konstatiert Londoño bitter, „nach 20 Jahren Drogenhandel und zwei Jahren eines mit Drogengeldern gewählten Präsidenten.“ ❑

Werbeseite

Werbeseite

Militärpolitik

Bravourös erledigt

Die Bundeswehr und ihr Minister haben sich durchgesetzt: Deutsche Kampftruppen erhalten diese Woche ihren Marschbefehl nach Bosnien.

Volker Rühe wußte genau, was er wollte. Nur redete der Verteidigungsminister über die Bonner Militärpläne nie so provozierend daher wie etwa sein langjähriger Generalinspekteur Klaus Naumann.

Als Naumann vor Jahren deutsche Militäraktionen – einschließlich Präventivkrieg – im „Krisenbogen zwischen Marokko und dem Indischen Ozean“ ins Gespräch brachte, bremste Rühe den Drängler: „Schritt für Schritt“.

Der Politiker hatte, während die Blicke der uniformierten Geostrategen schon wieder in die Ferne schweiften und Naumann die Rolle einer „lead nation“ beanspruchte, stets die Heimatfront im Auge. Und hier gewann er die entscheidende Schlacht – parlamentarisch.

Wenn am Freitag dieser Woche der Bundestag über den neuen Bosnien-Einsatz einer deutschen 3000-Mann-Truppe abstimmt, ist dem Christdemokraten eine große Mehrheit sicher. Sie wird nach Einschätzung von SPD-Militärexperten noch höher ausfallen als im Vorjahr beim Beschluß über die Beteiligung an der internationalen Friedenstruppe im ehemaligen Jugoslawien (Ifor). Damals stimmten parteiübergreifend 543 Abgeordnete dafür, 107 dagegen.

Mit dem Nachfolge-Mandat wird militärpolitisch erreicht, was Rühe und die Bundesregierung seit langem anvisiert haben: die einst heftig umkämpfte deutsche „Normalität“. An der neuen Bosnien-Mission werden sich die Deutschen mit einem Beitrag beteiligen, wie der Bonner Wehrminister seinen Nato-Kollegen Ende September im norwegischen Bergen zugesagt hat, „der sich in der Qualität nicht von dem unserer Verbündeten unterscheidet“.

Damit gab Rühe zu Protokoll, was die SPD lange Zeit nicht wahrhaben wollte: Die Bundeswehr ist bereit und berechtigt zum Kampfeinsatz. SPD-Chef Oskar Lafontaine hatte sich jahrelang lautstark als Pazifist gegenüber seinem pragmatischen Vormann Rudolf Scharping hervorgetan. Scharping, auf Linie gebracht, nannte noch vorletzte Woche Kampfeinsätze „eine klare Grenze, die wir in der SPD nicht überschreiten werden“.

Doch es ging nur noch um das Prinzip, „die Wirklichkeit habe sich nach den Beschlüssen der SPD zu richten“, wie Bundestagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose (SPD), seit je Befürworter von Kampfeinsätzen unter Uno-Mandat, kürzlich spottete.

Am Dienstag voriger Woche war es dann soweit: Das SPD-Präsidium beschloß, „daß eine weitere militärische Absicherung des Aufbauprozesses notwendig ist“, die „Verlängerung der internationalen Friedensmission“ finde „unsere Unterstützung“. Doch der Auftrag der Ifor wird nicht einfach nur verlängert.

Bislang waren die deutschen Missionsteilnehmer, sogenannte Unterstützungseinheiten, laut Bundestagsmandat in Kroatien stationiert, biwakierten freilich immer häufiger in festen Zelten in Bosnien. Die Bundeswehr-Soldaten der neuen Stabilization Force (Sfor) gehen dagegen regulär zwischen den mühsam befriedeten bosnischen Volksgruppen in Stellung. Der neue Auftrag: „Abschreckung und Stabilisierung“.



F. DARCHINGER

Militär-Planer Naumann, Rühe (1995): Am Ziel

Lodert der weiterschwelende Haß zwischen Serben, Moslems und Kroaten zum neuen Schießkonflikt auf, ist der Kampfeinsatz da. „Wenn nötig“, so einigten sich die Verteidigungsminister laut Rühe in Bergen, sei die „Durchsetzung der militärischen Bestimmungen“ des Friedensvertrags von Dayton zu erzwingen und „Abschreckung gegen die Rückkehr von Krieg und Massakern“ zu leisten.

Damit gibt auch Rühe eine zuvor verteidigte Position auf, allerdings offensiv. „Deutsche Soldaten“, hatte er vor der ersten Bosnien-Mission verkündet, „sollten nicht eingesetzt werden im Spannungsfeld zwischen Serben, Kroaten und Moslems“, das könne sonst „für neue Eskalation sorgen“.

Nun beruft sich der Minister darauf, die Ifor-Truppe habe ihre Aufgaben „bravourös erledigt“ und alle Konfliktparteien seien mit der Stationierung deutscher Sfor-Streitkräfte in Bosnien einverstanden. Die Bundeswehr, so Rühes Fazit, erlange die „Normalität einer Bündnisarmee“. Der Wehrminister setzt darauf, wie er im Oktober vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte, daß sich die



DPA

Deutsche Ifor-Soldaten in Bosnien*: „Sucht nach Weltverbesserung“

* Im April beim Passieren einer von ihnen gebauten Brücke über die Neretva bei Mostar.

Werbeseite

Werbeseite

Lage in Bosnien seit Jahresfrist „drastisch verbessert“ habe.

Sozialdemokraten und Grüne, die der „Hilfe zum Eigenschutz“ (Joschka Fischer) zugestimmt hatten, waren über den unblutigen Ifor-Erfolg ebenso erleichtert wie die Koalition. Die Linken fürchteten diesmal nicht das Wirken der Soldaten als Mörder, sondern die Rückkehr von Soldaten als Ermordete – im Zinksarg. Der dann fällige Stimmungsumschwung in der Bevölkerung blieb den Interventionisten erspart.

Doch auch die neuformierten Sfor-Soldaten werden in kein spannungsfreies Gebiet einrücken. Der Friedensprozeß in

„Deutsche neigen dazu, sich für alles und jedes verantwortlich zu fühlen“

Bosnien sei immer „noch fragil“, weiß Rühe, das Abrüstungsabkommen „nur in ersten Ansätzen implementiert“. Zur Entspannung sollen eben bewaffnete Deutsche erst beitragen.

So ist in aller Stille, Schritt für Schritt, die Politik der nationalen Kriegsfähigkeit ans Ziel gelangt. Es war ein weiter Weg von den trickreichen Manövern, mit denen Bundeskanzler Konrad Adenauer vor über 40 Jahren seine Politik der Wiederbewaffnung im besiegten Westdeutschland durchsetzte, über die deutsche Scheckbuch-Diplomatie 1991 beim Golfkrieg bis zum mühsam getarnten Kampfauftrag für die Bundeswehr als Schwert von Uno und Nato.

Vor der Vereinigung war Krieg als Mittel der deutschen Politik, und sei es als Drohpotential, undenkbar. Es ging um den Nato-Verteidigungsfall und sonst nichts. Doch bald danach ergriff Rühe die Initiative, als er vor gut vier Jahren neue „Verteidigungspolitische Richtlinien“ erließ – ohne förmliche Zustimmung des Kabinetts.

Das Strategiepapier, mit dessen erster Vorlage Rühes Vorgänger Gerhard Stoltenberg noch am damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher gescheitert war, propagiert die „gestaltende Kraft“ Europas bei der „Lösung der großen weltweiten Zukunftsaufgaben“; dabei besitze Deutschland „eine Schlüsselrolle“. Der Auftrag des Krisenmanagements für die neuen „Krisenreaktionskräfte“ wurde weit gespannt, bis hin zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.

Als sie das lasen, wurde Militärexperten der Zusammenhang all der vorausgegangenen sicherheitspolitischen Manöver, Konzepte und Aktivitäten klar: Die Bundeswehr dehnte ihren Auftrag planvoll in einer Weise aus, die Vier-Sterne-General a. D. Gerd Schmückle, bis 1980 Stellvertreter des Nato-Oberbefehlshabers Europa, an das „Handwerkszeug von Kolonialmächten“ erinnerte. Schmückle beklagt, daß die deutsche Bevölkerung „zu keinem Zeitpunkt so gleichgültig“ wie jetzt der Vorbereitung von Kriegseinsätzen zugesehen habe.

Die Bonner Vorwärtsstrategen begannen 1991 harmlos mit Flüchtlingshilfe für irakische Kurden im Grenzgebiet zwischen Türkei und Iran, mit Booten zum Minenräumen im Persischen Golf und Fluggerät zum Transport von Uno-Inspektoren im Irak. 1992/93 folgte die Kambodscha-Mission von 130 Sanitätern, bei der Sanitätsfeldwebel Alexander Arndt als erster deutscher Soldat im Out-of-area-Einsatz erschossen wurde.

Teuer und ruhmlos verlief die Entsendung deutscher Versorgungstruppen nach Somalia. In der Einsatzzeit von Mai 1993 bis März 1994 ließ sich kein einziger Soldat des indischen Kampfverbands sehen, der von den 1700 Deutschen in Belet Huen versorgt werden sollte.

Schon im Sommer 1992 begannen deutsche Luftwaffensoldaten mit Versorgungsflügen in das belagerte Sarajevo, und Marineeinheiten halfen bei der Überwachung des Uno-Embargos gegen die Konfliktparteien in der Adria. Deutsche Soldaten überwachten in Awacs-Maschinen den bosnischen Luftraum.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Teilnahme der Bundeswehr an allen Blauhelm- und Kampfeinsätzen der Uno für rechtens, wenn der Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimmt.

Die Optionen für die Zukunft sind damit vieldeutig geworden, sosehr Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Verteidigungsminister auch eine Kultur der Zurückhaltung verkündeten. Der Anblick der Bürgerkriegsgreuel beim Zerfall Jugoslawiens schmiedete in Deutschland eine erstaunliche Allianz: das Bündnis der humanitären Interventionisten, die dem Morden nicht länger tatenlos zusehen wollten, und der tatkräftigen Vorkämpfer für „eine Renaissance des Militärischen“ (Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel).

Das Bündnis schafft Unbehagen. Da entstehe vielleicht weniger eine „Sucht nach Welteroberung, sondern nach Weltverbesserung“, schwant dem früheren General Schmückle. Und Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, warnt vor der deutschen Neigung, „sich für alles und jedes auf der Welt verantwortlich zu fühlen“. Die politische Führung müsse lernen, die Medienwirkung eines Ereignisses „von seiner wahren Bedeutung für die Interessen Deutschlands zu unterscheiden“.

Derzeit mag noch die abgeklärte Interessenpolitik Bismarcks bei den Außenpolitikern vorherrschen. Nur, sagt Lamers: „Wir leben nicht mehr zu Zeiten Bismarcks, sondern des Fernsehens.“ ❏

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

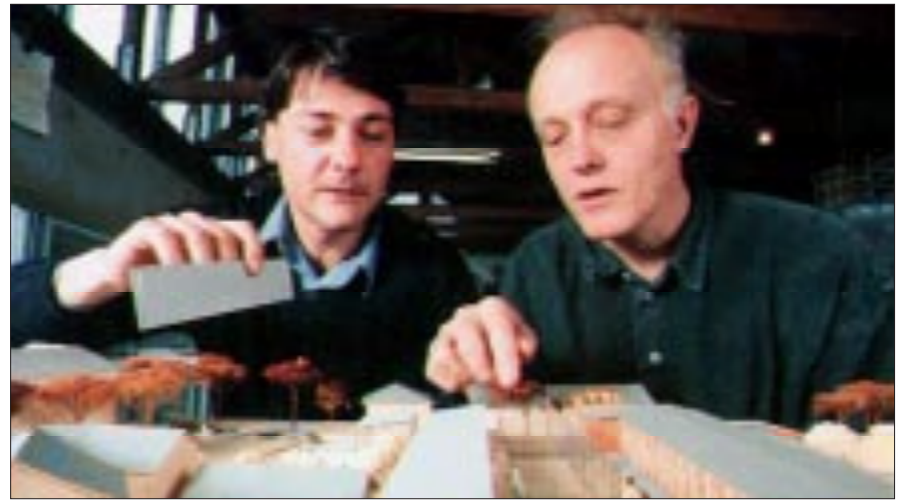
Werbeseite

Werbeseite

Kommunen

Im Moment klamm

Die lasche Zahlungsmoral der öffentlichen Hand bringt immer mehr Handwerker und Firmen in Existenznot.



T. EINBERGER / ARGUM

Architekten Baumann, Molenaar: „Sofort aus Planungen rausgeflogen“

Es gibt Städte, bei denen sind Klaus Molenaar, 50, und sein Partner Richard Baumann, 35, nicht wohlgelitten. „Aus Roth bei Nürnberg“, sagt Baumann, „bekommen wir mit Sicherheit keinen Auftrag mehr.“

Die beiden Münchner Architekten haben ein Tabu gebrochen: Um ihr Honorar durchzusetzen, verklagten sie die Kommune. Molenaar: „Wir sind sofort aus künftigen Planungen rausgeflogen.“

Die Zahlungsmoral von Kommunen, Bund und Ländern sei so schlecht wie nie zuvor, beklagen Industrieverbände und Handwerkskammern unisono. Der einst als äußerst seriös geltende öffentliche Auftraggeber zahlt mittlerweile schlechter als die Privatwirtschaft.

Selten jedoch wagt ein Gläubiger aufzubegehren, aus Furcht, überhaupt keinen Auftrag mehr zu bekommen. „Dabei ist die Situation dramatischer und schlimmer als noch vor einem Jahr“, klagt Friedhelm Noss, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen.

Nach einer Umfrage der Handwerkskammer Schwerin halten bei einem Drittel der Unternehmen die öffentlichen Kunden so gut wie nie ihre Zahlungsziele ein. Zwölf Prozent der Betroffenen gaben an, ihre Auftraggeber überzögen die Fristen bis zu einem halben Jahr.

Eine Untersuchung des Instituts der Bauindustrie in Nordrhein-Westfalen ergab, daß Industrie und Gewerbe die in der Baubranche spätestens nach zwei Monaten fälligen Schlußrechnungen im Schnitt nach 55 Tagen begleichen. Gemeinden hingegen lassen sich bis zu 78 Tage Zeit. Bund und Länder begleichen erst nach 90 Tagen ihre Schulden (siehe Grafik).

Die staatlichen Auftraggeber können sich die Laxheit leisten. Die Handwerkskammer Schwerin beispielsweise treibt für ihre Mitglieder derzeit 3,5 Millionen Mark Außenstände ein. „Aber keine einzige Forderung gegen die öffentliche Hand ist darunter“, sagt der Leiter der Rechtsabteilung, Edgar Hummelsheim.

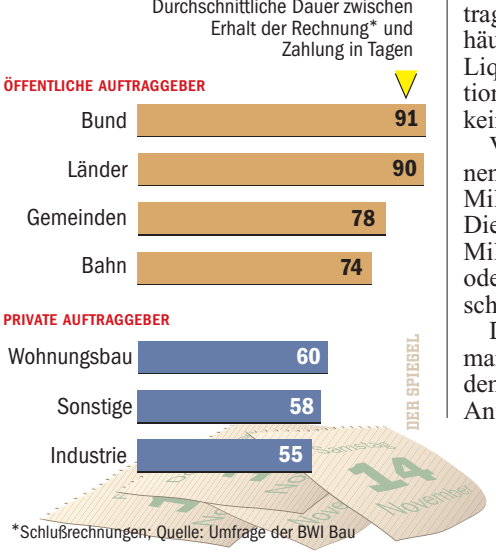
Während private Auftraggeber bald nach der dritten Mahnung mit dem Gerichtsvollzieher rechnen müssen und für Mahnkosten rigoros abkassiert werden, genießen Kommunen, so Andreas Aumüller, Geschäftsführer von Creditreform Dresden, „besonderen Langmut“. Rechnungen gehen verloren oder werden von Schreibtisch zu Schreibtisch verschoben. Viele Absender finden ihre Forderungen als formal unzureichend im Briefkasten wieder – etliche Wochen nach Rechnungsdatum.

Hans Karrenberg, Finanzreferent beim Deutschen Städtetag, erklärt die schlechten Sitten seiner Klientel mit deren klammen Kassen. „Ist doch klar, bei der herrschenden Finanznot werden Zahlungsziele voll ausgenutzt, macht jede Privatperson doch auch.“

Schrumpfende Steuereinnahmen und wachsende Sozialausgaben dürften die Zahlungsmoral weiter sinken lassen: Ende dieses Jahres wird der Schuldenberg aller Gemeinden mehr als 200 Milliarden Mark erreichen, 60 Milliarden mehr als 1991.

Lieber langsam

Zahlungsmoral öffentlicher und privater Auftraggeber in Nordrhein-Westfalen



Hans-Jörg Derra, Zwangsverwalter aus Ulm, hat mit den Kommunen kein Mitleid. Er würde „zu gern einmal“ einer Stadt einen Kuckuck verpassen.

Die Gemeinde Röcknitz-Böhlitz bei Leipzig hätte es fast soweit kommen lassen. Nur per Gerichtsentscheid konnte Derra die Gemeindeverwalter dazu bewegen, mehr als eine Million Mark für den Bau eines Freibades an die Baufirma zu bezahlen. Als die Gemeinde mit den Raten in Verzug geriet, beantragte Derra „Zwangshypotheken an gemeindlichem Grundbesitz“, „Pfändung von Bankguthaben“ und „Sachpfändung“ von beweglichen Gegenständen. Das wirkte.

Manchen Bürokraten ist das Eingeständnis der eigenen Zahlungsunfähigkeit keineswegs peinlich. „Wir bestätigen den Erhalt o. g. Rechnung“, schrieb eine Stadtverwaltung an einen Gläubiger, der auf den Eingang einer Zahlung von 22 489 Mark wartete. „Wir bedauern“, hieß es im nächsten Satz, „daß wir im Moment nicht in der Lage sind, den Betrag an Sie zu begleichen.“

Stillhalten und warten auf den Nachtragshaushalt – für Unternehmen, die häufig genug selbst am unteren Rand der Liquidität krebsen, eine brenzlige Situation. Doch die Firmen haben in der Regel keine andere Wahl.

Vor vier Jahren vergaben die Kommunen noch Aufträge von insgesamt 65,5 Milliarden Mark für Sachinvestitionen. Dieses Jahr werden es nur noch rund 52 Milliarden sein. Wer da durch Drängen oder gar Klagen unangenehm auffällt, ist schnell außen vor.

Die Architekten Molenaar und Baumann haben sich trotzdem bereits mit dem nächsten Schuldner angelegt: Seit Anfang des Jahres weigert sich eine ostdeutsche Gemeinde, eine Forderung über 150 000 Mark zu begleichen. Bis Ende des Jahres wollen die Unternehmer noch stillhalten, sagt Baumann, „dann klagen wir“. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



F. ROGNER / NETZHAUT

Wirtschaftspolitiker Clement*: „Wir diskutieren alles gleichzeitig und lösen verdammt wenig“

SPIEGEL-Gespräch

„Wir müssen Ziele setzen“

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Wolfgang Clement über den „rheinischen Kapitalismus“ der SPD

SPIEGEL: Herr Clement, der Kölner Jugendparteitag der SPD hat sich – gegen Ihr Votum – für eine Strafabgabe jener Unternehmen ausgesprochen, die nicht ausbilden. War das – wieder einmal – ein Sieg der Staats- über die Marktwirtschaftler in der SPD?

Clement: Das war auch für mich persönlich eine Niederlage. Die SPD hat aus meiner Sicht mit diesem Beschluß die Kurve noch nicht genommen.

SPIEGEL: Zur Marktwirtschaft?

Clement: Zu freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, etwa bei der Schaffung von Lehrstellen. So etwas sollte heute den Vorzug gegenüber ordnungsrechtlichen Maßnahmen haben. Erst recht hat meine Partei ignoriert, daß es sich in der aktuellen wirtschaftlichen Lage verbietet, neue Abgaben für die Unternehmen zu fordern.

SPIEGEL: Gibt es Ihnen nicht zu denken, daß Sie in Köln Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping gegen sich hatten?

Clement: Ich fühle mich nicht gehindert, für eine wirtschaftspolitische Linie einzutreten, die über die Ausbildungsabgabe hinausgeht und die uns prinzipiell weiterführt.

SPIEGEL: Ohne Unterstützung von Scharping und Lafontaine?

Clement: Ich setze im politischen Diskurs auf Rationalität. Und die spricht sehr deutlich für den Weg, den wir in Nordrhein-Westfalen gehen, nicht nur beim Ausbildungskonsens. Ich spreche vom „rheinischen Kapitalismus“.

SPIEGEL: Sie meinen rheinischen Klüngel?

Clement: Nein. Wenn ich vom „rheinischen Kapitalismus“ rede, dann meine ich kooperative Wirtschaftspolitik. Das Gebot der Stunde heißt, einen Ausgleich zwischen den sehr unterschiedlichen Interessen in unserer Gesellschaft, auch zwischen Wirtschaft und Politik, zu finden. Wir sind auf diesen kooperativen Kurs angewiesen, wenn wir mit der Arbeitslosigkeit fertig werden wollen. Das ist das Gegenteil von dem Konfliktkurs, den die Bundesregierung fährt und der im Streit um die Lohnfortzahlung überdeutlich wird. Dieser Streit kommt alle teuer zu stehen und ist so überflüssig wie ein Kropf.

SPIEGEL: Gerhard Schröder ist der Ansicht, es gebe weder rechte noch linke, sondern nur moderne oder unmoderne Wirtschaftspolitik. Nun bringen Sie das Schlagwort vom „rheinischen Kapitalismus“. Was steckt dahinter?

Clement: Mein Hauptargument lautet: Eine sozialdemokratische Bundesregierung würde die De-Industrialisierung, die in wachsende Arbeitslosigkeit führt, nicht tatenlos hinnehmen. Deswegen will ich, knapp 30 Jahre nach Karl Schiller, eine neue „Konzertierte Aktion für Wachstum, Beschäftigung und Innovation“.



J. H. DARCHINGER

Wolfgang Clement

gilt als Kronprinz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau. Der Jurist und Journalist wurde 1989, nach einem Zwischenspiel als SPD-Vorstandssprecher und Chefredakteur der *Hamburger Morgenpost*, Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei. Seit seinem Wechsel an die Spitze des Wirtschaftsministeriums (1995) feiert die Industrie den 56jährigen wegen seines unternehmerfreundlichen Kurses als „deutschen Tony Blair“ und „neuen Helmut Schmidt“.

* Im Oktober bei einem Besuch in der Verkehrsleitzentrale von Tokio.

Das Gespräch führten die Redakteure Ulrich Bieger und Klaus Wirtgen.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL: Der letzte Wiederbelebungsversuch der „Konzertierten Aktion“ liegt gerade zwölf Monate zurück. Das „Bündnis für Arbeit“ ist kläglich gescheitert.
Clement: Wir haben aber keine Alternative. Ich möchte zu freiwilligen, nachprüfbaren und gegebenenfalls reversiblen Selbstverpflichtungen der Unternehmen gelangen, nicht nur über Lehrstellen, auch über Arbeitsplätze und Investitionen. Dem Staat fällt dabei vor allem eine Moderatorenrolle zu. Karl Schillers nationale Konjunkturprogramme würden heute verpuffen. Jetzt muß der Staat vor allem für Infrastruktur, auch im Bildungsbereich, und natürlich für sozialen Ausgleich sorgen.
SPIEGEL: Mit dieser Aufgabenbeschreibung haben Sie noch keinen Arbeitsplatz gerettet oder geschaffen. Denken Sie an die Zechenschließungen im Ruhrgebiet.
Clement: Der Staat kann natürlich keine Arbeitsplätze garantieren. Doch wir brauchen in Deutschland eine Verständigung zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung, wie es in der Energiepolitik weitergehen soll und auch auf welchen Feldern wir internationale Konkurrenzen gewinnen wollen.
SPIEGEL: Grundsätzlich wird dem kaum jemand widersprechen. Aber wie wollen Sie diese Verständigung herstellen?
Clement: Ich will sicher keine staatliche Industrieplanung wie in Japan. Aber wenn bei uns inzwischen jeder fünfte Industriearbeitsplatz abgebaut oder ins Ausland verlagert worden ist, darf die Politik nicht zaudernd und zögernd verharren. Die Lage ist überaus dramatisch.

„Ich will in den Schlüsseltechnologien die Weltspitze erreichen“

SPIEGEL: Also: Welche Aufgabe bleibt der Politik?
Clement: Der Staat ist durchaus handlungsfähig. Er besitzt Instrumente, die er allerdings sensibler als früher handhaben muß. Ich denke an unser renovierungsbedürftiges Bildungs- und Hochschulsystem oder an Medien und Telekommunikation; dort entscheiden wir mit der Rahmengesetzgebung zugleich über Tausende Arbeitsplätze. Aber Ähnliches gilt auch für die Stahlindustrie, die mit Spezialstählen in Deutschland Zukunft hat, wenn Wirtschaft und Politik das wollen. Ich jedenfalls will es.
SPIEGEL: Bekennen Sie sich zu einer staatlich geförderten Wachstumspolitik?
Clement: Ich will in den Schlüsseltechnologien einen Weltspitzenplatz erreichen. Noch liegen wir bei Multimedia um drei Jahre, in der Bio- und Gentechnologie um zehn Jahre hinter den USA zurück. In der Umwelttechnologie haben wir Platz 1 an die Amerikaner verloren. Wir dürfen uns auch nicht damit abfinden, daß der ICE international eher auf Platz 2 abonniert zu sein scheint …
SPIEGEL: … hinter dem französischen TGV …
Clement: … Selbstverständlich müssen wir auf Wachstum setzen. Eine Wirtschaftsnation wie die unsere bricht ohne Wachstum auseinander. Für mich als Sozialdemokrat ist die Diskussion zwar immer mit dem Risiko verbunden, daß viele meiner Freunde wieder in einen elitären Romantizismus zurückfallen, der die Schattenseiten erklärt und die Chancen ignoriert. Aber denen sage ich, daß wir deswegen in Südostasien ausgelacht und in Frankreich bemitleidet werden.
SPIEGEL: Sie können doch die Risiken dieser Technologien nicht ignorieren.
Clement: Natürlich haben wir etwa in der Bio- und Gentechnologie auch über Risiken zu sprechen. Doch zuerst müssen wir über die Chancen reden, und die sind erheblich. Die falsche Reihenfolge war der Fehler, den wir uns in der Vergangenheit, auch unter sozialdemokratischer Beteiligung, geleistet haben.
SPIEGEL: Was wollen Sie gegen die Innovationsschwäche der Industrie machen?
Clement: Sie haben recht, die großen Unternehmen werden kaum die notwendigen vielen Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Sie sind auch nicht halb so innovativ wie die kleinen und mittleren. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit einer „Meistergründungsprämie“ im Handwerk innerhalb eines knappen Jahres 4500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das kostet uns 27 Millionen Mark. Im Handwerk, bei den Dienstleistern und in neuen innovativen Unternehmen müssen die neuen Arbeitsplätze entstehen.
SPIEGEL: Reicht das für Ihr Versprechen, die Arbeitslosenzahl von derzeit über 800 000 in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2000 zu halbieren?
Clement: Ich habe das bei meinem Amtsantritt 1995 versprochen, muß aber darauf hinweisen, daß ein Land dazu vernünftige Rahmenbedingungen braucht, die der Bundesgesetzgeber bestimmt. Dennoch riskiere ich diese Zusage. Ich weiß mich in guter Gesellschaft, auch das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hält die Halbierung der Arbeitslosigkeit für machbar. Wir müssen uns in Deutschland mal wieder Ziele setzen. Die Zeit des zügellosen Dahintreibens, in der man nur noch die Verluste am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt registriert, muß vorbei sein.
SPIEGEL: Trotz konjunktureller Erholung verschlanken viele Unternehmen ihre Belegschaften. Akzeptieren Sie das?
Clement: Es ist teilweise richtig und notwendig, wenn etwa große Chemie- oder Pharmakonzerne nach Japan, nach Amerika oder in den südostasiatischen Markt gehen. Dennoch muß sich mancher Manager fragen, ob er der nächste sein

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

möchte, der in den Geruch des vaterlandslosen Gesellen gerät, weil er sich seine Entscheidung zu leicht gemacht hat.

SPIEGEL: In den USA sind kürzlich die Börsenkurse gefallen, als niedrigere Arbeitslosenzahlen bekannt wurden.

Clement: Das sind Exzesse des Shareholder value. Ich kenne in NRW eine ganze Reihe von Unternehmern, denen es nicht nur um den kurzfristigen Börseneffekt geht. Ich habe mit Interesse gelesen, daß auch Herr Schrempp von Daimler-Benz seine Meinung zu diesem Thema korrigiert hat. Unternehmen, die hier in Deutschland groß geworden sind, haben hier auch Pflichten, auch moralische.

SPIEGEL: Oskar Lafontaine hat in Köln noch ganz das traditionelle Unternehmerbild der SPD gezeichnet: Manager, die ihre Mitarbeiter vorrangig als Kostenstellen sehen und dem Börsenprofit nachjagen. Sie sehen das offenbar anders.

Clement: Das Bild ist in der Diskussion aufgetaucht, war aber nicht das beherrschende. Oskar Lafontaine hat es auch nicht so undifferenziert gesagt. Das Bild orientiert sich – ich komme ja aus dem Ruhrgebiet – zu einseitig an früheren Erfahrungen mit Großunternehmen. Ich habe vor allem von kleinen und mittleren Unternehmern ein anderes Bild gewonnen. Unternehmer dürfen wir nicht nur als Ansprechpartner ansehen, sie müssen zu uns gehören. Daß die SPD sich eine kleine Arbeitsgemeinschaft für Selbständige hält, reicht nicht.

SPIEGEL: Lafontaine hält die Vorstellung, daß der Standortwettbewerb der Nationen zu gewinnen sei, für eine „Irrlehre“. Er setzt statt dessen auf internationale Vereinbarungen über Sozialstandards, Zinsen und Steuern. Ist das nicht wiederum unrealistisch?

Clement: Oskar Lafontaine hat mit seinem Hinweis auf die Gefahren des internationalen Standortwettbewerbs recht. Ohne Verständigung über die wesentlichen Standards konkurrieren wir uns kaputt. Aber ich hänge nicht der Illusion nach, wir bekämen demnächst für ganz Westeuropa gleiche soziale oder ökologische oder steuerliche Standards. Immer mehr Investitionen gehen wegen der niedrigen sozialen Leistungen nach Großbritannien. Die Währungsunion allein kann diese Fehlentwicklung jedenfalls nicht verhindern.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Clement: Bei uns ist die Arbeit, und vor allem gering qualifizierte Arbeit, zu teuer, nicht nur wegen der Löhne und Gehälter, sondern wegen der höchsten Lohnnebenkosten aller Zeiten. Es gibt für Unternehmer und Arbeitnehmer und damit auch für die Binnennachfrage nichts Wirkungsvolleres, als sie drastisch zu senken, und dies möglichst in Verbindung mit moderaten Tarifabschlüssen.

SPIEGEL: Erwarten Sie von der geplanten großen Steuerreform eine Entlastung?

Clement: Wir machen einen großen Fehler: Wir diskutieren alles gleichzeitig und lösen verdammt wenig.

SPIEGEL: Also lieber die Finger von der großen Steuerreform lassen?

Clement: Sie wird schwerste Interessenkonflikte auslösen, und das zusätzlich zu den Unsicherheiten aus der Währungsunion. Von der großen Steuerreform verspreche ich mir keinen gewaltigen Schub für die Wirtschaft. Darauf käme es aber an. Dafür wäre eine rasche, deutliche Senkung der Lohnnebenkosten – durch Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen – besser. Das wäre das Signal, auf das alle warten.

SPIEGEL: Sollte dafür die Mehrwertsteuer erhöht werden?

Clement: Nein. Das Geld muß durch Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionskürzungen aufgebracht werden. Ich wäre froh, wenn die Bonner Koalition in anderen Bereichen den Elan zeigen würde, den sie derzeit gegen die Steinkohle aufbringt.

SPIEGEL: Auf dem Parteitag der Grünen in Suhl war Ähnliches zu hören. Zeichnet sich da eine rot-grüne Allianz ab?

Clement: Suhl hat mich in der Hoffnung bestärkt, daß die Realos bei den Grünen in die Vorhand kommen. Das läßt für Bonn hoffen, um die derzeitige Regierung aus den Angeln heben zu können.

SPIEGEL: Auf dem SPD-Parteitag in Köln und beim Grünen-Treff in Suhl gab es eine gemeinsame Parole: „Kohl muß weg.“ Trägt Ihr Dauerstreit mit den Grünen in der Düsseldorfer Koalition nicht dazu bei, daß die Ablösung Kohls unnötig erschwert wird?

Clement: Wir müssen erreichen, daß sich die Bürger gegen die Regierung Kohl und für uns entscheiden. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, daß wir nicht nur für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten, sondern auch in einer globalisierten Welt Wachstum und Beschäftigung sichern können.

SPIEGEL: Ändern Sie gerade Ihre Einstellung gegenüber den Grünen?

Clement: Beide Parteien müssen, wenn sie es ernst meinen, im nächsten Jahr ihr Können beweisen. Dabei dürften wir uns von den Grünen in einer neuen Mittelstandspolitik kaum unterscheiden. Die anstehenden Reformen des öffentlichen Dienstrechts sind ebenfalls leichter vereinbar mit grünen Ideen als mit der mageren Kost, die CDU-Innenminister Kanther in Bonn anzubieten hat. Unsere Differenzen in Fragen des Umweltschutzes haben mit dem mangelnden Vertrauen der Grünen in den Industriestaat zu tun. Ich glaube dagegen, daß wir die ökologischen Probleme mit wissenschaftlichem und technologischem Können überwinden werden.



T. RAUPACH / ARGUS

Risiko Genforschung: „Zuerst über die Chancen reden“

SPIEGEL: Ihre Sympathiebekundungen für die grünen Realos ertönen immer häufiger. Haben Sie schon mal mit Joschka Fischer über die rot-grüne Zukunft gesprochen?

Clement: Ich führe Gespräche mit unserem Koalitionspartner in Düsseldorf und werde demnächst auch meine Kontakte zu den Grünen in Bonn fortsetzen, nicht zuletzt in Fragen der Energiepolitik.

SPIEGEL: Bundeskanzler Kohl hat Sie kürzlich als künftigen Düsseldorfer Ministerpräsidenten vorgestellt.

Clement: Noch werden in Deutschland Ministerpräsidenten nicht von Kanzlers Gnaden berufen.

SPIEGEL: Können Sie sich 1998 einen SPD-Kanzlerkandidaten vorstellen, der für eine rot-grüne Koalition nicht zur Verfügung steht?

Clement: Nein.

SPIEGEL: Herr Clement, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite





FOTOS: S. ZUDER / BILDERBERG

Bergarbeiterfamilie Hauffe, Bergleute Thomas, Jörg Hauffe: „Im nächsten Jahr, wenn die Wahlen weit weg sind, dann sind wir

Steinkohle

„Dann brennt die Luft“

Hajo Schumacher über die Kumpel in Herten und die Gefühlslage der größten Bergbaustadt Westeuropas

Morgens um viertel vor sechs, wenn Thomas Hauffe im Strom der Bergleute zur Frühschicht läuft, wirft er noch einen schnellen Blick auf die Schaukästen. Hier werden auf bunten Zetteln Jobs angeboten.

Umschulung zum Industrie-Isolierer? Dachdecker in Wesel? Florist in Beckum? Fliesenleger? Kraftfahrer? Hausmeister? „Nä“, murmelt der Bergmann, „nix dabei.“

Im Förderkorb, der fast einen Kilometer tief in die Erde fällt, trifft Thomas Hauffe, 29, zuweilen seinen Bruder Jörg, 33, oder die Schwäger Michael und Dietmar, 37. Früher wühlten sich auch noch Markus, 23, und Günther Hauffe, 31, ebenso wie Vater Eberhard Hauffe, 62, durch die 120 Kilometer langen dunklen Gänge im Bergwerk „Westerholt“.

In Herten, der größten Bergbaustadt Westeuropas, sind die Hauffes mit acht Kindern die größte Bergmannsdynastie. Auf Westerholt, wo schon Opa Hauffe nach Kohle grub, lernten vier Söhne und zwei Schwiegersöhne ihren Beruf. Und deswegen sind Eberhard und Ilse Hauffe derzeit die nervösesten Eltern von Herten.

Wenn sich Bundeskanzler Helmut Kohl in dieser Woche mit Unternehmern und mit Wirtschaftsminister Günter Rexrodt sowie den Ministerpräsidenten der Kohleländer, Johannes Rau und Oskar Lafontaine, trifft, dann wird auch über die Zukunft der Hauffes entschieden.

Eberhard Hauffe weiß, was er von seinem Kanzler erwarten darf. „Über Weihnachten ist Ruhe“, ahnt der Vater, „aber im Februar geht’s los. 1997 ist ein ganz gefährliches Jahr. Wenn die Wahlen weit weg sind, dann sind wir dran. Dat geht ruck, zuck, Zeche zu.“ Dann hätte Herten auf einen Schlag das jüngste und fähigste Industrieproletariat der Welt. Im Schnitt sind die Kumpel mit ihrer international beneideten Ausbildung 33 Jahre alt.

Schweigend sitzen die Jungen nach der Frühschicht am Küchentisch. Vater Hauffe lebt seit 1962 mit der Furcht – damals kam zum erstenmal das Gerücht vom Ende Westerholts auf. Doch so ernst wie jetzt hat er noch nie darüber geredet.

Die simple Rechnung stellt derzeit fast jeder der 70 000 Hertener an: Von 15 Zechen in der Emscher-Lippe-Region fördern zwei in Herten, außer Westerholt noch „Ewald, Schlägel und Eisen“ mit insgesamt rund 7 700 Beschäftigten. Als kleinere und in den letzten Jahren unproduktivere Anlage steht Westerholt auf der Kill-Liste der Ruhrkohle AG naturgemäß ganz oben.

Im Düsseldorfer Kabinett gilt Herten als Chiffre für den letzten großen Schlag, mit dem sich das Revier von seiner verrußten Vergangenheit befreien muß. Daß die Arbeitslosenquote dann von knapp 15 auf 30 Prozent ansteigt, ist sicher; Hertens Schicksal als postmontanes Ghetto wahrscheinlich.



dran; dat geht ruck, zuck, Zeche zu“

Die Stadt, eingezwängt zwischen den Autobahnen A 2 und A 43, zwischen Gelsenkirchen und Recklinghausen, war nie schön, nie reich, nie berühmt. Aber sie lebte 100 Jahre von der Kohle. Jetzt stirbt sie mit ihr.

Einsichtig bietet die IG Bergbau schon brutale Kürzungen an: Bis zum Jahr 2005 wollen die Gewerkschafter bundesweit 44 000 Stellen streichen und 7 von 19 Zechen schließen. Die Subventionen würden damit von zehn auf sieben Milliarden Mark fallen. Doch daß die klammen Bonner mit diesem Fahrplan zum Selbstmord auf Raten zu beruhigen wären, glaubt in Herten niemand.

„Die setzen an zum Todesstoß“, fürchtet Norbert Formanski. Der einstige Bergmann ist Betriebsratschef auf Westerholt, Quotenkumpel im Bundestag und einsamer Werber für den Bergbau.

Sein Problem: Selbst in der SPD verliert die einst mächtige Klientel der Bergleute an Einfluß. Natürlich wurden die demonstrierenden Kumpel auf dem Parteitag in Köln vor zwei Wochen warm empfangen. Natürlich bat Parteichef Lafontaine den Sprecher ans Rednerpult. Natürlich versicherte man sich der Solidarität.

Doch ebenso natürlich plagt die Sozis auch das schlechte Gewissen. Ihnen ist klar, daß sie Zeugen eines unaufhaltsamen Artensterbens sind. Und je weniger Bergleute es werden, desto unverblümter wird man sie künftig als lästigen Haushaltsposten betrachten, so wie es die FDP schon mit Inbrunst praktiziert.

Vor wenigen Tagen erst schritt der schneidige FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle bei einer Veranstaltung in Bottrop mit blasiertem Blick und öligem Grinsen an demonstrierenden Hertenern vorbei und hatte nicht mal einen netten Satz parat. „Da fühlst du dich wie der letzte Dreck“, sagt Thomas Hauffe.

Wie ein Märchen klingt es heute, wenn Vater Hauffe seinen Söhnen von 1948 erzählt, als er nach viereinhalb Jahren Schule mit 14 Jahren auf Westerholt anfing. Damals kamen Dankesadressen von überall, weil die Bergmänner die Nation über den Winter brachten. Heute gibt es 20 000 Mark von der Ruhrkohle für jeden, der geht.

Der alte Hauffe war ein Held des Alltags. Er ließ drei Fingerkuppen in einem Stahlseil und schlägt sich heute mit einer Nervenentzündung in den Beinen herum, wahrscheinlich eine Spätfolge der 17 Jahre, die er auf Knien in den engen Flözen zubrachte. Er hatte nie Geld, aber immer Stolz und vor allem Perspektive.

Davon ist den Söhnen nichts geblieben. Täglich lesen sie, daß jede Stelle im Bergbau mit 120 000 Staatsmark im Jahr gefördert wird, daß sie mit der Kohle ein unverkäufliches Produkt fördern, daß es ihnen zu gut gehe. Dabei verzichteten sie 1994 auf sechs Prozent Lohn und seither auf jede Steigerung.

Früher war Vater Hauffe froh, wenn er einen Sohn auf der Zeche untergebracht hatte. Inzwischen ist er erleichtert, daß Günther sich zum Krankenpfleger umschulen ließ und Markus sich nach viereinhalb Jahren Westerholt zum Installateur weiterbildet.

Denen, die ausharren, bleibt die Unsicherheit. Ob beim Brüten über dem Urlaubskatalog, an der Supermarktkasse, erst recht bei jedem Kreditantrag – „immer“, sagt Michael, „haste im Hinterkopp: Kannste dir dat leisten? Lohnt sich dat? Muß dat sein?“

Bruder Thomas hätte längst eine Familie gegründet, wenn die Zukunft klarer wäre. Doch die Gespräche beim Sonntagskaffee mit den Geschwistern sind wenig ermutigend. Immer geht es um Arbeit, um Geld, um Auswege. „Da kann man doch ’ne eigene Familie gar nicht verantworten.“

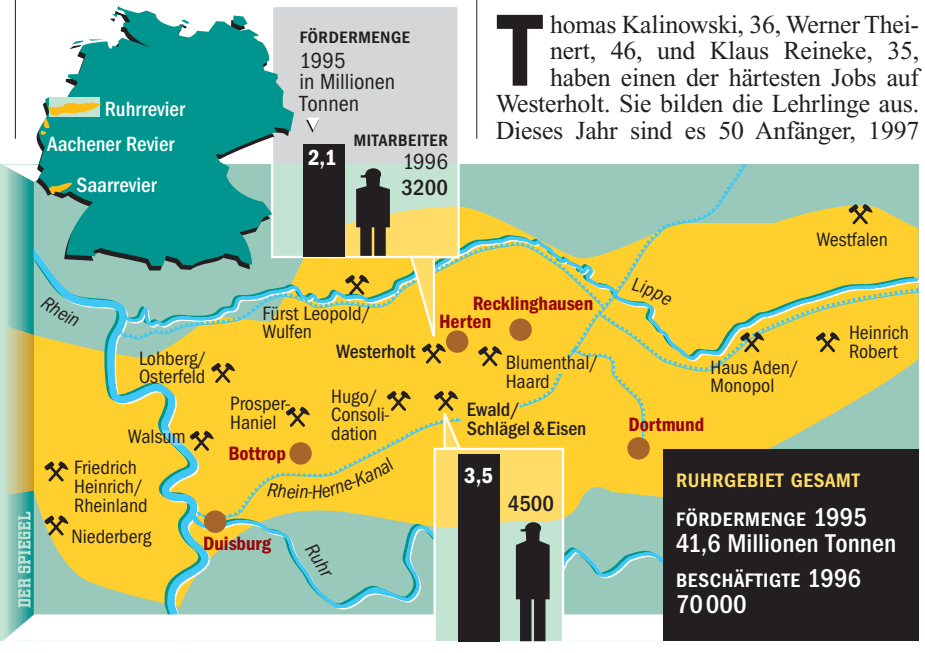
Vor zwei Wochen schöpfte Thomas mal wieder kurz Hoffnung. In den Nachrichten hieß es, der Energiekonzern Veba wolle, vor allem für den Einstieg ins Telekommunikationsgeschäft, 15 000 neue Jobs schaffen. „Da bewerb’ ich mich!“ beschloß der gelernte Elektriker. „Aber Bergleute nimmt doch keiner“, gab Jörg zu bedenken. „Zumindest krieg’ ich ’n netten Brief“, erwidert Thomas: „Da heißt der letzte Satz dann: … und für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute.“

*

Thomas Kalinowski, 36, Werner Theinert, 46, und Klaus Reineke, 35, haben einen der härtesten Jobs auf Westerholt. Sie bilden die Lehrlinge aus. Dieses Jahr sind es 50 Anfänger, 1997

Der Kampf

um die Kohle geht in die letzte Runde. Bundeskanzler Helmut Kohl berät in dieser Woche mit Spitzen von Industrie und Opposition den Fahrplan für die Abwicklung des hochdefizitären deutschen Steinkohle-Bergbaus. Vom Zechensterben wäre vor allem die Emscher-Lippe-Region betroffen. Hier könnte Herten zu einer Industriebrache nach ostdeutschem Muster werden. Die Kumpel drohen, aus der Stadt „ein zweites Rheinhausen zu machen“ und mit Dauerdemonstrationen das öffentliche Leben lahmzulegen.





Bergarbeiterhäuser, Hertener Zukunftszentrum: „Wallfahrtsort für Verwaltungsleute“

noch 30. Doch wie sollen sie Jugendliche motivieren für einen Beruf, den es bald nur noch im Bergbaumuseum gibt?

„Die stehen erst mal nicht auf der Straße“, tröstet Kalinowski die Kollegen abends beim Bier. Schweigend nicken sie sich Mut zu. Früher ging es in der Bergmannskneipe „Waldhof“ ausgelassen zu. Jetzt wiederholen sich jeden Abend dieselben Gespräche.

Werner: „Bald knallt dat hier. Die letzte Lohnabrechnung mit’m Weihnachtsgeld hat allen den Rest gegeben.“

Thomas: „Noch bremst die Gewerkschaft. Die sagen: Ruhig, Männer, kein Krawall, solange wir am Verhandeln sind.“

Werner: „Die Leute wissen doch, dat sich drei Tage später keiner an Abmachungen erinnert. Die Kumpel hamet satt. Wenn die ’ne Zeche zumachen, dann haste mehr Hackenstiele als Menschen auffer Straße.“



Stadtdirektor Bechtel

Klaus: „In Wirklichkeit braucht uns doch keiner mehr. Alles is’ gebuddelt. Sogar der Tunnel nach England.“

Thomas: „Vielleicht geht es ja weiter. In acht Jahren haben wir den Preis für eine Tonne Steinkohle von 450 Mark auf 250 Mark gebracht.“

Werner: „Vergisset. In Rotterdam kost’ die Tonne Importkohle 75 Mark.“

Thomas: „Die in China und Südafrika sind nur so billig, weil da Kinder malochen und jedes Jahr Hunderte draufgehen.“

Werner: „Änderste aber nicht. Dafür brauchen wir eben Subventionen.“

Thomas: „Subventionen sind mir scheißegal. Da denk’ ich gar nicht dran. Dem Blüm seinen Posten subventionieren wir doch auch. Da red’ keiner drüber.“

Werner: „Wenn die Subventionen weg sind, dann biste arbeitslos.“

Thomas: „Dann geh’ ich zum Arbeitsamt. Die müssen meine Kredite fürs Haus zahlen. Meinste, dat wird billiger für die?“

Klaus: „Wenn se dat auch streichen, mußte dein Haus verkaufen.“

Thomas: „Die könn’ mich am Arsch lecken. Aber vorher geh’n wir auffe Straße. Da brennt die Luft. Und dann geh’ ich zum Sozialamt. Da hab’ ich ’n Recht drauf.“

*

Das Sozialamt von Herten ist eine der modernsten Behörden in Deutschland. Mit 7,2 Prozent Sozialhilfeempfängern führt die Stadt zwar in Nordrhein-Westfalen und liegt weit über dem deutschen Durchschnitt. Doch auf dem Amtsflur wartet kein einziger Antragsteller.

Denn mit dem Elend kam der Fortschritt. Gemeinsam mit ein paar EDV-Experten hat Stadtdirektor Klaus Bechtel das Computerprogramm Prosoz entwickelt. Ohne üblichen Formularwust errechnet Prosoz sofort den Anspruch eines Bedürftigen. Im Idealfall spuckt das System gleich jenen Scheck aus, auf den die Menschen früher bis zu zwei Monate warten mußten.

Die Software für Notleidende hat die Stadt unter Kommunalexperten berühmt gemacht. Prosoz rechnet in über 1000 Kommunen, auch in München und Berlin, die Sozialhilfe aus. Mit dem Gewinn von knapp drei Millionen Mark im Jahr aus dem Software-Verkauf läßt Bechtel bei Prosoz, im einstigen Gesundheitsamt untergebracht, an neuen Programmen tüfteln: ProBaug für Baugenehmigungen, ProSport für das Stadtsportamt. „Für Verwaltungsleute ist Herten Wallfahrtsort“, protzt Bechtel.

Viele Besucher, die sich für die Hertener Disketten interessieren, beglückwünschen den Stadtdirektor zum Strukturwandel: So würden ja Kumpel zu Programmiererscharen, eine Idee zum Geschäft und Herten zum High-Tech-Standort.

Bechtel lächelt gequält über das Mißverständnis. Prosoz bietet gerade mal 60 hochqualifizierte Arbeitsplätze. Und für die gab es in der Stadt kaum Anwärter. Weil das alte und das neue Herten praktisch nicht kompatibel sind, mußten Programmierer aus anderen Städten angelockt werden.

Für die „kernigen Malocher aus dem Pütt“ (Bechtel) hatten die Stadtoberen andere Jobs vorgesehen. Sie holten eine hypermoderne Biogasanlage nach Herten, ein Pilotsystem zur Wasseraufbereitung, einen Betrieb für Auto-Recycling.

Doch wie das Zukunftszentrum, ein schmucker Glasbau mit optimistischen Solarpanelen, bringen auch diese Betriebe viel Hoffnung, aber wenig Arbeitsplätze. Denn mit Hochtechnologie konkurrieren sich die Revierkommunen gegenseitig nieder. Und die Skepsis der Bergleute über ihren neuen Part ist groß. Kumpel, die sich zum Abfallberater umschulen ließen, fanden sich als Müllmann mit Jahresvertrag wieder.

So reicht die Nachricht, daß sich die Filiale einer Möbelkette in Herten ansiedelt, schon für Ausgelassenheit im Rathaus. Hier wurde seit zwei Jahren keine einzige Investition beschlossen, nur immer ein Sparplan durch den nächsten ersetzt. Gerade sucht die Stadt für ihr Schwimmbad im Zentrum einen Investor. Das leere Bassin wird derzeit für eine Fotoausstellung zweckentfremdet.

„Alles, was wir hier brauchen, ist Zeit“, fordert Bechtel. Bei einer vorsichtigen Umwandlung der Arbeitsplätze, glaubt der Stadtdirektor, sei Herten in zehn Jahren vielleicht ein attraktiver Standort, zumindest eine Schlafstadt.

Werden die Zechen dagegen demnächst handstreichartig geschlossen, dann, prophezeit Bechtel, „ziehen hier in ein paar Jahren marodierende Banden durch graue Straßenschluchten“. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Länder

Schlicht unmoralisch

Die reichen Länder wollen sich ihre Benachteiligung durch den Finanzausgleich nicht mehr länger gefallen lassen.

Wenn der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) über das Saarland spricht, schwillt ihm regelmäßig der Hals. Nicht so sehr wegen des Sozis Oskar Lafontaine, der das kleinste Flächenland regiert. Ihn ärgert das viele Geld, das jährlich aus Bayern in den „etwas größeren Landkreis“ (Stoiber) an der Saar fließt.

Erbärmliche „Schuldenritter“, klagt der Landesvater, müßten die Bayern da päppeln: Während der Freistaat eisern spare, verpraßten die armen Verwandten das geschenkte Geld.

Was Stoiber so blumig als Beziehungskiste unter Vettern beschreibt, hat im Amtsdeutsch den nüchternen Titel „Länderfinanzausgleich“ und soll das Gefälle im Steueraufkommen der Bundesländer beseitigen. Die fünf Geberländer Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern kostet die Zwangssolidarität jährlich Milliarden.

Allein der direkte Ausgleich zwischen den Ländern summiert sich auf 11 Milliarden Mark. Dazu kommen noch weitere 12 Milliarden aus der Umsatzsteuer sowie 25 Milliarden Mark an Zuweisungen, welche die bedürftigen Länder aus Bonn erhalten.

Wenn es nach den Bayern geht, soll diese Alimentierung erheblich eingeschränkt werden. Gemeinsam mit dem reichen Nachbarn Baden-Württemberg sinnen die Südstaatler am Dienstag über eine Reform des Finanzausgleichs nach – sie ist Hauptthema einer gemeinsamen Sitzung der Kabinette Stoiber und Teufel in München.

Stoiber hat die Seinen schon eingestimmt: „Der Finanzausgleich ist Hilfe zur Selbsthilfe, nicht Beihilfe zur Konkursverschleppung“, geißelte er bei seiner Haushaltsrede Ende November im bayerischen Landtag das Saarland und Bremen. Die beiden kleinen Länder erhalten zur Sanierung ihrer maroden Haushalte 1,6 beziehungsweise 1,8 Milliarden Mark im Jahr. Stoiber: „Föderalismus ist kein Faß ohne Boden.“

Die Südlichter glauben, auch anderswo Zustimmung zu finden. Am härtesten betroffen von der Geldverschiebung ist Hessen. Weil das Land besonders finanzkräftig ist, muß es auch sehr viel an die Armen abgeben. Je Einwohner zahlt Hessen dieses Jahr über 600 Mark in den direkten Finanzausgleich ein, gefolgt von Hamburg mit rund 350, Bayern mit 270 und Baden-Württemberg mit 260 Mark.

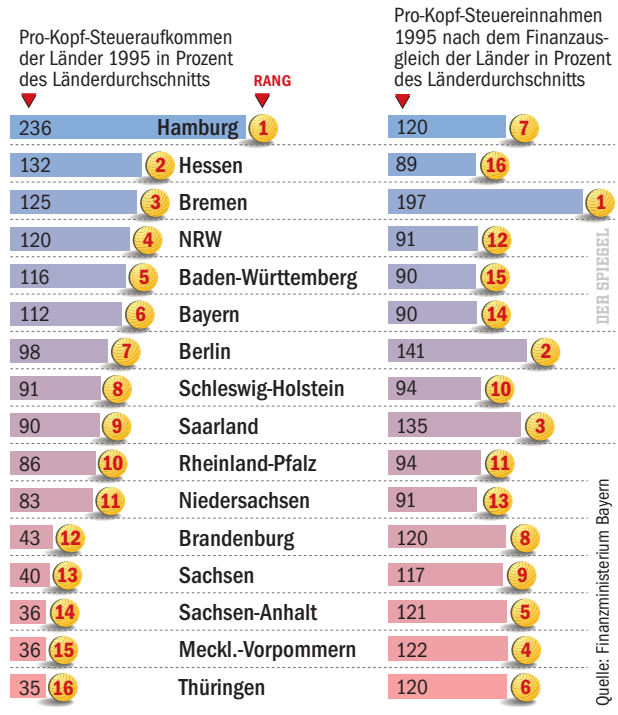
Die Zahlungen sorgen für erhebliche Verschiebungen in der Finanzrangliste der Länder: Liegt Hessen, gemessen am Pro-Kopf-Steueraufkommen, auf Platz 2, so landet es nach all den komplizierten Ausgleichszahlungen am Ende auf dem letzten Platz. Das finanzstarke Baden-Württemberg fällt von Platz 5 auf Platz 15, Bayern von Platz 6 auf Platz 14. Steuer-Spitzenreiter Hamburg rutscht auf Platz 7 (siehe Grafik).

„Eine himmelschreiende Ungerechtigkeit“ nennt der bayerische Finanzminister Erwin Huber (CSU) die Tatsache, daß Länder, die von ihrem anfänglichen Überschuß abgeben, letztlich unter dem Strich oft weniger Geld zur Verfügung haben als die Armen im Bunde. Es gehe nicht an, bis zu 80 Prozent der Steuereinnahmen, die über dem Länderdurchschnitt liegen, abzugeben. Huber: „Wenn wir mehr als 50 Prozent abliefern müssen, ist das schlicht unmoralisch.“

Wenn es ums Geld geht, zählt auch die Parteiensolidarität nicht mehr. „Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen fragen zu Recht, warum sich andere wirtschaftlich schwächere Bundesländer mehr leisten können als wir“, entrüstete sich der hessische Finanzminister Karl Starzacher (SPD). „Unser Land kann sich weniger leisten als das Saarland.“

Beispielhaft rechnet Starzacher vor, wie der Finanzausgleich aus dem wohlhabenden Hessen einen vergleichsweise armen Schlucker macht. 3757 Mark pro Einwohner nahm das Land 1995 an Steuern ein. Nach dem Ausgleichssystem

Ausgleichende Gerechtigkeit?




DPA

Ministerpräsidenten Stoiber, Teufel*: „Beihilfe zur Konkursverschleppung“

* Beim Bundesligaspiel VfB Stuttgart gegen Bayern München am 1. Dezember in Stuttgart.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

blieben aber nur 3455 Mark pro Kopf – das sind 14 Mark weniger, als das kleine Saarland je Einwohner zur Verfügung hatte.

Noch gar nicht berücksichtigt in dieser Berechnung, so Starzacher, sei jener Milliardenbetrag, den das Saarland ebenso wie Bremen vom Bund für die Sanierung des Haushalts bekommt. Diese Zuwendungen sollen im nächsten Jahr überprüft werden.

Und genau hier wollen die großen Länder ansetzen. Bei den Verhandlungen werden sie ihren Widerstand gegen die Ansprüche der Kleinen anmelden. So hat Baden-Württemberg etwa erhebliche Zweifel, ob die Sondergelder für das Saarland wirklich für den Schuldenabbau benutzt werden oder klammheimlich in den laufenden Haushalt fließen.

Ein Gutachten soll klären, ob die Geberländer durch die 25 Milliarden Mark an Bundesergänzungsabgaben für die anderen Länder übervorteilt werden, ob ihr Recht auf Gleichbehandlung verletzt wird. Auch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht behalten sich die Südländer als Ultima ratio vor.

Bayern will vor allem an die 1,5 Milliarden Mark heran, die neun Ländern, darunter Thüringen und Berlin, als Ausgleich für die Kosten von Parlament und Regierung gezahlt werden. Während Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen und Bayern nur 50 bis 60 Mark je Einwohner dafür ausgeben, sind es in Bremen 350 Mark – für Finanzminister Huber eine „Prämierung der Kleinstaaterei“.

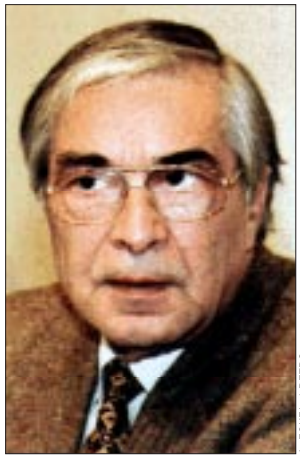
Wer sich den Luxus von riesigen Parlamenten leiste, müsse auch selbst zahlen, heißt es in der Münchner Staatskanzlei. Der Politzuschuß soll, geht es nach den Bayern, gänzlich gekappt werden.

Am meisten ärgert die Großen, wenn ihnen die Kleinen ungeniert zeigen, was sie mit den rübergeschobenen Millionen so alles anstellen. Da flattern dem hessischen Finanzministerium die Hochglanzbroschüren der östlichen Kollegen ins Haus, während in Wiesbaden fast nur noch auf billigem Altpapier gedruckt wird.

Da stöhnt Huber, in manch kleinem Land werde die Arbeit von Ehrenamtlichen staatlich gesponsert, er selbst könne sich das längst nicht mehr leisten. Da erfreut das aufwendige „Bilderbuch der Sachsen“ die vorweihnachtlich Beschenkten in Stuttgart, macht ihnen aber auch klar, was sich die Dresdner gönnen.

Die Geberländer haben für die anstehenden Verhandlungen schöne Tabellen gefertigt, welche die Ausgabewut der Kleinen belegen. So wird beispielsweise die Klassenstärke in den Schulen miteinander verglichen: In Bayerns Grundschulen sitzen im Schnitt 24 Kinder in einer Klasse, im Saarland sind es nur 21, in Mecklenburg-Vorpommern sogar nur 20.

„Es ist von den Empfängerländern zu erwarten, daß sie die erhaltenen Mittel auch sparsam und effizient einsetzen“, mahnt Starzacher. Während Hessen die Ministerialzulage für die Landesbediensteten seit Anfang des Jahres schrittweise abschaffe, leiste sich das notleidende Sachsen die Zulage ungeniert weiter.



J. ECKEL / RETRO

Minister Schleußer



A. VARNHORN

Minister Starzacher

Alexandra Sobkowiak, Sprecherin im hessischen Finanzministerium, sieht sich schon im Erklärungsnotstand: „Wir sparen vor Ort an den Bleistiftspitzern, aber in den Finanzausgleich zahlen wir Milliarden ein. Das ist den eigenen Leuten kaum begreiflich zu machen.“ Die Bayern, die den anderen immer gern zeigen, wo es langgeht, sehen hier ihre Chance. Von „Konkurrenzföderalismus“ spricht Stoiber plötzlich.

Die Finanzen zwischen den Ländern dürften nicht so eingeebnet werden, daß die Bürger nicht mehr von ihrer eigenen Wirtschaftskraft profitieren. Wer besser haushalte, müsse auch mehr behalten dürfen. „Wir werden ausgezuzelt“, sagt Weißwurst-Liebhaber Huber. „Und die anderen warten auf die Zuwendungen.“

Auch die rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen sehen das so: „Mittelfristig werden wir nicht darum herumkommen, dieses System zu diskutieren“, heißt es im Haus von Finanzminister Heinz Schleußer (SPD). „Es bestehen offensichtliche Mängel.“

Dumm ist nur, daß die armen Verwandten im Bundesrat die Mehrheit haben. Deswegen, so ein Münchner Ministerialer, müßten die Reichen sehr vorsichtig vorgehen. „Wenn wir zu laut bellen, beißen uns im Ernstfall die anderen.“ ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Umwelt

Gestank wie Katzendreck

Die tschechischen Schlote rauchen wieder, im Erzgebirge verstärkt sich das Baumsterben.

Essig hat einen ph-Wert von etwa 2,5“, weiß Sachsens Agrarminister Rolf Jähnichen, „deshalb verwenden wir ihn sparsam in der Küche.“ Ziemlich übel also, wenn solcher Stoff vom Himmel strömt – wie letzten Winter im sächsischen Erzgebirge.

Da fiel tagelang der saure Regen in so großen Mengen, daß die Bäume, so ein Jähnichen-Sprecher, „zeitweise mit den Füßen im Essig standen“. In Olbernhau und Klingenthal wurde mit 2,5 ph exakt der Säurewert aus der Ministerküche gemessen.

Vier Monate, doppelt so lang wie in anderen Jahren, wehte der Wind aus Süd oder Südost und trug gewaltige Abgasschwaden über den Erzgebirgskamm. Die Bevölkerung bekam es zu spüren und die Regierung auch: Bis zu 60mal pro Tag riefen Bürger bei der Kontaktstelle des Umweltministeriums an, wo man Erzgebirgler sonst „eher als gemütliches Völkchen“ kennt, und schimpften lauthals über „Katzendreckgestank“.

Jähnichens Forsten wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen: 20 000 Hektar Nadelwald verfärbten sich rot und werden nun, so das Ministerium, „ein leichtes Spiel für Borkenkäfer sein“.

Ursache des berüchtigten „böhmischen Nebels“ mit üblem Geruch und viel Schwefeldioxid sind Petro-Industrie und Stromerzeuger des tschechischen Braunkohlereviers. Allein auf der 50-Kilometer-Linie zwischen Kadaň und Teplice stehen acht Kraftwerke, die pro Jahr über 800 000 Tonnen des Killergases SO_2 erzeugen.

Vom Fichtelberg aus sehen Touristen den Dunst wie ein dunkelgraues Meer, das sich vom Süden her an den steilen Berghängen staut. „Wenn es dumm kommt“, klagt eine Ministeriumssprecherin, „dann schwappt es drüber weg.“ So dumm kommt es immer öfter.

Nach der Wende ging die importierte Rauchgasbelastung in Südsachsen zunächst um rund zwei Drittel zurück. Die Wirtschaftsflaute, aber auch energische Umweltmaßnahmen auf tschechischer Seite machten es möglich.

Nun aber produzieren die Kraftwerke in Tschechien wie in alten Tagen: Die Haushalte werden auf Elektroheizung umgestellt, und die Wirtschaft wächst kräftig, auch dank deutscher Investoren. Weil aber der Strom für den Aufschwung billig sein muß, fehlt es an Geld für die Abgasreinigung. So qualmt es aus Böhmen so duster wie eh und je.

„Die schalten wieder ihre alten Krücken an“, zürnt Günter Baumann, Bürgermeister des stark betroffenen Grenzortes Jöhstadt. Auch in diesem Herbst habe es „schon öfters sagenhaft gestunken“. Den örtlichen Wald raffte der böhmische Nebel schon dahin, und Ortsarzt Werner Honscha fand per Langzeitbeobachtung sogar Hinweise auf Zusammenhänge von Immission und Geschwulsterkrankungen bei den Menschen im Grenzland.

Anfang November protestierten die Jöhstädter Einwohner deshalb mit einer Resolution bei den Behörden in Dresden, in Bonn und Prag gegen „gesundheitliche Beeinträchtigungen der Bevölkerung“ und das „dramatische Absterben der Fichtenwaldbestände“. Eine schnelle Besserung steht nicht zu erwarten.

Zwar verpflichteten sich die tschechischen Nachbarn, ihre Kraftwerke auf EU-Werte umzurüsten. Und die Umweltminister aus Prag und Bonn erklärten grenzüberschreitende Luftbelastung gar zur „Chefsache“. Doch der Stromversorger CEZ hat beschlossen, die überfällige Abschaltung von vier Blöcken der Uraltkraftwerke Tušimice und Ledvice auf Ende 1998 zu verschieben.

Nach der katastrophalen Luftverschmutzung des letzten Winters sind in Sachsen insgesamt 3000 Hektar Wald abgestorben. Auf 60 Millionen Mark taxiert die Dresdner Regierung die Schadenshöhe. Allein der magnesiumhaltige Kalk, der zur Neutralisierung der übersäuerten Böden von Hubschraubern ausgeworfen wird, kostet 600 Mark je Hektar.

Deshalb möchten die Sachsen den Schaden jetzt da bekämpfen, wo er entsteht. Sie wollen den Tschechen ein zügiges Abschalten der ärgsten Dreckschleudern erleichtern. Der Stromausfall soll durch Lieferung sauber erzeugten Weststroms kompensiert werden.

Den freilich müßten die Dresdner von weit her ordern. Denn auch sächsische Energie wird zum Teil noch à la Böhmen erzeugt, etwa in den Kraftwerken Boxberg und Hagenwerder nahe der polnischen Grenze. Dort steigen – gedeckt von einer Ausnahmegenehmigung bis 1998 – aus ungereinigten Blöcken jährlich noch weit über 200 000 Tonnen Schwefeldioxid in die Luft – und treiben ostwärts.

„Was die Tschechen mit unseren Wäldern machen“, sagt kleinlaut ein Beamter aus Dresdens Agrarministerium, „das machen wir mit den polnischen.“ ❑



M. JEHNICHEN / TRANSIT

Jöhstädter Bürgermeister Baumann*: „Die schalten wieder ihre alten Krücken an“

* Mit einem Luftbild lokaler Waldschäden von 1994.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Lehrer

Betuliche Muttis

West-Berliner Lehrer stoppten vorläufig die Verbeamtung ihrer Kollegen aus dem Ostteil. Jetzt scheint der Klassenkampf unabwendbar.

Kaum hatte das Gericht im Sinne der West-Berliner Kläger entschieden, die geplante Verbeamtung von 6600 Ost-Berliner Lehrern sei nicht Rechtens, da überkam Enrique Ribet Buse, den erfolgreichen Anwalt der Klageseite, schon Reue: „Wird das bestandskräftig, gibt es ein Riesen-Kuddelmuddel."

Auch Matthias Neuhof, Mitglied diverser Lehrerausschüsse im Ost-Berliner Bezirk Hellersdorf und Anhänger der zurückgewiesenen Pädagogen, ahnt Probleme: „Die Lehrer, die dies schlucken müssen, werden jetzt einen Schuldigen suchen. Das wird ein Bumerang."

Das Berliner Verwaltungsgericht stoppte am vergangenen Mittwoch ein umstrittenes Vorhaben von Schulsenatorin Ingrid Stahmer (SPD): Die hatte trotz Beförderungsstopps Tausende Ost-Berliner Lehrer zu Beamten machen und damit ein früheres CDU-Versprechen einlösen wollen. Genauso Berechtigte im Westen sollten hingegen leer ausgehen.

Die versuchte Ungleichbehandlung hat einen Grund. Die Verbeamtung im Osten soll den städtischen Haushalt um jährlich 130 Millionen Mark entlasten. Durch den Wechsel aus dem Angestelltendasein ins Beamtentum müßte die Schulverwaltung keine Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge mehr leisten; zudem erhalten Beamte im Ostteil der Stadt derzeit nur 84,4 Prozent der Bezüge West.

Doch was als Heilmittel gegen den drohenden Finanzkollaps der Hauptstadt dienen soll, erweist sich jetzt als gleich zweifacher Flop. Die Fließbandverbeamtung spart nur vordergründig: Die später anfallenden erhöhten Versorgungslasten heben die Einsparungen wieder auf.

Der kurzsichtige Sparvorschlag bringt zudem Ost und West gegeneinander auf. Einige Dutzend Westlehrer hatten beim Verwaltungsgericht einstweilige Anordnungen gegen die Ungleichbehandlung beantragt. Es widerspreche dem „Prinzip der Bestenauslese", so die Richter, aus einer Gruppe einmal als qualifiziert eingestufter Personen einige zu bevorzugen. Wer einmal durch fachliche Leistung berechtigt sei, dürfe später nicht von der Beförderung ausgeschlossen werden.

Weil sie das grundgesetzlich garantierte Gleichbehandlungsgebot verletzt sah, zog etwa die Steglitzer Studienassessorin Brigitte Hock, 39, vor Gericht. Der Einser-Pädagogin war bereits 1995, wie 320 weiteren Mitbetroffenen auch, die Verbeamtung schriftlich „zum nächstmöglichen Zeitpunkt" avisiert worden.

Bis heute wurde Brigitte Hock nicht verbeamtet, nun sollte sie wieder leer ausgehen, im Osten aber Tausende bevorzugt werden. Sie habe „natürlich nichts gegen Ostlehrer", sagt Hock. „Aber gleiches Recht, das muß eben für alle gelten."



P. LANGROCK / ZENIT

Klägerin Hock

Zahlreiche Westlehrer zogen nicht nur vor Gericht, weil sie sich zu Unrecht ausgegrenzt fühlen: Sie bezweifeln vor allem die Qualität der Lehrer „mit genuiner Ostausbildung". Die Westausbildung ist erheblich umfangreicher, dauert länger und ist mit zwei Staatsexamen verbunden.

Eine Klägerin, die 1990 aus dem Ost- in den Westteil der Stadt gekommen war, mußte trotz 25jähriger Berufserfahrung zunächst „ein spezifisches Kolloquium ablegen", damit ihr Erstes Staatsexamen im Westen anerkannt wurde. Die einstige DDR-Lehrerin für Russisch und Geschichte mußte dann noch ein dreijähriges Referendariat und das Zweite Staatsexamen nachholen – bislang ohne Verbeamtung: „Da können Sie sich meine Verbitterung vorstellen, wenn bei den alten Kollegen jetzt einfach die Urkunden ausgetauscht werden."

Einer Kollegin mit ähnlicher Vita „schwillt ebenfalls der Kamm". Bevor ihr Ausreiseantrag in den Westen bewilligt wurde, hätten ihr die Kollegen „ein faktisches Berufsverbot eingebrockt". Nun, resümiert sie, „marschieren diese Seilschaften abermals an einem vorbei".

Der Konter eines Ostkollegen zeigt, wie tief die Verwerfungen zwischen den unterschiedlich sozialisierten Pädagogenstämmen sind: „Diese Republikflüchtlinge hätte man sowieso von Anfang an einsperren müssen." Die Kluft in den Lehrerzimmern, West wie Ost, ist erneut aufgerissen – ein Klassenkampf scheint unabwendbar.

Viele Westlehrer können in ihren Kollegen aus den östlichen Stadtteilen nur zwangsgewendete sozialistische Gesinnungspädagogen mit dem kaschierten Ideal einer Erziehung zum kollektiven Geist erkennen. „Betuliche Muttis" stünden da vor den Klassen. Dazu seien in manchen Ostbezirken „selbst positive Gauck-Bescheide mit Hinweisen auf eine Stasi-Verstrickung lediglich mit einer Abmahnung geahndet worden".

Die Schulverwaltung hat bereits angekündigt, Beschwerde gegen die Gerichtsentscheidungen einzulegen. Damit ist ein nicht absehbarer Dauerkonflikt programmiert. „Wut und Enttäuschung" registriert der Hellersdorfer Pädagoge Neuhof in den Ostkollegien. Den Leuten, die mit einem gesunden Rechtsempfinden an die im Einigungsvertrag versprochene Gleichstellung der Ost- und Westlehrer geglaubt hätten, komme es „jetzt so richtig hoch".

Auch der drohenden Klassenkampf kann die klamme Schulsenatorin Stahmer nicht schrecken: „Das sind eben", so ihre knappe Diagnose, „die Schmerzen der Einheit." ❑



JÜRGENS OST UND EUROPA PHOTO

Erstkläßler in Ost-Berlin (1988): Erziehung zum kollektiven Geist

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Verbrechen

Alles Gelumpe

Nach 20 Jahren hat Oetker-Entführer Dieter Zlof in einem Buch-Manuskript erstmals gestanden – doch die Jagd nach dem Lösegeld geht weiter.

Der Münchner Staranwalt Martin Amelung hatte „immer schon damit gerechnet“, daß sie kommen würden. Am Dienstag vergangener Woche war es soweit: Um 7.30 Uhr in der Frühe klingelten ein Oberstaatsanwalt, ein Computerspezialist und zwei Zivilbeamte an seiner Tür.

Die Truppe hatte einen Durchsuchungsbefehl dabei und interessierte sich vor allem für Arbeitszimmer und Auto von Amelungs Ehefrau Nicole, einer Journalistin. „Wir haben nichts zu verbergen“, sagt Anwalt Amelung, also gab das Paar den Beamten, was sie suchten: 60 Cassetten mit einem Marathon-Interview, dazu 642 Seiten eines Buchmanuskriptes, bei dem nur noch der Schluß fehlt. Eine Kopie der Computerfestplatte zogen sich die Fahnder auch gleich.



DPA

Zlof (r.), Nachbau des Oetker-Verschlags*
„Forsch, arrogant, emotionslos“

Das Material enthält ein Geständnis, auf das die Ermittler fast 20 Jahre lang gewartet haben. Dieter Zlof, 54, hat der Frau seines Anwalts Amelung in allen Einzelheiten erzählt, wie er 1976 den Millionenerben Richard Oetker entführte und 21 Millionen Mark Lösegeld erpreßte. Passieren kann Zlof nichts mehr, weil er nach einem Indizienprozeß schon seine 15 Jahre abgesessen hat – unschuldig, wie er öffentlich bislang stets gejammert hatte.

„Das Buch“, sagt Nicole Amelung, „beantwortet alle Fragen, die in den Prozessen nicht beantwortet wurden.“ Nur: Ob Zlofs Antworten stimmen, ist in zwei Kernpunkten zweifelhaft. So behauptet der Entführer, er habe keine Ahnung, wo das Lösegeld jetzt sei. „Ich wüßte selbst gern, wer es hat und wo es ist“, sagt Anwalt Amelung. Dabei hat Zlof mit allen Tricks versucht, das Geld zu waschen.

Zudem steht in dem Manuskript, von Nicole Amelung für Zlof in der Ich-Form geschrieben, er habe die gesamte Entführung allein durchgezogen. Das mögen die Fahnder noch nicht glauben, auch das Gericht verurteilte Zlof nur als Mittäter.

Den Ermittlern rennt jetzt die Zeit davon. In wenigen Tagen sind 20 Jahre um, dann verjährt die Entführung. Kein Zlof-Komplize muß danach den Staatsanwalt noch fürchten – es sei denn, die Fahnder entdecken jetzt im Amelung-Material doch noch den Namen eines Helfers, gegen den sie ermitteln können.

Zlof hatte den Studenten Oetker – der Sproß der Bielefelder Lebensmitteldynastie war damals 25 Jahre alt – am 14. Dezember 1976 vor der Uni Weihenstephan überfallen. Der Münchner Gebrauchtwagenhändler, von Justizbeamten als „forsch, arrogant“ und „weitgehend emotionslos“ beschrieben, hatte sich präzise vorbereitet. Er pferchte Oetker in eine Holzkiste, eng wie ein Sarg.

Der Student sei handzahm gewesen, höhnt Zlof heute – kein Wunder, hatte der Entführer doch Kabel in der Kiste verlegt, die unter Strom standen, um Oetker an der Flucht zu hindern.

Als Zlof, getarnt mit einer Karnevalsmaske, sein Opfer einmal kurz aus der Kiste lassen wollte, passierte es: Ein wuchtiger Stromschlag fuhr durch Oetker, er krampfte sich zusammen und brach sich beide Oberschenkel sowie mehrere Rippen. Bis heute kann er nicht wieder richtig gehen.

Der Entführte will kurz danach gehört haben, wie Zlof schimpfte: „Die Schweine ha-

* 1979 während des Oetker-Prozesses, mit den Anwälten Rolf Bossi und Steffen Uher.

ben den Strom nicht abgeschaltet“ – eines der Indizien für Mittäter. Zlof freilich erzählt, er habe die Schockanlage leider nur falsch konstruiert.

Das Lösegeld überbrachte ihm Richard Oetkers Bruder August in einem Aluminiumkoffer, 90 Zentimeter lang und 60 hoch, genau passend für einen Hohlraum in Zlofs Pritschenwagen. Durch den Koffer kam Zlof auch auf die krumme Summe von 21 Millionen. Mit zurechtgeschnittenem Zeitungspapier hatte er ausprobiert, wie viele Tausendmarkscheine hineinpassen würden.

Erst zwei Jahre später lieferte sich Zlof durch eigene Dummheit selbst aus. In einer Kufsteiner Wechselstube tauschte er sechs der Lösegeld-Tausender ein, bei einer Münchner Bank dann noch einen. Die Nummern waren registriert, auf einer fast 20 Meter langen Liste. „Ich kann nicht beweisen, daß ich unschuldig bin“, stammelte Zlof im Prozeß unter Tränen, „aber muß ich’s denn beweisen, muß man mir nicht meine Schuld nachweisen?“

Zwar hatte Zlof das restliche Geld in einem Plastiksack unauffindbar vergraben, aber 1988 vermieste ihm die Bundesbank seine Alterssicherung, weil sie neue Tausendmarkscheine auf den Markt bringen wollte. Prompt ließ die Gefängnisleitung in Straubing Zlof schärfstens kontrollieren. Die Beamten hofften, er würde in Panik geraten und beispielsweise seiner Frau Christel stecken, wo das Geld liegt.

Zlof blieb kühl und schrieb an den damaligen Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl persönlich, um die rigide Überwachung zu lockern. Die Bank antwortete, die alten Scheine seien vorerst weiterhin gültig. Er stehe somit keineswegs unter Zugzwang, so Zlof, selbst wenn er das Lösegeld hätte. Freilich können die braunen Scheine inzwischen nur noch bei Banken eingetauscht werden.

Als Zlof im Januar 1994 freikam, hielt er erst mal still. Vor seinem Haus stand ein Bauwagen, Polizisten warteten nur darauf, daß der Entführer sie zum Geldversteck führen würde. Einmal packte den Observierten die Wut, er spannte ein Auto vor das Spähmobil und schleppte es kurzerhand auf den Parkplatz des Landeskriminalamts. Mehrfach entwischte er den Spähern auch und traf sich etwa mit seinem inzwischen ebenfalls freigelassenen Knastkumpanen Hubertus Becker aus Speyer. Dem Ex-Rauschgifthändler hatte Zlof ebenfalls immer wieder erzählt, er habe mit Oetker nichts zu schaffen.

Auf einer Zugfahrt von Hamburg nach Frankfurt – Becker war gerade ein Geschäft geplatzt – ließ Zlof laut Becker aber plötzlich die Wahrheit heraus. „Laß den Kopf nicht hängen“, habe der Entführer gesagt. „Vielleicht kannst du mir ja helfen, 21 Millionen umzusetzen.“ Zlof habe ihm als Provision 2,5 Prozent vom Nennwert der Oetker-Scheine angeboten. Also ließ Becker seine Drähte spielen, in



Buchautorin Amelung
Durchsuchung im Arbeitszimmer

Nigeria, Kolumbien, Macau. Derweil habe Zlof das Geld ausgebuddelt.

Doch im Lauf der Jahre war im Versteck Wasser durchs Plastik gesickert, und Würmer vertilgten Million um Million. Im November vergangenen Jahres schafften die beiden das Gammelgeld in das Haus von Beckers Eltern im Hunsrück-Dorf Dorweiler. Mitten in der Nacht wuchteten sie zwölf Kartons mit den traurigen Resten in Beckers altes Kinderzimmer. Verbissen versuchten sie, die Scheine zwischen Papier zu trocknen. Doch bei einem Großteil handelte es sich „nur mehr um Würmerscheiße“, so



H. GEBHARDT

Entführungsopfer Oetker (1979)
Wuchtiger Stromschlag

Becker. Etwa sieben Millionen mußten sie durch den Kamin jagen. Nicht einfach, das Papier troff vor Nässe.

Den Rest, rund 13 Millionen Mark, stopften die beiden Ganoven in sieben wasserdichte Tupperware-Dosen. Die versteckten sie, so Becker, bei einer Hütte „hinterm Fischweiher meines Vaters“.

Kurz vor Weihnachten kamen sie zurück, preßten das Geld hinter die Seitenverkleidung eines Audi-Mietwagens und fuhren nach Großbritannien. Den Batzen aber wollte ihr dortiger Kontaktmann, ein Autohändler, aus Angst dann doch nicht übernehmen. Nur eine Probe behielt er. Scotland Yard faßte den Briten später, als er versuchte, 420 Oetker-Tausender einzutauschen.

Unterdessen hatte Becker den großen Rest wieder am väterlichen Fischteich versteckt. Nur 100 000 Mark zwackte er heimlich ab und ging damit recht leichtsinnig hausieren. Zwei Polen etwa wurden mit rund 90 000 Mark unter der Auto-Fußmatte erwischt, gaben sich jedoch ahnungslos: „Bei Oetker denke ich nur an Pudding und Backpulver“, sagte einer von ihnen vergangene Woche vor dem Münchner Landgericht.

Den größten Patzer aber leistete sich ein Knastkumpan von Becker. Der Geldwäscher lief mit zwei Muster-Tausendern einem verdeckten Ermittler des Landeskriminalamts in die Arme. Becker und sein Komplize gestanden sofort und verrieten auch das Versteck am Fischweiher.

Doch in der Zwischenzeit habe Zlof gewittert, daß Becker auf eigene Faust mit den Millionen dealte, vermuten Fahnder. Wahrscheinlich habe er das Geld erneut beiseite geschafft. Als Beamte rund um den Fischweiher in jedes Loch lugten, waren Tupperdosen samt Millionen auf jeden Fall verschwunden.

Kein großer Verlust: All die ungültigen Scheine seien schließlich nur noch „Gelumpe“, meinte der Richter, der Zlofs Helfer wegen Hehlerei verurteilte, dem Entführer selbst aber nichts anhaben konnte.

Seine Version der Geschichte, das Geständnis, habe Zlof ursprünglich „mit ins Grab nehmen“ wollen, sagt Anwalt Amelung. Das Ehepaar überredete ihn schließlich aber doch noch auszupacken.

Zlof bot seine Geschichte erfolglos Journalisten an, gegen Geld versteht sich. Im März dann setzte sich Nicole Amelung wochenlang mit dem verhinderten Multimillionär zusammen. Ein Honorar für das Buch wird Zlof offiziell jedoch kaum einstreichen können. Nach wie vor dürfen die Oetkers jede größere Summe pfänden lassen. 21 Millionen wollen sie von ihm – plus Zins und Zinseszins.

Auch hat sich bislang noch kein Verleger für das Werk gefunden. Freilich hofft Buchautorin Amelung nach dem Wirbel um das Manuskript, daß nun bald das Telefon klingelt. „Irgendwie“, sagt sie, habe alles „eben auch seine guten Seiten“. ❑

Affären

Thyssen bürgt


P. GLASER

Welzel

Bewegung im Fall Thyssen: Peter Welzel, 66, der frühere Geschäftsführer des DDR-Außenhandelsbetriebes Metallurgiehandel (MH) und spätere Geschäftsführer von Thyssen Handel Berlin, wurde gegen Zahlung einer Kaution von 12,5 Millionen Mark aus der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit entlassen. Seit Mai 1996 ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft unter anderem gegen Welzel und mehrere Thyssen-Vorstände: Die Beschuldigten sollen bei der Abwicklung von MH durch Thyssen 73 Millionen Mark veruntreut haben. Thyssen bestreitet die Vorwürfe. Während Welzel am 8. August dieses Jahres verhaftet wurde, setzte das Amtsgericht damals die Vollstreckung der Haftbefehle gegen sieben Thyssen-Manager, darunter Konzernchef Dieter Vogel, gegen Kautionen von bis zu 2,5 Millionen Mark aus. Die jetzt erlassene 12,5-Millionen-Kaution für Welzel hat in erster Linie Thyssen aufgebracht: Rund 2,5 Millionen Mark stellt der Ostmanager selbst, für knapp 10 Millionen Mark wurde eine Bankbürgschaft im Auftrag des Stahlkonzerns hinterlegt. Das Unternehmen habe gegenüber seinem einstigen Mitarbeiter Welzel, so ein Konzernsprecher, „die gleiche Fürsorgepflicht wie bei den anderen Firmenmitgliedern".

Allianz

BHF-Bank im Angebot

Die Münchener Allianz Holding versucht, ihre Beteiligung von knapp 15,2 Prozent an der Frankfurter BHF-Bank abzustoßen, am liebsten zum Kurswert von rund 480 Millionen Mark. Die Bank genießt noch immer einen guten Ruf, doch ihren Aktionären bereitet sie zur Zeit wenig Freude. Die Kurse stagnieren seit Jahren. Außerdem paßt das Geldhaus nicht mehr in das Konzept der Allianz. Als Wertpapierdienstleister wird die BHF kaum mehr gebraucht. Doch Allianz-Finanzvorstand Diethart Breipohl tut sich schwer, einen Käufer für das Frankfurter Geldhaus zu finden. Die Bank hat nämlich kaum noch Reserven. Ursache dafür ist vor allem ein dramatischer Kurssturz bei der wichtigsten Industriebeteiligung der BHF: Die Bau- und Maschinenbau-Holding Agiv (Anteil: 48,7 Prozent) verlor seit 1990 fast drei Viertel ihres Wertes.



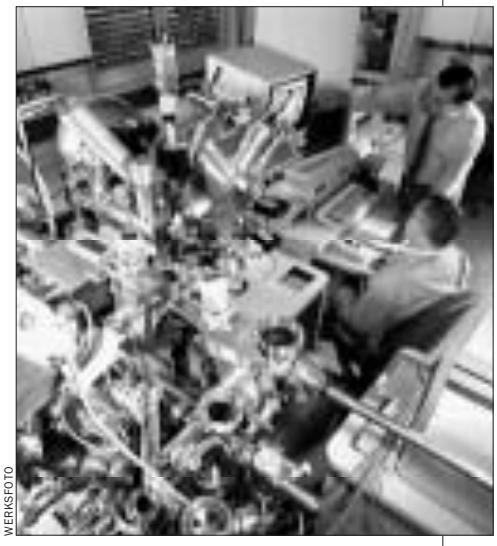
F. HELLER / ARGUM

Breipohl

Chemie

Forschung ins Ausland

In der deutschen Chemieindustrie wächst die Gefahr, daß bei Forschung und Entwicklung die Zahl der inländischen Arbeitsplätze schrumpft. Eine bislang unveröffentlichte Studie des Baseler Prognos Instituts kommt zu dem Ergebnis, daß die derzeit 50 000 Mitarbeiter in den deutschen Entwicklungslabors wohl nicht zu halten sind. Der Grund dafür sei der Hang der Unternehmen, die Forschung und Entwicklung ins Ausland zu verlagern. Die deutschen Forschungsmanager in der Chemieindustrie finden es laut Prognos „besorgniserregend", daß heute noch der größte Teil der Forschungsausgaben in Deutschland anfalle, während zwei Drittel des Umsatzes bereits außerhalb von Deutschland erzielt würden. Laut Prognos schmolz auch der „relative Vorsprung", den deutsche Forscher aufgrund ihrer hohen Qualifikation gegenüber ausländischen Kollegen hatten, dahin. Die Ausbildung in anderen Ländern sei inzwischen konkurrenzfähig.


WERKSFOTO

Labor bei BASF

Maschinenbau

Sket an die Mullahs?

Sachsen-Anhalt und Iran beabsichtigen, im Januar Verhandlungen über den Verkauf des Magdeburger Schwermaschinenherstellers Sket an die Islamische Republik aufzunehmen. Dies geht aus einem „Letter of Intent" hervor, den Landeswirtschaftsminister Klaus Schucht und der iranische Bergbauminister Hussein Mahludschi am vergangenen Donnerstag in Magdeburg unterschrieben haben. In der gemeinsamen Absichtserklärung bekunden die Iraner ihr Interesse, „einen Teil oder die gesamten Produktionsanlagen von Sket" zu übernehmen. Schucht erklärt im Gegenzug, er wolle die Pläne unterstützen, um Arbeitsplätze bei Sket zu erhalten. Der größte ostdeutsche Maschinenbaukonzern war im Oktober in Konkurs gegangen. Das umstrittene Sanierungskonzept der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sieht vor, das Unternehmen über fünf Auffanggesellschaften von Anfang Januar an zu privatisieren. Von den 1850 Arbeitsplätzen sollen 425 erhalten bleiben. Entsprechend zurückhaltend war die Reaktion von BvS-Sprecher Wolf Schöde vergangene Woche: Der Sanierungsfahrplan müsse unbedingt eingehalten werden. Die Iraner hätten „keine konkreten Unterlagen zu Arbeitsplätzen und Investitionen" vorgelegt. Da in Iran auch Sket-Maschinen stünden, müsse man aufpassen, daß nicht „nur Blaupausen abwandern und hier die Arbeitsplätze verschwinden".



Ex-VW-Manager López, Chef Piëch, Kontrolleur Schröder: Ablenken vom juristischen Desaster

M. DARCHINGER

López-Affäre

„Bonn ist gefordert“

Die Affäre um den zurückgetretenen VW-Manager López spitzt sich weiter zu: In dieser Woche stellt die Darmstädter Staatsanwaltschaft López und seinen Mitarbeitern die Anklage zu. Doch die größte Gefahr droht aus den USA. VW wehrt sich mit juristischen Tricks – und hofft auf ein Eingreifen von Helmut Kohl.

Otto Graf Lambsdorff setzt auf den Kanzler. Als in der Aufsichtsratssitzung des VW-Konzerns die drohenden Folgen des Falles López besprochen wurden, forderte der FDP-Politiker und VW-Aufsichtsrat: „Jetzt sollte Helmut Kohl mit Bill Clinton sprechen.“

Die Affäre um den inzwischen zurückgetretenen VW-Vorstand Ignacio López, der im Verdacht der Industriespionage steht, strebt einem neuen Höhepunkt entgegen. Auf dem Spiel steht nicht nur die Karriere des VW-Vorsitzenden Ferdinand Piëch und das Ansehen des VW-Aufsichtsrats und aussichtsreichsten Kanzlerkandidaten der SPD, Gerhard Schröder. Durch drohende Schadensersatzzahlungen in Milliardenhöhe sieht die VW-Belegschaft auch Gefahr für ihre Arbeitsplätze. Und bedroht ist zudem noch das deutsch-amerikanische Verhältnis.

„Deutschland muß Flagge zeigen“, sagte Lambsdorff im Aufsichtsrat am Freitag vorvergangener Woche. Der Bundeskanzler und der amerikanische Präsident sollten im Kampf der Konzerne General Motors (GM) und VW vermitteln.

Wirtschaftsminister Günter Rexrodt hat seine Dienste bereits angeboten, er will beim Treffen der Welthandelsorganisation WTO in dieser Woche mit seinem US-Kollegen über Lösungen sprechen.

Aktiv wird in dieser Woche auch eine Behörde, die jahrelang vor allem dadurch auffiel, daß sie Entscheidungen ankündigte und wieder verschob: Die Staatsanwaltschaft Darmstadt verschickt nun endgültig die Anklageschrift gegen López und seine Mitarbeiter.

Im Gegensatz zum Prozeß in den USA drohen López und Volkswagen in Deutschland kaum größere Gefahren. VW-Manager hatten befürchtet, daß López und seine Mitarbeiter José Manuel Gutierrez, Jorge Alvarez und Rosario Piazza auch wegen Untreue angeklagt werden könnten. In schwerwiegenden Fällen droht dabei eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren.

Doch die Darmstädter Staatsanwälte wollen López nur wegen Unterschlagung

und Verstoßes gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb anklagen. Dabei drohen zwar Haftstrafen bis zu drei Jahren. Nach Ansicht führender Rechtsexperten sind aber eher Geldbußen zu erwarten.

VW-Aufsichtsräte konzentrieren sich deshalb ganz auf den Versuch, den drohenden Prozeß in den USA noch abzuwenden. Dort ist das Risiko gewaltig, nachdem US-Richterin Nancy Edmunds die Anklage nach dem Anti-Mafia-Gesetz (Rico Act) zugelassen hat.

Neben Gerhard Schröder und Aufsichtsratschef Klaus Liesen spielt auf der Suche nach einer außergerichtlichen Einigung auch ein Mann eine Rolle, der über gute Beziehungen in die USA verfügt: der ehemalige CDU-Schatzmeister und VW-Aufsichtsrat Walther Leisler Kiep. Der Politiker ist Vorsitzender der Atlantik-Brücke, eines deutsch-amerikanischen Vereins, der das Verhätnis der beiden Staaten pflegen soll. Kiep ist zudem mit Thomas Wyman befreundet, der im Verwaltungsrat von General Motors sitzt.

Als sich die VW-Kontrolleure Schröder, Liesen und Kiep in London mit dem GM-Verwaltungsrat John Smale zu Geheimverhandlungen trafen, war auch Wyman dabei, er sorgte für eine eher entspannte Atmosphäre.

Die fünf Herren waren sich bei ihrem Treffen schon recht nahegekommen. An Stelle von Schadensersatzzahlungen könnte Volkswagen bei der General-Motors-Tochter Delphi Autoteile einkaufen und GM so zu zusätzlichen Einnahmen verhelfen (SPIEGEL 49/1996). Die fünf sprachen auch über mögliche Marktabsprachen: VW könnte in bestimmten Ländern der Dritten Welt General Motors den Vortritt lassen und seine Verkaufsanstrengungen auf andere Staaten lenken.

Im ersten Anlauf aber scheiterten die Vermittler. Bei General Motors setzten sich mit Vizepräsident Louis Hughes und dem Opel-Aufsichtsrat Hans Wilhelm Gäb jene Manager durch, die einen harten Kurs steuern wollen.

Für Kenner von General Motors kommt der harte Kurs nicht überraschend. Das GM-Management ist für seine Hartnäckigkeit bekannt. Fühlen sich die Männer in Detroit ins Unrecht gesetzt, kennen sie kein Pardon. Gnadenlos gingen sie beispielsweise 1993 gegen die Verantwortlichen der NBC-Fernsehshow „Dateline“ vor, die mit spektakulären Aufnahmen gezeigt hatte, wie GM-Kleinlaster in Flammen aufgegangen waren.

Später stellte sich heraus, daß die NBC-Leute bei den angeblichen Tests nachgeholfen hatten. GM zwang den TV-Sender vor Gericht, Verantwortliche bei NBC wurden entlassen und der Sender entschuldigte sich öffentlich. Ähnlich konsequent agieren die GM-Manager jetzt in der Affäre López.



R. LEE / DETROIT FREE PRESS

US-Richterin Edmunds
Es droht eine Materialschlacht

Die VW-Vermittler Liesen, Schröder und Kiep setzen deshalb auf einen anderen Verbündeten – den Faktor Zeit. Mindestens sieben Jahre wird es nach Einschätzung der VW-Juristen dauern, bis das Gericht in Detroit ein Urteil fällt. Sollte Wolfsburg dann zu Schadensersatz verurteilt werden, könnten Chefmanager Piëch und sein oberster Aufseher Liesen von den Aktionären dafür nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Beide befänden sich im Ruhestand.

Zum taktischen Spiel gehört, daß die VW-Anwälte derzeit erwägen, ob Volkswagen in den USA gegen General Motors und einige Spitzenmanager eine Klage wegen Rufschädigung einreichen soll. Im Visier haben die Wolfsburger GM-Chef Jack Smith, GM-Vizepräsident Louis Hughes, den ehemaligen Europachef des Konzerns, und Opel-Chefmanager David Herman. Damit könnten die VW-Oberen, vorübergehend jedenfalls, etwas ablenken von dem juristischen Desaster, in das sie den VW-Konzern manövriert haben.

Eine Gegenklage brächte womöglich auch einen zeitlichen Aufschub. Die VW-Anwälte haben zudem in einem Vorgespräch mit der Richterin Edmunds über Verfahrensfragen erreichen können, daß die Zahl der Zeugen nicht limitiert sein wird. General Motors hatte eine Begrenzung auf 50 Zeugen beantragt.

Die VW-Juristen haben intern bereits eine Liste mit insgesamt 140 Zeugen aus dem Opel- und GM-Management zusammengestellt. „Damit werden wir allein das Discovery-Verfahren auf mindestens drei Jahre strecken können“, sagt ein VW-Mann.

In der Discovery haben beide Parteien Gelegenheit, Beweise vorzulegen. Die Anwälte können Zeugen vernehmen. Die VW-Juristen werden vom Kontrahenten den Nachweis verlangen, daß es sich bei den Daten, wie GM- und Opel-Manager seit Jahren behaupten, tatsächlich um teilweise geheime Unterlagen gehandelt hat. Beide Konzerne müssen dazu ihre Akten offenlegen.

Die Anwälte sprechen bereits von einer Materialschlacht. Schon jetzt wurden Dokumente mit einem Umfang von rund 55 000 Seiten eingereicht. Nach dem Austausch der Akten beginnen im März die Zeugenaussagen. Um den Aufwand zu begrenzen, sollen die VW-Manager in London vernommen werden.

Der Hauptbeschuldigte Ignacio López wird nicht dabeisein. Der zurückgetretene VW-Einkaufschef und seine Gefolgsleute Gutierrez, Alvarez und Piazza werden wegen des bevorstehenden Prozesses in Darmstadt ihre Vernehmung verweigern. Auch in den USA können sich die vier Manager, um sich selbst nicht zu belasten, auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen.

Für seine Verteidigung in den USA hat López einen Anwalt mit besonderen Qualitäten ausgesucht: den Washingtoner Juristen Plato Cacheris, der Angeklagte in der Watergate-Affäre und in der Iran-Contra-Affäre ebenso verteidigte wie den CIA-Mitarbeiter und KGB-Überläufer Aldrich Ames.

Erst nach Abschluß des Vorermittlungsverfahrens Discovery entscheidet Richterin Edmunds, ob die erhobenen Vorwürfe und die erbrachten Beweise für einen Prozeß ausreichen. Auch dann kann es noch zwei bis drei Jahre dauern, bis das Gericht zu einer Entscheidung kommen wird.

Selbst im Falle eines Vergleichs zwischen den beiden Automobilriesen hätten López und seine Krieger auch weiterhin die amerikanischen Ermittler auf den Fersen. Das aufwendige Zivilverfahren wäre dann zwar auf einen Schlag beendet, nicht aber das Strafverfahren.

López muß sogar damit rechnen, daß die Ermittlungen des FBI gegen ihn nun schneller vorankommen. Das Frankfurter Landgericht hat einem Rechtshilfeersuchen des US-Justizministeriums nachgegeben. Danach erhält das Detroiter Gericht und parallel dazu auch das FBI

„Es liegt allein an VW“

Interview mit Opel-Aufsichtsrat Hans Wilhelm Gäb über Chancen einer außergerichtlichen Einigung

SPIEGEL: Manager und Aufsichtsräte des VW-Konzerns sprechen von intensiven Vergleichsverhandlungen mit General Motors (GM). Wann sind Sie sich einig?

Gäb: Es gibt derzeit überhaupt keine Vergleichsverhandlungen. Aber es liegt allein am guten Willen von VW, solche Gespräche zu ermöglichen. Solange Vorwürfe, Opel habe Beweise gefälscht und täusche die Öffentlichkeit, nicht zurückgenommen werden, fällt es schwer, an diesen guten Willen zu glauben.

SPIEGEL: Mit dem Ausscheiden von López hat Ihr Kontrahent Ihnen doch Entgegenkommen signalisiert.

Gäb: VW hat aber gleichzeitig erklärt, López werde als Berater weiter beschäftigt. Außerdem rückt mit García Sanz nun einer seiner engsten Mitarbeiter, der schon bei GM in Detroit sein Stellvertreter war, als Einkaufschef in den Vorstand der Marke VW auf. Herr Sanz wird in den USA vor Gericht unter Eid aussagen müssen, wo denn die aus seinem Detroiter Büro verschwundenen, streng geheimen Computerlisten mit Zehntausenden von für jeden Wettbewerber höchst nützlichen Opel-Einkaufspreisen geblieben sind.

SPIEGEL: Sind die Verhandlungen endgültig abgebrochen?

Gäb: GM und Opel sind verhandlungsbereit, aber nicht an rein taktischen Gesprächen interessiert. Nach fast vierjähriger Verzögerungs- und Verschleierungstaktik sollte die VW-Führung endlich den Mut haben, Verantwortung zu übernehmen.

SPIEGEL: Unter welchen Bedingungen sind Sie denn zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit?

Gäb: Wir werden fair miteinander umgehen können, wenn VW sich nicht nur von López trennt, sondern auch von seinen in die Aktionen verwickelten Gefolgsleuten. Es darf dann auch keine versteckte Weiterbeschäftigung durch Beraterverträge geben. Wir erwarten außerdem einen angemessenen finanziellen Ausgleich für den angerichteten Schaden und das Eingeständnis, daß gegen General Motors und Opel gesetzwidrige Handlungen vorgenommen wurden.

SPIEGEL: Stellen Sie immer neue Hürden auf?

Gäb: Das sind unsere Bedingungen seit 1993.

SPIEGEL: Aber warum sind Sie dann noch in diesem Jahr zusätzlich in Detroit vor Gericht gegangen?

Gäb: Weil VW über volle drei Jahre nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt hat, weil die Verjährungsfristen abliefen und damit unsere rechtlichen Möglichkeiten, eine Wiedergutmachung der Schäden für unsere Mitarbeiter und Aktionäre zu erwirken. Wer seine eigene Schuldlosigkeit beteuert, müßte im übrigen jede gerichtliche Klärung begrüßen.

SPIEGEL: General Motors hat aber schon mit VW über Detailfragen eines Vergleichs gesprochen.

Gäb: Was in der Öffentlichkeit verbreitet wird, sind leider zum größten Teil Desinformationen von interessierter Seite. Können wir denn ernsthaft an Einigungsbereitschaft von VW glauben, solange dort die Behauptung aufrechterhalten wird, General Motors, das größte Unternehmen der USA und der größte ausländische Investor in Deutschland, habe mit seiner Strafanzeige gegen Herrn López einen Angriff auf den Industriestandort Deutschland mit dem Ziel der Zerstörung von Volkswagen vorgenommen?

SPIEGEL: Im Management von General Motors gibt es offenbar unterschiedliche Auffassungen über eine Einigung. Sie gelten als Hardliner.

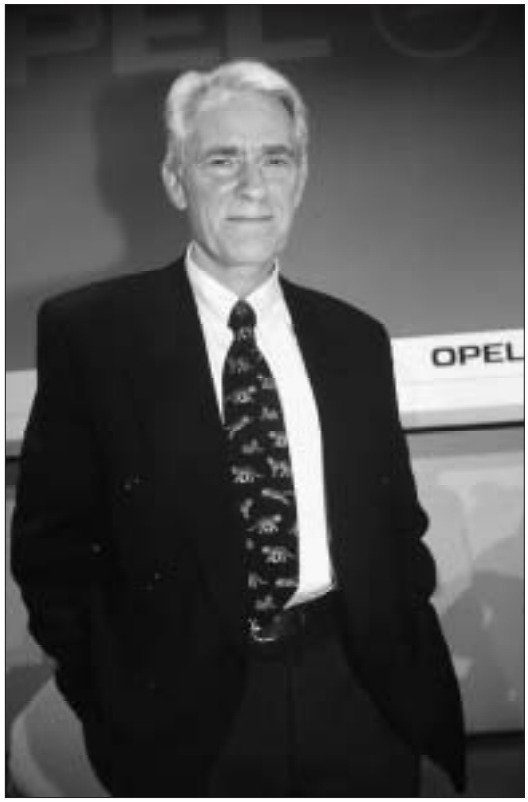
Gäb: Gilt als Hardliner heutzutage schon jemand, der offenkundiges Unrecht beim Namen nennt? Nein, die Führung von Opel und General Motors ist sich in der rechtlichen und moralischen Bewertung der Situation einig. Jeder von uns zieht eine außergerichtliche Einigung bei den zivilrechtlichen Fragen weiteren Prozessen vor. Es gibt in unserem Team keine Falken und keine Tauben. Aber VW mag Manager, die in dieser Sache besonders genaue Kenntnisse haben, als besonders störend empfinden.

SPIEGEL: Muß GM nicht den Vorwurf der „kriminellen Verschwörung“ zurücknehmen?

Gäb: Ein Bundesgericht der Vereinigten Staaten, die Wirtschaftskriminalität mit großer Konsequenz bekämpfen und deren Rechtsordnung in diesem Fall deswegen greift, weil die López-Gruppe ihre Aktionen von Detroit aus organisierte, hält das Gesetz gegen „kriminelle Verschwörung“ nach Einblick in die Klageschrift für anwendbar. Der Terminus „kriminelle Verschwörung“ stammt nicht von uns, sondern aus dem Gesetz.

SPIEGEL: Werden VW und Opel jemals wieder normal miteinander umgehen?

Gäb: Als Deutscher hoffe ich das. Mein erstes Auto war ein Käfer. Ich habe auch heute unveränderten Respekt vor Volkswagen und seinen Mitarbeitern. Die Zukunft wird wieder der Vernunft und dem fairen Wettbewerb gehören.



B. BOSTELMANN / ARGUM

GM-Manager Gäb: „Streng geheime Listen“



GM-Zentrale in Detroit: Für Hartnäckigkeit bekannt

Einsicht in die Ermittlungsakten der Darmstädter Staatsanwaltschaft.

Im Fall einer Anklage von López in den USA werden die Richter das Strafverfahren wohl ohne den Beschuldigten durchziehen müssen. Die GM-Anwälte sind davon überzeugt, daß López in den USA vor Gericht nicht erscheinen wird. Die Amerikaner werden ihn dazu auch nicht zwingen können, denn Spanien liefert Staatsangehörige nur bei schweren Kapitalverbrechen aus.

Allerdings wird Vielflieger López dann in seiner Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt sein. Auf manchen Auslandsreisen müßte er mit seiner Verhaftung rechnen.

Das Schicksal ihres einstigen Starmanagers López hat für den VW-Vorstand und -Aufsichtsrat inzwischen keine Priorität. Sie sind nur noch damit beschäftigt, den drohenden Milliardenschaden von Volkswagen abzuwenden und den VW-Vorsitzenden Piëch aus der Schußlinie zu nehmen.

Zu Beginn des Falles López hatte der VW-Chef noch gesagt, wenn sein Einkaufsvorstand zurücktreten müsse, „dann hätte dies sicher ganz gravierende Konsequenzen für mich".

Inzwischen denkt Piëch längst nicht mehr daran, aus der Affäre persönliche Konsequenzen zu ziehen. Und der Aufsichtsrat stärkt dem VW-Spitzenmann den Rücken. Auf der Aufsichtsratssitzung im März nächsten Jahres soll der Vertrag mit Piëch für weitere fünf Jahre verlängert werden.

Bis dahin wollen die VW-Kontrolleure eine friedliche Einigung mit General Motors erzielt haben – mit Hilfe Helmut Kohls, so wie es Lambsdorff empfohlen hat.

Anfang Januar wollen VW-Aufsichtsrat Liesen und VW-Vorsitzender Piëch den Kanzler um Hilfe bitten. Sie möchten ihn davon überzeugen, daß Prozesse vor US-Gerichten nach dem Anti-Mafia-Gesetz Rico generell eine Bedrohung für europäische Konzerne sind und sogar zu Wettbewerbsverzerrungen führen können.

„Wenn Handelskriege drohen", beschrieb Lambsdorff die Lage, „ist die Bundesregierung gefordert."

Im Auftrag des Wolfsburger Aufsichtsrats wirbt Lambsdorff in den Chefetagen anderer Konzerne derzeit für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Rico-Bestimmungen. Manager von Peugeot und Renault, heißt es in Wolfsburg, hätten bereits Unterstützung zugesagt.

Wenn dem Kanzler die kritischen Stellungnahmen möglichst vieler Konzerne überbracht werden, so das Kalkül der VW-Konzernspitze, würde Kohl sich wohl zu einer Intervention bei US-Präsident Clinton bereitfinden.

In ihrer Not hoffen Piëch und seine Kontrolleure, der US-Präsident könnte zu einem Gespräch mit der GM-Führung überredet werden und sie davon überzeugen, die Vergleichsverhandlungen mit VW wiederaufzunehmen.

Doch das kann dauern. GM hat wenig Interesse an einem schnellen Vergleich. VW ist unter Druck. Der US-Konzern hat derzeit die bessere Position. VW soll sich auch noch von den López-Gefolgsleuten trennen, fordert Opel-Aufsichtsrat Hans Wilhelm Gäb. Die Wolfsburger müßten zudem „einen finanziellen Ausgleich für den angerichteten Schaden" zahlen und sich entschuldigen. Dann, sagt Gäb, „werden wir fair miteinander umgehen können". ❑



W. v. BRAUCHITSCH

Aufseher Holzer auf der Viag-Hauptversammlung*: „Das paßt nicht“

Konzerne

Gegenspieler gesucht

Unruhe bei der Viag: Der Start ins Telefongeschäft ist so gut wie mißlungen. Nun greift der Aufsichtsrat durch.

Beunruhigt ist Jochen Holzer, 62, schon lange. Doch der Aufsichtsratschef der Viag wollte seine Sorgen über die Zukunft des achtgrößten deutschen Industriekonzerns nicht länger für sich behalten.

Holzer lud für den 23. November zur außerordentlichen Aufsichtsratssitzung in die Münchner Konzernzentrale – und 19 von 22 Aufsehern kamen: Auch WestLB-Chef Friedel Neuber, Ex-Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter und Deutsche-Bank-Vorstand Jürgen Krumnow reisten an.

Bei Weißwürsten und warmem Leberkäs’ debattierten die Aufseher dreieinhalb Stunden lang die Konzernstrategie bis zum Jahr 2000. Es ging um brisante Fragen: Ist der Sprung in den Zukunftsmarkt der Telekommunikation noch zu schaffen? Und: Besitzt der erst vor 14 Monaten ernannte Vorstandschef Georg Obermeier dafür die richtige Strategie?

Über 40 Milliarden Mark setzte die Viag im vergangenen Jahr um. Der Mischkonzern produziert Strom und Chemikalien, handelt mit Seide, Stahl und Computern, selbst ein Verleih von Partyzelten gehört zu den Geschäftsaktivitäten. 80 000 Menschen sind bei den 163 Unternehmen der Viag beschäftigt.

Kaum ein anderer Großkonzern legte in den vergangenen Jahren ein so aggressives Expansionstempo vor. Seit 1989 gaben die Manager des Viag-Konzerns für Zukäufe fast 15 Milliarden Mark aus. Der Wunsch nach Größe diktierte das Geschehen. Eine klare Strategie ist hinter den Aktivitäten schon lange nicht mehr zu erkennen.

Die Unruhe im Konzern rief jüngst auch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber auf den Plan. Er braucht die Viag, wenn er Bayern zum Standort für die Telekommunikationsindustrie ausbauen will. Scheitern die Viag-Pläne, steht auch der Landeschef im Kampf um die Standorte als Verlierer da.

Von einem Spitzenmanager des Konzerns ließ sich Stoiber daher über die Schwächen von Konzernchef Obermeier informieren. Was er da zu hören bekam, hat ihn alarmiert: Hobbyjäger Obermeier sei nur wenig kommunikativ, ignoriere Kritik, besitze keine erkennbare Strategie für den Aufstieg zur Telefonfirma. „Unser Engagement ist hochriskant“, warnte der Insider.


A. HAMANN

Vorstandschef Obermeier
„Wir können uns nicht einigen“

Der ehrgeizige Viag-Chef, einst von Holzer gegen erheblichen Widerstand an die Konzernspitze befördert, will den bayerischen Mischkonzern zu einem ernsthaften Konkurrenten der Telekom aufbauen. Schon Mitte letzten Jahres verkündete der promovierte Betriebswirt, die Viag werde zur zweitgrößten Telefongesellschaft im Lande aufsteigen.

Dem Land Nordrhein-Westfalen mit den mächtigen Telekom-Konkurrenten Mannesmann, Veba, RWE und Thyssen, so sein Versprechen an die CSU-Landesfürsten, werde Bayern nicht kampflos den neuen Wachstumsmarkt überlassen. Tausende neue Jobs sollten entstehen.

Geblieben ist von den Ankündigungen nahezu nichts. Vereinbarungen und Bündnisse platzten. Im Poker um die besten Startplätze für den 1998 beginnenden Wettbewerb auf dem Telefonmarkt hat die Viag schlechte Karten.

Das Unternehmen besitzt kein flächendeckendes Telefonnetz, wie es Mannesmann oder das neue Bündnis RWE/Veba vorweisen können. Im vergangenen Jahr bewarb sich Obermeier um das 40 000 Kilometer lange Telefonnetz der Bahn – und zog das ohnehin chancenlose Angebot schließlich wieder zurück.

Das Bahnnetz sei für die Viag kein großer Verlust, hieß es fortan. Obermeier hatte kurz vorher den Stromgiganten RWE, der über ein großes Telefonnetz verfügt, als Partner gewonnen. Es sah bis vor wenigen Wochen tatsächlich so aus, als ob das Bündnis aus RWE, Viag und British Telecom zu einem ernsthaften Gegenspieler der Telekom aufsteigen könnte. Die Ausgestaltung konkreter Verträge, so Obermeier vor wenigen Monaten, sei reine Formsache.

Der Jubel war verfrüht. Über ein halbes Jahr lang verhandelten die Bayern mit RWE. Immer wieder kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. So setzte Obermeier alles daran, die neuen Jobs in München anzusiedeln. RWE-Chef Dietmar Kuhnt dagegen drängte auf eine Konzentration der Aktivitäten in Essen.

Auch über den künftigen Kurs der Firma wurden sich die Konzernobersten nicht einig. Kuhnt wollte eine Telefongesellschaft nach klassischem Muster aufbauen. Eine weitere Mobilfunklizenz, so der RWE-Boß, mache nur Sinn in Kombination mit einem Festnetz. Nur so könnten Kapazitäten ausgelastet und den Kunden von 1998 an vernünftige Service-Pakete angeboten werden.

Obermeier bevorzugte erkennbar den Mobilfunk. Das schnurlose Handy, so hofft er, könnte schon bald das klassische Telefon ablösen – im Haushalt und am Arbeitsplatz. Das Festnetz spielt für Obermeier nur eine untergeordnete Rol-

* Am 6. Juli 1994 in München.

Werbeseite

Werbeseite

le. Mit seiner Utopie von der Handy-Gesellschaft steht der Münchner Konzern in der Branche ziemlich allein da. „Das ist der reine Wahnsinn“, sagt ein RWE-Manager.

Die Strategie der Viag ist in der Tat hochriskant: Die Margen im Handy-Geschäft werden mit der Zahl der Konkurrenten weiter schrumpfen. Fraglich ist auch, ob die Handy-Technik jemals den Standard der Festnetze erreichen wird.

Hinzu kommt: Bisher verfügt Obermeier nur über ein 4000-Kilometer-Glasfasernetz. Selbst für den Mobilfunk fehlt noch die Lizenz.

Holzer und sein Aufsichtsrat wollen das Risiko des Neustarts nun mit einem anderen Konzern teilen. Obermeier muß sich auf die Suche machen. „Wir brauchen zusätzliche Partner“, sagt Holzer kategorisch.

Ein Rückzug ist schon aus Imagegründen kaum mehr möglich, das sieht auch der Aufsichtsrat so. Sechs Milliarden Mark, beschlossen die Kontrolleure, sollen in den nächsten Jahren investiert werden. Holzer weiß: „Das Geschäft bietet große Gewinnchancen, birgt aber ein hohes Risiko.“

Und das will Holzer auf jeden Fall minimieren. Für eine Schieflage des Unternehmens möchte er nicht verantwortlich sein.

Das Gremium beschloß daher, die Kräfte des Konzerns zu bündeln. Alle Akquisitionen in neue Kerngeschäftsfelder wurden bis auf weiteres gestoppt. Der ehrgeizige Firmenchef darf künftig nur noch in ausgewählte Unternehmen investieren – aber auch da soll das Risiko reduziert werden.

Der Viag-Chef möchte gern seine Anteile am Berliner Energieversorger Bewag aufstocken. Das darf er nur, entschieden die Räte, wenn gleichzeitig die Veba einen weiteren Teil der Aktien erwirbt.

Schärfere Auflagen machten die Aufseher auch im Handelsgeschäft. Denn hier produzierte Obermeier vereinzelt Verluste.

Um die angeschlagene Großhandelstochter Computer 2000, die in diesem Jahr keine Dividende zahlt, zu sanieren, muß er sich von der notleidenden US-Tochter Ameriquest trennen oder einen Partner finden. Mit dem erst 1995 erworbenen US-Ableger wollten die Bayern ursprünglich den amerikanischen Markt aufrollen.

Auch im Verpackungsbereich soll Obermeier ein „Desinvestment“ (Holzer) vornehmen. Die Produktion von Konservendosen soll abgestoßen werden. Statt dessen setzt der Aufsichtsrat auf die Produktion moderner Pet-Flaschen. Eine Beteiligung an der US-Firma Johnsen Control Incorporated in Höhe von rund einer Milliarde Mark steht unmittelbar bevor.

Schon vor der Sitzung hatte Holzer den oft planlos wirkenden Expansionsdrang Obermeiers gebremst. Der wollte partout ins Touristikgeschäft einsteigen und den Hamburger Transportkonzern Hapag-Lloyd übernehmen. „Das Unternehmen“, begründet der ehemalige Bayernwerk-Chef sein Veto, „paßt nicht in unsere Produktpalette.“

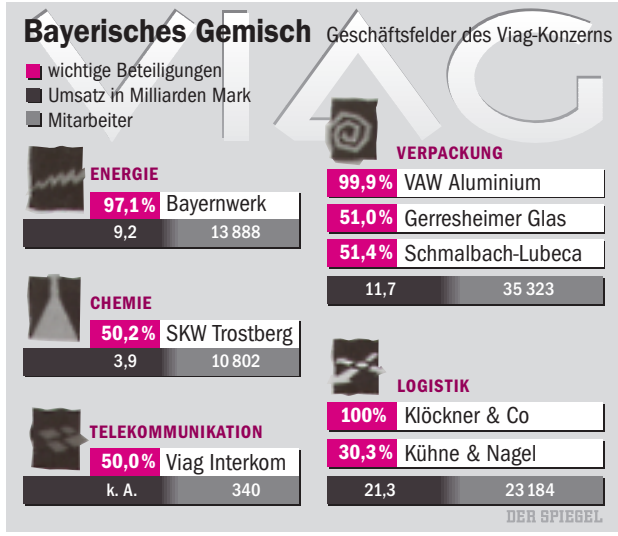
Obermeier hielt dagegen. „Wir können uns doch nicht auf unseren vorhandenen Geschäftsgebieten einigeln“, verteidigte er seinen Kaufkurs. Doch der Aufsichtsrat folgte Holzer.

Der resolute Oberaufseher, der seine Karriere bei Wirtschaftswunderminister Ludwig Erhard begann, will seinen Obermeier künftig noch schärfer kontrollieren. Auch die Konzernvorstände wurden zum Gegenhalten im Alltagsgeschäft ermuntert.

Vor allem mit Bayerns Ex-Finanzminister Georg von Waldenfels, heute Viag-Vorstand für Wirtschaft und Politik, ist Holzer zufrieden: „Der widerspricht wenigstens mal.“ Das tue dem Unternehmen erkennbar gut.

Derzeit sucht Holzer per Headhunter einen neuen Finanzvorstand. Der Neue soll regelrecht zum Gegenspieler aufgebaut werden – mit ungewöhnlichen Methoden.

Per Arbeitsvertrag will Holzer ihn verpflichten, zwei Herren zu dienen. Der künftige Finanzvorstand soll an den Vorstandschef und, ein Novum in deutschen Konzernen, auch direkt an den Chef des Aufsichtsrates berichten. „Der Mann“, begründet Holzer seinen Plan, „muß ein echter Counterpart sein.“



SPIEGEL-Gespräch

„Wir brauchen den Dialog“

Der künftige BDA-Präsident Dieter Hundt über die Lohnfortzahlung und den Krach im Arbeitgeberlager



R. DREXEL / BILDERBERG

Hundt (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Der Widerstand war größer als erwartet“

SPIEGEL: Herr Hundt, sind Sie ein Weichei?

Hundt: Mal werde ich als Weichei, mal als Scharfmacher beschimpft. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich, wie üblich, in der Mitte.

SPIEGEL: Die Bezeichnung Weichei stammt von Ihrem Kollegen Hans-Olaf Henkel, immerhin Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Er hält Sie für eine Fehlbesetzung in Ihrem künftigen Amt als Präsident des Arbeitgeberverbandes BDA.

Hundt: Mir gegenüber hat er sich anders geäußert.

SPIEGEL: Auch Henkel-Vize Tyll Necker hat wenig Vertrauen in Sie: Er sieht in Ihnen einen der Verantwortlichen für die „problematischsten Abschlüsse der bundesdeutschen Tarifgeschichte“.

Hundt: Das habe ich so nie gehört. Ich habe von den Herren Henkel und Necker nur generell Kritik an denen vernommen, die in den zurückliegenden Jahren Tarifverträge unterschrieben haben. Und da zeigt sich der grundsätzliche Unterschied zwischen Wirtschaftsverbänden und Arbeitgeberverbänden. Die Wirtschaftsverbände haben ihre Aufgabe schon erfüllt, wenn sie Richtiges sagen.

SPIEGEL: Der BDI, ein Klub von Maulhelden?

Hundt: Die Verantwortlichen der Wirtschaftsverbände haben es insofern leichter, als sie einen Vortrag halten und sich den Applaus dafür abholen. Wir haben das zusätzliche Problem, daß wir das Richtige auch noch soweit wie möglich mit den Gewerkschaften in Tarifverträgen vereinbaren müssen.

SPIEGEL: Zwischen BDA und BDI herrscht offener Bruderkrieg, seit Henkel Ihrem Vorgänger Klaus Murmann die Karriere auf europäischer Ebene verbaute. Ist eine Zusammenarbeit mit dem BDI überhaupt noch möglich?

Hundt: Natürlich gibt es in schwierigen Zeiten Differenzen über den richtigen Weg, und wir hatten zeitweise sehr kontroverse Diskussionen. Aber wir haben in diesem Jahr eine Reihe von Spitzengesprächen geführt, die das Verhältnis deutlich entspannt haben. Wie es sich weiterentwickelt, wird entscheidend vom Ausgang der Tarifrunde 1997 abhängen.

SPIEGEL: Der Konflikt ist demnach nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben?

Hundt: Immerhin sind wir uns einig, daß wir den Flächentarifvertrag erhalten wollen. Wenn er weiter für die Zukunft taugen soll, auch darüber gibt es keinen Dissens, muß er reformiert werden. Aufgeschoben haben wir die Diskussion über den Paragraphen 77, Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes ...

SPIEGEL: ... der besagt ...

Hundt: ... daß Dinge, die im Tarifvertrag festgeschrieben sind, nicht auf Betriebsebene geregelt werden dürfen.

SPIEGEL: Und das ist genau der Kern des Streits: Soll der Betriebsrat mit dem Unternehmer, wie es Henkel und Necker

Ein schwieriges Amt

übernimmt Dieter Hundt, 58, am kommenden Donnerstag: Als Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) muß der schwäbische Unternehmer nicht nur den Konsens mit den Gewerkschaften suchen – er muß auch versuchen, das zerstrittene Arbeitgeberlager wieder zu einen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), vertreten durch seinen Präsidenten Hans-Olaf Henkel, macht seit geraumer Zeit Front gegen den Bruderverband. Henkel und den anderen Hardlinern paßt der tarifpolitische Kurs der BDA nicht – und der wurde in den vergangenen Jahren vor allem von Hundt geprägt. Als Verhandlungsführer im Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden war der Inhaber der Uhinger Allgaier Werke an allen wichtigen Tarifabschlüssen der neunziger Jahre maßgeblich beteiligt, die Kritiker im eigenen Lager halten diese Abschlüsse für viel zu hoch. Hundt gilt als Mann des Ausgleichs, im Streit um die Lohnfortzahlung vertrat er jedoch die harte Verbandslinie: Das Gesetz sollte sofort in den Betrieben umgesetzt werden. Doch die zogen nicht mit. In der vergangenen Woche gaben die Arbeitgeber in Niedersachsen nach – zum Ärger ihrer Kollegen in anderen Bundesländern.

* Armin Mahler und Markus Dettmer in Hundts Firma Allgaier Werke.

fordern, direkt über alle Tariffragen verhandeln dürfen?

Hundt: Die überwältigende Mehrheit unserer Firmen will das nicht, sie will die wesentlichen Punkte im Flächentarifvertrag geregelt haben und diese innerhalb eines definierten Rahmens an die Unternehmenssituation anpassen können. Mit dem Streit um die Lohnfortzahlung ist die Zustimmung nochmals gestiegen: Die Firmen haben erlebt, was passiert, wenn sie einzeln und ungeschützt gewerkschaftlichem Druck ausgesetzt sind.

SPIEGEL: Ist mit dem Tarifabschluß in Niedersachsen der Konflikt um die Lohnfortzahlung beendet?

Hundt: Wir haben in den einzelnen Tarifgebieten eine sehr unterschiedliche Ausgangslage. Deshalb müssen die regionalen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie unter Berücksichtigung des Ergebnisses von Niedersachsen das weitere Vorgehen nunmehr beraten und festlegen. Dies gilt natürlich erst recht für andere Branchen, für die das Ergebnis von Hannover keinen Pilotcharakter hat.

SPIEGEL: Nach diesem Modell bleibt es bei 100 Prozent Lohnfortzahlung. Haben die Arbeitgeber vor den Gewerkschaften kapituliert?



IMO

Hundt-Gegner Henkel: „Einen Vortrag halten und sich den Applaus dafür abholen“

Hundt: In Niedersachsen erhalten die Arbeitnehmer in Zukunft eine gegenüber bisher reduzierte Lohnfortzahlung, weil die Mehrarbeit einschließlich aller Zuschläge in der Berechnungsgrundlage nicht mehr berücksichtigt wird. Außerdem wird das Weihnachtsgeld generell um fünf Prozentpunkte abgesenkt. Natürlich war es unser erklärtes Ziel, für unsere Unternehmen eine bessere Regelung zu erreichen, aber hier zeigt sich der Unterschied zwischen Politik und Tarifpolitik: Gesetze werden mit Mehrheiten verabschiedet, wir müssen mit den Gewerkschaften eine Einigung erzielen.

SPIEGEL: Begrüßen Sie nun den Abschluß oder lehnen Sie ihn ab?
Hundt: Im Moment weder noch. Ich wiederhole: Wir benötigen für unsere Unternehmen eine Kostensenkung. Ob es allerdings vor dem Hintergrund des niedersächsischen Abschlusses zweckmäßig ist abzulehnen, muß geprüft werden.
SPIEGEL: Bei den Pilotverhandlungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hatte die IG Metall bereits Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich, maßvolle Lohnanhebungen, Abstriche bei Sonderzahlungen und Kompensation bei der Lohnfortzahlung angeboten. Gesamtmetall lehnte ab. Sind die Arbeitgeber derzeit unfähig, einen überregionalen Kompromiß einzugehen?
Hundt: In Karlsruhe waren wir soweit, daß im Krankheitsfall Urlaubsanspruch entfällt. Die Verhandlungskommission der IG Metall konnte das in den eigenen Reihen nicht durchsetzen. Das nordrhein-westfälische Gesamtpaket hätte 1997 eine zusätzliche Kostenbelastung bedeutet, zudem war es betrieblich nicht praktikabel. Wir müssen Kosten senken und unsere Wettbewerbsposition im Weltmarkt verbessern, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Ist das in Deutschland nicht mehr vermittelbar, sehe ich wirklich schwarz für diesen Standort.


MELDE-PRESS

Hundt-Gegner Necker
„Differenzen über den richtigen Weg“

SPIEGEL: Der Kampf um die Lohnfortzahlung hat die Unternehmen bisher nur Geld gekostet. Wie konnte es zu diesem Desaster kommen?
Hundt: Ganz einfach: weil die IG Metall nicht bereit war, einen auch für uns akzeptablen Abschluß mitzutragen.
SPIEGEL: Ursprünglich ging es Ihnen nicht um Vermittlung, sondern um Konfrontation. Da haben die Arbeitgeber beschlossen, das neue Gesetz über die Lohnfortzahlung in den Betrieben durchzusetzen – ganz egal, was in den Tarifverträgen steht.
Hundt: Das stimmt nicht. Wir haben gesagt, wir empfehlen die Umsetzung der neuen Lohnfortzahlung dort, wo dies möglich ist. Und unsere Metalltarifverträge lassen die Umsetzung zu.
SPIEGEL: Das ist durchaus umstritten, selbst die Bundesregierung ist anderer Meinung. Wie kommt es, daß Sie und viele Ihrer Kollegen, die immer als Vertreter des Konsenses galten, plötzlich zu Hardlinern geworden sind?
Hundt: Unsinn, wir verfolgen lediglich konsequent unsere Linie. Erstens: Wir müssen unsere Position im globalen Wettbewerb verbessern. Da wir versuchen sollten, die Grundeinkommen unserer Beschäftigten zu erhalten, müssen wir die Lohnzusatzkosten senken, vor allem die Bezahlung von Nichtarbeit. Zweitens: Wir brauchen unverändert den Dialog mit den Gewerkschaften. Das heißt aber nicht, daß wir in konkreten Fragen nicht auch die Auseinandersetzung annehmen müssen.
SPIEGEL: Wie konnten Sie die Stimmung im eigenen Lager so falsch einschätzen?

Hundt: Ich bin davon ausgegangen, daß die Geschlossenheit in unserem Lager größer sei. Auf der anderen Seite verstehe ich, daß die Firmen zögern, Arbeitsunterbrechungen zu riskieren. Die Produktion ist inzwischen weltweit eng verflochten, schon kleine Ausfälle können dazu führen, daß Unternehmen dauerhaft ihre Aufträge verlieren. Wir laufen Gefahr, in den Tarifauseinandersetzungen schon durch Streikandrohung erpreßbar zu werden und kein gleichwertiger Gegner mehr zu sein. Zudem war der Widerstand der Gewerkschaften größer als erwartet.

SPIEGEL: Seit Jahren erklären die Gewerkschaften die Lohnfortzahlung zum Tabu, und Sie sagen nun, der Widerstand habe Sie überrascht.

Hundt: Die Gewerkschaften haben das Thema so emotionalisiert, daß sie die Kräfte, die sie gerufen haben, nur noch schwer beherrschen können.

SPIEGEL: Der ehemalige Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner sagt, man hätte dieses Thema nie angehen dürfen, weil es viel zu sensibel sei.

Hundt: Ich halte diese Diskussion für müßig. Immer wenn wir in unserem Land mühsam zu einer Entscheidung kommen, beginnen die Diskussionen, ob dies jetzt die wichtigste Regelungsmaterie war oder ob nicht zuerst ganz andere Fragen zu klären gewesen wären. Es muß gehandelt werden.

SPIEGEL: Was wollen Sie erreichen, wenn Sie jetzt an die Spitze der BDA treten?

Hundt: Ich sehe drei Schwerpunkte: Einmal die tarifpolitische Koordinierung über die Branchen hinweg, das Tagesgeschäft der Metall- und Elektroindustrie wird nicht mehr zu meinen Aufgaben gehören. Ein zweiter Punkt ist, nachhaltig daran mitzuwirken, daß wir die erforderlichen Kostenreduzierungen im Bereich der Sozialpolitik, gerade auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen und -kosten, erfolgreich vorantreiben. Da müssen wir weiter auf die Politik einwirken. Und drittens muß der Schulterschluß der Spitzenverbände weiter verbessert werden, damit wir nach außen wieder geschlossener auftreten.

„Nun schauen wir auf die Steuerreform – und hoffen“

SPIEGEL: Die Unternehmen sind in drei Verbänden – BDA, BDI und DIHT, dem Deutschen Industrie- und Handelstag – organisiert. Macht das noch Sinn?

Hundt: Die drei Verbände haben klar abgegrenzte Aufgaben und Kompetenzen, die sie erfolgreich erledigen und vertreten. Das hat sich in der Praxis bewährt, und ich sehe überhaupt keinen Grund, das zu verändern.

SPIEGEL: Die drei Verbände geben 3,5 Milliarden Mark Mitgliedsbeiträge aus, viele Aufgaben werden doppelt und dreifach erledigt. Die Arbeitgeber treten immer für einen schlanken Staat ein – aber im eigenen Lager wuchert die Bürokratie.

Hundt: Die Verbände sind effizient, Änderungen bringen nur marginale Einsparungsmöglichkeiten. Im übrigen werden wir 1999 in Berlin in ein gemeinsames Haus ziehen. Da werden wir in einigen Bereichen der Infrastruktur Einsparpotentiale nutzen.

SPIEGEL: Uns scheint, die Abneigung gegen eine Fusion hat auch damit zu tun, daß dann weniger Pöstchen zu vergeben sind.

Hundt: Der Eindruck täuscht. Der Drang und die Bereitschaft, ehrenamtliche Funktionen zu übernehmen, ist bedauerlicherweise nicht sehr ausgeprägt.

SPIEGEL: Diese Sorge wären Sie bei einem Zusammenschluß los. Und vielleicht wäre dann auch Schluß mit der Vielstimmigkeit im Arbeitgeberlager?

Hundt: Ich halte es für absolut legitim, daß zwischen Verbänden mit unterschiedlicher Zuständigkeit kontroverse Diskussionen stattfinden. Wir müssen nur nach außen geschlossen auftreten.

SPIEGEL: Die ständigen Querelen belasten mittlerweile auch die Kontakte zur Bundesregierung. Die Arbeitgeber werden in Bonn gar nicht mehr ernst genommen.

Hundt: Dafür habe ich keine Hinweise.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler und seine Minister haben Sie in den vergangenen Wochen mehrfach öffentlich vorgeführt: Die Unternehmen, so die Aufforderung aus Bonn, sollten, statt immer neue Forderungen aufzustellen, ihrer Verantwortung gerecht werden und endlich Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Hundt: Wir können Arbeitsplätze nicht aus Gefälligkeit für die Regierung oder als Einlösung einer Verpflichtung schaffen. Arbeitsplätze entstehen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen dies zulassen. Wir reden seit Jahren auf die Politiker ein, daß die Rahmenbedingungen verbessert werden müssen. Und was stellen wir fest? In den vergangenen fünf Jahren sind die gesetzlichen Lohnzusatzkosten permanent gestiegen, während die tariflichen Lohnzusatzkosten stagnierten.

SPIEGEL: In der Öffentlichkeit herrscht ein anderer Eindruck: Die Politik bedient die Arbeitgeber, gespart wird auf Kosten der Arbeitnehmer.

Hundt: Außer dem neuen Lohnfortzahlungsgesetz hat sich doch herzlich wenig geändert. Unsere Kostensituation hat sich jedenfalls nicht verbessert. Nun schauen wir alle auf die Steuerreform – und hoffen.

SPIEGEL: Herr Hundt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Verlage

Viele große Löcher

Jahrelanges Mißmanagement hat den Süddeutschen Verlag zum Übernahmekandidaten gemacht.

Bei einer internen Feier zum 25jährigen Dienstjubiläum des Vertriebsleiters hatten drei Eigentümer des Süddeutschen Verlags (SV) einen spektakulären Auftritt.

Nacheinander traten Rolf Goldschagg, 66, Alfred Schwingenstein, 76, und Hanns-Jörg Dürrmeier, 58, ans Mikrophon. Treuherzig versicherten die drei, sie wollten das Erbe ihrer Väter wahren und dächten nicht daran, ihre Anteile zu verkaufen. Das gelte auch für die Mitgesellschafter Johannes Friedmann, 45, und Peter von Seidlein, 71.

Die Mitarbeiter hörten die Botschaft, doch der rechte Glaube wollte sich nicht einstellen: Ihr Verlag gilt in der Branche als Übernahmekandidat.

Als potentieller Aufkäufer hat sich der kapitalstarke Konzern der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) geoutet. „Natürlich sind wir an dem Unternehmen interessiert“, sagt Geschäftsführer Erich Schumann, 65: „Ich höre immer wieder, daß Verkaufsinteresse besteht.“

Den Wert des Kaufobjekts haben WAZ-Manager auf inzwischen rund eine Milliarde Mark taxiert – viel Geld für die Eigentümer des Süddeutschen Verlags, die zuletzt kaum Dividende gesehen haben. Der Konzerngewinn, 1995 bei mageren 3,5 Millionen Mark, dürfte auch 1996 kaum Anlaß zum Jubeln geben.



F. HELLER / ARGUM

***SZ*-Verlagsdruckerei:** Die Eigentümer haben zuletzt kaum Dividende gesehen

Zwar ist die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* mit einer Auflage von 409 000 Exemplaren zweifellos eine „der größten und angesehensten überregionalen deutschen Tageszeitungen“ (Bundespräsident Roman Herzog), doch das wichtige Anzeigengeschäft bröckelt. Die Zeitung macht, so Reiner Maria Gohlke, der Chef der Geschäftsführung, „deutlich über 20 Millionen Mark Gewinn“ – was einer dürftigen Rendite von drei Prozent entspricht.

Damit muß der Verlagsmanager eine Reihe schwieriger Beteiligungen finanzieren. Der frühere Bahn-Chef und kurzzeitige Treuhand-Präsident Gohlke war 1991 ins Mediengewerbe gewechselt – und hatte dem Süddeutschen Verlag eine waghalsige Expansionsstrategie verordnet. Nun gibt es, so ein Betriebsrat, „viele große Löcher zu stopfen“.

So macht beispielsweise in Thüringen die Suhler Tochterzeitung *Freies Wort* kräftig Verlust, 1995 rund zehn Millionen Mark. Gohlke hatte groß in Gebäude und Druckereien investiert und sogar Zeitungen in Nachbarmärkten angegriffen. Jetzt sollen das *Freie Wort* und das kleine Schwesterblatt *Südthüringer Zeitung* fusionieren – und dabei sozialverträglich Stellen wegfallen.

Ein weiterer Sanierungsfall ist der Buch- und Fachzeitschriftenverlag Moderne Industrie (Branchenspott: „Marode Industrie“), den Gohlke 1993 kaufte. Er zahlte zuviel, wie sich nun zeigt: 1995 mußte der Verlag bereits eine Wertberichtigung von mehreren Millionen Mark auf den Buchbestand vornehmen. Man habe „halt nicht in jeden Karton im Keller geschaut“, erklärte ein Manager intern.

Gohlke wollte die *SZ* mit Erlösen aus anderen Geschäftsfeldern absichern, erreicht hat er das Gegenteil: Die Flops in dem Sammelsurium von rund 70 Tochterfirmen und Beteiligungen gefährden die Unabhängigkeit der Stammzeitung. Auch die Beilage *SZ*-Magazin – als Magnet für teure Farbanzeigen gedacht – ist „derzeit noch mit Verlust behaftet“ (Gohlke).

Nun muß der Stratege sparen statt expandieren. Die verlustreiche Münchner Druckerei Wenschow hat Gohlke bereits großteils losgeschlagen. Nächstes Jahr will er im Verlag alle Sonderleistungen, wie Treueprämien und Essenszuschuß, in Höhe von 38 Millionen Mark „einer kritischen Prüfung unterziehen“.

Seine Pläne zur Expansion in elektronischen Medien muß Sparkommissar Gohlke, seit langem stark unter Druck, klein fahren. Zwar hatte er im Frühjahr

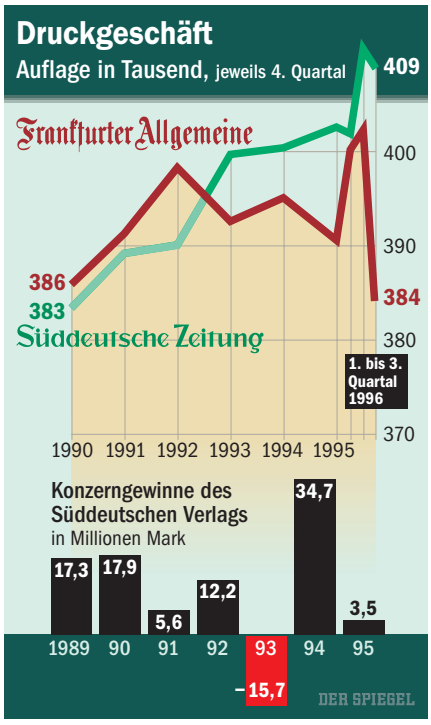
Werbeseite

Werbeseite

der Dortmunder TV-Produktionsfirma Colourfield signalisiert, sein Verlag würde bei deren geplanten Dokumentationskanal Blue Planet mitmachen. Doch bis heute gibt es keine beschlußfähige Vorlage. Gohlke: „Es wurden und werden weiterhin Verhandlungen geführt."

Die Eigentümer erinnern sich nur zu gut an die Pleite mit dem TV-Sender Vox. Dort war ihnen rechnerisch ein Verlust von rund 70 Millionen Mark entstanden. Nach rechtlichen Streitigkeiten nahm Sendergründer Bertelsmann dem Verlag allerdings rund zwei Drittel ab.

Zu alledem droht Gohlke neues Ungemach: Ein peinlicher Prozeß über eine Bürgschaft des Verlags könnte schlimme



Folgen haben. Jahrelang hatte der Diplompädagoge Karl Hummel über seine Firma Prisma im Auftrag des Süddeutschen Verlags Symposien und Diskussionsveranstaltungen organisiert. Bei Hummels Hausbank, der Ammersee Bank in Utting, bürgte Verlagssprecher Ullrich Esser im Frühjahr 1994 schriftlich für 800 000 Mark. Gohlke bestätigte der Bank, Esser sei zeichnungsberechtigt.

Als die Bank im Herbst 1995 jedoch die Bürgschaft in Anspruch nehmen wollte, zahlte der Süddeutsche Verlag nicht, weil Gohlkes Sprecher ohne Vollmacht gehandelt habe und es keine richtige Bürgschaft sei. Das Landgericht München I verurteilte den Verlag dennoch, inklusive Zinsen rund 1,1 Millionen Mark zu zahlen.

Der Süddeutsche Verlag geht in Berufung. Eines der rechtlichen Argumente: Gohlke allein habe Essers Vollmacht nicht bestätigen können, der SV-Chef sei „nicht einzelzeichnungsberechtigt".

Auf den Medienkonzern kommen sogar weitere Forderungen zu. Der von Hummels Bank beauftragte Anwalt Peter Grauer macht einen Schaden von gut elf Millionen Mark geltend, weil Prisma nach den Ereignissen zusammenbrach und wichtige Aufträge verlor.

Ende November forderte der Jurist den Verlag auf, angesichts des „dramatisch zusammengeschrumpften" Jahresüberschusses entsprechende Rückstellungen in der Bilanz vorzunehmen. Dann bliebe vom Gewinn nichts mehr übrig. SV-Kommentar: „Abstruse Forderungen."

Die schlechten Nachrichten schrecken Kaufinteressenten wie die WAZ-Gruppe wenig. Sie wissen: Bei richtigem Management ist das Unternehmen für jährlich dreistellige Millionengewinne gut.

WAZ-Geschäftsführer Günther Grotkamp rechnet nach Korrektur der beim SV gemachten „kardinalen Fehler" mit 100 bis 120 Millionen Mark Jahresgewinn. Nach der Faustformel Gewinn mal zehn bestimmt sich auch der mögliche Kaufpreis. Grotkamp sagt, nach den „Rütli-Schwüren" der SV-Gesellschafter herrsche derzeit „Funkstille", im nächsten Jahr aber sei der Einstieg möglich.

Auch bei der Bertelsmann-Tochter Gruner + Jahr wurde schon mal gerechnet. Konkrete Gespräche allerdings gebe es nicht, behauptet der Verlag.

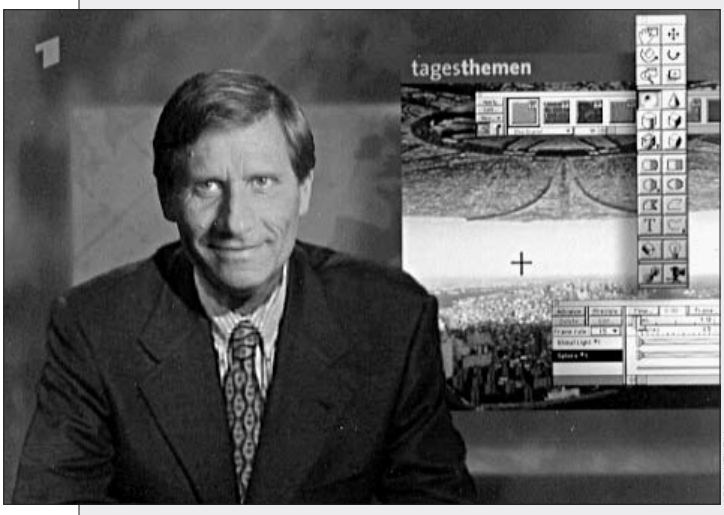
Ein weiterer Bewerber ist der Münchner Verleger Dirk Ippen *(Münchner Merkur, tz)*. Er könnte über die Miteigentümer Johannes Friedmann und dessen Mutter Anneliese zum Zug kommen. Bei deren *Abendzeitung*, die auf dem engen Münchner Markt hart zu kämpfen hat, fragte Lokalrivale Ippen schon mal an, ob eine weitgehende Kooperation möglich sei. Er hielte es „nur für gerecht", sagt er, wenn seine Firma am Süddeutschen Verlag beteiligt werde – schließlich besitze dieser ja auch 12,5 Prozent am *Merkur*.

Ein Entree in München ist für Dritte höchst kompliziert. Laut Satzung müssen verkaufswillige Gesellschafter ihre Anteile zunächst untereinander anbieten – zum steuerlichen Einheitswert, der nur ein Viertel des Marktwertes ausmacht. Greift keiner zu, muß die Gesellschaftergemeinschaft befragt werden, erst danach ist der Weg frei für Fremde.

Mißtrauisch spekulieren die fünf Familienstämme über mögliche Manöver im Gesellschafterkreis. Als potentielle Verkäufer gelten etwa die Familien von Seidlein und Schwingenstein.

Offiziell dementiert Gesellschaftersprecher Dürrmeier die vielen Verkaufsgerüchte: „Wir alle haben eindeutig erklärt, daß niemand daran denkt und es keine diesbezüglichen Gespräche gibt."

Gesellschafter und Verlagspensionär Goldschagg sind die vielen Anfragen offenbar lästig, seine Antwort können alle auf einem Aufkleber am Fenster seines Autos lesen: „Ich verkaufe nicht." ❑



ARD AKTUELL

Wickert

ARD

Wickert wie neu

Die ARD hat sich intern für „Tagesschau“, „Tagesthemen“ und andere Informationsmagazine neue Regeln gegeben. Moderatoren müssen sich nun bei Ulrich Deppendorf, Chefredakteur von ARD Aktuell, alle Nebenjobs vorher genehmigen lassen. Früher genügte es, im nachhinein Listen mit den Nebenjobs einzureichen. Häufig kam es zum Krach, etwa als Sabine Christiansen für den Axel Springer Verlag oder aber Ulrich Wickert für den Deutschen Herold arbeitete. Generell verboten sind den ARD-Stars künftig Auftritte in Werbe- und Unternehmensvideos. Zum 1. Januar 1997 erscheinen die Moderatoren auch nach außen hin gewandelt: Sie sitzen vor einer blauen Weltkarte, Fotos und Grafiken werden wie Bilder auf dem Computerschirm eingeklickt. Auch sollen Dagmar Berghoff und die anderen nicht mehr selbst ihr TV-Outfit wählen, sondern sich von einer Stylistin einkleiden lassen, die einst Direktrice bei der Modemacherin Jil Sander war.

Werbung

Lee gründet Agentur

Der amerikanische Filmregisseur Spike Lee („Do the right thing“, „She’s gotta have it“, „Malcolm X“) steigt ins Werbegeschäft ein. Spots für Nike, Levi’s und Swatch hat der Kultfilmer schon gedreht, erst kürzlich produzierte er ein Musikvideo mit Michael Jackson in den Elendsvierteln Brasiliens („They don’t care about us“). Nun gründet er, zusammen mit der Großagentur DDB Needham Worldwide, eine eigene Werbeagentur: Spike DDB wird in New York ansässig sein und beiden Partnern zu je 50 Prozent gehören. Spike Lee, der in Brooklyn eine Filmgesellschaft besitzt, wird Kreativdirektor, die erfahrenen Werber von DDB kümmern sich um die Verwaltung und Media-Planung. DDB erhofft sich von der Zusammenarbeit eine Erweiterung des Kundenbestandes. „Spike zieht sicherlich verrückte Auftraggeber, an die wir sonst nicht kommen würden“, sagt Lou Tripodi von DDB New York. „Für uns ist das eine riesige Gelegenheit.“


GAMMA / STUDIO X

Lee

Fernsehen

Wer fälscht, fliegt auf

CNN-Kriegsreporter Peter Arnett, 62, über wachsende Konkurrenz und Risiken im weltweiten Newsgeschäft

SPIEGEL: Jeder Krieg oder Konflikt treibt bei Newskanälen wie CNN die Quoten hoch. Bei diesem Geschäft wollen jetzt auch Medienmultis wie Microsoft-Chef Bill Gates mitmischen. Macht Konkurrenz die Nachrichten jetzt noch blutiger?

Arnett: Wir haben keine Angst vor Leuten wie Gates. Sicher wird der Druck größer. Allein in Lateinamerika, wo CNN auch bald einen eigenen Dienst anbieten wird, konkurrieren heute schon sieben oder acht Nachrichtenkanäle. Aber einfach mehr Action als die anderen zu liefern, ist nicht das Erfolgsrezept. Auch Bilder manipulieren und Szenen stellen kann das Kino besser. Wer fälscht, fliegt schnell auf und wird gefeuert. Wer besser sein will als die anderen, muß zeigen, was wirklich passiert.

SPIEGEL: Also muß der Reporter heutzutage ganz vorn an die Front. Wird der Job immer riskanter?

Arnett: Wir gehen keine sinnlosen Risiken ein. Zwar beklagen wir in diesem Jahr bereits 52 tote Journalisten. Dennoch sterben im Kriegseinsatz heute nicht mehr Kollegen als früher. Im Hinterland ist das schon anders. Wer über Korruption und Mafia recherchiert, lebt gefährlich. Vor allem in Ländern der Dritten Welt werden einheimische Journalisten oft zu Opfern.

SPIEGEL: Sie kommen gerade aus Vietnam und Kambodscha, wo Sie sich für mehr Pressefreiheit eingesetzt haben. Was genau fordern Sie?

Arnett: Mit unserem Komitee zum Schutz von Journalisten wollen wir auch bei Regierungen, die Kollegen verfolgen oder gar hinrichten, Verständnis für die Arbeit der Presse wecken. Journalismus muß frei und international sein. CNN als der erste wirkliche Weltnachrichtensender ist da beispielhaft. Wir sind überall, und eigentlich kann man uns auch überall sehen.

Konzerne

Murdoch macht Musik

Der internationale Medienunternehmer Rupert Murdoch, 65, der bislang mit Zeitungen, Film und Fernsehen in vielen Ländern aktiv ist, geht ins Musikgeschäft. Zusammen mit Tetsuya Komuro, einem mit Techno-Tanzmusik erfolgreichen japanischen Musikproduzenten, gründete Murdoch eine neue Firma für Platten, CD-Rom und Unterhaltungssoftware. Sein Sohn James, 23, wurde in Murdochs Konzern News Corporation zum Vizepräsidenten für Musik und Medien bestellt. James Murdochs bisherige New Yorker Plattenfirma Rawkus kaufte News Corp. gleich mit dazu. Murdoch plant offenbar als nächstes eine Übernahme des Musikunternehmens EMI, das als einziges der großen fünf Plattenfirmen noch nicht zu einer Entertainment-Gruppe gehört. Als Mitbewerber sind Walt Disney, der Spirituosenhersteller Seagram und Viacom im Rennen. Auch Bertelsmann hat einen Kauf von EMI geprüft, angesichts drohender Kosten von zehn Milliarden Mark aber zunächst abgewinkt.

Werbeseite

Werbeseite



Häusliche Patientenpflege: Die guten Absichten der Bonner Reformer ersticken in Bürokratie

H. GUTMANN / FORMAT

Pflegeversicherung

„Ein Werk von Zynikern“

Eine neue Kultur des Helfens sollte die Pflegeversicherung entwickeln. Doch der gute Wille erstickt in Chaos und Unzulänglichkeiten: Viele Hilfsbedürftige, insbesondere die ärmeren, bekommen weniger Geld als vorher, sie werden von Gutachtern und Hilfskräften entwürdigend behandelt. Das System lädt zu Mißbrauch und Betrug ein.

Der Brief der Krankenkasse begann sehr freundlich: „Guten Tag, sehr geehrte Frau Schuhmann, Sie sind in einer schwierigen Lebenssituation und brauchen die Hilfe anderer Menschen, um im täglichen Leben zurechtzukommen.“

Nicht ganz so nett ging der Brief von der Kasse weiter. „Um so mehr bedauern wir, daß wir Ihre Pflege im Pflegeheim nicht bezuschussen können.“ Dazu müsse sie nämlich „erheblich pflegebedürftig“ sein. Dieser Zustand aber sei laut Gutachten des Medizinischen Dienstes nicht gegeben.

Klementine Schuhmann, seit drei Jahren im Bonner Johanniter-Altenheim zu Hause, konnte den Bescheid gar nicht fassen. Sie ist 83 Jahre alt, zu „80 Prozent schwerbehindert“, wie das im Sozialamtsdeutsch heißt, und deshalb auf ständige Hilfe angewiesen.

Anderen Heimbewohnerinnen im Johanniter-Haus erging es ähnlich. Auch sie brauchen Hilfe, sind aber, im Sinne des Gesetzes , nicht pflegebedürftig genug. Die Kasse fühlt sich nicht mehr verantwortlich, die Pflegeversicherung springt nicht ein.



J. ECKEL / RETRO

Sozialminister Blüm
„Keinen Pfusch“

Die Folgen sind für die alten Damen bitter. Mit der neuen Pflegeversicherung, schrieb die Heimleitung, sei „eine wirtschaftliche Heimführung nicht mehr gegeben“. Das Haus schließt zum Ende des Jahres.

Die schockierten Heimbewohner sind nicht die einzi-

gen Opfer einer Reform, mit der Sozialminister Norbert Blüm die Deutschen zu einer „neuen Kultur des Helfens“ erziehen möchte. Die Pflegeversicherung, bescheiden als Jahrhundertwerk deklariert, hat die Menschen verwirrt, neue Ungerechtigkeiten geschaffen und ein Chaos ausgelöst, das zum Mißbrauch der sozialen Wohltaten einlädt.

Viele Ärzte berichten von verzweifelten Menschen, denen die Reform einen Teil der dringend benötigten Hilfe nimmt. Andere kennen gutsituierte Bürger, denen für die selbstverständliche Pflege von Angehörigen plötzlich Geld angeboten wird – das sie als Taschengeld dann auch einstecken.

Blüm hatte alles so gut gemeint. Er wollte den Deutschen wieder ein Gefühl der Solidarität vermitteln, ihre Hilfsbereitschaft stärken und belohnen. Aber wie das so ist mit gutmeinenden Wohltätern: Sie rennen oft in die falsche Richtung, und das Gute tun sie um jeden Preis, ohne Rücksicht auf Verluste.

„Was richtig ist, muß durchgesetzt werden“, postulierte Blüm in einem SPIEGEL-Gespräch (32/1991). „Ich mache keinen Pfusch“, verkündete der Minister gleichzeitig selbstbewußt.

Seit zwei Jahrzehnten versuchen Politiker, die den Menschen das Glück auf Erden per Gesetz verordnen wollen, den Deutschen eine Zwangsversicherung für den Pflegefall zu verordnen. Blüm hat es geschafft. Der „Herz-Jesu-Marxist“ (Franz-Josef Strauß) hat eine neue Säule des Sozialstaates errichtet.

Doch Solidarität läßt sich nicht erzwingen. Da verwechselt der Minister die Begriffe: Es ist nicht die Brüderlichkeit, die seine Pflegeversicherung möglich macht, sondern nur staatlicher Zwang. In einer Zeit, in der sich die Wirtschaft mehr und mehr von dirigistischen Fesseln zu befreien sucht, zwingt Blüm den Bürgern eine weitere Versicherung von zweifelhaftem Wert auf.

Natürlich muß Menschen geholfen werden, die hinfällig geworden sind und deren Pflege die Kräfte und Mittel ihrer Verwandten übersteigen. Das aber ist, vor allem über die Sozialversicherung, schon immer geschehen. Eine sinnvolle Kombination privater Vorsorge und zusätzlicher Hilfe aus sozialen Kassen wäre auch für die Zukunft denkbar gewesen.

Statt dessen hat Blüm den Versorgungsstaat, der dem Bürger Verantwortung abnimmt und ihm dafür neue Lasten aufbürdet, weiter ausgebaut. Nun zahlt der deutsche Arbeitnehmer – und sein Arbeitgeber – nicht nur für eine unsichere Rente, für Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sondern auch noch für die Pflege Hilfsbedürftiger – ohne eine Chance, sich gegen eine willkürliche Verwendung des Geldes zu wehren.

Von der Wiege bis ins Pflegeheim, so möchten es die Sozialpolitiker alten Schlags, soll der Staat für die Bürger sorgen. Doch der Staat war noch nie ein fürsorglicher Helfer und schon gar kein guter Kassenwart.

Das große Reformwerk Pflegeversicherung, mit dem Blüm so vielen leidenden Menschen und ihren Helfern Hoffnung gemacht hatte, ist mißlungen. Die gute Absicht erstickt in Bürokratie. Der Geldsegen, der großflächig verteilt wird, verlockt zu Mißbrauch und Betrug (siehe Kasten Seite 113). Sicher ist vielen nur eines – die Enttäuschung.

„Diejenigen, denen die Pflegeversicherung eigentlich zugute kommen sollte“, sagt der Leiter des Frankfurter Hufeland-Altenheims, Michael Graber-Dünow, „haben nichts davon.“

Für die Eltern taubblinder Kinder zum Beispiel war die Reform eine Wende zum Schlechteren. Wenn die Kinder am Wochenende aus ihren Spezialschulen nach Hause kommen und dann auf Schritt und Tritt geführt werden müssen, half die Kasse früher mit monatlich 398 Mark. Jetzt, so rechnet ein erboster Vater vor, gibt es noch 26,74 Mark.

Auch Helmut Jacob mag nicht jubeln. Früher überwies das Sozialamt des Ruhrstädtchens Wetter dem Rollstuhlfahrer monatlich 1350 Mark „kommunales Pflegegeld“, dazu noch 235 Mark für eine Putzhilfe. „Die breiten Rollstuhlreifen“, sagt Jacob, „bringen jede Menge Dreck von der Straße rein.“

Jetzt ist die Pflegeversicherung für ihn zuständig. Und die zahlt ihm nur 800 Mark pro Monat. Die Putzhilfe wurde ganz gestrichen.

Walter Müller, auch ein Rollstuhlfahrer aus dem Ruhrgebiet, hat sich früher täglich waschen lassen, im Sommer, wenn es im Rollstuhl oft unerträglich heiß ist, sogar dreimal. Das Sozialamt zahlte.

Dann kam die Pflegeversicherung, und seither geht es Müller an heißen Tagen schlechter. Der für die Leistungszuteilung zuständige Medizinische Dienst, schrieb ihm das Sozialamt im kalten Tonfall der Bürokraten, „hat nur eine Ganzkörperreinigung pro Tag angegeben, so daß Sie auch seitens des Sozialamtes keine zusätzlichen Leistungen für die Verrichtung erhalten“.

So reiht sich Ausnahme an Ausnahme, viele Betroffene glaubten zunächst an einen dummen Irrtum, an eine Gesetzeslücke, an bürokratisches Versagen. Doch immer deutlicher wird: Die Ausnahme ist die Regel. Blüms Jahrhundertwerk ist für viele keine Verbesserung. Selbst die Helfer sind hilflos.

Nach den ersten Erfahrungen ist Ernüchterung eingekehrt. „Die Pflegeversicherung ist die Übertragung des Rinderwahns auf die Sozialpolitik“, zürnt Klaus Fussek, seit 20 Jahren Pflegepraktiker in München. „Ein Werk von Zynikern“ sei die Reform, an der er „beim besten Willen nichts Positives“ mehr sehen könne.

Der Minister hält dagegen, und er glaubt die Statistik auf seiner Seite. Etwa 350 000 Menschen bekommen nun erstmals einen Zuschuß zu den Kosten der Pflege. Rund 700 000 bekommen mehr, zum Teil sogar erheblich mehr als früher. Alles in allem 1,1 Millionen Menschen, so Blüm, würden seine Reform „zu schätzen wissen“.

Zu den Profiteuren der neuen Umlage gehört der Sohn, der für den Heimaufenthalt der Mutter nun weniger aufbringen muß. Oder die Tochter, die daheim den Vater pflegt und bislang 400 Mark von der Krankenkasse bekam. Jetzt stehen ihr dafür bis zu 1300 Mark zu.

Doch die Zahl der Verlierer ist ebenfalls stattlich. Viele wurden durch die neue Katalogisierung der Pflegebedürftigkeit zurückgestuft – manche sogar auf Null.

In welchem Ausmaß der Antragsteller Pflegeleistungen bekommt, darüber entscheidet seine Einstufung, ob er „Dreier“ oder gar „Härtefall“ ist – oder ein „Nuller“, der nichts mehr kriegt.

Wer Hilfe „bei der Nahrungsaufnahme“ und „bei Ausscheidungen“ benötigt, bekommt Punkte, wer Hilfe beim Spazierengehen oder auf dem Weg zur

Hindernislauf

Hilfs- und Pflegeanspruch	Gesamtzahl der als pflegebedürftig Eingestuften: **1,5 Millionen** Anzahl der Pflegebedürftigen, Zuschuß für Häusliche Pflege	Anzahl der Pflegebedürftigen, Zuschuß für Stationäre Pflege
Stufe I mindestens einmal täglich Hilfe für 1,5 Stunden	380 000 400 Mark Pflegegeld oder bis 750 Mark Sachleistungen	113 000 2000 Mark
Stufe II mindestens dreimal täglich Hilfe zu verschiedenen Tageszeiten für 3 Stunden	581 000 800 Mark Pflegegeld oder bis 1800 Mark Sachleistungen	175 000 2500 Mark
Stufe III Pflegeperson muß jederzeit erreichbar sein, mindestens 5 Stunden Pflege	139 000 1300 Mark Pflegegeld oder bis 2800 Mark Sachleistungen	129 000 2800 Mark

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



W. KRÜGER

Pflegestation (in Köln): „Alle sind tendenziell unter Wert eingestuft“

Behindertenwerkstatt braucht, geht oft leer aus.

„Ernährung, Mobilität und Körperpflege“, so die Kölner Heimleiterin Gabriele Patzke, mehr kenne die Pflegeversicherung nicht. Unberücksichtigt blieben, sagt auch Christa Fürst, Altenheimleiterin in Mainz, „Bedürfnisse, die über die Wünsche eines Kleinkindes hinausgehen“.

Die Mitarbeiter des Medizinischen Pflegedienstes, eine Einrichtung der Krankenkassen, sorgen für die verbindliche Eingruppierung. Maßstab des Urteils ist ein Gespräch mit den Patienten.

„Hilfebedarf: ja/nein“ muß der Gutachter des Medizinischen Dienstes bei seiner flotten Kurzvisite, die oft nur 15 Minuten dauert, auf präzise vorgegebene Stichworte antworten: Waschen, Duschen, Darm-/Blasenentleerung, Aufstehen/Zubettgehen.

Auch den Zeitrahmen gibt der Gutachter vor: Nahrungsaufnahme – zum Beispiel „zweimal täglich, mittags und abends, gesamt fünf Minuten“. Dann werden die Minuten schlicht addiert, 10 fürs Essen, 10 fürs Aufstehen und Zubettgehen, 15 fürs Waschen.

Kommen 90 Minuten pro Tag zusammen, ist die Pflegestufe I geschafft. Drei Stunden am Tag muß die Rechnung für Stufe II bringen, und fünf Stunden täglich sind schon nötig, um den Gipfel – die Stufe III – zu erreichen.

Aus 18 bis 20 „Modulen“, wie es im Amtsdeutsch heißt, kann der Pflegebedürftige dann seine Leistungen wählen: Von der „kleinen Morgentoilette“ für 25,50 Mark (AOK-Preis) oder der „Zubereitung einer warmen Mahlzeit in der Häuslichkeit des Pflegebedürftigen“ zu 37,50 Mark bis zu „Hilfen bei Ausscheidungen“ für 17 Mark.

Ein faszinierendes System, in der Theorie jedenfalls. Blüms Beamte haben sich mit den feinen Details viel Mühe gemacht.

Daß es in der Praxis dennoch hakt, liegt nicht nur am zu knapp kalkulierten Finanzbudget. Es liegt auch an den Menschen: Die passen eben so schwer in ein Modulsystem. Mit einem Ja oder Nein ist die Realität der oft Schwerkranken kaum zu erfassen.

Die Fehlerquote beginnt schon, wenn der Gutachter vorbeikommt. „Können Sie allein essen?“ will der wissen. Wer da klagt und jammert, wird mit Minuten reich beschenkt.

Aber viele Alte und Behinderte möchten dem fremden Besucher nicht sofort ihr Leid klagen. Ihr Pech: Sie gehen leer aus.

„Wir haben die Leute oft schon angefleht, nicht falsche Fitneß vorzuspielen“, berichtet Harald Knerer, der Sozialreferent des Oberpfalz-Städtchens Amberg. Offenbar vergeblich: „Die wehren sich mit Händen und Füßen gegen schlechte Eingruppierungen.“

Die meisten Alten sind stolz auf das, was sie auch ohne Hilfe können. Die Folgen seien verheerend, sagt Knerer. „Alle sind tendenziell unter Wert eingestuft.“

Der Kölner Heimleiter Otto-Hermann Ludorf bestätigt das Dilemma. „Wenn der Gutachter kommt und die Leute fragt, ob sie allein essen können, haben viele aus Scham ja gesagt. Und sich hinterher dann gewundert.“ Auch in Ludorfs Heim wurde mit Beginn der Pflegeversicherung „auf breiter Front heruntergestuft“.

Ursula G. zum Beispiel ist eine, die im Einstufungsverfahren vermutlich Zehntausende von Mark verloren hat. Ihr Problem: Sie war zu stolz.

40 Jahre verbrachte die jetzt 48jährige im Heim. „100 Prozent erwerbsgemindert“, sagen die Amtsarzt-Gutachten. Der medizinische Befund lautet: „Tetraspastik“. Viel mehr als die rechte Hand kann sie nicht bewegen.

Seit kurzem wohnt sie erstmals „draußen“, in einem Haus mit behindertengerechten Appartements. Das findet sie „toll“.

Dem Gutachter des Medizinischen Dienstes wollte sie mit ihrer Fitneß imponieren. „Können Sie essen?“ hatte der gelernte Hals-, Nasen-, Ohren-Arzt gefragt. Und sie nickte freudig.

Immerhin, darauf ist sie stolz, kann sie Suppe mit einem speziell gebogenen Löffel essen und Getränke mit dem Strohhalm schlürfen. Daß sie nicht Kartoffeln schälen oder Fleisch schneiden, nicht Brote schmieren und nicht einmal Fischstäbchen aus der Packung holen kann, fiel dem Gutachter offenkundig nicht auf.

„Hilfebedarf nein“, kreuzte der in der Rubrik „Nahrungsaufnahme“ an, zweimal 5 Minuten pro Tag für die „mundgerechte Zubereitung“ schienen ihm ausreichend. 40 Minuten Hilfe bewilligte ihr der Mediziner fürs Aus- und Ankleiden, Aufstehen und Zubettgehen. Dazu fürs Waschen 15 Minuten täglich und 35 Minuten fürs Baden, aber nur einmal in der Woche.

Eine Rekord-Haushälterin müßte sich die Behinderte nun schleunigst zulegen: Einkaufen, Kochen, Spülen, Heizen, Waschen soll die von der Kasse bezahlte Hilfe der Ursula G. nach Ansicht des Gutachters in 38 Minuten schaffen.

Ein weiterer Sachverständiger, der auf ihren Protest hin kam, bewilligte einen höheren Bedarf an Pflegezeit. Aber das Pensum war genau eine Viertelstunde zu wenig für die nächste Pflegestufe.

Die Krankenkassen, Träger der Pflegeversicherung, hätten die Hilfemodule natürlich gern großzügiger verteilt. Aber da war der Arbeitsminister vor: Denn das hätte selbstverständlich auch höhere Beiträge bedeutet. So heißt die Devise nun: So knauserig wie möglich begutachten und einstufen.

Die Resultate sind, zumindest in vielen Einzelfällen, fatal. Da verweigern Gutachter hilflosen Personen das Modul des „nächtlichen Hilfsbedarfs“, wenn diese abends das Beruhigungsmittel Valium nehmen. Begründung: Die schliefen doch sowieso meistens.

Anderen wird kein „Mobilitätsbedarf“ zuerkannt, da sie „auf Dauer bettlägerig“

„Da schlummert Potential für Betrug“

Ein kompliziertes Abrechnungssystem lädt Trickser ein

Dieser Chef war seltsam. Mitarbeiter erreichten ihn nur über eine Handy-Nummer. Doch jeder wußte: Der Inhaber des Hamburger „Sapientia“-Seniorenpflegedienstes lebt im Luxus, trägt Seidenanzüge und fährt Rolls-Royce.

Zur Gutsherrenart paßte die Villa im noblen Stadtteil Harvestehude. Von dort aus steuerte der Betreiber der Sapientia (lateinisch: Weisheit), Manfred Vaintzettel, seine bundesweit tätige Altenpflegekette mit rund 500 Mitarbeitern. Die Gelder des Verbundes liefen in einer Abrechnungsfirma in London zusammen. Auch deren Name MPRO verriet nichts. Abschirmung war Prinzip des Chefs.

Mitte Oktober kam der Chef in Bielefeld in Haft. Vaintzettel soll Lohnsteuer in Höhe von 1,45 Millionen Mark verkürzt haben, so der Verdacht.

Gleichzeitig durchsuchten Fahnder Sapientia-Stationen in Berlin, Bremen, Hamburg, Hannover und Lübeck. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt seitdem wegen eines ganzen Bündels von Vorwürfen gegen Firmeninhaber und Geschäftsführer: Sozialversicherungsbetrug, betrügerischen Konkurs und möglicherweise auch Abrechnungsbetrügereien mit Patienten und den Krankenkassen. Geschätzter Gesamtschaden: 10 Millionen Mark.

Seit Geld aus den Kassen der Pflegeversicherung fließt, bietet die Fassade der Mildtätigkeit Gelegenheit für unkontrollierte, lukrative Geschäfte. In Erwartung neuer Märkte haben sich viele Krankenschwestern und Pfleger selbständig gemacht und versuchen nun, netter und billiger als die Konkurrenz zu sein.

Manchmal sind sie auch betrügerischer: In Hagen und Bielefeld laufen derzeit Verfahren wegen Abrechnungsmanipulationen bei den Staatsanwaltschaften. Im AOK-Bezirk Rheinland ermitteln die Behörden in Düren und in Solingen gegen mutmaßliche Abzocker.

Das neue weiße Business konkurriert mit den alteingesessenen Sozialstationen der Kirchen und Wohlfahrtsverbände oder den Krankenhäusern, die ihre Betten nicht mehr füllen können und deshalb ihre Schwestern zur ambulanten Pflege rausschicken.

Für die kommerziellen Dienste bleiben damit – nach Expertenschätzungen – gerade mal zehn Prozent aller Kassenfälle übrig. Deutlich weniger, als Bundesarbeitsminister Norbert Blüm versprach und der Markt vermutete.

Selbst wer es ehrlich meint, gerät in Gefahr – das System lädt zum Betrug ein. Dienste, Kassen und Kunden müssen sich mit einem unübersichtlichen Katalogsystem aus Punktwerten, Preisen und Leistungsbausteinen herumschlagen: Die Abrechnungstabellen gleichen dem Wartungsvertrag für eine Ölheizung. Jeder einzelne Handgriff ist aufgeführt nebst zugehörigem Preis – vom Einkaufen (10,50 Mark) bis zum Wechseln der Wäsche (4,20 Mark).

Zwar müssen die Kunden oder ihre Angehörigen am Monatsende die Abrechnungen unterschreiben, doch wer weiß dann noch genau, welcher Handgriff wann und wie oft geleistet worden ist – und: vor allem von wem.

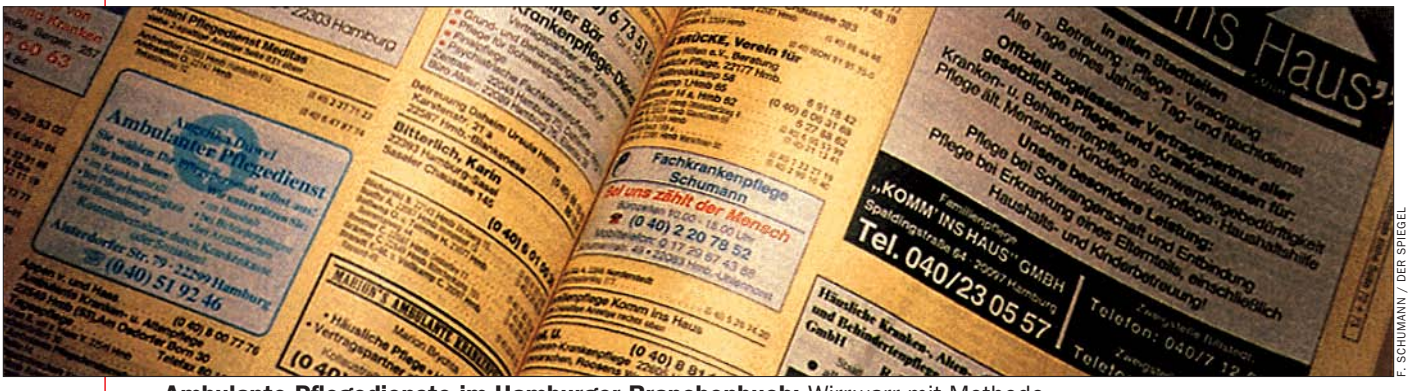
Nur für eine examinierte Krankenschwester darf die Pflegefirma für die Morgentoilette den vollen Preis von rund 30 Mark abrechnen, beim Pflegehelfer sind es nur rund 11 Mark. Mal fallen doppelte, das andere Mal nur einfache Wegekosten an.

Einer, der den Wirrwarr zur Methode machen will, hat da leichtes Spiel. „Da schlummern riesige Potentiale für Betrug“, weiß Peter Adomaitis, Vorstandschef des AOK-Bezirks Westfalen-Lippe. Vera Kahnert vom Verband der Angestelltenkrankenkassen (VdAK) in Hamburg schätzt: „Etwa 20 Prozent der Pflegefirmen betrügen oder sind unehrlich.“

Nach Beobachtungen von Kassen, Pflegeverbänden und der Hamburger Verbraucher-Zentrale, die ein Beschwerde-Telefon über die Ambulanten einrichtete, wird mit allen möglichen Tricks manipuliert. Beispielsweise

- ▷ stehen Leistungen auf den Abrechnungslisten, die nie erbracht worden sind;
- ▷ werden Patienten zum Abschluß kompletter Serviceverträge über 2500 Mark gedrängt, obwohl die Versicherung den Betrag gar nicht deckt;
- ▷ gaukeln Dienste vor, die eine oder andere Leistung sei privat zu erstatten, obgleich sie längst bei den Kassen abgerechnet haben; und
- ▷ überreden Abzocker ihre betagten Kunden, gemeinsam überhöhte Rechnungen einzureichen und sich dann den Überschuß zu teilen.

Allein in Hamburg durchsuchte die Polizei in den letzten Wochen 26 Pflegefirmen – mehrere hatten Tote auf ihren Listen geführt.



F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

Ambulante Pflegedienste im Hamburger Branchenbuch: Wirrwarr mit Methode

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

seien. Ausgerechnet der ständig ans Bett gefesselte Patient, der die aufwendigste Pflege benötigt, rutscht so in die schlechtere Pflegestufe II. Walter Kesselheim vom AOK-Bundesverband: „Ich kenne viele solcher Fälle."

Ein junger Mann in Bremen etwa blieb nach einer Operation im Juli 1995 halbseitig gelähmt. Seine Frau gab ihren Job auf, pflegte ihn rund um die Uhr. Anders gehe es nicht, sagten der Hausarzt und der Klinikprofessor.

Soviel Hilfe sei nicht nötig, meinte dagegen der Kassengutachter und stufte den Mann in Kategorie II ein. Das bedeutet 800 Mark Pflegegeld. Das Paar legte Widerspruch ein, wartete, drängte und wartete weiter. Der Gutachter meldete sich schließlich für den Februar zum Zweitbesuch an. Den Weg konnte er sich schließlich sparen: Der Pflegebedürftige starb im Januar.

Nach der oft strittigen Einstufungsprozedur geht der Ärger meistens weiter. Die Sozialbürokratie ist zum Sparen verpflichtet und hält sich eisern daran: Ein Jahr wartete ein an multipler Sklerose Erkrankter in Stuttgart auf seinen Rollstuhl.

Drängende Hinweise der Angehörigen, der Zustand verschlechtere sich permanent, wurden von der Pflegekasse kühl gekontert: Der Antragsteller sei doch „ohnehin depressiv".

Jetzt, in der Tat, braucht er keinen Rollstuhl mehr: Nach einem neuen heftigen Krankheitsschub liegt er im Pflegebett.

Das Leistungspaket nach der neuen Versicherung ist von Ort zu Ort auch noch unterschiedlich dick. Wenn alte Leute über die Stadtgrenze hinaus miteinander telefonieren, stellen sie oft erschüttert fest: Gleiches wird ungleich eingestuft und bezahlt.

Die Unterschiede sind so gewaltig, daß sie selbst auf Länderebene noch ins Auge fallen. Im Rheinland zum Beispiel sind 100 Prozent mehr Senioren in Pflegestufe III einsortiert als in Westfalen. Erklären kann das niemand.

An Geld dürfte es der Pflegeversicherung eigentlich nicht mangeln. Rund 30 Milliarden Mark zahlen die Deutschen in diesem Jahr – zusätzlich zu allen übrigen Steuern und Abgaben – für Blüms Ausbau des Wohlfahrtsstaates.

Davon gehen rund 10 Milliarden aber schon für Sozialausgaben drauf, die bislang die Städte aus dem Steuertopf finanzierten. Etwa 4 Milliarden entlasten die Krankenkassen. Rund die Hälfte des Pflegetributs wird also umgebucht, ohne daß für die Betroffenen zusätzlicher Nutzen entsteht. Nur die Hälfte der lange umstrittenen Solidarzulage steht tatsächlich für neue Hilfsleistungen zur Verfügung.

Und der Einsatz dieses Geldes ist auch noch strittig. Eine Untersuchung der Bremer Professoren Claus Offe und Winfried Schmähl behauptet: Die Pflegeversicherung bringt „eine Umverteilung von unten nach oben". In der Tat werden mit der Pflegeversicherung wieder vor allem die Wähler in der Mitte der Gesellschaft reich beschenkt. Die kleinen Leute zahlen, aber sie profitieren kaum.

Der Grund für diesen Mechanismus ist denkbar einfach: Früher gingen selbst große Vermögen für die Pflegekosten drauf. Nur die wenigsten Pensionen reichten, die hohen Heimkosten zu decken.

Nun sieht die Rechnung anders aus. Von der Durchschnittsrente eines Mannes (2442 Mark) müssen – der Pflegekasse sei dank – nur die sogenannten Hotelkosten, also Kost und Logis, selbst gezahlt werden. Den Rest steuert die neue Versicherung bei.

So bleiben dem Durchschnittsrentner 1442 Mark. Mindestens 700 bis 1000 Mark davon, schätzen Heimprofis, spart der Pensionär. Das Vermögen wird nicht mehr angetastet.

„Wie aus einem Füllhorn", kritisiert daher der Oberhausener Richter Rolf Coeppicus, verstreue die Pflegeversicherung die Gelder. Die Einkommenssituation des Pflegefalls spiele keine Rolle mehr – unterstützt wird die Millionärswitwe ebenso wie der ehemalige Hilfsarbeiter.

Wer genug hat, nimmt das Blümsche Geschenk gern und gelassen mit. Für das untere Drittel der Gesellschaft hat sich dagegen nichts geändert – jedenfalls nicht zum Guten. Auch die Abhängigkeit von der Sozialhilfe wurde nur in wenigen Fällen beseitigt.

Etwa 85 Prozent der Bewohner von Altenheimen sind Frauen. Ihre durchschnittliche Rente liegt zum Beispiel in Coeppicus' Gerichtsbezirk Oberhausen bei 1233 Mark im Monat. Auch mit Pflegezuschuß reicht das Geld gerade für die Hotelkosten. Im Durchschnitt 233 Mark bleiben dann noch übrig. Das sind 10 Mark mehr als das Taschengeld vom Sozialamt.

Die Hälfte dieser Frauen, also ungefähr 40 Prozent aller Heimbewohner, hat noch kleinere als die Durchschnittsrenten. Für sie ändert sich mit der Pflegeversicherung gar nichts.

Das große Versprechen der Reformer, nur 20, allenfalls 30 Prozent der stationär versorgten Pflegebedürftigen blieben künftig auf Sozialhilfe angewiesen, ist nicht haltbar. Der Vergleich mit der Zeit vor der Reform fällt ernüchternd aus.

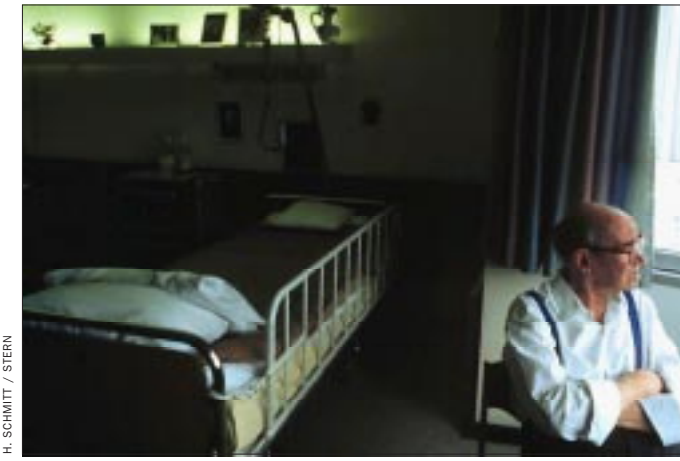
In Köln-Riehl bekamen von den rund 1000 Bewohnern des Alten- und Pflegeheims früher 90 Prozent Sozialhilfe. „Allenfalls 10 Prozent von ihnen, vermutlich weniger", so Heimleiter Ludorf, „kommen durch die Pflegeversicherung da raus."

Blüms leidenschaftlicher Kampf für die Pflegeversicherung hatte bei vielen die Hoffnung genährt, daß hilflose Menschen ordentlich versorgt und in Würde alt werden könnten. Nun erleben die Betroffenen etwas ganz anderes: Würde und Anstand haben viele der professionellen Helfer nicht im Kalkül; es geht ihnen um das Geld, das sie an den Hilflosen verdienen können.

Pflegedienste und Altersheime errechnen ihre Einnahmen inzwischen streng



H. SCHMITT / STERN



W. KRÜGER

Luxus-Altenheim (in Hamburg), herkömmliches Altenheim (in Köln): Das Versprechen der Reformer ist nicht haltbar

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

nach den Prinzipien der Marktwirtschaft. Nicht wenige versuchen „den Umstieg in die Pflegeversicherung einseitig wirtschaftlich auszunutzen“, wie es im Blüm-Ressort heißt.

Wie das aussieht, hat der Frankfurter Christian B. erfahren. Für die Pflege seiner Mutter im Altkönig-Stift, in Kronberg im Taunus, zahlte er bislang 5121 Mark im Monat. Dann kam die zweite Stufe der Pflegeversicherung und bescherte der pflegebedürftigen Dame einen Anspruch auf 2800 Mark Versicherungsgeld im Monat. Der Sohn freute sich über die Entlastung – allerdings zu früh. Das Stift nämlich hob den Pflegesatz für die Mutter an. Der Sohn zahlt nun knapp 2000 Mark mehr.

Von der neuen Kultur des Helfens keine Spur: Patienten und ihre Betreuer haben die Segnungen der Pflegeversicherung noch nicht entdeckt.

„Wir können nicht länger schweigen“, schrieben Altenpflegerinnen aus dem Münchener Bildungszentrum für Pflegeberufe in einem offenen Brief. Die Situation habe sich drastisch verschlechtert, von Betreuung der alten Menschen könne keine Rede mehr sein, „wohl eher von Verwahrung, Fließbandpflege, Pflege nach der Stoppuhr“.

Beschwerden und Klagen der Betroffenen häufen sich. Die neuen bürokratischen Regeln führen dazu, daß Patienten sich oft bis zur Selbstverachtung erniedrigen müssen.

Jürgen S. ist durch einen Unfall querschnittgelähmt. Er uriniert in einen am rechten Bein befestigten Beutel. Ein Schlauch verbindet den Beutel mit seinem Glied. Auf dessen Spitze leitet eine Art Kondom den Urin in die Kanüle. Da Jürgen seine Hände nicht gebrauchen kann, hilft ihm seit Jahren seine Freundin.

Sie erklärte es dem Gutachter. Doch der wollte es genau wissen. „Ich mußte vorführen, unter welchen Umständen mein Freund pinkeln kann“, sagt die junge Frau.

„Die Pflegeversicherung ist bestimmt vom Geist der Fremdbestimmung über die Betroffenen“, klagt Andreas Jürgens vom Behindertenverband ISL. Es sei „ein bürokratischer Überbau“ entstanden, der die Pflegebedürftigen „zum Objekt der Fürsorge degradiert“.

Norbert Blüm kann die massive Kritik und das Elend vieler Betroffener nicht erschüttern. Der Mann, der keinen Pfusch macht, sieht ja als Politiker weit über die lästigen Dinge hinaus – ins nächste Jahrhundert eben.

Und im übrigen sollten nach des Ministers Verständnis die von der Pflegeversicherung Schockierten und Geprellten die Schuld nicht bei ihm suchen. Die Erwartungen seien zu hoch gewesen, sagt Blüm: „Deshalb entsteht nun Enttäuschung.“

„Richtig heimgezahlt“

Wenn alte Menschen von Verwandten betreut – und mißhandelt – werden

Als die Krankenschwester wie jeden Morgen an der Tür eines Bremer Hauses klingelte, öffnete eine weinende Frau. Ursula M. stammelte unter Tränen: „Schwester, die Fingerspuren am Hals meiner Schwiegermutter, die sind von mir.“

Zwölf Jahre pflegte Ursula M. die Mutter ihres Mannes, unterstützt von der Krankenschwester. Die verwirrte Frau konnte den Urin nicht mehr halten, schmierte den Kot über das Sofa und auf die Tapeten. Manchmal lief die alte Dame aus dem Haus und zur Polizeiwache. Dort verlangte sie, die Beamten sollten die fremde Person aus ihrem Haus entfernen.

Immer wieder verzweifelte Ursula M. beim Füttern der Schwiegermutter, die partout den Mund nicht aufmachen wollte. „Ich habe geschrien und geschrien, ich hatte es doch extra für sie gekocht. Es war verrückt“, sagt die Amateurpflegerin. „Ich war anschließend kaputt, und sie hat trotzdem nicht gegessen.“

Irgendwann ist der Wunsch in Ursula M. dann übermächtig geworden. Sie hat ihre Hände um den Hals der Schwiegermutter gelegt und zugedrückt, aber noch rechtzeitig wieder losgelassen.

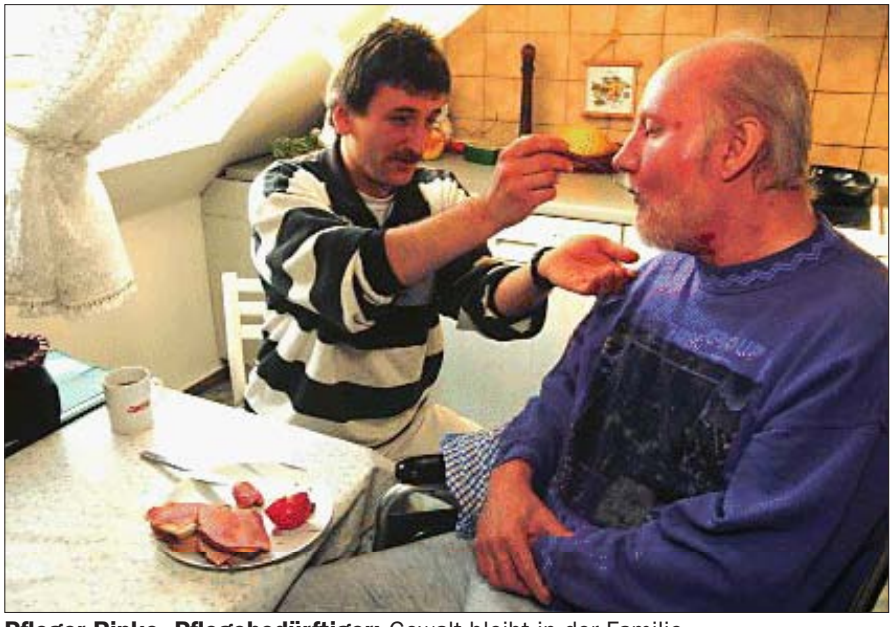
Solche Akte der Verzweiflung sind unter deutschen Dächern keine Ausnahme: In drei bis zehn Prozent der rund 1,2 Millionen deutschen Pflegehaushalte, schätzen Experten, werden Alte geschlagen, gequält und gedemütigt. Weil seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 die Betreuung der Senioren daheim bezahlt wird, muten sich immer mehr Menschen diese Aufgabe zu – und scheitern daran.

Das Pflegeversicherungsgesetz fördert die häusliche Pflege mit Erfolg: Etwa 600 000 von 16,8 Millionen Senioren über 60 leben derzeit noch in Alters- und Pflegeheimen, mit abnehmender Tendenz. Zum erstenmal gibt es dort freie Plätze. „Im Laufe des Jahres 1995 ist das umgekippt“, sagt Harald Kesselheim vom Bundesverband der AOK. „Bis dahin führten die Heime Wartelisten.“

Doch ohne Beratung und Hilfe wächst bei der Pflege zu Hause die Gefahr, daß sich Ohnmacht und Wut der Angehörigen gegen den alten Menschen richten. „Mit dem Gesetz wird Kohle rübergeschoben, und dann hat sich das“, kritisiert Andreas Kruse, Professor für Entwicklungspsychologie an der Universität Greifswald, die Pflegeversicherung.

Über 80 Prozent der Familien nehmen das Geld aus der Versicherung (je nach Einstufung zwischen 400 und 1300 Mark pro Monat) und nicht die alternativ angebotenen Pflegedienste in Anspruch – eher in Unkenntnis des Arbeitsumfangs, seltener aus Profitgier. „Selbst die 1300 Mark für die Pflegestufe III stehen in keinem Verhältnis zur Belastung“, sagt Claus Fussek, Leiter eines sozialen Dienstes in München.

Exakte Zahlen darüber, wie viele Angehörige überfordert zuschlagen, gibt es nicht; die Gewalt bleibt meist in der Fa-



FOTOS: C. KELLER

Pfleger Rinke, Pflegebedürftiger: Gewalt bleibt in der Familie



Ehefrau und Pflegekraft Hampel: Waschen, Füttern, Anziehen ist den Frauen aus der Zeit der Kindererziehung vertraut

milie. Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen beklagten rund drei Prozent der 2456 Befragten über 60 Jahre, in ihren Familien körperlich mißhandelt zu werden.

„Die Gewalt grenzt in ihren Auswüchsen ans Pathologische“, sagt Sabine Kühnert, Dozentin am Institut für Gerontologie an der Uni Dortmund. So wurde ein geistesgestörter Essener Rentner zwischen 1991 und 1993 rund 30mal ins Krankenhaus eingeliefert, mit Verbrennungen, Knochenbrüchen und Gehirnerschütterungen.

Immer wieder gelang es seiner Frau, ihn später wieder mit nach Hause zu nehmen. Schließlich besuchte ein mißtrauischer Polizist das Ehepaar unangemeldet. In der Wohnung malträtierte die Ehefrau ihren entkleideten Gatten gerade mit einem Ledergürtel.

„Wenn die Angehörigen schon seit Jahren eine Aggression gegen den Pflegebedürftigen in sich tragen, sollte die Pflege unterbrochen werden“, sagt Kruse. Wer wie der Essener Rentner sein Leben lang massiv getrunken und seine Familie schikaniert hat, mutiert auf dem Pflegebett nicht zum geliebten Menschen.

„Wenn wir den Leuten nach längerer Zeit vertraut sind, wird so ein Patient selbst in unserer Gegenwart angeschrien, neulich rutschte einer Verwandten sogar die Hand aus“, erzählt Erhard Rinke, Leiter eines Pflegedienstes im niedersächsischen Osterholz-Scharmbek. Manchen alten Bauern in seiner Region, die „all die Jahre die Leute nach ihrer Pfeife tanzen ließen“, werde „richtig heimgezahlt“, glaubt ein niedersächsischer Vormundschaftsrichter.

Gerade auf dem Land gilt es als sozialer Makel, greise Eltern in ein Heim zu geben. Viele Erbverträge machen aus den Kindern zudem zwangsverpflichtete Samariter. Häufig fehlt auch das Geld für einen teuren Heimplatz, für den oftmals zwischen 4000 und 5000 Mark pro Monat einzukalkulieren sind. Die meisten jedoch wollen sich auf keine fremden Helfer in ihren Familien einstellen.

„Mal waren sie um acht da, mal um zehn Uhr“, klagt die Bremerin Marianne Hampel, 76, die ihren 79jährigen Mann seit 20 Jahren pflegt. Viele verärgert auch der fliegende Wechsel der Pfleger: In einem Bremer Haushalt erschienen innerhalb von vier Wochen 16 verschiedene Helfer.

Die meisten Pfleger entwickeln das Gefühl, in der Falle zu sitzen

In etwa drei Viertel der deutschen Haushalte kümmert sich immer nur ein Angehöriger um die Betreuung: meist die Ehefrau, Tochter oder Schwiegertochter. Oft geben sie ihre Berufe auf, ihre Hobbys, und die Freunde ziehen sich zurück. „Man wird so einsam“, klagt eine 62jährige, die ihre Mutter seit elf Jahren pflegt. „Anfangs mußte ich Einladungen manchmal abschlagen, später wurde ich gar nicht mehr eingeladen.“

Waschen, Füttern, Anziehen und Windeln ist den Frauen aus den Zeiten der Kindererziehung zwar meist vertraut. Aber anders als bei den Kleinen bessert sich die Lage bei den greisen Eltern selten.

Die meisten der Frauen entwickeln im Lauf der Jahre das Gefühl, in der Falle zu sitzen, sozial isoliert, ohne Perspektive. Ein wirres Gefühlsgeflecht verbindet sie mit dem hilfebedürftigen Menschen: Liebe, Ekel, Haß bis hin zu verschütteten Kindheitstraumata.

Die Folge sind oft subtile Mißhandlungen: Mal gibt es kein Abendbrot, mal drohen die Kinder ihren Eltern mit dem Heim, beschimpfen sie, sprechen tagelang nicht mit ihnen oder setzen ihnen ihr Gebiß nicht ein, damit sie nicht mehr reden können. „Und die Oma ohne Getränke im Rollstuhl in der prallen Sonne“, sagt Pfleger Rinke, „das ist doch auch Gewalt.“

Nur selten beschweren sich die alten Menschen offiziell bei anderen. Wird nachgeforscht, kassieren die Senioren ihre Klagen aus Angst meist schnell wieder ein. „Holen Sie mich hier raus“, flehte eine schwer zuckerkranke Frau ihre Pflegerin regelmäßig an. Ihr Sohn quäle sie. Kaum hatte der aber das Zimmer betreten, nahm die alte Frau alle Vorwürfe zurück.

„Unter vier Augen wird zugegeben, daß die blauen Flecke von den Kindern stammen“, sagt der Essener Vormundschaftsrichter Georg Dodegge. „Und hinterher heißt es dann doch, ich bin gefallen. Die haben wahnsinnig Angst, in ein Heim zu kommen. Das wäre das Schlimmste für sie.“

Das Schweigen einer ganzen Familie brachte den Pfleger Rinke schon manchmal in skurrile Situationen: „Ich war mir in einem Fall sicher, daß der Ehemann die alte Mutter und auch seine Frau schlägt. Ich wollte helfen und habe die Frau angesprochen.“ Daraufhin, so erzählt Rinke, habe ihn bei seinen Hausbesuchen die gesamte Familie ignoriert: „Wenn ich kam, riß die Frau nur noch die Tür auf und verschwand wortlos.“ ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbung

Fast nackt im Winter

In Hamburg protestierten Männer gegen die erotisch aufreizende Weihnachtskampagne der schwedischen Textilfirma Hennes & Mauritz.

Da steht sie, eine „pure Ansammlung sexuell benutzbarer Körperteile“ – als „Projektionsfläche für männliche Allmachtsphantasien“ und „Vorbild für weibliche Unterwerfung“. So zumindest sehen jene Widerstandskämpfer, die in der letzten Woche die Schaufenster des schwedischen Textilienherstellers Hennes & Mauritz (H&M) in Hamburg-Ottensen mit Farbbeuteln bombardierten, den diesjährigen Weihnachtsengel der Firma. Dabei sind Proteste gegen halbnackte Busen und Pos im öffentlichen Straßenland eigentlich nichts Neues: Neu ist, daß Männer protestieren.

Die Verfasser des Bekennerschreibens sind „einige autonome Männer“ – was immer das bedeuten mag. Bisher waren es nahezu ausschließlich Frauen, die sich über die „allzeit Fickbereitschaft suggerierenden“ Models der traditionellen H&M-Weihnachtskampagne beschwerten.

So zuverlässig wie der Handorgelspieler in der Fußgängerzone tauchen sie in der Adventszeit an Bushaltestellen und U-Bahnhöfen auf, diese Fast-Nackten, die frösteln machen, aber daran erinnern, daß sich unter all den Wintermänteln noch etwas verbirgt. Angefangen hat es 1990 mit dem Modell Ellen MacPherson, 1993 war erstmals ein Mann dabei, und seitdem gibt es jedes Jahr zwei Star-Models, verpackt in „Christmas Underwear“.

Es ist zunächst zehn Tage lang ein Mann, dann eine Frau. In diesem Jahr zeigten sich der verspielt an seinem Unterhosenbund nestelnde Eric Roberts sowie Natasha Henstridge – umstritten vor allem mit vorgebeugtem Oberkörper. In U-Bahnhöfen macht diese Pose Sinn, denn so kann Natasha den Fahrgästen in den Abteilen freundlich in die Augen sehen, während sie ihren Bügel-BH präsentiert.

Erstaunlich ist, daß der dürftig bekleidete Mann so gut wie nie Anstoß erregt. Die Frauen freuen sich, und die Männer finden, „das ist ein netter Kerl, aber ich bin auch ein netter Kerl“. Dem seit über 20 Jahren agierenden Selbstkontrollorgan, dem Deutschen Werberat, ist nur ein einziger Fall bekannt, in dem ein Mann die Auffassung vertrat, „der Wert eines Mannes“ lasse sich nicht „auf den Inhalt seines Herren-Mini-Slips“ reduzieren. In der betreffenden Anzeige eines Einzelhändlers sah man eine Frau, die dem vor ihr stehenden Mann in die Unterhose schielte.

Motivation für die Dessous-Attacke mitten im Winter ist nach Aussage von H&M-Werbeleiterin Angela Buchholz nicht etwa der hübsche Kontrast zwischen nacktem Körper und kalter Welt, sondern das Kaufverhalten der Konsumenten. Aus soziologisch-psychologisch noch nicht erforschten Gründen kaufen die Europäer ihre Unterwäsche im Winter. Vielleicht, weil diese seidigen kleinen Dinger gut in Nikolaus-Stiefel passen.

So alt wie die Kampagne ist der Protest. Das erstemal schlugen die Wellen 1993 hoch, als H&M die barocke Anna Nicole Smith engagierte. Das norwegische Parlament stufte die Dame als „verkehrsgefährdend“ ein und veranlaßte, daß sie überklebt wurde. Die Londoner U-Bahn-Gesellschaft wollte ihren Passagieren so etwas unter keinen Umständen zumuten, und die so fürsorglich sittengeschützten Smith-Fans gingen europaweit auf Beutezug, um die Poster zu stehlen. Liebhaber boten in Kleinanzeigen bis zu 1000 Mark.

So ist es noch heute: H&M läßt bei 10 000 Schauflächen 18 000 Plakate drukken, Diebstahl und Fan-Nachfrage einkalkuliert. Da liegt die Vermutung nahe, daß der alljährliche Protestrummel zum Marketing-Kalkül gehört: Was den Mann erregt und die Frau anregt und beide zudem noch aufregt, soll zu einer Kaufhandlung führen.

„PR-Rummel und Umsatz haben nichts miteinander zu tun“, sagt Werbeleiterin Buchholz – ungeachtet aller betriebswirtschaftlichen Grundsätze. Und energisch weist sie den Verdacht zurück, die Farbbomben-Werfer möglicherweise selbst verpflichtet zu haben.

Doch solche Inszenierungen sind gar nicht notwendig. Der Werberat hat in den letzten zwei Jahren festgestellt, daß die „Beschwerdeführer“ – zu zwei Dritteln Privatpersonen – von ganz allein zunehmend „extreme Positionen“ einnehmen. Schon in normalen Kaufhausprospekten, in denen normale Frauen normale Unterwäsche vorführen, werde eine „Aufforderung zur Gewalt an Frauen“ vermutet.

Volker Nickel vom Werberat erklärt das so: Wer in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit seinen Platz in der Gesellschaft gefährdet sehe, reagiere auf die zur Schau gestellten Hochglanzwerte ebendieser Gesellschaft aggressiv. Der Protest dagegen sei oft wirkungsvoll: Die Medien gucken hin, und nicht selten werde eine Kampagne eingestellt. So zum Beispiel in dem Fall einer Kfz-Werkstatt, die mit dem nackten Oberkörper einer Frau geworben hat, die ihren Busen mit den Händen stützte. Der originelle Werbetext dazu: „Wir lassen sie nicht hängen.“ Werden solche Steine des Anstoßes aus dem Weg geräumt, würde das als Erfolg empfunden. Nicht der Busen sei gemeint, sondern die Gesellschaft.

Und so läßt sich vielleicht erklären, warum auch Männer plötzlich vor den „Projektionsflächen männlicher Allmachtsphantasien“ erschrecken. ❏



R. JANNE / ARGUS

H&M-Werbung „Christmas Underwear“: „Aufforderung zur sexuellen Gewalt“

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Holocaust

Verliebt in eine tote Kobra

Henryk M. Broder über die unglaubliche Lebensgeschichte der Misha Defonseca

Sie liebt Tiere über alles, über alles in der Welt. „Ich habe den Körper eines Menschen, aber meine Seele gehört den Tieren“, sagt Misha Defonseca, 62, die mit ihrem Mann Maurice, fünf Katzen und dem Labrador-Mischling Kolia in einem geräumigen Haus in Millis bei Boston lebt.

Doch die Liebe zur treuen Kreatur ist damit noch nicht erschöpft. Überall in Mishas Haus stolpert man über Hunde, Katzen, Pferde, Kühe, Krokodile, Vögel, Affen, Bären, Enten, Gänse, Heuschrecken, Eulen, Fische – aus Stoff, Plüsch, Plastik, Holz, Porzellan und Ton. Misha hat die Bewohner ihres Zoos nicht gezählt, aber einige hundert dürften es schon sein. Prunkstück der Sammlung ist Parsifal, eine männliche Kobra von etwa zwei Meter Länge. Sie hat einen Ehrenplatz im Salon und schaut erhobenen Hauptes aus dem Fenster ins Grüne.

Parsifal ist zwar tot, aber echt, sie hat mal gelebt. Misha fand die Kobra zwischen Bananenstauden auf einem Schiff unterwegs nach Afrika und nahm sie mit nach Hause. Als Parsifal an Altersschwäche starb, wurde sie von einem Tierpräparator konserviert. Wenn Misha der toten Kobra liebevoll über den Kopf streicht und dabei „Chérie“ flötet, erübrigt sich jede Nachfrage, ob sie den Satz, Tiere wären ihr viel lieber als Menschen, wirklich so gemeint hat.

Verläßt Misha ihre kleine Menagerie, um mit ihrem Chevrolet Monte Carlo zum Einkaufen oder auf die Post zu fahren, wird jede Fahrt zu einer Demonstration ihrer Tierliebe. Der zehn Jahre alte Wagen mit dem Autokennzeichen „Misha“ ist mit Tierbildern vollgeklebt. Fast alles, was dreidimensional ihr Haus bevölkert, findet sich zweidimensional auf der Kühlerhaube, dem Kofferraum, dem Dach und den Türen wieder. Und zwischen den bunten Bildern sorgen Sticker für den letzten Rest von Klarheit: „Ich liebe Hunde!“, „Ich kämpfe für Tiere!“, „Ich bremse für Teddybären!“. Rechts hinten unter der Stoßstange fällt ein Sticker aus dem tierischen Rahmen: „Yes, I am a movie star!“

Das könnte Misha in der Tat bald sein. Disney Television bereitet einen Film über ihr Leben vor, ihre Autobiographie „Misha – eine wahre Geschichte“ wird



A. SAHIHI

Autorin Defonseca: Abenteuer in Nazi-Europa, aber keine Zeugen

derzeit international vermarktet. Sie könnte nicht nur ein Bestseller werden, sondern viele bekannte und wahre Abenteuergeschichten, von Kaspar Hauser bis Anne Frank, in den Schatten stellen.

Denn Misha, sagt Misha, ist eine Überlebende des Holocaust. Und ihre exzessive Tierliebe kommt daher, daß sie mit Hilfe von Tieren überlebt hat. Sie sei von einem Rudel Wölfen „adoptiert" worden und habe eine Weile mit den Tieren in polnischen Wäldern gelebt, sich an ihnen gewärmt, ihre Nahrung mit ihnen geteilt. Die Verbindung der beiden populären Topoi „Holocaust" und „Tierliebe" verspricht optimale Wirkung.

Wer jetzt schon an „Shoa-Business" denkt, der liegt mit seinem Verdacht vermutlich nicht völlig daneben. Der Historisierung und Ästhetisierung des Holocaust durch Akademiker und Künstler folgt nun dessen Fiktionalisierung durch Spätzünder, die auch ein wenig am Rad der Geschichte mitdrehen wollen. Wobei ganz gewiß der Gedanke eine Rolle spielt, daß der Holocaust als solcher so irre unglaublich war, daß es auf eine unglaublich irre Geschichte mehr oder weniger nicht ankommt.

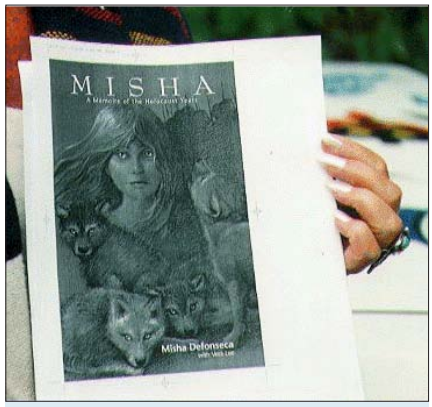
Wir treffen Misha Defonseca im Sherborn Inn unweit von Millis. Sie kommt in Begleitung einer Vertreterin der Kanzlei, die ihre Rechte verwaltet, der Verlegerin, die das Buch in den USA herausbringt, und der Schriftstellerin, die das Buch geschrieben hat. „Zum erstenmal in meinem Leben bin ich ein Geist", sagt Vera Lee und verweist darauf, daß sie eine Anzahl „eigener Bücher" veröffentlicht hat, etwa über „die Herrschaft der Frauen" im Frankreich des 18. Jahrhunderts und über Aphrodisiaka.

Die Verlegerin Jane Daniel, die den Kleinverlag Mount Ivy Press in Boston betreibt, macht zwei Titel pro Jahr. Besonders stolz ist sie auf zwei Bestseller in ihrem Programm, ein Buch über Gigolos im Wandel der Zeiten und einen Ratgeber („How to…"), wie man seine Ersparnisse katastrophensicher anlegt. Sie sagt: „Ich verlege alles, was ich verkaufen kann."

„Das Buch war meine Idee", sagt Jane Daniel mit dem Stolz einer Entdeckerin, die bei „Rudis Reste Rampe" ein echtes Fabergé-Ei gefunden hat. Und so ähnlich hat es sich wirklich abgespielt. 1993 starb „Jimmy", Mishas geliebter Terrier. Misha brachte 600 Fotos, die sie im Laufe der Jahre von Jimmy gemacht hatte, in einen Video-Laden, wo aus dem Berg von Schnappschüssen ein Video-Film über Jimmy, den Terrier, gemacht wurde.

Jane Daniel, die den Besitzer des Video-Ladens kannte, bekam ganz große Ohren, als sie die Geschichte von Misha und ihren Tieren hörte. Sie traf sich mit Misha im Sherborn Inn und schloß mit ihr einen Vertrag. Der Rest war verlegerische Routine. Ein Ghostwriter war schnell gefunden, im Frühjahr 1996 lag das Manuskript fertig auf dem Tisch.

Mishas Geschichte, von ihr selbst erzählt, hört sich so an: Sie wurde 1934 in Brüssel geboren, die Mutter habe Geruscha, der Vater Robert geheißen, er sei groß und blond und blauäugig gewesen. Es gab keine Geschwister, keine näheren oder entfernten Verwandten. An den Namen der Familie könne sie sich nicht erinnern. „Let me clarify this point", sagt Verlegerin Daniel. Mishas Eltern seien ständig umgezogen und hätten immer andere Namen benutzt. Es könnte sein, daß sie aus Rußland nach Belgien gekommen waren und keine Papiere hatten.



Shoa-Business

nennen die Amerikaner die gelegentlich skurrilen Folgen der Beschäftigung mit dem Dritten Reich und dem Völkermord an den Juden. Nach dem großen Erfolg von „Schindlers Liste" drängen nun auch Amateure auf den Markt. Demnächst erscheint in den USA „Misha", das Buch einer aus Belgien eingewanderten Hausfrau, die behauptet, den Holocaust als Kind in der Gesellschaft von Wölfen in polnischen Wäldern überlebt zu haben. Disney will die Geschichte verfilmen.

Misha nickt und fährt fort: Gleich nach der Besetzung Belgiens durch die Nazis – oder vielleicht unmittelbar davor – wurde sie von ihren Eltern bei einer Pflegefamilie untergebracht, wo sie den Namen Monique de Wael bekam. Eines Tages im Jahre 1940 waren ihre Eltern weg. Sie wurden, sagt Verlegerin Daniel, entweder von den Nazis abgeholt oder von der belgischen Polizei festgenommen und abgeschoben, man wisse es nicht so genau.

Die Pflegeeltern, erinnert sich Misha, seien nicht nett zu ihr gewesen, nur der alte Großvater Ernest habe ein Herz für die kleine Monique gehabt. Eines Tages schenkte er ihr einen kleinen, in Elfenbein gefaßten Kompaß. Ihre Eltern, erzählte er, seien irgendwo im Osten. Da nahm Monique den kleinen Kompaß und zog los, um ihre Eltern zu suchen. Das sei Ende 1940 oder Anfang 1941 gewesen. Zu jener Zeit war sie noch nicht einmal sieben Jahre alt.

Der kleine Kompaß, den Misha hervorholt, erweist sich als eine kleine weiße Muschel, in die ein winziger „Kompaß" vom Durchmesser eines Strohhalms hineingepreßt wurde. Die Nadel ist mit bloßem Auge kaum zu erkennen, die Richtung, die sie anzeigt, noch weniger. Das Souvenir hat einen kleinen Ring und kann an einer Kette um den Hals getragen werden. Nichts weist darauf hin, wann und wo es hergestellt wurde.

Mit diesem Kompaß als einziger Orientierungshilfe habe sie, sagt Misha, zu Fuß ganz Deutschland durchquert, ohne von irgend jemand behelligt worden zu sein. Genauso leicht schaffte sie es, nachts die grüne Grenze nach Polen zu passieren. Sie ernährte sich von dem, was sie unterwegs fand oder stahl. „Sie wissen", greift Verlegerin Daniel erklärend ein, „die Polen sind katholisch, sie gehen sonntags zur Kirche. Auf dem Lande lassen die Bauern ihre Häuser offen, da konnte sich Misha mit manchem versorgen."

Unterwegs im Naziland wurde sie Zeuge furchtbarer Verbrechen. Von einem Versteck aus beobachtete sie, wie eine Gruppe jüdischer Kinder erschossen und vergraben wurde. Sie sah aus der Ferne ein stacheldrahtumzäuntes Konzentrationslager, das sie in einem weiten Bogen umging. Und sie schaffte es, in das Warschauer Ghetto zu kommen, getrieben von der Hoffnung, eine Spur von ihren Eltern zu finden.

Während Misha ihre Geschichte erzählt, übernimmt Verlegerin Daniel die Feinarbeit. „Das muß ganz kurz vor dem Beginn der Endlösung gewesen sein", sagt sie, um mögliche Zweifel zu zerstreuen, „sie war nicht auf der Liste der Ghetto-Einwohner und fiel deswegen nicht auf." Doch wie kam ein acht oder neun Jahre altes Kind in das Ghetto und wieder raus? „Ganz einfach, sie stieg durch ein Loch in der Mauer ein und kletterte über die Friedhofsmauer nach draußen."

Misha lächelt, als wären Fragen nach Einzelheiten, wie zum Beispiel die, woher sie überhaupt wußte, daß es das Warschauer Ghetto war, völlig bedeutungslos angesichts der Leistung, die sie vollbracht hat. Über den wichtigsten Teil ihrer Erinnerungen, die Zeit mit den Wölfen, mag sie nicht sprechen, es soll nicht zuviel aus dem Buch vorweggenommen werden. Sie hätten ihr das Leben gerettet, das soll fürs erste genügen.

In den Wäldern traf sie auch einen alten Juden, der sie beschwor, am Leben zu bleiben, um von ihrer Odyssee zu berichten. In welcher Sprache hat sie sich mit dem Mann unterhalten? Misha lächelt wieder ihr geheimnisvolles Lächeln. Über die Ukraine kam sie nach Rumänien, von dort nach Jugoslawien, schließ-

lich nach Italien, wo die Amerikaner schon gelandet waren. Über Frankreich schlug sie sich nach Belgien durch, wo sie 1945 als Elfjährige ankam.

Sie wurde von einer katholischen Familie aufgenommen, holte die Schule nach, wurde Lehrerin und heiratete. Und so verzweifelt sie auf ihrer Wanderschaft nach ihren Eltern Ausschau gehalten hatte, sowenig unternahm sie nach dem Krieg, um sich Klarheit über deren Schicksal zu verschaffen. Sie stellte weder einen Suchantrag beim Roten Kreuz, noch wandte sie sich an eine der jüdischen Organisationen, die sich um elternlose Kinder kümmerten. Bis 1979 lebte sie in Brüssel, wo sie unter anderem als Telefonistin bei der Computerfirma Honeywell arbeitete.

Nachdem Unbekannte einen Davidstern an ihre Haustür geschmiert hatten, zog sie mit ihrem zweiten Mann Maurice, einem „Chief Executive Officer“ bei Honeywell, in die Nähe von Amsterdam. Doch auch in Holland fühlte sie sich nicht sicher. 1985 wanderten Misha und Maurice Defonseca mit vier Katzen und

„Eine Fälschung wäre Wasser auf die Mühlen der Holocaust-Leugner“

einem Hund in die USA aus. Allein der Transport der Tiere habe 45 000 belgische Francs gekostet.

Einen Tag nachdem Maurice seine Green Card bekommen habe, sei er von Honeywell entlassen worden. Seitdem nennt er sich „International Management Consultant“. Da er nicht viel zu tun hat, hilft er Misha im Haushalt und begleitet seine Frau, wenn sie vor Studenten oder Strafgefangenen über ihre Erlebnisse während des Krieges spricht. Warum sie nicht schon früher damit angefangen habe? Doch, als Schülerin habe sie ein paar Seiten aufgeschrieben, aber nachdem der Lehrer ihren Bericht verbrannt hatte, dachte sie, es sei klüger, fortan zu schweigen.

Es sei „inzwischen bekannt“, wirft Verlegerin Daniel sachkundig ein, „daß Überlebende eine lange Zeit brauchen, um ihr Schweigen zu überwinden“. Misha brauchte fast 50 Jahre, „um ihre ‚kugelsichere Weste‘ abzulegen und sich zu öffnen“.

Allerdings – auch in Amerika gibt es Menschen, die ihre Geschichte nicht hören möchten. Der Briefkasten vor dem Haus sei schon dreimal von Unbekannten zerstört worden, das letztemal mit einer Ladung Sprengstoff. Am liebsten würde Misha nach Arizona ziehen, wo es mehr Tiere als Einwohner gibt. Sie wird es vielleicht tun, wenn Buch und Film raus sind, um der Publicity zu entgehen. Denn jeder Rummel um ihre Person sei ihr zuwider. Sagt's und steigt in ihr unauffällig geschmücktes Auto mit dem unauffälligen Kennzeichen „Misha“.

Fälschung oder nicht Fälschung, das ist hier die Frage. Bis auf den „Kompaß“ liegt kein sachlicher Beweis vor. Und alle Zeugen, die Mishas Geschichte bestätigen könnten, sind entweder tot oder verschwunden. Von der Familie de Wael lebe niemand mehr, zu ihrem ersten Mann habe sie seit der Scheidung keinen Kontakt.

Er habe „Morris Levy“ geheißen und sei ein „staatenloser Jude aus Izmir“ gewesen. Dessen Vater habe ebenfalls „Morris“ geheißen. Auch Mishas Sohn aus erster Ehe heißt „Morris“. Großvater, Vater und Sohn tragen also alle denselben Vornamen, eine merkwürdige Kontinuität. Im Gegensatz zu christlichen Familien werden bei Juden, auch bei nicht gesetzestreuen, Kinder nie nach ihren Eltern, sondern nur nach verstorbenen Familienangehörigen genannt, um die Erinnerung an diese zu wahren. Mishas zweiter Mann heißt „Maurice“, das sei doch praktisch, witzelt Verlegerin Daniel, so brauche sich Misha für alle ihre Männer nur einen Namen zu merken.

Israel Arbeiter, 1926 im polnischen Plozk geboren, hat den Krieg und eine Reihe von Konzentrationslagern überlebt. Er ist Vorsitzender der „American Association of Jewish Holocaust Survivors of Greater Boston“, kennt Überlebende, die wie er in Lagern waren oder sich in den Wäldern versteckten. Eine Geschichte wie die von Misha Defonseca hat er noch nicht gehört. „Mind-boggling“, sagt er leise, „unfaßbar“.

Bevor er das Buch nicht gelesen habe, könne er kein Urteil abgeben, aber eine Sechsjährige, die zu Fuß Tausende von Kilometern durch Deutschland, Polen und die Ukraine zurücklegt … Mit Wölfen zu leben wäre vermutlich einfacher gewesen, als eine Begegnung mit den deutschen Besatzern oder polnischen Bauern zu überleben. „Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, wenn das Buch rauskommt, und es stellt sich als Fälschung heraus. Es wäre Wasser auf die Mühlen der Holocaust-Leugner und Revisionisten. Es gibt genug wahre Geschichten, die man erzählen muß.“

„Misha – A True Story“ soll im Frühjahr 1997 in den USA und im Laufe des Jahres auch in Deutschland als Buch erscheinen. Mit den Dreharbeiten zum Film soll noch in diesem Winter begonnen werden. Disney, sagt Verlegerin Daniel, rechnet mit einem „Super-Hit von der Art, wie es ‚Schindlers Liste‘ für Spielberg war“.

Mit Misha als Buch und Film wird ein neuer Komparativ auf den Markt der Non-fiction-Unterhaltung kommen. Denn, so eine Sprecherin von Disney Television: Es handelt sich um eine „außergewöhnlich wahre Geschichte“. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Vereine

Granate in Socken

Ein Hobbygolfer wirkte in einem Pornofilm mit – sein Klub will ihm deshalb die Mitgliedschaft kündigen.

Das Kinn schlägt Falten, der Bauch hat leicht barockes Format: Axel Böckem, 52 Jahre alt und 1,91 Meter groß, hält sich dennoch für einen veritablen Adonis. Er sei „fit, gut gebaut“ und vor allem „potent“. Kurzum: „Ich bin ein geiler Frosch.“

Unbeschwert durfte sich der selbständige Computerkaufmann aus dem westfälischen Hagen an seiner Lendenkraft erfreuen – bis ihn die Folgen seiner Sinneslust nun in arge Malaise versetzten. Der Hobbygolfer ist mit seinem Verein in Konflikt geraten.

Böckem glaubt sich seiner Menschenrechte beraubt und kündigt einen Weg durch alle Gerichtsinstanzen an. Die Justiz solle eine Frage von grundsätzlichem Gehalt klären: Darf ein Bürger wegen seines Trieblebens aus der Gemeinschaft eines deutschen Sportvereins ausgeschlossen werden?

Der Bonvivant, der sich im letzten Jahr von seiner Frau getrennt hat, vergnügte sich vorzugsweise in der Anonymität lokaler Swingerklubs. Im Frühling dieses Jahres entdeckte er in seiner Tageszeitung ein Inserat, das ihm für die gleichen Handgriffe und Hüftschwünge auch noch 150 Mark Gage versprach: Böckem sprach bei der Bex Film Entertainment in Leverkusen vor, die pornographische Filme produziert und vertreibt.

Im April hatte der umtriebige Geschäftsmann sodann sein erstes Shooting: In den Gelsenkirchener Paradise-Pictures-Studios agierte er als Darsteller des Videos „Sextest Privateline, Nummer 2“. „Nichts Perverses“, betont Böckem, „nur normaler Geschlechtsverkehr und oral.“

Mit Carmen, einer 26jährigen Blondierten aus Brandenburg, aalt er sich auf einer grauen Ledercouch. „Ich habe extra meine Golfkrawatte angelegt“, säuselt der Unternehmer mit der Goldrandbrille seiner schmachtenden Partnerin ins Ohr und erbittet regen Zungenschlag: „Das Verkaufen war so schwer heute.“ Böckem, bald nur noch mit bordeauxroten Socken bekleidet, gibt sein Bestes. Der Axel, resümiert „Sextesterin“ Carmen nach der Arbeit, „war eine richtige Granate“.

Der Nebenverdienst des Vaters zweier erwachsener Kinder („Die lachen sich schlapp“) wäre wohl unentdeckt geblieben, wenn es nicht jemanden gäbe, der mit Böckem offenbar auch dessen zweite Leidenschaft teilt: das Golfspielen. Seit 25 Jahren locht er für den Märkischen Golf Club ein, die edelste Adresse in Hagen und Umgebung.



J. DIETRICH / NETZHAUT

Hobbygolfer Böckem: Der Mann muß weg

Irgendein Klubmitglied, das sich bisher nicht geoutet hat, stieß bei der Ansicht erotischer Filmprodukte auf das Gastspiel des Vereinskameraden. Angeführt von erregten Mitgliedern der Senioren- und der Damenabteilung des Golfklubs, sah sich der Mime fortan „einem Kesseltreiben ausgesetzt“.

Wegen der „Geschichte mit dem Film“ verwarnte der Klubpräsident zunächst den Golfer (Handicap 15) und entzog ihm das Amt des Pressesprechers. Als die sittenstrengen Vereinsfunktionäre den Filmschaffenden von der Klubmeisterschaft ausschließen wollten, wehrte sich Böckem: Er erwirkte eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht Hagen.

In der feinen Welt des ehrwürdigen Klubs – Aufnahmegebühr: 15000 Mark – hatte sich jedoch die Angst vor dem Makel festgesetzt. „Das ist alles so furchtbar“, gramte Präsident Hartmut Eklöh, „der Mann muß weg.“

Eine Anhörung Böckems brachte keine Aussöhnung. „Knöchrige Spießer“, nennt der Freizeitkünstler seine Vereinskollegen, „elitäre Hetzer, die einem ewig gestrigen Gedankengut“ anhängen. Weil Böckem nicht daran denkt, freiwillig zu gehen, will der Verein ein Ausschlußverfahren anstrengen.

Der Vorgang dürfte delikat werden – unter juristischen Gesichtspunkten betrachtet. Grundsätzlich kann jeder Verein fehlgeleitete Mitglieder aus der Gemeinschaft ausschließen, sobald die Vereinsordnung gestört scheint. Richter akzeptieren in der Regel die Autonomie der Klubs.

So wurde der ehemalige Fußballprofi Helmut Kremers zeitweilig bei Schalke 04 rausgeworfen, weil er ein Vorstandsmitglied kritisiert hatte. Der Griesheimer Karneval-Club „Die Nasebaern“ trennte sich von Tänzern, die eine eigene Äppelwoi-Sitzung durchführen wollten. Der Nürnberger „Brauchtums- und Vorstadtverein Nord“ entfernte Kirchweihburschen aus seinen Reihen, die von Alkohol und rechtsradikalem Gedankengut trunken waren.

In seinem Fall indes zweifelt Böckem am kollektiven Ekel über seine Filmkarriere. Jugendspieler des Märkischen Golf Clubs hätten für die Aufregung der Alten nur Spott übrig, die meisten Erwachsenen hätten milde gefrotzelt, und einige, sagt Böckem, „haben mir anerkennend auf die Schulter geklopft“. ❑



Darsteller Böckem: „Ich bin ein geiler Frosch“

Werbeseite

Werbeseite



FOTEX

TV-Manager Kogel (M.), Kogel-Freunde Egner, Gottschalk, Schmidt, Pflaume: „Ich mußte Stars zu Sat 1 holen“

SPIEGEL-Gespräch

„Ich bin kein Typ, der aufgibt“

Sat-1-Programmchef Fred Kogel über Gottschalk, Schreinemakers und den Kampf um die Marktführerschaft

SPIEGEL: Herr Kogel, Sie wollten im Frühjahr 1995 „wenn schon brutal, dann richtig brutal“ in den Quotenkrieg ziehen. Nun halten Sie Ihr Ziel, bis 1998 Marktführer zu werden, selbst für unrealistisch. Ist das die Kapitulationserklärung des Sat-1-Chefs?

Kogel: Von einer Kapitulationserklärung kann keine Rede sein. Allerdings kann ich nach 19 Monaten in diesem Job die Möglichkeiten des Senders realistischer einschätzen. Ich will noch immer Marktführer werden, aber ich weiß: Wir können das nicht mehr bis 1998 schaffen.

SPIEGEL: Ihnen fehlen vor allem Top-Spielfilme, die Sie in der Prime-Time senden können. Sind Sie vom Sat-1-Haupteigentümer Leo Kirch über die wahre Lage getäuscht worden?

Kogel: Nein. Mit Leo Kirch hat dies nichts zu tun. Sat 1 hatte Anfang der Neunziger Spielfilme erworben und dann nichts mehr zugekauft. Es ist über Jahre falsch programmiert worden, die Top-Filme wurden abgesendet. Was blieb, waren sogenannte C- und D-Filme, drittklassige Ware, und mit der bin ich seit meinem Antritt bei Sat 1 konfrontiert. Da muß man sich etwas einfallen lassen.

SPIEGEL: Aber Sie haben mit Kirch doch einen Eigentümer, der europaweit den größten Fundus an Filmen besitzt. Warum profitieren Sie davon nicht?

Kogel: Kirchs Firma Taurus ist eine Filmhandelsgesellschaft, aber niemand hat etwas zu verschenken. Wer am meisten bietet, bekommt den Zuschlag. Ich kann mir die Filmrechte ja nirgendwo klauen. Seit über einem Jahr verhandeln wir daher mit Taurus, Eichinger und anderen Filmhändlern und Produzenten. Wir haben einen Output-Deal mit Columbia. Das heißt, die Filme der Jahre 1996 und 1997 von Columbia werden bei Sat 1 zu sehen sein. Von Ende 1998 an werden wir jährlich 20 bis 30 Prime-Time-taugliche Filme zeigen können. Aber das dauert eben zwei Jahre.

SPIEGEL: Was wollen Sie in der Zwischenzeit tun, um Publikum und Werbekunden bei Laune zu halten?

Kogel: Wir sind selbst kreativ und erfinden neue Programme. Schauen Sie nur den zweiten Weihnachtsfeiertag an. Da gibt es beim ZDF „Das Traumschiff“, bei RTL „Kuck mal, wer da jetzt spricht“, bei Pro Sieben natürlich ein Spielfilm-Highlight. Also, was soll ich machen? Ich kann ja schlecht als Filmklassiker „Quo vadis?“ aus dem Keller holen, der würde grandios untergehen. Wir haben daher unsere Serienmarke „Kommissar Rex“ zum Spielfilm ausgebaut und unter dem Titel „Kommissar Rex – ein Engel auf vier Pfoten“ einen 90-Minuten-Film produziert. Das ist die einzige, die letzte Möglichkeit, die wir haben, uns an einem solchen Tag zu behaupten.

SPIEGEL: Und was tun Sie an den anderen 364 Tagen im Jahr?

Kogel: Da müssen wir genauso kreativ sein und sind es ja auch schon. Bei uns passiert im Moment mehr als bei allen anderen Sendern. Wir nutzen die Zeit, um neue Programm-Marken zu entwickeln.

Fred Kogel

ist seit Mai 1995 Programmgeschäftsführer bei Sat 1. Der Sender gehört mehrheitlich Leo Kirch, der Axel Springer Verlag hält eine starke Beteiligung. Der Jurist Kogel, 35, zuvor Unterhaltungschef beim ZDF, ist angetreten, den Kölner Sender RTL als Marktführer im TV-Geschäft abzulösen. Trotz teurer Stareinkäufe und erfolgreicher Vormittagsshows blieb der Durchbruch bisher aus: Sat 1 rangierte in der Zuschauergunst im November dieses Jahres hinter RTL, ZDF und ARD auf Platz vier.

Werbeseite

Werbeseite



OGANDO / LAIF

RTL-Chef Thoma: „In einer paradiesischen Situation“

SPIEGEL: Es gab in Ihrer Amtszeit gerade bei den Serien eine Menge Flops. Das „Schwurgericht“, „Die Wagenfelds“ und andere Formate mußten vorzeitig aus dem Programm genommen werden.

Kogel: Wer sich mit Programmproduktion auskennt, weiß, daß von der Idee bis zur Realisierung im günstigsten Fall 15 bis 20 Monate vergehen. Die derzeit laufenden Eigenproduktionen sind nicht mein Verdienst. Ich bin jetzt erst 19 Monate bei Sat 1 an Bord und habe seither eine Menge angeschoben.

SPIEGEL: Vor allem haben Sie immer kräftig die Reklametrommel gerührt. „Verlassen Sie sofort den Tatort, jetzt kommt das Schwurgericht“, hieß es in den Sat-1-Anzeigen.

Kogel: Soll ich denn 80 Millionen Deutsche persönlich anrufen, um sie über unsere Filme zu informieren? Aber mit Blick auf den Sonntagabend wissen wir heute, daß es ein Denkfehler war, einen Gegen-„Tatort“ aufbauen zu wollen. Ich habe Bekannte, die treffen sich jeden Sonntagabend und machen die große „Tatort“-Party, egal, ob er schlecht oder gut ist. Ich habe denen gesagt: Warum habt ihr nicht bei uns „Tor des Feuers“ angeguckt, das war ein irrer Film mit Götz George in der Hauptrolle. Na ja, das wußten wir ja nicht, hieß es dann. Meine Lehre daraus: Sie können mit einem Einzelfilm oder Einzelevent nie gegen eine Marke angehen.

SPIEGEL: Wie sieht die ideale Sat-1-Serie für Sie aus?

Kogel: Sie orientiert sich an den Standards, die wir mit den „German Classics“ setzen, die an diesem Freitag bei uns anlaufen. Das sind hochqualitative Neuverfilmungen bekannter Filmstoffe mit jungen Regisseuren, mit jungen Talenten und jungen bekannten Gesichtern. Wir kreieren damit eine Ästhetik, eine Bildsprache, die am Zeitgeist orientiert ist.

SPIEGEL: Eines Ihrer Lieblingsthemen ist das Zeitschema des Senders. „Volle Stunde – volles Programm“ war der Slogan. Diese Idee hat nicht funktioniert: Sie haben heute um 20 Uhr im Durchschnitt eine Million Zuschauer weniger als früher um 20.15 Uhr.

Kogel: Hierfür gibt es auch andere Gründe als die Zeitverschiebung. An den meisten Tagen haben wir von 21 Uhr an mehr Quote als im Jahr zuvor. Der Sonntagabend, „Talk im Turm“ zum Beispiel, hat von der konsequenten Nullzeit profitiert. Ich bin noch heute der festen Überzeugung, daß letztlich die Nullzeit der richtige Schritt ist. Die Philosophie der klaren Startzeiten ist bestechend.

SPIEGEL: Die Praxis nicht. Pro Sieben und Kabel 1 haben damals mitgezogen und kehren jetzt zum alten Zeitschema zurück. Die „Tagesschau“ hat ihnen zu viele Zuschauer weggeschnappt.

Kogel: Mein Pro-Sieben-Kollege Georg Kofler geht auch aus einem anderen

Grund auf 20.15 Uhr zurück: Er hat ein Problem mit den Filmen, die er wegen des Jugendschutzes erst nach 22 Uhr senden darf.

SPIEGEL: Demnächst kommt das Thema Nullzeit erneut im Aufsichtsrat zur Sprache. Werden Sie dann auch Ihre Reform kassieren?

Kogel: Sollten wir auf 20.15 Uhr zurückgehen, werden wir dies erst dann tun, wenn es aus programmstrategischen Gründen sinnvoll ist. Wir entscheiden Ende Januar, weil wir dann auch wissen, wie sich die neuen Ladenschlußzeiten auf unsere Quote auswirken.

SPIEGEL: RTL-Chef Helmut Thoma sagt: „Wer radikal Programme und Zeiten ändert, schaufelt sich sein eigenes Quotengrab."

Kogel: Da muß ich ihm widersprechen. Wir haben sehr erfolgreich eine Radikalveränderung der Tagesprogrammierung vorgenommen. Wir sind heute zum Beispiel zwischen 5.30 und 17.30 Uhr erfolgreich. Von 5.30 bis 13.00 Uhr waren wir im November erstmalig Marktführer bei den 14- bis 49jährigen, und das mit vier neuen Sendungen plus Frühstücksfernsehen.

SPIEGEL: Für das publikumsstarke Abendprogramm holten Sie Stars wie Thomas Gottschalk, Fritz Egner und Harald Schmidt. Haben sich die Millionengagen für den Sender gelohnt?

Kogel: Sat 1 war doch für viele ein Sender, der außer dem „Glücksrad" keine Show zu bieten hatte. Ich mußte Stars zu Sat 1 holen, um hier ein Zeichen zu setzen. Heute sind wir zum Beispiel mit Kai Pflaume und seiner Flirtshow „Nur die Liebe zählt" sehr erfolgreich. Der Kai war doch bei RTL schon völlig kaltgestellt, nun ist er unter den Top five des Showbusiness. Wir haben völlige No-names aufgebaut, sie zu echten Quotenbringern entwickelt. Ich nenne nur die 28jährige Vera Int-Veen mit „Vera am Mittag".

„Harald Schmidt war zunächst der Buhmann, mittlerweile ist er Kult"

SPIEGEL: Wir sprachen von Ihren Freunden Gottschalk, Egner und Schmidt, die Sie mit Millionengagen zu Sat 1 geholt haben.

Kogel: Was wollen Sie? Harald Schmidt hat ein hartes erstes Jahr hinter sich, aber seine Klasse stellt mittlerweile niemand in Frage. Gottschalk zieht vier bis fünf Millionen Zuschauer mit seiner Hausparty, mit Egners „XXO" hatten wir leider keinen Erfolg, Egners neue Sendung „Die witzigsten Werbespots der Welt" hat dafür 20 Prozent Marktanteil.

SPIEGEL: Mit Harald Schmidt wollten sie 1,8 Millionen Zuschauer pro Abend erreichen. Bisher sind es im Durchschnitt nur rund eine Million, es gibt Abende, da schauen sogar nur 450 000 Leute zu.

Kogel: Ich will gar nicht bestreiten, daß die Quoten noch nicht so sind, wie wir sie gern hätten. Auf der anderen Seite haben wir mittlerweile mit Harald Schmidt eine Marke im Programm, die für Sat 1 als Imageträger unverzichtbar ist. Seine Show steht heute für das neue Sat-1-Fernsehen.

SPIEGEL: Macht Harald Schmidt auch Gewinn?

Kogel: Das kann ich Ihnen auf den Heller und Pfennig nachweisen. Wir haben mit der Late-Night-Show im ersten Jahr ihres Bestehens eine Nullösung gehabt, jetzt machen wir Gewinn. Aber das ist nicht alles.

SPIEGEL: Wie bitte?

Kogel: Harald Schmidt war zunächst der Buhmann, mittlerweile ist er Kult. Was Harald Schmidt dem Sender in den letzten zwölf Monaten als PR-Wert beschert hat, ist enorm.

SPIEGEL: Thomas Gottschalk begeistert im ZDF bei „Wetten, daß ...?" regel-

mäßig 14 bis 16 Millionen Zuschauer. Sind die Quoten der Sat-1-Haus-Party da nicht ein bißchen mickrig?

Kogel: Ich bin mit der „Haus-Party“ zufrieden. Den Erfolg einer eingeführten Marke wie „Wetten, daß ...?“ können Sie heute nicht mehr erreichen.

SPIEGEL: Die Ära Kogel ist also Ihrer Meinung nach eine Erfolgsstory?

Kogel: Wir haben in den letzten Monaten viel bewegt, wir waren mutig, manches war von Erfolg gekrönt, anderes nicht. Aber gucken Sie sich die ARD in den



K. MEHNER

Kogel (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Eine Menge angeschoben“

letzten vier Monaten einmal an. Die haben mit großem Tamtam drei neue Moderatoren angekündigt und ins Rennen geschickt: Bettina Böttinger, Friedrich Küppersbusch, Susanne Fröhlich. Keines dieser Showformate kommt auch nur annähernd auf wesentlich über neun Prozent Marktanteil. Wer schreibt darüber? Dabei ist „Privatfernsehen“ ein Totalflop, „Betrifft“ ist ein Totalflop. Ich will nicht auf die ARD einhacken. Ich will nur sagen ...

SPIEGEL: ... daß auch die anderen etwas verbocken?

Kogel: ... daß wir uns in schwierigen Zeiten gar nicht so schlecht schlagen. Wo sind die Alternativen?

SPIEGEL: War es nicht ein Fehler, Margarethe Schreinemakers zum Konkurrenten RTL ziehen zu lassen? Sie hat dem Sender immerhin einen Gewinn von rund 50 Millionen im Jahr beschert.

Kogel: Das sagt Herr Thoma. Die Zahl ist aber zumindest heute falsch. Wir haben in den letzten Wochen massive Quoten- und Erlösprobleme mit Frau Schreinemakers.

SPIEGEL: Sehen Sie ihre Sendung eigentlich gern?

Kogel: Es gibt da viele interessante Themen.

SPIEGEL: Es würde nicht mehr lohnen, sie zu halten?

Kogel: Die Frage stellt sich heute nicht mehr. Im Mai 1995, unmittelbar nach meinem Amtsantritt, kam schon die Diskussion über eine Vertragsverlängerung von Margarete Schreinemakers auf. Helmut Thoma bot ihr damals finanzielle Perspektiven, die ich nicht bieten konnte und wollte. Jetzt warten wir mal ab, ob sich dieses RTL-Investment auch lohnt.

SPIEGEL: Die sogenannte Informationsoffensive auf Sat 1 gestaltet sich ebenfalls schwierig. Ihr Nachrichtenmann Ulrich Meyer holt zum Teil schlechtere Quoten als die Sat-1-Nachrichten zur Zeit von Chefredakteur Heinz Klaus Mertes.

Kogel: Ulrich Meyer steigert sich, wenn auch langsam. Aber das liegt nicht allein an ihm: Nachrichten haben was mit Glaubwürdigkeit zu tun, und um die aufzubauen, brauchen sie als Sender einen langen Atem. Eine Nachrichtensendung, die eine halbe Stunde früher startet als die anderen, hat natürlich ein geringeres Zuschauerpotential.

SPIEGEL: Vielleicht ist Meyer, der seine TV-Karriere bei der Brüll-Show „Der heiße Stuhl“ begann, auch die falsche Besetzung?

Kogel: Ulrich Meyer ist und bleibt unser Nachrichtenmann. Er macht derzeit mit der „Akte“ das erfolgreichste Montagsmagazin – gegen härteste Konkurrenz. Die Nachrichten werden bei Sat 1 nur in einem Gesamtkonzept zum Quotenerfolg. Dieses Gesamtkonzept verfolgen wir ab dem 6. Januar 1997. Dann werden wir vor den Nachrichten unser neues Boulevardmagazin „Blitz“ senden. Zusammen mit unseren Regionalmagazinen, die um 17.30 Uhr starten, bringen wir dann 90 Minuten Information am Stück.

SPIEGEL: Die Werbekunden sind skeptisch geworden. Laut Prognosen der Vermarktungsagentur Ipa-plus liegt Sat 1 1997 bei den Werbemilliarden erstmals hinter Pro Sieben.

Kogel: Jede Prognose eines Konkurrenten verfolgt ein strategisches Ziel und ist auch so einzuordnen. Ipa-plus ist die Vermarktungsagentur von RTL, das dürfen Sie nicht vergessen. Der Markt kennt in einer harten Phase der Auseinandersetzung keine Gnade, da wird jedes Register gezogen, um Irritationen zu provozieren. Erst zum Jahresanfang wissen wir, wie sich die Werbewirtschaft in dieser Einbuchungsphase wirklich entschieden hat.

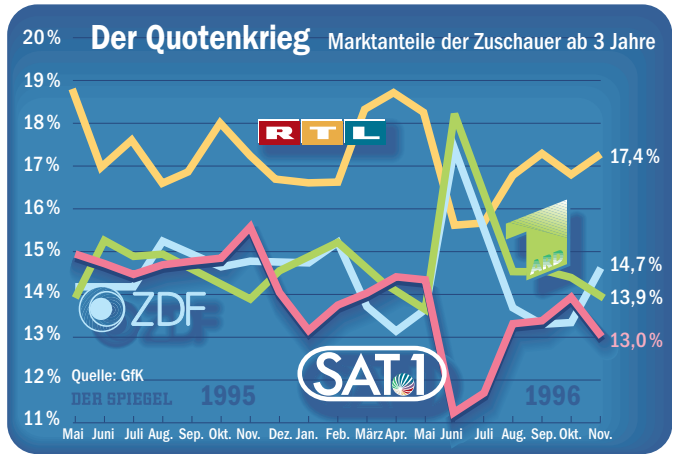
SPIEGEL: Sat 1 gilt in der Werbebranche noch immer als Alte-Leute-Sender. Erfolgreich sind Sie vor allem bei den über 50jährigen. Wie wollen Sie das ändern?

Kogel: Die neuen Sat-1-Sendungen haben deutlich jüngere Zuschauer. Allerdings ist diese ganze Diskussion um die Altersstruktur heute so nicht mehr stimmig. Ich glaube, daß der 50jährige heute nicht weniger konsumfreudig ist als der Jüngere. Wo sitzt denn das Geld, und wer gibt das Geld aus?

SPIEGEL: Die Älteren gelten als extrem festgelegt, sie seien markentreu, sagen die Werber, und daher nicht mehr so beeinflußbar.

Kogel: Ich höre inzwischen auch andere Stimmen aus der Werbewirtschaft. Meine Mutter ist über 70 und kauft heute nicht nur Rahmcamembert, sondern auch „Philadelphia“. Die Älteren lassen sich schon überzeugen, wenn sie den richtigen Spot gesehen haben. Wir liegen im Markt der 14- bis 60jährigen ganz klar vor Pro Sieben. Wir bei Sat 1 bedienen eben ein viel größeres Spektrum. Wir wollen modernes Fernsehen für eine breite Zielgruppe machen.

SPIEGEL: Seit Ihrem Amtsantritt hat Sat 1 an Marktanteilen verloren. Sie liegen im No-



* Mit Redakteuren Gabor Steingart und Stefan Aust.



G. BOCKEMÜHL

Talkerin Schreinmakers, Gast: „In den letzten Wochen massive Erlösprobleme“

vember sogar auf Platz vier – hinter RTL und den öffentlich-rechtlichen Sendern ZDF und ARD. Wo sehen Sie da überhaupt Chancen, jemals Marktführer zu werden?

Kogel: Jeder einzelne Sendeplatz muß erobert werden. Durch das Hinzukommen vieler neuer Sender ist das Geschäft nicht leichter geworden. Letztlich haben alle nominell verloren. RTL hat seinen Höhepunkt vor eineinhalb Jahren

„Ulrich Meyer ist und bleibt unser Nachrichtenmann“

gehabt, Pro Sieben und wir auch. Insofern ist es wirklich immens schwer, heute noch maßgebliche Zugewinne bei den Marktanteilen zu erreichen.

SPIEGEL: Das klingt nach Resignation.

Kogel: Überhaupt nicht. Ich bin nur Realist. Unser Tagesmarktanteil schwankt von 11 Prozent Tiefststand bis zu 20 Prozent Höchststand. Solange Sie diese Pendelschläge haben, solange ist in dem Spiel noch Musik drin.

SPIEGEL: Konkurrent RTL schläft aber nicht. Hat Ihr Gegenspieler Helmut Thoma mit dem finanzstarken Bertelsmann-Konzern im Rücken nicht einfach die bessere Position?

Kogel: Natürlich ist Helmut Thoma in einer paradiesischen Situation. Doch wenn einer ganz oben ist, beginnen irgendwann auch die Fehler. Genau diese Fehler, und wenn es noch so kleine Fehler sind, müssen wir abwarten und versuchen zu nutzen. Auch dafür wurde ich eingekauft.

SPIEGEL: Sie haben sich als Person von Anfang an aggressiv vermarktet. Zu Fototerminen brachten Sie mehrere Anzüge mit. War dieser Rummel um Ihre Person ein Fehler?

Kogel: Nein. Ich habe den Rummel auch nicht selbst initiiert. Ich bin Programm-Mann und habe zehn Jahre lang Fernsehshows produziert. Deshalb habe ich auch von anfang an ein anderes Verhältnis zur Optik. Wenn jemand einen Fototermin mit mir macht, hat er ein Anrecht auf höchste Professionalität, und dazu gehören für mich eben auch zwei Anzüge.

SPIEGEL: Die Hamburger Zeitung *Die Woche* schreibt: „Mit seiner überdrehten Promotion hat Fred Kogel selbst die Blaupausen für die Kampagne gegen ihn geliefert.“

Kogel: Ich habe in den letzten zwölf Monaten kaum Interviews gegeben. Aber als ich mit der Mannschaft Thomas Gottschalk, Harald Schmidt, Fritz Egner und Kai Pflaume bei Sat 1 antrat, war der große Rummel doch gar nicht zu vermeiden.

SPIEGEL: An Aufhören haben Sie nie gedacht?

Kogel: Nie. Warum auch? Ich bin kein Typ, der aufgibt. Für mich ist die Rechnung mit dem Marktführer noch offen.

SPIEGEL: Herr Kogel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Polen

„Die wollen mir eins auswischen“

Ex-Präsident Lech Walesa, 53, über den Vorwurf, er habe bei seinem Ausscheiden aus dem Amt widerrechtlich Dokumente zurückbehalten, die ihn als Zuträger des polnischen Geheimdiensts entlarven

SPIEGEL: Aus den Unterlagen soll hervorgehen, daß der Antikommunist Walesa Geld vom kommunistischen Geheimdienst bekommen hat.
Walesa: Ich war stets überzeugt, daß kein Mensch diesen Blödsinn glaubt. Nun stellt sich heraus, daß doch ein paar Zweifel aufkommen. Also werde ich dazu Stellung beziehen.
SPIEGEL: Sie fürchten keine Untersuchung?
Walesa: Natürlich nicht. Ich habe über diese Anschuldigungen immer nur gelacht.
SPIEGEL: Nachdem anfangs der Verdacht auf Sie gelenkt wurde, behauptet die Warschauer Staatsanwaltschaft nun, die Untersuchung richte sich gegen Beamte des Staatsschutzes. Wie erklären Sie diese Volte?
Walesa: Das ist das alte Spiel. Zuerst saugen sie sich Anschuldigungen aus den Fingern, und wenn es nichts bringt, machen sie einen Rückzieher.
SPIEGEL: Sie sehen in der Aktion eine reine Provokation?
Walesa: Die wissen, daß ich ein Todfeind des Kommunismus bin. Darum wollen die mir eins auswischen.


M. RUTKIEWICZ / TRANSPARENT
Walesa

SPIEGEL: Wen verdächtigen Sie denn als Drahtzieher?
Walesa: Präsident Aleksander Kwaśniewski, Premierminister Wlodzimierz Cimoszewicz und andere Politiker – allesamt Kinder des Kommunismus.
SPIEGEL: Im Oktober 1997 soll ein neues Parlament gewählt werden. Ist diese Affäre schon der Auftakt zu einem schmutzigen Machtkampf?
Walesa: Der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Die Postkommunisten kämpfen ums Überleben. Natürlich haben sie keine Chance. Dafür, daß sie jetzt ihre Macht auskosten, werden sie teuer bezahlen müssen.


N. QUIDU / GAMMA / STUDIO X


V. KESSLER / SIPA
Richter Bruguière, Personenkontrolle nach dem Anschlag

Frankreich

Cowboy jagt Terroristen

Die Bombenexplosion vergangene Woche im Bahnhof Port-Royal der Pariser Schnellbahn schürt nicht nur Ängste vor einer neuen Terrorwelle. Da die Spuren auf die algerische „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA) hinweisen, steigt in der Bevölkerung der Ausländerhaß spürbar, vor allem auf die Zuwanderer aus der ehemaligen Kolonie Algerien. Der Führer des rechtsradikalen Front national, Jean-Marie Le Pen, nutzt die Atmosphäre aus Furcht und Wut, um die Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern – zur „Abschreckung für alle Terroristen“. Trotz zahlreicher Verhaftungen in der Vergangenheit blieb eine Schlüsselfigur des GIA, der 38jährige frühere Architekturstudent Ali Touchent, alias Tarek, in Freiheit; der in Belgien, England und Italien gesichtete Terrorist soll den Anschlag vorbereitet haben. Hoffnungen setzen die Franzosen vor allem in ihren führenden Terrorermittler, den Pariser Richter Jean-Louis Bruguière. Der furchtlose Jurist (Beiname „le cowboy“) hatte schon den legendären Terroristen Carlos erfolgreich gejagt.

Ukraine

Angriff der Rechten

Die „Nationale Selbstverteidigung“ (Unso), paramilitärischer Flügel der ukrainischen Nationalisten, unterwandert mit Erfolg die Armee. Am Kiewer Institut der Luftstreitkräfte bekennen sich bereits etliche Offiziersanwärter zu der Rechtstruppe. Auch die von der Gruppe gegründete Soldatengewerkschaft agiert schon in mehreren Großstädten – allein in Lwiw (Lemberg) traten ihr 200 Offiziere bei. Die Nationalisten, von denen viele als Legionäre in Abchasien und Tschetschenien Kampferfahrung sammelten, wollen den wachsenden Unmut der Soldaten für die Gründung einer „Ukrainischen Nationalarmee“ nutzen. Sie soll nach bolschewistischem Muster funktionieren: mit Soldatenräten. Wehrpflichtigen versprechen die Nationalisten eine Verkürzung der Dienstzeit auf zwölf Monate, den Offizieren ein 600-Dollar-Salär. Verfasser des Programms sollen Absolventen der Generalstabsakademie sein.

Peru

Düsenjäger gegen Demütigung

Mit Hilfe eines neuen Waffenlieferanten modernisiert Lima seine Luftwaffe, um Druck auf den nördlichen Nachbarn Ecuador zu machen. Im November besiegelte der peruanische Staatspräsident Alberto Fujimori den Kauf von bis zu 18 Düsenjägern des Typs MiG-29 aus Belorußland. Nun wurde der Deal um 14 Jagdbomber vom Typ Suchoi Su-25 (Nato-Name: „Froschfuß“) erweitert. Dank der neuen Maschinen müsse sich Peru militärisch nicht mehr demütigen lassen, rechtfertigt Fujimori den Großeinkauf, zu dem auch mehrere Dutzend Luftabwehrraketen gehören. Anfang 1995 hatte die Luftwaffe Perus im Dschungel-Grenzkrieg mit Ecuador drei Kampfjets und zwei Transporthubschrauber verloren, während Ecuador keine Verluste hinnehmen mußte.


B. GIBOD / SIPA
Kampfflugzeug MiG-29

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Serbien

Belgrad ist nicht Leipzig

Erich Wiedemann über den Kampf der serbischen Opposition gegen die „rote Bande“

Hallo, ihr verdammten Zombies, seid ihr alle da? Hallo, du Zombie-Stadt, gibt es dich noch? Ist denn noch Leben da draußen? Yeaahhh, come on, there is life after the war.“

Miomir Grujić würgt einen kakophonen Schmatzer ins Mikrofon. Seine Stimme wird immer leiser. Plötzlich explodiert sie wieder zu Gebrüll: „Werdet endlich wach, ihr Feiglinge, hört auf, euch in die Hosen zu machen. Lebt!“

Dann kommt Steelrock. Grujić schiebt den Regler am Mischpult auf volle Pulle, so daß überall in Belgrader Radios die Lautsprecher-Membranen zittern. „Hey, Zombies, lebt, werdet frei.“

Miomir Grujić ist blind. Er ist der Pop-Gott der Jugend zwischen 14 und 40, er ist der „düstere, strahlende Engel in der Belgrader Nacht“, wie ein Fan in einem Hörerbrief schrieb. Wenn er mit seinen ätzenden Wahrheiten und seinen psychedelischen Rülpsern auf Sendung geht, haben die staatlichen Sender Pause.

Gegen Miomir kommt keiner an. Deshalb haben die Machthaber in Belgrad Angst vor ihm. Ein blinder Diskjockey dreht auf gegen die Diktatur.

Am Dienstag wird Radio B 92 von Staats wegen abgeschaltet. Aber die Massendemonstrationen gegen die „Lopovi“ (Diebe), die der Opposition den Sieg bei den Kommunalwahlen am 17. November gestohlen haben, gehen weiter, Tag für Tag, wie ein tröstliches, herzerwärmendes Ritual. Die Hoffnung von Präsident Slobodan Milošević, der Protest werde sich langsam totlaufen, erfüllt sich nicht. Im Gegenteil: Weil die Temperaturen steigen, gehen immer mehr Menschen auf die Straße.

Am Donnerstag voriger Woche sammeln sich wieder rund 100 000 Demonstranten mit Plakaten und Trillerpfeifen auf dem Terazje-Platz. Sie ziehen durch die Innenstadt zum Parlament, fordern Freiheit und Gerechtigkeit und den Rücktritt der „banda crvena“, der roten Bande, die den Weg zur Demokratie blockiert. Wie 1989 in Leipzig, schreibt das Oppositionsblatt *Demokratia*.

Aber Belgrad ist nicht Leipzig. Die Demonstranten marschieren nicht alle nur für Demokratie. Es sind nicht wenige



REUTERS

Kundgebung gegen das Milošević-Regime: „Hey, du Zombie-Stadt, ist denn noch Leben da draußen?“

darunter, die sich mit dem sanften Totalitarismus des Slobodan Milošević ganz gut abgefunden haben. Sie protestieren weniger gegen Unfreiheit als gegen das Elend und gegen das Defizit an bürgerlicher Würde, das an ihrem Ego rüttelt.

Mit den Liedern, die manche Demonstranten unter serbischen Fahnen singen, sind letztes Jahr noch die Tschetniks in den Krieg gezogen. Viele halten auch heute noch den Moslem-Schlächter Radovan Karadžić für einen Ritter der serbischen Hochkultur. Sie nehmen Milošević nicht übel, daß er den mörderischen Krieg angefangen, sondern daß er ihn nicht gewonnen hat. Und die zwei prominentesten Oppositionsführer, Vuk Drašković und Zoran Djindjić, kommen auch nicht gerade aus dem pazifistischen Lager. Drašković wollte am liebsten „Terror mit Terror beantworten".

Serbien nach dem Krieg: graues, perspektivloses Elend, beinamputierte Kriegsveteranen mit Bettlerdose, verwahrloste Kinderbanden in den Bahnhöfen. Das Durchschnittseinkommen ist auf ein Fünftel der Vorkriegszeit gesunken. Die Selbstmordrate liegt unter Rentnern zehnmal so hoch wie 1991. Früher war Belgrad die konkurrenzlose Kulturmetropole des jugoslawischen Vielvölkerstaats. Heute spielen die guten Theaterensembles und die Jazz-Bands aus dem Westen in Zagreb und Sarajevo. Kulturell gesehen, ist Belgrad jetzt Provinz.

Branko Andrić, Sägewerkbesitzer aus Knin in der Krajina, sagt: „Diese Regierung hat das Land in den Untergang geführt und seine treuesten Kinder im Stich gelassen." Andrić mußte im Sommer letzten Jahres seinen ganzen Besitz zurücklassen, als die Kroaten in die Krajina einmarschierten und die Serben vertrieben. Damals hieß es, die serbische Armee werde die Aggressoren bald wieder verjagen und den enteigneten Bürgern ihr Eigentum zurückgeben. Heute wohnt Andrić mit seiner Frau, drei Kindern und zwei Enkeln schon über ein Jahr in einer Zweizimmerwohnung ohne Bad und Toilette am nördlichen Stadtrand von Belgrad. Sein Vermögen, so hat ihm die Flüchtlingsbehörde gesagt, werde er selbstverständlich zurückerhalten, es sei nur „wegen der besonderen Umstände zur Zeit nicht verfügbar".

Natürlich hätten sie alle irgendwie den Frieden gewollt, sagt Rentner Vladimir Nikolić, aber eben nicht so. „Die Mullahs und die Kroaten haben uns den Sieg gestohlen. Unsere Söhne sind umsonst im Krieg gefallen." Nikolić trägt zur Demo seine alten Orden. Er hat Tito noch als Partisan erlebt. Er war dabei, als sie die Deutschen von der heiligen serbischen Erde verjagten. Heute, so sagt er, wisse die Nation nicht, was sie ihren Kriegsveteranen schuldig sei. Er hat seit einem halben Jahr keine volle Rente mehr gekriegt.



FOTOS: E. WIEDEMANN / DER SPIEGEL

Bettelnder Kriegsveteran
„Sie haben uns den Sieg gestohlen"



Studentisches Protestplakat
Defizit an bürgerlicher Würde

Auch Milošević war einmal ein Held. 1991, als die Serben Ostslawonien im Sturm eroberten, wurde er wie ein Heiliger verehrt. Die Belgrader Taxis waren mit Milošević-Bildern beklebt, und die Zeitungen druckten Gedichte auf den großen Führer: „Du hast uns gerettet, du bist die aufgehende Sonne der serbischen Nation, führe uns zum Segen, du großer Sohn der serbischen Nation." Für die Demonstranten ist er heute nur noch der „Jajara", zu deutsch: der Eierdieb.

Der belagerte serbische Präsident hat sich in den letzten Wochen nicht ein einziges Mal in der Öffentlichkeit gezeigt. Am Mittwoch zieht eine Studentendelegation vor das Tor der Residenz, um eine Denkschrift abzugeben. Er solle „endlich sein Gesicht zeigen". Sie haben Brot und Salz mit, die sogenannte Pogaca, die sie dem Präsidenten als Zeichen ihrer Friedensbereitschaft überreichen wollen.

Milošević läßt über seinen Sekretär erklären, die Besucher seien ihm willkommen. Sie sollten nur hereinkommen. Darauf sind die Studenten nicht vorbereitet. Sie stellen ihre Liebesgaben hastig vor der Pforte ab und ziehen sich wieder zurück. Der Dialog kommt auch diesmal nicht zustande.

Auf der Mauer zu beiden Seiten des Tors klebt noch der isabellfarbene Schmier von den Eiern, die in den ersten Tagen des Protests überall gegen öffentliche Gebäude flogen. Das Eierwerfen ist inzwischen zum Erliegen gekommen, weil sich die Preise wegen der großen Nachfrage von einem Dinar auf fast zwei verdoppelt haben. Außerdem hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß es im Ausland keinen guten Eindruck macht, wenn ein angeblich darbendes Volk aus Protest gegen seine elenden Lebensbedingungen ausgerechnet mit Lebensmitteln schmeißt.

Die Revolte ist hartnäckig und durchaus machtvoll, bleibt aber im allgemeinen ziemlich kultiviert. Die Poster sind frech: Milošević als Sträfling, als Affe, als Tunte oder mit heruntergelassenen Hosen. Doch abgesehen von ein paar Steinwürfen ganz zu Anfang, hat es noch keine Gewalttaten gegeben – keine Brandflaschen, keine zerschlagenen Schaufensterscheiben.

Das sozialistische Regime revanchiert sich mit maßvoller Repression. Jeden Tag werden ein paar Dutzend Demonstranten vorläufig festgenommen. Doch sie kommen fast alle schnell wieder frei. Überhaupt kein Vergleich mit dem Aufstand von 1991, als sogar Panzer eingesetzt wurden.

Der blümchenbepflanzte Rasen vor der Philosophischen Fakultät, vor denen sich täglich Tausende Proteststudenten drängen, ist zwar vom schlechten Wetter etwas matschig, aber sonst ganz gut intakt. Nicht nur in Deutschland wird Rasen auch in Zeiten der Revolution nicht betreten.

Doch Revolution haben eigentlich auch die Studenten mehrheitlich nicht im Sinn; sie artikulieren ihren Unwillen vormittags, in sorgsam bedachter Distanz zum bürgerlichen Protestpublikum, das gegen Abend marschiert. „Wir wollen bessere Lebens- und Studienbedingungen", sagt Veterinärmediziner Alexandar Seković. „Wer in Belgrad Bürgermeister wird, das finden wir nicht so wichtig." Nein, er glaubt nicht, daß Milošević dem Druck der Straße nachgeben wird. Er

„Den starken Mann zerstören“

Interview mit Oppositionsführer Zoran Djindjić über die demokratische Protestbewegung

SPIEGEL: Herr Djindjić, können Sie den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević in die Knie zwingen?
Djindjić: Als demokratische Partei können wir nur zu einem Mittel greifen – dem friedlichen Widerstand auf der Straße. Milošević befand sich noch nie unter so anhaltendem Druck. Er beginnt, die Nerven zu verlieren.
SPIEGEL: Die Opposition möchte, daß auch die Arbeiter sich jetzt der Protestbewegung anschließen. Rückt dann ein gewaltsamer Umsturz wie 1989 in Rumänien näher?
Djindjić: Daß Milošević und seine Ehefrau eines Tages enden wie Nicolae und Elena Ceauşescu, will ich nicht ausschließen. Aber wir sollten uns auch keine Illusionen machen. Ein Generalstreik bringt nicht viel, die Wirtschaft arbeitet sowieso nur zu 20 Prozent. Die wirkliche Gefahr für Milošević besteht in der Zerstörung seines Images als starker Mann Serbiens. Sobald er die absolute Kontrolle verliert, wird sich im eigenen Parteiapparat Widerstand gegen ihn regen.
SPIEGEL: Und wie wird er seinen wankenden Thron wieder stabilisieren?
Djindjić: Gewalt gegen die Demonstranten wäre im Augenblick wohl seine letzte Option. Denn auch Polizei und Armee sind höchst unzufrieden und sehen keine Perspektive unter seinem Regime. Ihr Einsatz könnte sich als Bumerang erweisen. Danach gäbe es keine Möglichkeit eines Kompromisses mehr.
SPIEGEL: Was sind denn Ihre Bedingungen für eine Einstellung der Massenproteste? Neuwahlen?
Djindjić: Nein, denn wir haben keine Garantie, daß es nicht wieder zu Fälschungen kommt. Wir verlangen die Anerkennung der Wahlresultate vom 17. November. Eine akzeptable Lösung wäre, wenn das Oberste Gericht die Annullierung der Gemeindewahlen rückgängig machen würde.
SPIEGEL: Sie wollen mit den Demonstranten durchhalten bis zum Sieg. Befürchten Sie nicht, daß der Elan der Bevölkerung mit jedem kalten Wintertag schwächer wird?
Djindjić: Das ist der entscheidende Punkt – ob der Wille zur Veränderung stärker sein wird als die Schwerkraft des Regimes. Es ist wie bei einem Bergsteiger in Eis und Schnee: Er muß wachbleiben und weiterklettern, wenn er sich hinsetzt, schläft er ein und stirbt. Wenn wir jetzt verlieren, ist über Jahre hinweg jede Chance für die Opposition verspielt.



T. HALEY / SIPA

Milošević-Herausforderer Djindjić: „Nationalismus gehört dazu“

SPIEGEL: Auch als Bürgermeister von Belgrad müßten Sie weiter gegen die Übermacht der Sozialisten kämpfen. Die Basis der Opposition beschränkt sich auf einige Städte, die Landbevölkerung steht zu Milošević.
Djindjić: Drei Viertel der serbischen Bevölkerung leben in den Städten, in denen wir bei den Kommunalwahlen gesiegt haben. Mit freien Medien werden wir die Informationsblockade durchbrechen.
SPIEGEL: Sie sagten einmal: Nicht alle Sozialisten sind Teufel, nicht alle Oppositionellen Engel. Würden Sie mit den Sozialisten eine Koalition eingehen?
Djindjić: Sicher, denn wir müssen die Grundmauern für einen modernen Staat errichten; dies kann eine Partei allein nicht schaffen. In der Sozialistischen Partei gibt es vernünftige Leute, die für Reformen aufgeschlossen sind. Aber natürlich kommt kein Bündnis mit Milošević und seiner kommunistischen Professoren-Gattin in Frage. Die beiden sind das Hindernis für jeden Fortschritt, sie leben noch im Zeitalter des Ostblocks.
SPIEGEL: Der Westen unterstützte die serbische Opposition bisher nur halbherzig. Ein Grund war die offene Parteinahme für Radovan Karadžić. Warum haben Sie so enge Kontakte zu dem mit internationalem Haftbefehl gesuchten bosnisch-serbischen Kriegstreiber geknüpft?
Djindjić: Die Sozialisten hatten die Beziehungen zu den Serben in Pale monopolisiert. Das wollten wir durchbrechen. Natürlich hatten wir auch die Hoffnung, Milošević stürzen zu können, indem wir uns auf die Seite von Karadžić stellten, als Milošević von ihm abrückte. Solche Kompromisse haben manchmal ihren Preis. Dafür sind wir jetzt die einzige Partei, die unsere Brüder in Bosnien überzeugen kann, daß der Westen nicht ihr Feind ist.
SPIEGEL: Das Oppositionsbündnis hat erklärt, es wolle die Friedensvereinbarungen von Dayton strikt einhalten. Würden Sie Karadžić und seinen Ex-Armeechef Ratko Mladić an das Haager Kriegsverbrechertribunal ausliefern?

Djindjić: Wenn wir an der Macht wären und die beiden sich in Serbien aufhielten, ja. Dennoch muß ich sagen, daß mich die Kriterien für die Bestimmung von Kriegsverbrechern verwirren. Wenn damit auch die Schreibtischtäter gemeint sind, gehören Milošević und Kroatiens Präsident Franjo Tudjman ebenfalls dazu. Milošević hat das Volk in den Krieg gedrängt, ihm seine Hilfe versprochen und es dann betrogen.

SPIEGEL: Großserbien war auch das Ziel der serbischen Opposition. Werden Sie weiter dafür kämpfen?

Djindjić: Wir hoffen, daß eines Tages Herceg-Bosna Kroatien zugeschlagen wird, die Republika Srpska sich uns anschließt und die Moslems in Bosnien ihren eigenen Staat bekommen – aber nicht gegen den Willen des Westens, sondern mit dessen Einverständnis.

SPIEGEL: Das werden Sie wohl kaum bekommen. Würden Sie denn auch Ihr Einverständnis für eine Vereinigung des mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo mit Albanien geben?

Djindjić: Die Albaner im Kosovo müssen erst einmal alle Minderheitenrechte erhalten. Wir müssen ihre ethnische Identität schützen und sehen, wieviel Autonomie wir gewähren können, ohne die Einheit des Staates zu gefährden. Als politische Partei können wir nicht über eine Sezession, eine Abtrennung von Serbien, reden.

SPIEGEL: Deutschlands Außenminister Kinkel solidarisierte sich mit der serbischen Opposition. Hat er Ihnen konkrete Zusagen gemacht?

Djindjić: Kinkel war derjenige, der seine Stellungnahme am klarsten formulierte. Auch die Amerikaner haben eindeutig Position bezogen. Wir fühlen erstmals eine wachsende Rückendeckung durch die internationale Gemeinschaft. Diese muß Milošević weiter unter Druck setzen, nur so wird er nachgeben.

SPIEGEL: Wie demokratisch ist die Opposition? Ist der Nationalismus nicht auch bei Ihnen der überragende Wert?

Djindjić: Natürlich muß unsere Demokratie, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, traditionelle Elemente beibehalten. Der Nationalismus gehört dazu, keine Partei wird überleben können, wenn sie nicht national und sozial ist. Von allen vier politischen Führern in Serbien – Milošević, Drašković, Šešelj und ich – repräsentiere nur ich die europäische Variante. Drašković spricht sich zwar für Europa aus, aber er ist eher ein Mann des Volkes und der Tradition. Šešelj von der Radikalen Partei ist Anti-Europäer und ein bißchen verrückt. Das Pferd, auf das der Westen setzen sollte, bin ich.

werde ein bißchen Leine lassen, gewiß. Aber die 100 000 Polizisten und Elitesoldaten, die einen Ring um Belgrad gezogen haben, würden das tun, was sie für ihre Pflicht halten, wenn es ernst werden sollte.

Immerhin, die mahnenden Appelle aus dem westlichen Ausland blieben nicht ohne Wirkung. Um Druck abzubauen, will das Regime die rückständigen Renten auszahlen und Stromrechnungen kappen.

Mag sein, daß Milošević auch im Streit um die Wahlen nachgibt. Das Oberste Gericht könnte die von den unteren Instanzen verfügte Annullierung der Wahlergebnisse revidieren. Milošević könnte dann sagen, er habe mit der Sache nichts zu tun gehabt. Und ein paar oppositionelle Bürgermeister würden seine Macht nicht ernsthaft gefährden.

Donnerstag abend wird der Transmitter von B 92 wieder eingeschaltet. Regierungsamtlich heißt es, ein Wasserschaden sei für die Unterbrechung verantwortlich gewesen. Zur Strafe muß der Informationsminister gehen. Um 20 Uhr ist B 92 wieder mit Nachrichten auf Sendung.

An diesem Montag um Mitternacht feiert Miomir Grujić, der blinde Diskjockey, auf 92,5 Megahertz live den siebten Geburtstag seiner News-Show. Er wird wieder ins Mikrofon rülpsen und rufen: „Hey, du Zombie-Stadt, ist denn noch Leben da draußen?“ Und Tausende werden antworten: „Yeaaah, come on, there is life after the war!“ ❑

* Text: „Wir haben Kraft – die Fakultät ‚Zum Zaubertrank‘“.



E. WIEDEMANN / DER SPIEGEL

Poster an der Universität*
Tröstliches, herzerwärmendes Ritual

Diplomatie

Herrin mit forscher Zunge

Carlos Widmann über die neue US-Außenministerin Madeleine Albright

Am Vorabend der Invasion Haitis, als nicht auszuschließen war, daß einige GIs sich in Lebensgefahr begeben würden, ging Außenminister Warren Christopher seelenruhig ins Kino. Amerikas Botschafterin bei den Vereinten Nationen indessen zeigte publikumswirksam ihr patriotisches Herz: Madeleine Albright fuhr zum Truthahn-Essen in eine Kaserne, wo die Boys auf den Fronteinsatz warteten.

Das war eine vortreffliche Idee, denn bei jenem Dinner in West Virginia trat zufällig ein alter Kriegsveteran auf, in einer US-Uniform aus dem Zweiten Weltkrieg. Als sie des Mannes ansichtig wurde, war Frau Albright nicht zu halten; sie sprang auf und rief dramatisch in die Runde: „Männer in solcher Uniform haben diesem kleinen Mädchen und diesem kleinen Mädchen das Leben gerettet!“ – wobei sie auf sich selbst und auf ihre jüngere Schwester zeigte, die zu dem Fraternisierungstreffen mitgekommen war.

Mit ihren tschechischen Eltern und Geschwistern, so erklärte die Uno-Botschafterin den Soldaten, habe sie „den Krieg in den Luftschutzkellern von London“ zugebracht. Und sie fügte hinzu: „Ich wünschte mir nur, das Land meiner Geburt wäre von den Amerikanern befreit worden, denn dann wäre die Geschichte ganz anders verlaufen.“

Auch ihre persönliche Geschichte freilich: Denn wären damals nicht die Russen mit ihren kommunistischen Satrapen in Prag eingezogen, hätte Präsident Clinton ein halbes Jahrhundert später wohl kaum das frühere Asylantenkind Madeleine Korbel zur Außenministerin der Vereinigten Staaten bestimmen können.

Prag liegt gar nicht fern von Fürth. Nur 270 Kilometer Luftlinie trennen die Geburtsorte der beiden amerikanischen Außenminister des letzten Vierteljahrhunderts, die im alten Europa auf die Welt gekommen sind. Doch die einstige Marie Jana Korbel, geboren in Prag am 15. Mai 1937 als Staatsbürgerin der ersten tschechoslowakischen Republik, spricht – anders als der gebürtige Franke Heinz Alfred Kissinger – Amerikanisch ohne exotischen Akzent. Das liegt an einem Altersunterschied: Marie Jana kam mit 11 nach Amerika, wogegen der spätere Henry Kissinger bei seiner Einwanderung bereits 15 war.

Prag, die Goldene Stadt, wurde in diesem Sommer von zwei gutbewachten, doch unternehmungslustigen Amerikanerinnen aufgesucht, die im Hosenanzug über den Altstädter Ring flanierten. Hillary Rodham Clinton und Madeleine Korbel Albright machten einen Schaufensterbummel, schlürften Kaffee und wurden am Abend von Präsident Václav Havel bewirtet, mit dem sie gemeinsam das englische Lied vom „Good King Wenceslas“ angestimmt haben.

Natürlich gab es damals belustigte Mienen unter Amerikas Diplomaten. Es ist ja keineswegs Protokollvorschrift, daß die Ehefrau des US-Präsidenten auf einer halb touristischen Reise durch Mitteleuropa vier Tage lang vom amerikanischen Uno-Botschafter begleitet werden muß. Aber die beiden haben sich prächtig verstanden, und Madeleine Albright zeigte kein bißchen Lampenfieber.

„The audition“ wurde der Auftritt Frau Albrights damals bissig genannt – wie im Theater das Vorsprechen für eine Bühnenrolle. Die willensstarke und vielsprachige Botschafterin imponierte der stählernen, doch eher monoglotten First Lady, und sie verströmte in Prag den ganzen böhmischen Charme, der in New York so schmerzlich an ihr vermißt wird. Daß der vielversprechende Prüfling Albright das Prager Examen bestanden und die Traumrolle errungen hat, war jedoch mit letzter Gewißheit erst am Donnerstag vergangener Woche zu erfahren – vom Ehemann der First Lady.

Bill Clinton hat sich die Wahl des Secretary of State für seine zweite Amtszeit nicht leichtgemacht. Er verdankte die eigene Wiederwahl zu einem guten Teil den Stimmen der Frauen; deren Verbände haben denn auch in den letzten Wochen jeden nur möglichen Druck auf das Weiße Haus ausgeübt. Der Präsident hatte seinen eigenen Favoriten, den früheren demokratischen Senatsführer George Mitchell; erst nachdem Clinton



REUTERS

Künftige Außenministerin Albright, Chef: Böhmischer Charme

Werbeseite

Werbeseite

ihn aufgeben mußte, weil er den Republikanern zu links war, wurde das Außenministerium frei für die kämpferische Frau.

Der alte Reaktionär Jesse Helms hat signalisiert, daß er die bisherige Uno-Botschafterin („eine mutige Lady“) ohne Umschweife im neuen Job bestätigen will. Im republikanisch beherrschten Kongreß hat Helms als Vorsitzender des außenpolitischen Senatsausschusses praktisch ein Vetorecht. Er wird davon im Falle Albright keinen Gebrauch machen – und zwar nicht obwohl, sondern weil ihm die Vereinten Nationen suspekt sind.

Madeleine Albright vollbrachte nämlich das Kunststück, die Unpopularität der Uno bei den Amerikanern für ihre eigene Beliebtheit zu nutzen. In einem Land, wo viele Menschen allen Ernstes glauben, Amerika werde insgeheim von Butros Butros Ghali und seinen anonymen Bürokraten beherrscht, konnte Frau Albrights Gegnerschaft zum Uno-Generalsekretär nur den eigenen Ruhm fördern.



AP

Uno-Botschafterin Albright: Wenig Liebe zur Diplomatie

Das Veto der einzigen verbliebenen Supermacht auf dem Planeten gegen Ghalis Wiederwahl hat Madeleine Albright am lautesten artikuliert. Wenige Tage vor ihrer Ernennung zur Außenministerin verkündete sie noch einmal im Foyer des Sicherheitsrates mit der für sie typischen Entschiedenheit: „Die Haltung der USA ist völlig klar, und es wird keinen Kompromiß geben.“ Das ist die Stimme der Herrin, die dem Rest der Welt erklärt, wo es langgeht.

Frau Albrights amerikanische Kritiker, vor allem im Außenministerium, das sie demnächst übernehmen wird, sprachen stets abfällig von ihrer „soundbite“-Diplomatie. Aber da schwingt auch Neid mit: Die einstige Professorin an der Washingtoner Georgetown University hat die Begabung, sich genau in jenen sekundenlangen Tonhäppchen zu artikulieren, die für die Schnipselwelt der Fernsehnachrichten ideal sind.

Nach eigenem Bekenntnis hält die Diplomatin Albright nicht viel von Diplomatie. Ihre Verachtung für heuchlerische Höflichkeiten, die das Zusammenleben der Nationen erleichtern, hat die Uno-Botschafterin oft genug vorgeführt – aber nie so drastisch wie Ende Februar dieses Jahres, als es galt, das Regime des Erzfeindes Fidel Castro zu beschimpfen.

Die Provokationsflüge der Exilkubaner in Miami, die bei ihren Verletzungen des Luftraums oftmals bis zum Stadtzentrum Havannas vorstießen, waren schließlich von Piloten der kubanischen Luftwaffe mit dem Abschuß zweier Kleinflugzeuge beantwortet worden – worauf Frau Albright die Untat mit einem spanischen Unwort geißelte, das grob den Stolz der Männlichkeit bezeichnet: „Ehrlich gesagt, das zeugte nicht von Cojones, sondern von Feigheit.“

Selten hatte ein Tonhäppchen mächtigere Durchschlagskraft. Die Diplomaten der ganzen hispanischen Welt griffen sich entsetzt an die Stirn – aber die Exilkubaner in Südflorida liebten Frau Albright dafür und klebten die Anstößigkeit an die Stoßstangen ihrer Autos. Selbst der US-Präsident lernte, Madeleine Albright für ihre Unverblümtheit zu lieben – spätestens in der Wahlnacht, als feststand, daß der konservative US-Staat Florida mehrheitlich für Clinton gestimmt hatte.

Beim Spaziergang durch Prag, als Madeleine Albright sich so schwesterlich um die Gunst der zehn Jahre jüngeren Hillary Clinton bemühte, zeigte sie der First Lady auch das gelbgestrichene Haus ihres Vaters. Der hieß Josef Korbel – ein in Böhmen häufiger Nachname, der Humpen oder auch Bierkrug bedeutet. (Rein etymologisch müßte Frau Albright sich recht gut mit jenem früheren tschechoslowakischen Außenminister verstehen, der den markanten Familiennamen Dienstbier trägt.) Anders als die Tochter, war der Vater Diplomat. Josef Korbel kam aus einer ostböhmischen Kleinstadt nach Prag, studierte Jura an der Karls-Universität und trat 1933 in den diplomatischen Dienst ein. Von 1936 bis 1939 war er Presseattaché an der tschechischen Botschaft in Belgrad. Hier will seine älteste Tochter Marie Jana Korbel, wenngleich kaum dem Säuglingsalter entwachsen, nach eigenem Bekenntnis ihr außenpolitisches Schlüsselerlebnis gehabt haben.

Dieses hieß schlicht „München“ – also die von Mussolini auf britische Anregung betriebene Gipfelkonferenz vom September 1938, wo den Tschechen die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland (sowie anderer Gebiete an Polen und Ungarn) auferlegt wurde. Dem folgte am 1. Oktober 1938 das triumphale Einrücken der Wehrmacht im Sudetenland. Doch schon im März 1939 brach Hitler das Münchner Abkommen: Die Wehrmacht besetzte Prag, und aus der Zerschlagung der „Resttschechei“ (Hitler) ging das nazistische „Protektorat Böhmen und Mähren“ hervor.

„Während viele Amerikaner meiner Generation vom Vietnam-Trauma geprägt wurden“, erklärte Madeleine Albright gegenüber Elaine Sciolino von der *New York Times*, „wird mein Denken von ‚München‘ bestimmt. Ich habe gesehen, was passiert, wenn einem Diktator erlaubt wird, ein Stückchen von einem Land zu besetzen: Dann geht das ganze Land den Bach hinunter. Und ich habe während des Weltkriegs das Gegenteil gesehen, nachdem Amerika in den Kampf eintrat. Für mich sind die USA das wahrhaft unentbehrliche Land, ich habe es nie als imperialistisch oder sonstwie einmischungsfreudig betrachten können.“

Nur die Lehre von München also hat zu gelten, und nicht die Lehre von Vietnam: Obwohl die Amerikaner ihrer Generation immerhin Vietnam bewußt erlebt haben, während Madeleine Albright von München eigentlich nur eine Vorstellung haben kann, die den vagen Wahrnehmungen eines Säuglings entspricht.

Der Vorname Madeleine wurde der kleinen Marie Jana Korbel gleichsam in die Wiege gelegt durch ein populäres Theaterstück, das ihre Eltern im Prag von 1937 bezauberte: „Madla aus der Ziegelei“ hieß es, und Madlenka lautete der Kosename der Protagonistin, die von der jungen Lida Baarova gespielt wurde – je-

Werbeseite

Werbeseite

ner späteren Ufa-Filmschauspielerin, die einen größeren Bekanntheitsgrad als Geliebte von Joseph Goebbels erlangte.

Madlenka-Madeleine hat Amerika viel zu danken. Ihr Vater wurde ein erfolgreicher Professor in Colorado, sie konnte am Wellesley College in Neuengland studieren, wo auch Hillary Rodham ihre Grundausbildung erhielt, und dort hat Madeleine Korbel ihren Mann kennengelernt, den reichen Zeitungserben Joseph Albright.

Durch das Geld der Albrights konnte Madeleine drei Töchter großziehen und gleichzeitig an der Columbia University weiterstudieren. Obgleich ihr Mann sie 1982 mit verletzender Abruptheit verließ, blieben Madeleine – neben einem starken Aktienpaket – ein schönes Haus in Georgetown und eine 150 Hektar große Farm in Virginia. Das ist in Washington auch politisches Kapital. Dennoch betrachtet Frau Albright jene Scheidung als das dunkelste Ereignis in ihrer Biographie.

Nun ist sie die erste Frau in der Geschichte, die das Amt des US-Außenministers erlangt. Es ist rein biographisch gesehen kein Wunder, daß sie an eine vor allem militärisch aktive Rolle der Vereinigten Staaten in aller Welt glaubt – ganz im Gegensatz etwa zu General Colin Powell, der sich einem Eingreifen in Bosnien hartnäckig widersetzte.

Zwar hat die Frau mit den Cojones den Friedensprozeß im Nahen Osten als „unumkehrbar“ bezeichnet, aber das war vor der Machtübernahme Benjamin Netanjahus in Israel. Das Echo aus der arabischen Welt verspricht der überzeugten „Internationalistin“ nichts Gutes: Die Lady mit der forschen Zunge erscheint dort wie zur Buhfrau prädestiniert.

Klein, gedrungen und platzend vor Energie, zeigte Madeleine Korbel Albright sich nahezu euphorisch, als Clinton sie im Weißen Haus der amerikanischen Nation und dem Rest der Welt vorstellte. Sie übernimmt ihr Amt mit offenkundigem Gusto, ja, sie scheint sich von ihm mehr Lust als Last zu versprechen.

Zaire

Ewiger Partisan

Die Rebellen erobern immer größere Teile von Mobutus Reich. Ihr Führer kämpfte schon mit Ché Guevara.

Der Held aus dem fernen Kuba schrieb in sein Tagebuch: „Kabila eingetroffen. Endlich befand sich der Revolutionsführer im Operationsgebiet. Ich wiederholte ihm meine alte Leier: ich wollte an die Front.“

Die Eintragung stammt vom Juli 1965, Ernesto Ché Guevara war mit einer kleinen Truppe in geheimer Mission im östlichen Kongo unterwegs. Er wollte „den Imperialisten im Zentrum ihrer Interessen einen Schlag versetzen“.

Der Ché ist längst tot. Sein afrikanisches Abenteuer endete mit einem Fehlschlag. Aber die Guerrillagebiete von damals sind heute wieder Schauplatz eines Bürgerkriegs. Und in der Kivu-Region diktiert erneut der Rebellenchef aus Ché Guevaras Tagen das Geschehen – Laurent Kabila ist wieder da.

„Er war ständig in Aktion, schien allen Mut einzuflößen, wodurch sich die äußere Erscheinung dieses vom Mangel an Disziplin gebeutelten Ortes schlagartig änderte“, beschrieb Ché Guevara 1965 den afrikanischen Kampfgenossen. Der Revolutionär bemerkte freilich bei Kabila auch Arroganz, viele Whisky-Flaschen und ein paar Mulattinnen im Gefolge.

Kabila, der „Guerrillero, der niemals aufgab“, überlebte im Gebiet von Afrikas Großen Seen, ohne Geschichte zu machen. Das könnte sich jetzt, drei Jahrzehnte später, ändern. Heute trägt der inzwischen 60jährige keinen Bart mehr, seine spärlichen Kopfhaare sind ergraut. Aber der Kampfgeist ist ungebrochen.

Immer noch will Chés Jünger seinen alten, an Prostatakrebs erkrankten Feind Mobutu Sese Seko, 66, zur Strecke bringen – nun als Chef der „Allianz Demokratischer Kräfte für die Befreiung Kongo-Zaires“, einer Widerstandsbewegung, die 3000 bis 7000 Mann unter Waffen hält.

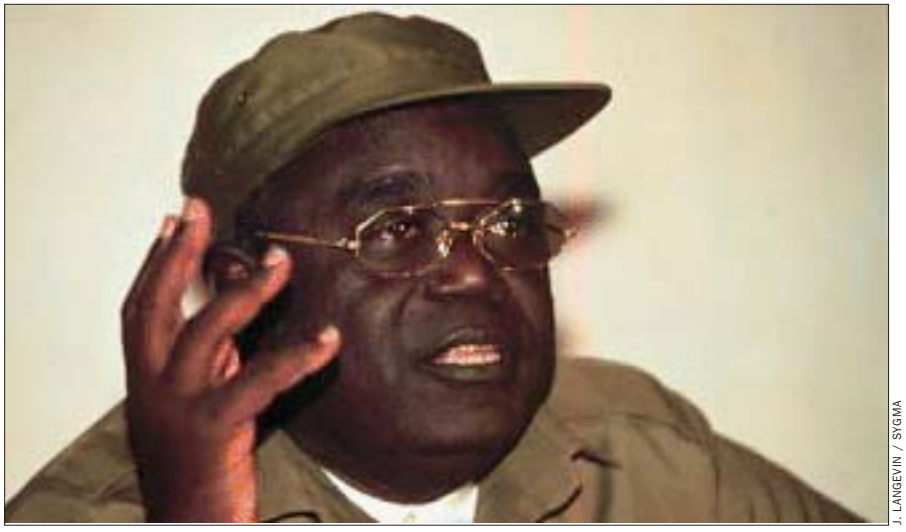
In dieser Streitmacht stellen Angehörige des zum Tutsi-Volk gehörenden zairischen Banyamulenge-Stammes die meisten Soldaten. Mit dem zusammengewürfelten, aber schlagkräftigen Haufen ist Kabila – selbst kein Banyamulenge – seinem Ziel so nahe wie nie gekommen.

Lebhaft versichert er, daß er keinen Stammeskrieg führe. „Wir wollen nicht, daß Zaire auseinanderfällt“, verkündet der Rebellenchef im eroberten Bukavu,



der „Hauptstadt der befreiten Gebiete“. Dort hat sich die Allianz-Führung im Gouverneurspalast einquartiert. Sie bemüht sich, das Leben in der verwüsteten Stadt wieder in Gang zu bringen.

Kabila berief einen Zivilisten auf den Gouverneursposten und forderte die Beamten auf, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Er begann, ausstehende Gehälter nachzuzahlen; um an Geld zu kommen, brachen seine Soldaten unter dem



J. LANGEVIN / SYGMA

Rebellen-Chef Kabila: „Er schien allen Mut einzuflößen“

Beifall der Bevölkerung den Safe einer Bank auf.

Die Aufständischen geloben, bis in die rund 2000 Kilometer entfernte Hauptstadt Kinshasa zu marschieren. Ende vergangener Woche waren sie schon ein ganzes Stück nach Westen vorgedrungen und bedrohten gar Kisangani (früher Stanleyville), mit 600 000 Einwohnern eine der größten Städte. In den Vororten kam es zu Schießereien; unklar blieb, ob Rebellen daran beteiligt waren oder ob Einheiten von Mobutus verkommenen Streitkräften aufeinander feuerten.



R. BURRI / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Guevara

Die Regierungstruppen sind in Panik: In Mbuji-Mayi, Hauptstadt der Diamantenregion Ost-Kasai, rissen sich die Wachsoldaten vor dem Gouverneurspalast die Uniform vom Leib, als sie das Knattern von Hubschraubern hörten – sie fürchteten, Kabilas Rebellen seien da.

Der Bevölkerung sei inzwischen aufgegangen, daß „die Regierung nur noch ein Papiertiger“ ist, sagt Kinkela Vi Kansy, Mitglied der Opposition in Zaires Übergangsparlament. „Die Menschen warten auf Kabila, damit er sie von diesem System der Räuberei, der Vergewaltigung und des Plünderns befreit.“

Zaires Armee und Gendarmerie soll offiziell 100 000 Mann stark sein; aber Experten schätzen, daß es in Wahrheit keine 50 000 sind. Offiziere führen die Namen von Deserteuren und Verstorbenen weiter auf den Soldlisten, um durch diese Geistersoldaten ihre Einkünfte aufzubessern.

Gut ausgerüstet und bezahlt wird lediglich Mobutus „Division spéciale présidentielle“ – 15 000 von Nordkoreanern gedrillte Elitesoldaten, die wohl in der Lage wären, Kisangani zu verteidigen. Doch dann würde die Prätorianergarde in Kinshasa oder in Mobutus nördlicher Heimatprovinz fehlen.

Der Verlust Kisanganis wäre katastrophal für das Mobutu-Regime. Die Rebellen hätten dann die Kontrolle über einen großen Teil des Zaire-Flusses gewonnen, Zaires wichtigster Transportader. Und ohne den Flughafen der Stadt könnte Mobutus Armee keinen Nachschub mehr an die Front im Osten bringen.

Der Diktator aber residiert seit dem 4. November ungerührt in seiner rosa Villa im französischen Riviera-Städtchen Roquebrune-Cap-Martin und bastelt – mit Unterstützung seines Gastlandes – an einem Friedenskonzept.

Doch „Mobutu müßte schon ein Zauberer sein“, um eine Lösung zu finden, sagt der Oppositionsabgeordnete Vi Kansy. In Kinshasa glauben viele nicht mehr an seine Rückkehr.

Wie ein exilierter Fürst empfängt Mobutu Besucher bei Hofe, um eine Macht vorzutäuschen, die er daheim längst nicht mehr ausüben kann. Als Abgesandter des Uno-Generalsekretärs sprach der Kanadier Raymond Chrétien vor; die Außenminister Kenias, Tansanias und Äthiopiens machten ihre Aufwartung, ebenso der südafrikanische Vizepräsident Thabo Mbeki. Aus dem heimatlichen Zaire reisten Premier Kengo wa Dondo und Oppositionsführer Etienne Tshisekedi an.

Nur ein Gesprächspartner, der wichtigste, fehlt bislang: Kabila. Der korrupte Diktator und der ewige Partisan nach über 30 Jahren Kampf an einem Tisch? Ganz unmöglich erscheint das nicht.

Kabila sagte in einem Interview mit dem Rundfunksender von Bukavu, er sei zu Verhandlungen bereit, „um das Blutvergießen im östlichen Zaire zu beenden“. Mobutu solle aber nicht glauben, daß er ihn mit einem Regierungsamt abfinden könne.

Ein Mann, der mit Ché Guevara gekämpft hat, läßt sich nicht kaufen. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Österreich

Alte Reflexe

Der Bundespräsident krank, der Kanzler angeschlagen, die Regierung orientierungslos: Die Alpenrepublik ist politisch gelähmt.

Er war einer, der immer alles wollte, und er bekam es auch. Dem Klischeebild des gemütlichen, doch provinziellen Österreichers entsprach Thomas Klestil nie, obwohl er Sohn eines einfachen Wiener Straßenbahners ist.

Sein Ehrgeiz brachte ihn auf Botschafterposten in New York und Washington, als Außenseiter gewann er 1992 sogar die Wahl um das höchste Amt der Republik, die unter seinem Vorgänger zur international gemiedenen Waldheimat herabgesunken war.

Klestil, 64, versprach seinem Volk, er werde ein „aktiver Bundespräsident“ sein. Bei einem Ausflug auf dem Bodensee ließ er kurzerhand sein Schiff im deutschen Bad Schachen anlanden, als er erfuhr, daß Helmut Kohl und François Mitterrand gerade dort weilten. Erhobenen Kinns überraschte er die beiden Staatsmänner. Auch nicht deren körperlich spürbare Abneigung gegen den Eindringling konnte das Selbstbewußtsein des ungebetenen Gastes erschüttern.



AP

Präsident Klestil, Besucher Vranitzky*: Schwer gezeichnet

Seit Freitag, dem 13. September dieses Jahres, ist Klestil nur noch ein Schatten seiner selbst. Ohne die Regierung um Kanzler Franz Vranitzky zu informieren, versetzten Ärzte den erkrankten Präsidenten drei Tage lang in künstlichen Tiefschlaf, um seinen Organismus zu schonen. Den ahnungslosen, aber neugierigen Untertanen teilte Chefarzt Wolfgang Graninger salopp mit, man hätte Klestil „schon aufgeweckt, wenn es um die Frage gegangen wäre, ob sich Österreich der Ukraine anschließen soll“.

Die Ungewißheit um den Zustand des Staatsoberhaupts nützte die Boulevardpresse zu wilder Spekulation. Das Blatt *täglich Alles* brachte Klestil per Ferndiagnose gar in Aidsverdacht. Zwar mußte sich die Zeitung sogleich entschuldigen und eine Million Schilling (142 000 Mark) für behinderte Kinder spenden, doch Sorgen um die Wiederherstellung des Präsidenten bleiben bis heute.

„Es ist keine Krankheit, sondern ein Bündel von Problemen“, sagt sein Pressesprecher in der Hofburg, Heinz Nußbaumer, der sich, da bleibt sich Österreich selbst treu, seit Waldheims Zeiten „Professor“ nennen darf.

Klestil leide an einer „unklassifizierten Bindegewebserkrankung“, zu der eine Lungenbläschenentzündung gekommen sei, erklärte ein eigens herbeigerufener amerikanischer Arzt, nachdem Fernsehbilder eines kurzatmigen, schwergezeichneten Präsidenten im November die Nation erschreckt hatten. Das Staatsoberhaupt „fühlt sich in High Spirit“, behauptete Nußbaumer vergangene Woche, „es besteht nicht die Spur eines Zweifels, daß er schon bald wieder zurückkehrt“.

Ähnliches war freilich schon vor Wochen zu hören, und kaum jemand setzt noch darauf, daß Klestil vor dem nächsten Frühjahr seinem eigenen Maßstab von „gesund“ entspricht: „die Treppen in der Hofburg hinauf- und den Gang entlanglaufen und dann eine Rede halten, ohne außer Atem zu geraten“.

In diesem Jahr kann er nicht einmal an der Verleihung von Orden und Titeln an Mitglieder der Wiener Philharmoniker teilnehmen, geschweige denn politische Debatten auslösen wie kurz nach dem EU-Beitritt seines Landes Anfang 1995, als er Österreichs Neutralität offen anzweifelte, weil „in künftigen europäischen Sicherheitsstrukturen Trittbrettfahrer nicht willkommen“ seien.

Die Alpenrepublik könnte das Ausbleiben solch provokanter Auftritte und eine eingeschränkte Amtsfähigkeit ihres Ersten Bürgers wohl ertragen. Zwar räumt die Verfassung ihm weitreichende Vollmachten wie den Oberbefehl über das Heer und die freie Vergabe des Auftrags zur Regierungsbildung sowie die Entlassung des Bundeskanzlers und der Regierung ein, aber in der politischen Wirklichkeit darf der Präsident kaum mehr als repräsentieren.

Beunruhigendes Gewicht erhält Klestils Krankheit indes durch die Lähmung, in der sich Österreichs Regierungsparteien seit den Wahlen zum EU-Parlament im Oktober befinden. Statt auf den Wahlerfolg des radikalen Rechtspopulisten Jörg Haider, der mit der konservativen Volkspartei und den Sozialdemokraten fast gleichzog, mit dringend notwendigen Reformen zu reagieren, verharrt die Große Koalition im alten Trott. Die unbestrittene Fähigkeit des Kanzlers Vranitzky, ausgleichend zu moderieren, wirkt nunmehr eher hemmend. Eine groß angekündigte Regierungsklausur geriet zu einem „deprimierenden, ideenlosen Schauspiel“, kritisierte die Grünen-Politikerin Friedrun Huemer.

Statt in Wien, wo erstmals bei demokratischen Wahlen die Sozialdemokraten die absolute Mandatsmehrheit einbüßten, mit Grünen und Liberalen ein überfälliges Experiment zu wagen, bilden SPÖ und ÖVP jetzt auch in der Bundeshauptstadt eine „Koalition der Verlierer“, spottet Haider. Ohne Not und zum Entsetzen liberaler Wählerschichten überantwortete SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl das für Wien so bedeutsame Kulturressort dem ehemaligen Wahlkampf-Büroleiter Waldheims, Peter Marboe – lauter falsche Signale. Noch immer seien die alten Reflexe stark, „keinen Fingerbreit der Gemütlichkeit aufzugeben“, meint der Wirtschaftsforscher Helmut Kramer.

Dabei könnten die Leiden Klestils paradoxerweise einen Weg ebnen, um die Politikstarre in der Alpenrepublik zu überwinden. Sollte der Bundespräsident auf sein Amt verzichten müssen, würde sich Kanzler Vranitzky vielleicht dazu überreden lassen, selbst als Nachfolger zu kandidieren und den Weg für einen glaubwürdigen sozialdemokratischen Neubeginn frei zu machen.

Dann, so argumentieren Vranitzkys innerparteiliche Kritiker, würde vielleicht doch noch jener Aufbruch möglich, der nötig wäre, um Gottseibeiuns Haider bei den nächsten Wahlen von der Macht fernzuhalten. ❑

* Am 14. November.



H. BAMBERGER / AGENTUR FOCUS

Bourdieu beim SPIEGEL-Gespräch*: „Wir erleben eine konservative Revolution auf leisen Pfoten“

SPIEGEL-Gespräch

„Wie Maos rotes Buch“

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu über die Bundesbank und die neoliberale Wirtschaftspolitik

SPIEGEL: Monsieur Bourdieu, Sie haben den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, scharf angegriffen. Er erscheint Ihnen als die Galionsfigur des antisozialen Neoliberalismus. Wollten Sie Bonn und seinen Europaplänen den ideologischen Krieg erklären?
Bourdieu: Nein, ich habe Herrn Tietmeyer nicht als Deutschen attackiert, sondern als Bankier, als dogmatischen Bankier überdies. Meine Polemik, die auch ironische Züge hatte, war nicht Ausdruck eines nationalen französischen Widerstands gegen Deutschland. Ich halte es vielmehr für dringend geboten, einen europäischen Staat zu errichten, der sich gegen die Zwangsvorstellungen und die Machtansprüche einer Zentralbank zur Wehr setzen kann.
SPIEGEL: Die Franzosen sprechen der Bundesbank wohl eine Autorität zu, wie sie früher der preußische Generalstab hatte.
Bourdieu: Es heißt, Preußen sei ein Staat gewesen, den sich das Militär aufgebaut hat. Man hat aber noch nie einen Staat rund um eine Bank aufgebaut. Für mich ist es ein außerordentlich schlechtes Zeichen, daß die geplante Europäische Union mit der Währungsunion – also mit einer Zentralbank als Grundstein – beginnen soll. Indem ich mich mit Tietmeyer anlegte, wollte ich eine europäische Debatte hierüber auslösen.

* Mit Redakteuren Dieter Wild und Romain Leick im Collège de France in Paris.

SPIEGEL: Hat er Ihnen geantwortet?
Bourdieu: Nein, Helmut Schmidt hat, wie Sie wissen, einen Aufsatz in der *Zeit* geschrieben …
SPIEGEL: … und Tietmeyers monomanische Deflationspolitik angeprangert.
Bourdieu: Das hat mich mit großer Genugtuung erfüllt. Helmut Schmidt hat sehr präzise Argumente angeführt.
SPIEGEL: Ein eher linker französischer Soziologe und ein eher rechter deutscher Sozialdemokrat – ist das nicht eine seltsame Allianz?

Als ein Mahner

vor kommenden sozialen Katastrophen tritt der Doyen der französischen Soziologie, Pierre Bourdieu, 66, auf. Seit 1981 lehrt er am Collège de France in Paris, der renommiertesten akademischen Einrichtung Frankreichs. Schon vor einem Jahr solidarisierte er sich mit der Streikbewegung gegen die Sparpolitik der Regierung Juppé. Ende Oktober warnte er in der linken Tageszeitung *Libération* unter der Überschrift „Gegen die Idee Tietmeyer – ein europäischer Wohlfahrtsstaat“ vor den Auswirkungen der Globalisierung auf die europäischen Gesellschaften. Der Präsident der Deutschen Bundesbank ist für Bourdieu die Symbolgestalt des Ökonomismus.

Bourdieu: Die Wahrheit kennt keine Heimat und keine Partei. Es gibt gegenwärtig so etwas wie eine kollektive Blindheit. Alles, was die Währung, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds oder die Deutsche Bundesbank umgibt, ist zu einem fast schon religiösen Phänomen geworden. Die Losungen, die so frenetisch ausgegeben werden – Globalisierung, Flexibilität: Man weiß doch gar nicht, was das bedeutet; es sind nur vage, unscharfe Begriffe in Umlauf, wie bei einem religiösen Bekenntnis.
SPIEGEL: Diese angebliche Religion ist aber nicht rein deutsch.
Bourdieu: Sie hat überall auf der Welt Anhänger, auch in Frankreich, wo Jean-Claude Trichet, der Chef der Banque de France, als ihr Herold auftritt, ein Mann, der zu allem Überfluß auch noch dichterische Ambitionen hegt. Aber man muß schon sagen, daß Herr Tietmeyer in gewisser Weise der Hohepriester ist.
SPIEGEL: Überhöhen Sie seine Bedeutung nicht gewaltig?
Bourdieu: Nein. Wichtig erscheint mir seine dogmatische und rituelle Sprache. Das Schlimme an diesen Glaubenssätzen ist, daß sie wie selbstverständliche Wahrheiten verkündet werden. Niemand wundert sich, niemand stellt Fragen, alles erscheint offensichtlich. Die meisten, die diese religiöse Litanei nachbeten, haben von Wirtschaftstheorie keine Ahnung. Der Neoliberalismus ist heute das, was für die Theologen des Mittelalters die „communis doctorum opinio“ war, die

Werbeseite

Werbeseite



REUTERS

Protest in Paris: „Gegen den Triumph eines zynischen Kapitalismus“

gemeinsame Überzeugung der Gelehrten.

SPIEGEL: Ein Lehrgebäude, das im Gewand der Wissenschaft daherkommt – glauben Sie demnach an eine ideologische Verirrung?

Bourdieu: Genau, wir haben es mit einem konservativen Dogmatismus zu tun, der sich zu Unrecht auf wissenschaftliche Autorität stützt.

SPIEGEL: Ist es nicht einfach so, daß die Bundesbank derzeit zum Sündenbock für alle möglichen wirtschaftlichen Gebrechen Frankreichs gemacht wird?

Bourdieu: Keineswegs. Ich wundere mich, wie wenig deutschfeindlich die Franzosen sind. Sicher, Herr Tietmeyer, der überall redet und überall auftritt, verkörpert die beträchtliche Macht der Bundesbank. Sein Ungeschick und seine unbestreitbare Brutalität können einen zur Verzweiflung treiben. Aber das Ziel des Widerstands ist der Neoliberalismus.

SPIEGEL: Was ist denn so falsch daran, mit einer Währungsunion zu beginnen?

Bourdieu: Das ist ein sehr eindimensionales Unterfangen. Warum redet niemand über die Vereinheitlichung des europäischen Sozialrechts? Es käme darauf an, eine rechtsstaatliche Macht in Europa zu schaffen, welche die Wirtschaft mit juristischen Regeln in den Dienst bestimmter Zwecke stellen könnte. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müßte neu geordnet werden. Vor allem müßte man das soziale Dumping, das Arbeitslosigkeit erzeugt, kontrollieren. Es käme ebenso darauf an, einen europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt zu schließen.

SPIEGEL: Ist das alles derzeit nicht ziemlich unrealistisch?

Bourdieu: Man darf sich keinem geistigen Terrorismus beugen. In Tietmeyers Denken sehe ich eine Analogie zu Maos kleinem roten Buch: Ideen als Waffe. Mao vertrat ein autoritäres Gedankengebäude, mit dem er seinem Volk jede Absurdität abverlangen konnte, etwa den Großen Sprung nach vorn. Tietmeyer verkündet einen ähnlichen Glaubenstypus, gegründet auf den ökonomischen Fatalismus. Die berüchtigten „Finanzmärkte“ wollen uns ihre Macht als schicksalhaft aufdrängen. Die ökonomistische Sicht der Dinge tötet jede Utopie: Es scheint nichts anderes möglich, als sich zu fügen.

SPIEGEL: Aber es droht doch wirklich keine Wirtschaftsdiktatur, nur weil die Europäische Zentralbank unabhängig von politischer Einflußnahme sein soll.

Bourdieu: Tietmeyers Philosophie besteht darin zu sagen: Gegen die Finanzmärkte ist kein Kraut gewachsen, jeder Widerstand ist zwecklos. Und diese Leute erdreisten sich, von Freiheit, von Liberalismus zu sprechen, als wären Freiheit und Laisser-faire dasselbe. Der Neoliberalismus propagiert ein schlichtes Gewährenlassen wirtschaftlicher Kräfte – mithin Fatalismus.


ACTION PRESS

Bundesbank-Chef Tietmeyer

SPIEGEL: Sie dagegen verlangen eine Rückkehr zum staatlichen Dirigismus.

Bourdieu: Eine europäische Bank ist sinnvoll als Instrument eines europäischen Staats, der, wie jeder Staat, natürlich ökonomischen Zwängen unterliegt, aber innerhalb dieser Beschränkungen politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt: das Glück, die Gleichheit, die Freiheit, das Recht seiner Bürger auf Arbeit. Eine Bank, die demgegenüber die ungeteilte Herrschaft des Marktes durchsetzen will, ist eine öffentliche Gefahr.

SPIEGEL: Nur daß die Macht der Finanzmärkte eine Realität ist, die Sie nicht ignorieren können.

Bourdieu: Ja, dagegen müssen wir staatliche Strukturen auf europäischer Ebene entwickeln. Die Globalisierung der Finanzmärkte, die Kapital vermehren, ohne industrielle Investitionen zu tätigen, hat eine neue, ungeheure Macht geschaffen, die sich gegen die Regierungen der Nationalstaaten durchsetzen kann.

SPIEGEL: Was können die Staaten tun, wenn ihr Handlungsspielraum ohnehin schon durch enorme Haushaltsdefizite und eine steigende Verschuldung eingeengt ist?

Bourdieu: Sie zwingen mich, über meine Kompetenzen als Soziologe hinauszugehen. Ich tue es, weil das Schweigen der Intellektuellen mich erschreckt. Auf Ihren Einwand könnte man erwidern, daß die Deregulierung der Finanzmärkte zu einer gewaltigen Steuerflucht geführt hat, über die nie gesprochen wird. Deshalb meine Gegenfrage: Wie hoch ist der Anteil an den Haushaltsdefiziten, der von der Steuervermeidung herrührt, die möglich geworden ist, weil die Finanzmärkte staatlicher Kontrolle entglitten sind?

SPIEGEL: Mag sein, aber warum sagen Sie nichts über die Ausgaben? Der Sozialstaat ist überall zu teuer geworden.

Bourdieu: Nun reden Sie wie Tietmeyer.

SPIEGEL: Sie glauben nicht daran?

Bourdieu: Nein. Sehen Sie sich an, wie gerechnet wird. Die Ökonomen stellen fehlerhafte Bilanzen auf: Sie vergessen systematisch die wirtschaftlichen und sozialen Kosten, die ihre Sparmaßnahmen bewirken, zum Beispiel die Ausgaben, die nötig werden, um die Folgen von Arbeitslosigkeit und Elend zu bekämpfen. Dazu gehören natürlich auch Ausgaben im Gesundheitswesen.

SPIEGEL: Welche Kosten sonst noch?

Bourdieu: Nehmen Sie die Gewalt. Die kostet sehr viel. Wie die Energie verliert sich die Gewalt nie, sie ändert nur ihre Erscheinung. Ar-

Werbeseite

Werbeseite

beitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit sind Formen der Gewalt, und diese wirtschaftliche Gewalt kehrt in anderer Form und an anderem Ort wieder – auch als Gewalt der Menschen gegen sich selbst, Kriminalität, Alkohol, Drogen …

SPIEGEL: … Probleme, die es immer gegeben hat. Sie können doch dem Neoliberalismus nicht alle Übel anlasten.

Bourdieu: Ihnen mag es vorkommen, als würde ich maßlos überzeichnen, weil der Neoliberalismus die Köpfe so durchdrungen hat, daß normales Denken paradox anmutet. Ich sage Ihnen: Wir erleben derzeit eine konservative Revolution, die den wilden, ursprünglichen Kapitalismus in neuem Gewand wiederaufleben lassen will.

SPIEGEL: Das würde Tietmeyer entschieden bestreiten, er würde sagen, daß Sie Gespenster an die Wand malen.



A. DUCLOS / GAMMA / STUDIO X

Verfall in einem Vorort von Paris: „Formen wirtschaftlicher Gewalt“

Bourdieu: O ja, das Eigentümliche an dieser Revolution sind die weichen, leisen Pfoten, auf denen sie sich bewegt, sie tut so, als wäre sie unpolitisch. Herr Tietmeyer denkt nicht eine Minute daran, daß er Politik macht; dabei ist alles, was er sagt, Politik von A bis Z. Die Logik daraus ist, daß die Armen nur bekommen, was sie verdienen, sie können krepieren.

SPIEGEL: Wenn er das sagte, wäre er keinen Tag länger im Amt.

Bourdieu: Entziffern Sie doch seine Rhetorik! Es wäre ja auch zu schön, wenn er derlei offen sagte. Er unterstreicht nur, daß die Finanzmärkte alles beherrschen, daß sie Flexibilität und Deregulierung brauchen. Im Klartext: mehr Entlassungen, weniger Sozialstaat. Paradoxerweise redet Tietmeyer wie jene Austromarxisten, die um die Jahrhundertwende die Ära des Finanzkapitalismus verkündeten.

SPIEGEL: Die Macht der Banken ist auch eine Folge der Schwäche des Staats, der nun einmal vor den ökonomischen und sozialen Problemen versagt hat.

Bourdieu: Ja, aber deswegen in Staatspessimismus zu verfallen wäre verfehlt. Versagt haben die Staatsdiener. Insbesondere der französische Staatsadel hat sich als autoritär, starrsinnig und hochmütig erwiesen, als hätte er die Wissenschaft gepachtet. Aber ich kann mir einen europäischen Staat vorstellen, der feinsinniger, aufgeklärter, hegelianischer wäre …

SPIEGEL: … der Staat als Sachwalter des Weltgeistes. Sie erliegen den Verlockungen des Deutschen Idealismus.

Bourdieu: Ach wissen Sie, wer von Trauer erfüllt ist, wird leicht utopisch. Schon Max Weber hat die Professoren verurteilt, die sich als kleine, vom Staat ausgehaltene Propheten aufspielen. Doch im Ernst: Das Interessanteste am Aufbau Europas ist das am wenigsten Sichtbare – die Arbeit all dieser Beamten und Juristen in Brüssel, die Tag für Tag kleine Regeln entwerfen, um Europa zu vereinheitlichen und damit zu stärken.

SPIEGEL: Gerade die Brüsseler Bürokratie ist zum Symbol einer gesichts- und herzlosen Technokratenkaste geworden.

Bourdieu: Sie ist der falsche Gegner, die Brüsseler Technokraten sind Verbündete, die man bei aller Kontrolle ermutigen sollte. Sie können dem europäischen Staat die Mittel geben, mit denen er sich gegen den Ansturm des ungezähmten Neoliberalismus verteidigen kann.

SPIEGEL: Eine schöne Hoffnung. Selbst Schweden, der soziale Modellstaat in Europa, hat das nicht geschafft.

Bourdieu: Ja, die schwedischen Sozialdemokraten haben den Sozialstaat teilweise zerstört, so wie die französischen Sozialisten eine Entwicklung in Gang gesetzt haben, die uns dem Ende des Sozialstaats hierzulande näherbringt. François Mitterrand war der große Totengräber des Sozialismus, in dessen Namen er regierte.

SPIEGEL: Und Sie glauben, daß sich gegen die konservative Revolution so etwas wie eine progressive Gegenrevolution organisieren ließe?

Bourdieu: Das ist die große Frage. Man muß mit einer Revolution in den Köpfen beginnen. Deshalb fühle ich mich verpflichtet, etwas heftig und radikal zu argumentieren, sonst hört niemand hin. Tietmeyers Ideologie sitzt in allen Gehirnen, auch in denen der Journalisten, rechten wie linken.

SPIEGEL: Wo sind die Gegenkräfte? Die Sozialdemokraten haben den Sozialstaat preisgegeben, wie Sie sagen, die Macht der Gewerkschaften bröckelt …

Bourdieu: … auf Dauer wird Tietmeyer selbst die Gegenkräfte erzeugen. Menschen wie er, angefangen bei Margaret Thatcher und Ronald Reagan, führen durch ihre rabiate Politik Krisen solchen Ausmaßes herbei, daß das soziale Europa zur Notwendigkeit werden wird. Nehmen Sie den Streik der Lastwagenfahrer …

SPIEGEL: … eine Mehrheit der Franzosen bekundete ihnen Sympathie.

Bourdieu: Die Lastwagenfahrer werden auf eine unerhörte Weise ausgebeutet, sie arbeiten manchmal über 60 Stunden pro Woche, ihre Unfallquote ist außerordentlich hoch. Warum? Weil die Deregulierung, für die Herr Tietmeyer eintritt, die kleinen Unternehmen zwingt, das letzte herauszuholen. Was als Rationalisierung daherkommt, ist der Triumph eines ungebremsten, zynischen Kapitalismus. Man ist dabei, die europäische Staatszivilisation, die mehrere Jahrhunderte gebraucht hat, um sich zu entwickeln, zu zerstören – und das im Namen des dümmsten Gesetzes der Welt, nämlich der Gewinnmaximierung.

SPIEGEL: Rufen Sie zu einem neuen Klassenkampf auf, Arbeit gegen Kapital?

Bourdieu: Die ideologischen Kräfte sind sehr wichtig. Der Zusammenbruch dieser Karikatur des Sozialismus, die in den osteuropäischen Staaten herrschte, hat jede Opposition ausgelöscht. Die Menschen haben den Eindruck, daß es jenseits des Horizonts nichts gibt, daß die Geschichte ihr Ende erreicht hat. Diese Lähmung ist verhängnisvoll.

SPIEGEL: Was wären die Folgen dieser Zerstörung der europäischen Zivilisation?

Bourdieu: Zunächst eine allgemeine Gefährdung, das Gefühl, daß immer weniger Menschen sichere Berufe haben, und die Demoralisierung, die daraus

Werbeseite

Werbeseite

folgt. Ich denke vor allem an die Selbstzensur, die in alle intellektuellen Tätigkeiten Einzug hält. Darüber hinaus treibt mich eine Sorge um: Ich glaube, daß die neonationalistische Bewegung in Frankreich nicht ohne Zusammenhang mit dieser Entwicklung ist. Und auch die Gefahr des Fundamentalismus in der Welt hat damit zu tun.

SPIEGEL: Le Pen wird wohl nie die Mehrheit in Frankreich gewinnen.

Bourdieu: Le Pens Front national kann im sozialen Organismus wuchern wie ein Krebs. Le Pen hat in gewisser Weise schon gesiegt. Seine Sicht der Welt liegt wie eine dunkle Wolke über dem Land. Bei der Einwanderung und in vielen anderen Fragen hat die Linke bereits nachgegeben.

SPIEGEL: Sie fürchten aber nicht, daß eine faschistische Revolution bevorsteht?

Bourdieu: Ich sagte vorhin etwas launig, daß Herr Tietmeyer selbst die Kräfte der Subversion schaffen wird. Nun, diese Kräfte können sich in jede Richtung entwickeln, sie müssen nicht fortschrittlich sein, sie können auch nihilistisch sein. In den USA geht der Verfall des fürsorglichen Staats – einen wirklichen Wohlfahrtsstaat gab es dort ja nie – mit dem Entstehen eines Polizeistaats einher. Kalifornien wendet seit zwei Jahren mehr für Gefängnisse auf als für das Bildungswesen. Das gibt zu denken.

SPIEGEL: Es gibt auch Licht im amerikanischen Modell – zum Beispiel die

„In fünf Jahren können wir Chicago oder Harlem auch hier haben“

Schaffung von über zehn Millionen neuen Arbeitsplätzen.

Bourdieu: Waren Sie mal im Ghetto von Chicago? Ich schon. Es ist einer der barbarischsten Orte der Menschheit. Außer den Konzentrationslagern gibt es zweifellos nichts Schlimmeres.

SPIEGEL: Wenn Sie die Zustände in den Vororten der großen französischen Städte untersuchen, sehen Sie da denn noch viele Unterschiede zu Chicago?

Bourdieu: O ja, bei uns hat der Staat noch nicht völlig abgedankt.

SPIEGEL: Verbrechen, Jugendarbeitslosigkeit, Rassismus, alle Elemente sind vorhanden.

Bourdieu: In den USA werden jeden Tag sieben Kinder ermordet. Ich stehe wirklich nicht im Verdacht, mich aus nationalistischen Gründen zum Komplizen des französischen Elends zu machen. Aber in unseren Vorstädten funktionieren die Schulen, die Lehrer und die Sozialarbeiter noch; sie haben ein schweres Leben, aber der Verfall ist nicht total. Unglücklicherweise, wenn man den Premierminister Alain Juppé noch fünf Jahre ge-

währen läßt, könnten wir Chicago oder Harlem auch hier bekommen.

SPIEGEL: Der große europäische Sozialstaat, den Sie ersehnen, wäre kein geschlossener Handelsstaat, keine Insel der Seligen. Müßte er nicht Zuflucht in einem rigiden Protektionismus suchen, um an seinen sozialen Errungenschaften gegen die Konkurrenz aus Amerika und Asien festhalten zu können?

Bourdieu: Ich sage darauf weder ja noch nein. Aber die Frage muß gestellt werden, und wir brauchen die Mittel, um die Mythologien, die herumwabern, durch gesicherte Erkenntnisse zu ersetzen.

SPIEGEL: Sie weichen aus.

Bourdieu: Eines der vielen Hindernisse für die harmonische Entwicklung eines europäischen Bundesstaats ist die zwiespältige Haltung der USA. Amerika wünschte ein autonomes Europa, jetzt beobachtet es die Europäische Union voller Mißtrauen. Die USA sind durchaus protektionistisch, manchmal versteckt, manchmal offen und brutal. Diese großen Propheten des Liberalismus, der Deregulierung, der absoluten Freiheit sind immer bereit, die Keule des Handelsembargos zu schwingen. Eine Aufgabe des europäischen Staats bestünde darin, stark genug zu werden, um dem Druck der Finanzmärkte zu widerstehen, die oft nur Wünsche der USA widerspiegeln.

SPIEGEL: Die Linke hat bislang kein Rezept gegen den Neoliberalismus gefunden. Ist der Sozialismus in Europa tot?

Bourdieu: Das hängt davon ab, ob man den realen oder den idealen Sozialismus meint. Der real existierende Sozialismus Osteuropas ist Gott sei Dank mausetot. Die schwedische und die deutsche Sozialdemokratie haben bleierne Füße. Der französische Sozialismus ist meiner Meinung nach dahingeschieden. Wir brauchen eine neue Sicht der Welt, eine kollektive Vision jenseits traditioneller Vorstellungen. Eine echte Demokratie ist nicht möglich ohne ein Minimum an wirtschaftlicher Demokratie.

SPIEGEL: Frankreich, dieses alte Land der Menschenrechte und der republikanischen Gleichheit, scheint derzeit die Speerspitze des Widerstands gegen die Politik des Sparens und der Notopfer zu bilden. Zufall oder historische Mission?

Bourdieu: Aus historischen Gründen hat Frankreich eine besondere Position inne. Dieses Land ist ein Spezialist der Revolution. Aber ich sehe, daß überall Bewegung entsteht. Die Menschen ertragen es nicht mehr. In Spanien steuert der Öffentliche Dienst auf einen riesigen Konflikt zu. Selbst in Deutschland wächst die Bereitschaft zu streiken. Im Augenblick erleben wir eine Wende. Es könnte sein, daß die Globalisierung des wirtschaftlichen Drucks eine Internationalisierung des Widerstands fördert.

SPIEGEL: Monsieur Bourdieu, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Schweiz

Zwei Ellen

Rätsel BSE: Warum ist der Rinderwahnsinn in der Schweiz schlimmer als in Deutschland?

Alfred Rufer aus Zuzwil im Kanton Bern, der 19 Kühe im Stall hat und Prachtexemplare gelegentlich in Italien, Frankreich und Deutschland ausstellt, hatte sich schon auf einen schmerzlichen Abschied vorbereitet. Vier seiner Lieblinge – Carmen, Cornelia, Belinda und Juvena – sollten geschlachtet werden, als Notopfer zur Bekämpfung des Rinderwahnsinns BSE.

Dabei sind die wohlgenährten Tiere „rundum gut in Schuß“, wie es sich für Simmentaler Fleckvieh gehört, so Rufer. Eine Lebensleistung von 100 000 Kilo Milch ist bei dieser Rasse keine Ausnahme; Gemmi, Rufers Rekordkuh, wurde 16 Jahre alt.

Sentimentalitäten will sich der Züchter aber nicht erlauben. Er vergleicht BSE mit früheren Seuchen: In den fünfziger Jahren mußte sein Vater bei einer Ausrottungsaktion gegen die Tuberkulose die ganze Herde umbringen.

Nach dem Schlachtplan, den die kleine Kammer des Parlaments vorletzte Woche beschloß, sollen 1100 Kühe im Land des Greyerzer Käses und der Toblerone getötet, zu Mehl verarbeitet und verbrannt werden – allesamt vor dem 1. Dezember 1990 geborene Tiere aus Beständen, in denen Fälle von Rinderwahnsinn vorkamen, dazu die direkten Nachkommen der BSE-Opfer. So hoffen die Schweizer ihre Nachbarn zu bewegen, Einfuhrbeschränkungen für Vieh und Fleisch aufzuheben.

„Eine halbe Sache“, meint Rufer. Er hätte die von der Regierung und dem Bauernverband vorgesehene Radikalkur vorgezogen. Sie sah vor, bis Mitte 1999 alle 230 000 Rinder auszumerzen, die vor dem Stichtag geboren wurden. Von da an galt das Verbot, Tiermehl zu verfüttern, womit die wahrscheinlichste Krankheitsursache beseitigt schien.

Mit 230 BSE-Fällen stehen die Viehzüchter aus der Eidgenossenschaft hinter Großbritannien an zweiter Stelle in der Rinderwahn-Rangliste. In Portugal wurden 50, in Frankreich 30 Tiere befallen.

Deutschland, Österreich und Italien sind dagegen angeblich verschont geblieben, obwohl zumindest auch deutsche und österreichische Kühe in ihrem Kraftfutter Tiermehl erhielten, wie sich aus Werbematerial deutscher Futtermühlen belegen läßt.

Da die landwirtschaftlichen Strukturen im ganzen Alpenraum ähnlich sind, ist der Schweizer Sonderfall nicht zu erklären. Wissenschaftler sind ratlos, und das Berner Veterinäramt vermutet „Unterschiede in der tierärztlichen Versorgung“.



D. SCHMID / BILDERBERG

Kühe auf Schweizer Alm: Geld für die Pflege der Weiden

„In unserer Landwirtschaft mit ihren rigorosen Auflagen an Qualität, Hygiene und Ökologie“, mutmaßt der Rindermäster Hans Willi aus Oberkirch im Kanton Luzern, „hat man jedes erkrankte Tier fein säuberlich mit Ort und Zeit notiert. In deutschen Großbetrieben holt man für eine dahinsiechende Kuh möglicherweise nicht einmal den Veterinär.“

EU-Experten sprechen vage von „underreporting“ in den kontinentalen Mitgliedsländern – und geben damit dem Verdacht der Schweizer recht, daß mit zwei Ellen gemessen wird.



KEYSTONE ZÜRICH / DPA

Tiermehlfabrik im Kanton Bern
„Wer hat das verfüttert?“

Doch wenn Rufer und seine Kollegen künftig wieder Zuchtvieh exportieren wollen, muß das Alpenland schnell als BSE-frei anerkannt werden.

Mehr als 13 000 Kühe, die im Sommer auf den Almen weideten und aufgrund einer Ausnahmebewilligung der Welthandelsorganisation jedes Jahr – großzügig subventioniert – nach Deutschland und Italien verkauft werden dürfen, blieben jetzt daheim. Sie müssen getötet werden, da ihr Platz im Stall für das Jungvieh benötigt wird.

„Wenn die Lebendware nichts mehr gilt“, weiß Rufer, „gilt auch die Metzgerware nichts.“ Eine ältere Kuh brachte vor zwei Jahren 2000 Franken, jetzt zahlen die Metzger noch 700. Den Bauern müsse geholfen werden, warnt Melchior Ehrler, der Direktor des Bauernverbandes, „sonst werden viele zugrunde gehen“.

Deshalb setzte sich Ehrler für das Abschlachten von 230 000 Kühen ein – was viel mehr gewesen wäre als in Großbritannien, obwohl dort fast 165 000 BSE-Fälle auftraten. Aus dem schlaffen Staatssäckel sollten 320 Millionen Franken Entschädigung an die Bauern verteilt und der überbordende Rindfleischmarkt unter dem Titel BSE-Bekämpfung saniert werden.

Vor allem die Milchbauern stecken in der Klemme. Mastbetriebe brauchen

BSE nicht zu fürchten: Die Rinder aus ihren Ställen leben weniger als zwei Jahre – zu kurz, als daß die Krankheit ausbrechen könnte.

Für die meisten Bauern ist der Rinderwahnsinn „hysterisches Gestürm“. Die Medien, schimpften Kollegen von Alfred Rufer auf einer Versammlung, verbreiteten nur „Mist und Chabis“ (berndeutsch für Kohl).

Die BSE-Krise hat die Schweizer Landwirte im ungünstigsten Moment getroffen. Die Zeit, da sie sich auf die weltweit höchsten Agrarsubventionen verlassen konnten, ist vorbei. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen beträgt entgegen dem Postkarten-Anschein nur noch knapp vier Prozent. Da läßt sich, trotz der traditionellen Begeisterung der Eidgenossen für alles Bäuerliche, nur noch schwer politischer Druck erzeugen.

Künftig sind Zuschüsse für den lange mythisch verklärten Nährstand an strenge Bedingungen geknüpft: Geld erhält nur noch, wer umweltgerecht ackert, sein Vieh artgerecht hält, Bergweiden pflegt, Hecken anlegt und auf Chemikalien verzichtet. Abnahmegarantien und fixe Preise für Milch, Fleisch oder Getreide laufen aus; die Bauern sollen sich selbst im Markt behaupten.

Für einen Biobauern wie Ruedi Baumann, der zugleich Grünen-Abgeordneter ist, kein Problem. Seine Freiland-Rinder, die er seit 15 Jahren züchtet, verkauft er, aller Fleisch-Unlust zum Trotz, problemlos. „Ich habe sogar zuwenig.“

Viele andere dagegen, die gewohnt waren, sich auf staatliche Krücken zu stützen, fühlen sich nun im Stich gelassen. Das stimmt das Landvolk rabiat. Im Oktober endete eine Kundgebung vor dem Berner Bundeshaus im Tränengasnebel.

Der finanziell großzügig gepolsterte Schlachtplan sollte die Wut etwas kühlen, wie führende Bauernpolitiker hofften. Für das Elend machen sie Agrarbürokraten in der Regierung verantwortlich. „Wer kam auf die Idee, Fleischmehl zu verfüttern? Wer hat das eingeführt? Wer hat das Futter kontrolliert?“ fragt Ehrler anklagend.

Doch der Verband, glaubt Baumann, der die konkurrierende Kleinbauern-Vereinigung leitet, „hat nicht daran gedacht, daß die Bauern ihre Tiere gern haben“. In seinem Entscheid für die kleine Lösung kombiniert das Parlament die BSE-Ausmerzaktion mit Schlachtprämien für 20 000 Rinder zur Entlastung des Fleischmarkts. Falls die erhoffte Wirkung ausbleibt, halten die Abgeordneten weiter die große Keule bereit.

Folgen die Volksvertreter diese Woche der kleinen Kammer, ist auch der opferbereite Rufer zufrieden – vor allem, weil er nun Carmen, Cornelia, Belinda und Juvena behalten darf. „Wer weiß, vielleicht geht’s auch so. Man soll immer hoffen.“ ❑

USA

Eine Ärztin für Verstorbene

Jürgen Neffe über Amerikas erste schwarze Chefpathologin und ihre Arbeit im waffenvernarrten Texas

Sie war 14, als sie zum erstenmal sah, wie ein Leichnam zur Feststellung der Todesursache geöffnet wurde. Während eines Schülerpraktikums hatte sie einen Botendienst in ein Krankenhaus in Indianapolis zu verrichten, als dort gerade ein soeben Verstorbener obduziert wurde.

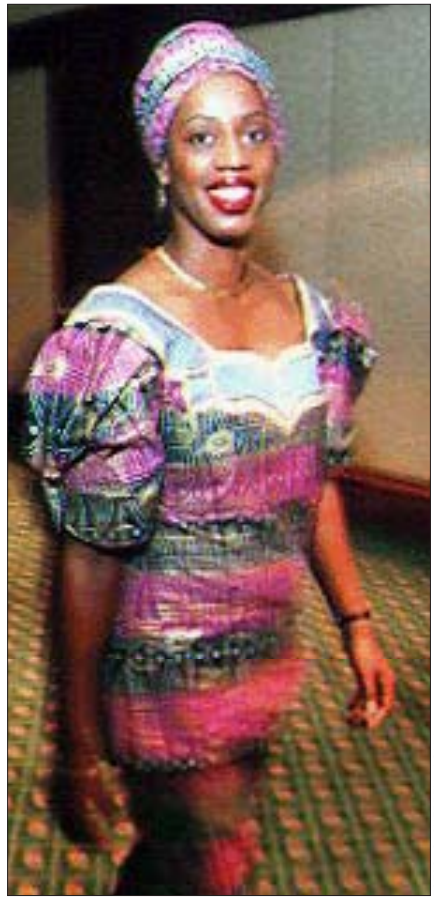
„Da lag ein Mensch, der nichts mehr sagen konnte“, erinnert sich Joye Carter, „aber sein Körper erzählte eine Geschichte.“ Wo andere sich fassungslos abgewandt hätten, blieb das Mädchen fasziniert stehen und schaute zu. Von klein auf hatte sie sich für die Geheimnisse der Medizin interessiert. Nun folgte sie der minutiösen Detektivarbeit der Ärzte mit angehaltenem Atem, und am Ende wußte sie: Sie wollte unbedingt ärztliche Leichenbeschauerin werden. So wurden die Toten ihr Leben.

Fortan nutzte sie jede Gelegenheit, Autopsien beizuwohnen. Daß manche ihren Berufswunsch für sonderbar hielten, ließ sie unbeeindruckt. Als einzige Schwarze ihrer Schule hatte sie sich längst damit abgefunden, eine Ausnahmerolle zu spielen.

Nach ihrem Medizinstudium spezialisierte sie sich auf forensische Pathologie und folgt seither dem hippokratischen Eid („... zu Nutz und Frommen der Kranken ...“) in der ungewöhnlichen Funktion einer Ärztin für Verstorbene.

Mittlerweile ist Dr. Joye Maureen Carter 39 und gebietet über ein eigenes Totenreich. Als einzige Afroamerikanerin des Landes ist sie auf den Posten eines Chief Medical Examiner berufen worden, einer Art leitender Gerichtspathologin für einen ganzen Verwaltungsbezirk. Ihre Zuständigkeit umfaßt den osttexanischen Landkreis Harris County – und damit den Großraum von Houston, der viertgrößten Stadt in den USA, mit seinen rund 3,7 Millionen Einwohnern.

Jeden Morgen parkt sie ihren dunkelblauen Mercedes vor dem schmucklosen Backsteingebäude, in dem sie das Sagen hat und dem sie allein durch ihre Erscheinung ein wenig Glanz verleiht: Mit ihrem selbstbewußten Auftreten, ihrer damenhaften Frisur, den maßgeschneiderten Kostümen und edlen Schuhen könnte sie ebensogut Boß in einem Wirtschaftsunternehmen sein. Und genau so versteht sich Joye Carter auch: Als leitende Managerin eines Dienstleistungsbetriebs mit rund 70 Mitarbeitern, der verwertbare Erkenntnisse aus der Untersuchung von Leichen liefert.



FOTOS: S. SHERBELL / SABA

Leichenbeschauerin Carter*
Herrscherin im eigenen Totenreich

Ihre Behörde tritt immer dann in Aktion, wenn in oder um Houston ein unbekannter Toter zu identifizieren, eine unbestimmte Todesursache zu definieren ist oder, ihre wichtigste Aufgabe, wenn Art und Ursache eines „nicht natürlichen“ Todes zu analysieren sind. Wer in der texanischen Metropole durch Mord und Totschlag stirbt oder bei einem Unfall umkommt, wer verbrennt, ertrinkt, sich totsäuft oder den tödlichen Schuß gesetzt hat, dessen Leiche landet auf dem Weg zur letzten Ruhe zunächst im Erdgeschoß des sechsstöckigen Hauses am Rande des Texas Medical Center.

Die dort arbeiten, bewegen sich ständig in den Problemzonen der Zivilisation. Was das lokale Fernsehen als tägliche Horrorshow präsentiert, reiht sich in den Katakomben der Pathologie zum Gruselkabinett eines seelenlosen Molochs auf. Tag für Tag karren Bestattungsunternehmer durch die Hintertür neue Opfer aus der endlosen Unstadt heran, die im Überfluß von Öldollars über sich hinaus gewuchert ist und deren erschütternde Gesichtslosigkeit ebenso deprimierend wie provozierend wirken kann.

Beim Medical Examiner von Harris County werden pro Jahr etwa 10 000 Fälle registriert, von rätselhaften Totgeburten, vergifteten Greisen und hingerichteten Mitgliedern von Jugendgangs bis hin zu Selbstmördern und Opfern von Sexualdelikten. Die Statistiken zeichnen ein Bild vom hilflosen Selbsthaß einer ebenso verrohten wie verunsicherten Gesellschaft und vom Ausmaß der alltäglichen Gewalt im waffenverliebten Westen.

Knapp 4000 Verstorbene müssen jährlich näher untersucht werden – oder anders gesagt: Etwa jeder tausendste Bewohner des Großraums Houston gerät innerhalb von zwölf Monaten auf die Autopsietische von Dr. Carter und Kollegen. Jeden Freitag, da ist die Lady eisern, greift sie selber zum Skalpell – zum Teil, weil sie ihr Handwerk nicht verlernen will, aber auch, weil sie sich in der Leichenkammer mitunter wohler fühlt als in der Chefetage.

Als sie dort Ende Juli einzog, mußte sie wieder einmal die üblichen Vorbehalte gegen ihr Geschlecht und noch mehr gegen ihre Rasse überwinden. Wie schon während ihrer 14 Jahre bei der Air Force, die sie als Majorin und stellvertretende Ausbildungsleiterin für Militärpathologen beendete, verwirrte sie ihre Kollegen vor allem durch das scheinbare Verleugnen ihrer Andersartigkeit.

„Die redet ja gar nicht wie eine Schwarze“, hieß es hinter ihrem Rücken, als habe sie sich mit ihrem „weißen“ Nordstaatenakzent unerlaubt aus dem Rahmen eines Regelwerks entfernt. Dabei hat Joye Carter Hautfarbe und Herkunft einfach nur zu ihrer Privatsache erklärt: Abends geht sie in afrikanischen Kleidern aus, mit Vorliebe liest sie die Lyrik schwarzer Autoren, und als mahnende Erinnerung an das Schicksal ihrer Vorfahren bewahrt sie alte Sklavenketten in ihrem Haus auf.

Kurz nach ihrer Ankunft teilte sie ihrer überwiegend weißen Mitarbeiterschaft wie zum Zeichen ihrer Entschlossenheit

* Auf dem Weg zu einem afroamerikanischen Ball.



Carter (mit Kamera) bei der Vorbereitung einer Obduktion: „Wer hierherkommt, hat alles Leid schon hinter sich“

unter anderem die sofortige Abschaffung der Dienstwagen für den Privatgebrauch mit – ein Privileg, über das 23 Angestellte verfügt hatten. Es gab böse Proteste, aber die Neue blieb hart.

„Ich bin ehrlich und stark und reichlich intelligent“, sagt sie über sich selbst. Ein paar Mitarbeiter verließen die Behörde. Andere zeigten sich beeindruckt von ihrem Führungsstil: „Offene Türen hat es bei uns vorher ebensowenig gegeben wie offene Worte“, sagt John Brite, 63, genannt Big John. Aber noch mehr hat ihre Untergebenen überzeugt, daß die Dame aus der Chefetage auch im Erdgeschoß, an der Bahre, ihre Frau steht.

Frohgelaunt begrüßt sie den Assistenten, bereitet Kamera und Diktiergerät vor, liest den Bericht über den anstehenden Fall und mustert den noch bekleideten, über und über mit Schmutz beschmierten Verstorbenen, der mit geschlossenen Augen und hingestreckten Armen vor ihr auf der stählernen Bahre liegt. Der Helfer hat die flache Schale am Kopfende ein wenig angehoben und mit einem Holzknüppel abgestützt, damit am Fußende Waschwasser, Blut und andere Körperflüssigkeiten in das große Steinbecken fließen können. Ekel? Joye Carter scheint die Frage gar nicht zu verstehen. Warum sollte sie sich vor einem Toten ekeln?

Bevor die Pathologin zum ersten Schnitt ansetzt, befühlt sie den Körper beinahe so, wie eine Ärztin ihre Patienten zur Diagnose abtastet. Während ihres Studiums hat sie ihre klinische Pflicht an Hospitalbetten erfüllen müssen. „Ich konnte das Leiden der Kranken nicht ertragen“, gesteht sie. Der Umgang mit Leichen falle ihr leichter, denn „wer hierherkommt, hat alles Leid schon hinter sich“.

Mit ihren latexweiß umspannten Fingern nimmt sie die blassen Hände des Toten in die ihren und beschaut sie von allen Seiten. „Hände“, erklärt sie, „sagen oft mehr über Menschen als Worte.“

Der hier hat hart schuften müssen und Streß gehabt, erläutert sie und zeigt auf die Schwielen in den Handflächen, die rissige Haut auf der Innenseite der Finger und die abgenagten, schwarzen Fingernägel. Ein armer Chicano, der nur 28 geworden ist, bevor er am frühen Morgen auf dem Highway vor einen Kleinbus gelaufen ist und regelrecht zerschmettert wurde.

Unfall, Selbstmord oder gar Tötungsdelikt? „Wir dürfen nichts ausschließen“, erklärt Carter. „Auch Autos sind Waffen, mit denen man jemanden umbringen kann.“ In diesem Fall spreche jedoch alles für einen Unfall: Da der Mann – laut Krankenakte – wiederholt durch Alkoholmißbrauch aufgefallen war, wird die Blutuntersuchung womöglich ein weiteres Indiz liefern. Ganz sicher kann sie al-

lerdings nicht sein. Um die Familienehre oder eine Versicherungsprämie zu retten, versuchen nicht wenige Selbstmörder, ihren Suizid als Unfall zu tarnen.

Vor einiger Zeit lag hier ein älterer Mann mit Bauchschuß auf der Bahre – offenbar tragisch verunglückt beim Säubern seiner Gewehre. Als man ihn fand, lagen neben ihm mehrere Waffen und ölverschmiertes Reinigungsgerät. Die Obduktion ergab allerdings einen direkt auf die Bauchhaut aufgesetzten Kontaktschuß, erkennbar am Muster des Einschußloches, mit einer Schußbahn, die jeder Haltung beim normalen Hantieren mit Gewehren widerspricht: Der Schütze hatte das Mißgeschick inszeniert.

Mitunter gelingt es den Pathologen sogar, Morde aufzuklären. Doch das ist die Ausnahme. Der Alltag im Leben eines Medical Examiner hat nur wenig mit dem der forensischen Meisterdetektive aus der TV-Serie „Quincy“ oder in den Romanen der Erfolgsautorin Patricia Cornwell zu tun, die reihenweise komplizierte Kriminalfälle lösen.

Manchmal verspürt Joye Carter Lust, selber Bücher zu schreiben über das Leben einer Gerichtspathologin, „wie es wirklich ist“. Sie würde nicht haltmachen vor den Niederungen des Normalen, dem sie und ihre Kollegen tagtäglich ausgesetzt sind, vor den fatalen Folgen von Rassismus, Verarmung und häuslicher Gewalt, dem halbherzigen Kampf gegen die Aufrüstung mit immer perfiderem Werkzeug zum Töten und dem heuchlerischen Umgang mit der gefährlichsten Droge, dem Alkohol, unter dessen Einfluß mehr Menschen umkommen als durch alle anderen Rauschmittel zusammen.

Bei Kontrollen findet die Polizei Waffen in acht von zehn Autos

Schon jetzt nutzt die Medizinerin ihr Expertenwissen, um gegen diese Übel zu Felde zu ziehen. Sie hält Vorträge in Gemeinden, Vereinen und vor Versammlungen von Politikern. Sie schildert ihnen ihre Arbeit und schreckt auch nicht davor zurück, Bilder von Opfern und Obduktionen zu zeigen. In Washington, wo sie vorher als Medical Examiner wirkte, hat sie sich als Gutachterin für die strengeren Waffengesetze der Clinton-Administration eingesetzt.

Wenn die Polizei in Houston Verkehrskontrollen durchführt, finden die Beamten in sieben bis acht von zehn Autos Schießgerät. Das ist auch völlig in Ordnung so nach den Gesetzen des Staates Texas, wo die Lobby der Waffenbesitzer schon bei geringfügigen Verschärfungen der Bestimmungen das große Geheul gegen die Beschränkung der Freiheit anstimmt, wo in der Regel straffrei davonkommt, wer ohne Vorwarnung einen Eindringling auf seinem Privatgrund erschießt.

„Das ist ein Dschungel da draußen“, erklärt Sergeant Tom Ladd vom Morddezernat des Houston Police Department. „Wer im Dorf bleibt, ist sicher. Wer sich hinauswagt, wird zur Beute.“

Daß „da draußen“ Faustrecht herrscht und der Dschungel bis vor die eigene Haustür reichen kann, zeigt die Geschichte des Pharmaziestudenten Jefferson Todd, der als Fall 96-7450 des Medical Examiners von Harris County endete. Todd, 32, befand sich sozusagen in seinem Dorf, einer umzäunten und bewachten Wohnanlage für Mittelklasse-Weiße im Südwesten Houstons.

Wegen einer offenbar schamlos geräuschvollen Sexparty im Apartment über ihnen fanden er und seine Frau die ganze Nacht keinen Schlaf. Als Todd schließlich gegen sechs Uhr morgens mit einer Pistole in der Hand dem Störenfried die Meinung sagen will, muß er die Spielregeln in diesem Teil der Welt vergessen haben: Richte niemals deine Waffe gegen jemanden, lautet eines der Ge-

bote, auf den du nicht auch schießen willst.

Ein paar Sekunden nachdem er an die Tür seines Nachbarn geklopft hat, liegt der Student, von fünf Kugeln getroffen, rücklings im Gang, den rechten Unterarm zur Decke gerichtet wie in flüchtiger Bewegung erstarrt. Aus fingerdicken Wunden sickert Blut auf den Beton.

Wenige Minuten später umringen Männer in Overalls, Uniformen und Anzügen die Leiche: Streifenpolizisten, Kriminalbeamte, Spurensicherer, jemand von der Staatsanwaltschaft und ein älterer Herr mit Kamera und Notizblock, der den Toten noch einmal von allen Seiten fotografiert und seine Beobachtungen auf einem Formular notiert. Es ist John Brite, der Senior-Ermittler aus Joye Carters Team.

Einige Stunden nach den tödlichen Schüssen liegen Todds sterbliche Überreste, eine Fußkarte der Polizei am rechten großen Zeh, zur Obduktion bereit. Zwei Polizisten schauen zu, wie der Pathologe den Leichnam Schicht für Schicht auseinandernimmt. Immer wieder steckt er eine dünne Stahlstange in die Einschußlöcher, um die Schußbahnen der Kugeln nachvollziehen zu können, bevor er die Projektile eins nach dem anderen aus dem Körper holt und sicherstellt.

Für das Grobe ist der Pathologieassistent zuständig. Emotionslos und kraftvoll wie ein Mechaniker öffnet er den Brustkorb mit einer übergroßen Zange und schneidet die Organe heraus. Dann zieht er die Kopfhaut, nachdem er sie von einem Ohr zum anderen durchtrennt hat, vom Schädel, den er anschließend mit einer elektrischen Säge öffnet. Es sind die Geräusche und Gerüche, die auch erfahrenen Augenzeugen immer wieder zu schaffen machen: das Knacken der Knochen, das klettverschlußartige Reißen beim Skalpieren, die Ausdünstungen der Inhalte von Darm, Galle und Blase.

Während der Arzt Proben für die toxikologische Untersuchung in Plastikröhrchen fallen läßt und fortwährend seinen Befund diktiert, spielen die Polizisten die tödliche Szene vor der Apartmenttür in allen möglichen Variationen durch. Der eine tut, als würde er schießen, „puhm – puhm – puhm“, der andere, als würde er, „ah“ und „oh“, getroffen, weglaufen und zusammenbrechen. Anhand der Einschußwinkel versuchen die Beamten, sich die Reihenfolge der Schüsse auszumalen.

Am Ende stellt sich heraus, daß Todd regelrecht hingerichtet wurde. Mindestens drei Treffer waren mit Sicherheit tödlich. Der Schütze, ein 26jähriger Reserve-Hilfssheriff und offenbar paranoider Waffennarr, muß förmlich auf eine solche Gelegenheit gewartet haben. Neben der Tatwaffe, deren Magazin er leergefeuert hat, fanden sich noch vier geladene Pistolen auf dem Wohnzimmertisch und eine weitere im Schlafzimmer.

Weil sie die Lebenden nicht schützen kann, schützt sie die Toten

Es könnte sein, daß er seinen Job als Sheriffhelfer verlieren wird – weil er sich mit einem Kumpel und einem Callgirl und etlichen Flaschen Schnaps hat erwischen lassen. Wegen der tödlichen Schüsse wird er vermutlich nicht einmal vor Gericht gestellt werden. Nach den Wildwest-Gesetzen des Staates Texas darf jeder, auf den eine Waffe gerichtet wird, ungestraft in Notwehr das Feuer eröffnen. Todd hatte seine Pistole nicht einmal geladen. Das volle Magazin steckte noch in seiner Hosentasche, als man seine Leiche fand. Er wollte den anderen nur einschüchtern. Das hat ihn das Leben gekostet. In Texas heißt das: Todesursache Dummheit.

Doch weniger dieses alltägliche Töten im Großstadtsumpf ist es, was Joye Carter umtreibt. Wie fast überall in den USA sind auch in Houston die Zahlen für Mord und Totschlag deutlich rückläufig,

Werbeseite

Werbeseite

von einem Hoch von 700 Fällen 1991 auf nunmehr knapp 400 jährlich. Es sind vielmehr die unspektakulären Todesfälle, die der ehrgeizigen Ärztin zu schaffen machen.

Wieviel Verzweiflung und Lebensüberdruß muß es in dieser Gegend geben, fragt sie sich etwa, daß die Zahl der Selbstmorde sogar die der Tötungsdelikte deutlich übersteigt? Jeden Tag holen die sechs Autopsieärzte Kugeln meist aus den Köpfen von Leuten, die ihr Krebsleiden oder ihre Einsamkeit nicht länger ertragen konnten oder denen der Job oder die Freundin abhanden gekommen sind.



Erschossener Student Todd, Ermittler
Todesursache Dummheit

Am schlimmsten aber sind die toten Kinder. Selbst für hartgesottene Leichenbeschauer gibt es kaum etwas Erschütternderes als die täglichen Lieferungen gestorbener Babys, manche gräulich angelaufen wie verwitterte Puppen, andere noch rosig, als würden sie nur schlafen auf den viel zu großen Bahren. Allein im September wies die Statistik von Harris County 54 Minderjährige aus, vom Frühchen bis zum 16jährigen, deren Todesursache zu klären war.

Als Schutzmechanismus gegen die Obszönität des widernatürlichen Todes halten sich viele Leichenbeschauer und Helfer an ihren Glauben. Big John, der in seinem früheren Leben als Polizist selber schon einen Menschen erschossen hat und zehn Jahre lang darüber nicht reden konnte, hat die Bibel als Kraftquelle wiederentdeckt. Joye Carter, die täglich betet, hat ihre Heimat in einer Baptistenkirche gefunden. Und weil ihr Herz für diejenigen schlägt, deren Herz nicht mehr schlägt, lautet ihr erstes Gebot: Wenn sie schon nicht die Lebenden schützen kann, dann wenigstens die Toten vor den Lebenden.

Anders als viele ihrer Kollegen verfährt sie mit den Verstorbenen, die manchmal noch warm sind, wenn sie in den Untersuchungssaal geschoben werden, nicht wie mit Gegenständen aus Fleisch und Knochen. Ob sie einer alten Frau zart über das leichenstarre Gesicht fährt, die zusammengekrampfte Faust eines erschossenen Jugendlichen umfaßt oder ein Baby so leichthändig anhebt, als dürfe sie es nicht wecken: Sie behandelt die aus dem Leben Geschiedenen wie empfindende Wesen – fast so, als ob sich der Tod dadurch verleugnen ließe.

Wenn sie dann mit sicheren Handgriffen das Messer führt, scheint sie die Welt um sich herum zu vergessen. Wo andere sich bisweilen ungeschlacht aufführen, um ihre Berührungsängste zu überwinden, wirkt Joye Carter beinahe zärtlich. Selbst die inneren Organe, die sie beschauen und in Scheiben schneiden muß, behandelt sie mit Respekt.

„Die Würde des Menschen endet nicht mit seinem Ableben“, sagt sie. Als eine der ersten Neuerungen nach ihrem Amtsantritt verfügte sie, daß die Organe eines Obduzierten nicht mehr weggeworfen werden dürfen, sondern in den Körper zurückzulegen seien, bevor der Leichnam zur Bestattung freigegeben wird.

Als der Assistent den Rumpf des verunglückten Chicano mit schwungvollen Stichen zunäht, hat die Pathologin Maske und Handschuhe bereits abgestreift. Ein Lächeln liegt nun auf ihrem Gesicht, dem ein Anflug von schreckhafter Scheu eine verletzliche Schönheit verleiht. Es verliert sich rasch wieder, als sie in die Chefetage zurückkehrt, und weicht unterkühlter Geschäftigkeit.

„Ich bin lebendig“, erklärt Joye Carter, „und solange ich lebendig bin, kann ich dazulernen.“ Wonach strebt eine ledige Karrierefrau, die schon mit 39 die höchste Stufe in der Laufbahn ärztlicher Leichenbeschauer erreicht hat? Ihr fiele eigentlich nur noch eine Aufgabe ein, die sie reizen könnte: Gesundheitsministerin in Washington. Das aber wäre ein Job für die Lebenden. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Polen

Blanke Mordlust

Umweltschützer protestieren gegen die Jagd auf Karpatenwölfe – die Bauern möchten die Tiere am liebsten ausrotten.





WWF

Wolf, Bäuerin Wojnarowicz, gerissenes

Der schwarze Schäferhundmischling hat den Schwanz eingezogen und winselt verängstigt. Die Schafe drängen sich in einer Ecke des Geheges zusammen. Ein Jungtier hat an der Seite eine klaffende Wunde, Blut sickert ins Fell.

In der Nacht ist ein Wolf in die Umzäunung hinter dem Haus eingedrungen. Das Gebell des angeketteten Wachhundes vertrieb ihn nicht; erst als die Bäuerin auftauchte, ergriff er die Flucht. „Wir werden das Lamm wohl schlachten müssen“, sagt Wanda Wojnarowicz.

In den letzten Wochen haben die Wölfe zwölf Tiere gerissen, ein Viertel ihrer Herde. Vor zwei Nächten fiel ihr Zuchtbock, 130 Kilo schwer, den Räubern zum Opfer. Die Reste liegen auf der Weide: abgenagte Knochen, blutige Fellfetzen, nur der Kopf ist unversehrt. Schwerfällig flattern Raben vom Kadaver auf.

Seit Jahresbeginn haben sich die Wölfe in der südostpolnischen Woiwodschaft Krosno, wo Wanda Wojnarowicz ihre kleine Zucht betreibt, 230 Schafe und zwei Kühe geholt. Krosno ist die einzige Region, die in Polen noch die Jagd auf Wölfe erlaubt. Im benachbarten Verwaltungsbezirk Przemysl und in Suwalki an der litauischen Grenze haben heimische und ausländische Tierschützer, die die völlige Hege des Canis lupus fordern, eine mehrjährige Pause durchgesetzt. Sogar Brigitte Bardot schaltete sich von der fernen Côte d’Azur ein und forderte in einem Brief an den damaligen Präsidenten Lech Walesa die sofortige Einstellung des „Wolfsmassakers“.

Das blieb auch in Krosno nicht ohne Wirkung. Für die laufende Saison senkten die Behörden die zulässige Abschußzahl von 72 auf 45 Tiere. Insgesamt hat die Forstverwaltung in der Region 208 Wölfe gezählt, was Ökologen indes für „weit überhöht“ halten; die Jäger wollten damit nur ihre „blanke Mordlust“ rechtfertigen, meint Zbigniew Jaskulski vom polnischen Tierschutzverein.

„Den Behörden sind die Wölfe offenbar wichtiger als wir“, klagt dagegen die Bäuerin Wojnarowicz. Für verlorene Schafe bekommt die Mutter von zehn Kindern keinerlei Entschädigung. Aufgebrachte Züchter haben gedroht, die Kadaver zu sammeln und vor den Amtssitz des Woiwoden zu kippen.

Frau Wojnarowicz denkt bereits daran, die Schafzucht aufzugeben. Manchmal habe sie Angst um ihre Kinder, sagt sie. Die Tierschützer behaupten zwar, Menschen brauchten den Wolf nicht zu fürchten. Aber die Bäuerin bezweifelt, „ob ein hungriger Wolf immer zwischen einem Schaf und einem Kind unterscheiden kann“. Im nahen Lutowiska legen Kinder jedes Jahr zu Allerseelen Blumen am Grab des siebenjährigen Mateusz Duleba nieder – der Knabe wurde angeblich von Wölfen zerfleischt.

Auch der Jagdaufseher Andrzej Pawlak aus Muczne hält die geplante Abschußquote von 45 Wölfen für „lächerlich niedrig“. Die Karpatenwölfe seien längst eine „ernste Gefahr“ für das Rot- und Schwarzwild geworden, sagt der Förster. Die Argumentation von Tierschützern, der Wolf als „idealer Waldpolizist“ falle nur kranke und schwache Tiere an, tut er als „romantischen Unsinn“ ab. Die Rudeljäger seien vielmehr „richtige Todesmaschinen“, die bei Tiefschnee sogar den stärksten Hirsch zur Strecke bringen, sagt Pawlak, der selbst 41 Wölfe



WOJCIK / FORUM

Schaf: Idealer Waldpolizist oder richtige Todesmaschinen?

erlegt hat und damit als erfolgreichster Jäger der Karpaten gilt. Im Forsthaus von Muczne hat er neben Pelzen und Schädeln mächtige Geweihe von Hirschen, die Wölfen zum Opfer fielen, an die Wand gehängt.

Wissenschaftler schätzen, daß ein ausgewachsener Wolf pro Jahr etwa eine Tonne Fleisch verzehrt. „Das bedeutet riesige Schäden bei Wild- und Weidetieren“, rechnet Pawlak vor. In seinem 10 000 Hektar großen Revier finde er jährlich 40 bis 50 gerissene Hirsche: „Ich brauche nur zu schauen, wo Raben kreisen.“ Dann müsse er sich beeilen, um den „Aasklaubern“ zuvorzukommen – Dorfbewohnern, die sich darauf spezialisieren, von Wölfen getötetes Wild zu suchen. Mit einigem Glück können sie Reste des Fleisches noch verwerten, auf jeden Fall läßt sich das Geweih verkaufen.

Der dünnbesiedelte Verwaltungsbezirk Krosno gehört zu den ärmsten Gegenden Polens – weitverstreute Weiler, kaum größere Ortschaften, hier und da verfallene Großstallungen ehemaliger Staatsfarmen, die nach 1989 aufgelöst wurden. Die Wälder und kargen Hochweiden im unzugänglichen Grenzgebiet bieten ideale Lebensbedingungen für Raubtiere wie Bären, Luchse und Wölfe.

Pawlak schätzt, daß der Bestand an Rotwild in seinem Revier in den letzten zehn Jahren um 90 Prozent zurückging. Wenn die Zahl der Raubtiere nicht vom Menschen kontrolliert werde, gebe es in den polnischen Karpaten bald keine Hirsche und Rehe mehr, prophezeit der Förster: „Dann sind die Wölfe gezwungen, auf die Haustiere auszuweichen, wie sie es jetzt schon zunehmend tun, und dann wird irgendwann die völlige Ausrottung der Wölfe verlangt werden, auch mit Fallen und Gift.“

Weidmännische Jagd gefährde die Existenz der Wölfe in den Karpaten nicht, meint auch Henryk Krzakiewicz von der Direktion der Staatsforste in Krosno. Dazu seien die Tiere viel zu schlau.

Bis Mitte der siebziger Jahre wurden die Wölfe in Polen als Schädlinge angesehen, die hemmungslos abgeknallt wurden. Für jeden erlegten Räuber gab es eine hohe Belohnung. Trotzdem überlebte die Wolfspopulation. In der Ukraine und der Slowakei, die an die Region Krosno grenzen, darf der Wolf nach wie vor das ganze Jahr über gejagt werden. Und doch gebe es dort genug Wölfe, sagt Krzakiewicz.

Tierschützer halten dagegen, daß die Forstbehörden die Jagd nur deshalb verteidigen, weil sie darin eine willkommene Devisenquelle sehen. Von den 45 Tieren, die in Krosno zum Abschuß freigegeben wurden, sind 15 für ausländische Gäste reserviert, unter ihnen viele Deutsche, die bereit sind, für einen Wolf 2000 Mark zu bezahlen. Die begehrten Trophäen, Fell und Schädel mit dem imponierenden Raubgebiß, sind zwar im Preis inbegriffen; Deutschland hat aber die Einfuhr nach dem internationalen Artenschutzgesetz verboten.

Von solchen Bestimmungen hat sich noch kein Jagdgast abhalten lassen, dem Karpatenwolf ans Fell zu gehen. Eher schon trüben Mühsal und Strapazen den Eifer der Ausländer: Durchschnittlich müsse man damit rechnen, so Krzakiewicz, 35 Nächte auf dem Hochstand zu hocken, bis ein scheuer Wolf vor die Büchse komme. „So viel Zeit und Geduld bringen nur die wenigsten mit.“ ❑

Werbeseite

Werbeseite

Raumfahrt

Vorhersehbare Panne

Der Fehlstart der Forschungssonde „Mars 96“ am 16. November vom Weltraumbahnhof Baikonur war vorhersehbar: Die in den Pazifik abgestürzte, zwei Milliarden Mark teure Raumsonde sei, so ein Techniker, der an der Montage beteiligt war, den haarsträubenden Zuständen in Baikonur zum Opfer gefallen. Fast täglich hätten die zuständigen Militärs die Stromzufuhr gekappt. Auch während der Überprüfung der elektronisch gezündeten Sprengbolzen für die Trennung von Sonde und Trägersystem sei das Stromnetz mehrfach zusammengebrochen. Dadurch seien Messungen verfälscht worden, ein Fehler blieb unerkannt: Die Sondenverkleidung habe sich nicht rechtzeitig geöffnet. Als Beleg hat der Techniker einen seiner telefonischen Hilferufe an die Militärverwaltung aufgezeichnet. Techniker: „‚Saphir‘, hier spricht ‚Berg‘. Wo bleibt der Strom?“ Offizier: „Wir wissen von nichts. Wohl eine Havarie in der Trafostation, aber da ist niemand.“ Techniker: „Dann schicken Sie uns die eiserne Ration (gemeint ist ein Eisenbahnzug mit Notstromaggregaten), wir schaffen den Starttermin nicht.“ Offizier: „Sie haben die letzte Stromrechnung nicht bezahlt.“ Techniker: „Unfug. Laut Vertrag müssen Sie uns ohne Unterbrechung Strom liefern.“ Offizier: „Tut mir leid. Solange das Geld fehlt, tun wir nichts.“



J. SCHWARTZ

Heroinraucher

Rauschgift

Gefährliche Drachenjagd

Um einer möglichen HIV-Infektion durch verunreinigte Nadeln zu entgehen, sind zahlreiche Heroinsüchtige in den Vereinigten Staaten dazu übergegangen, die Rauschdroge zu schnupfen, zu rauchen oder in einer Metallfolie zu erhitzen und den dabei entstehenden Rauch einzuatmen. Doch diese in der Szene „Den Drachen jagen“ genannte Technik kann offenbar zu bleibenden neurologischen Ausfällen wie Verlust der Muskelkoordination oder des Sprechvermögens führen. Werden die Betroffenen nicht umgehend ärztlich versorgt, kann die Vergiftung zu vollständiger Lähmung und Tod führen, warnt die für Alkohol- und Drogensüchtige zuständige New Yorker Betreuungsbehörde. Noch ist den Rauschgiftexperten unklar, ob die jüngsten, an New Yorker Heroinsüchtigen beobachteten Fälle von Leukenzephalopathie auf eine chemische Veränderung des Heroins durch das Erhitzen zurückzuführen sind. Möglicherweise stammen die giftigen Dämpfe aus Zusatzstoffen (mit denen das Rauschgift oft gestreckt wird) oder aus der verwendeten Metallfolie. Schon 1982 waren in Amsterdam unter Heroinrauchern 47 gleichartige Fälle beobachtet worden, 11 davon endeten tödlich.

Tiere

Goldige Wühler

„Größer als Füchse, aber kleiner als Hunde“ – so hatte der griechische Historiker Herodot die goldfördernden „Ameisen“ beschrieben, deren emsige Tätigkeit angeblich die Schatullen des Persischen Reiches füllte. Herodots Nachfahren verwiesen diesen Bericht des Geschichtsschreibers ins Reich der Fabel – zu Unrecht, wie sich jetzt herausstellt. Der französische Anthropologe Michel Peissel entdeckte auf der pakistanischen Dansar-Hochebene am Oberlauf des Indus tatsächlich Tiere, die beim Bau ihrer Unterkünfte aus einer Tiefe von einem Meter goldhaltige Erde hochwühlen. Herodots „Ameisen“, die später als „Goldgräberameisen“ durch die Reiseliteratur geisterten, erwiesen sich als große Murmeltiere mit messerscharfen Zähnen und starken Krallen. Der altpersische Name der Tiere mit fuchsähnlichem Schwanz war die Ursache für die von Herodot angestiftete Verwirrung: Bergameise.



M. PEISSEL

Murmeltier von der Dansar-Hochebene

Altersforschung

Pille für langes Leben?

Ein amerikanischer Hersteller von veterinärmedizinischen Heilmitteln will ein Verfahren weltweit patentieren lassen, das sich bei Ratten und Beagles als eine Art Jungbrunnen erwiesen hat und dementsprechend auch beim Menschen wirken soll. Forscher der Firma hatten ihren Versuchstieren jeden zweiten Tag eine Dosis von 0,1 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht des Anti-Parkinson-Mittels Deprenyl verabreicht. Daraufhin, so behauptet das Unternehmen, hätten die behandelten Ratten weit schneller als unbehandelte durch ein Labyrinth gefunden, ihre Gedächtnisleistung sei ebenso verbessert worden wie ihre Nierenfunktion. Unter dem Einfluß von Deprenyl wurden die Beagles besser mit Lärm- und Kältestreß fertig als die Kontrolltiere. Deprenyl, so heißt es in dem Patentantrag, verzögere den Beginn von Alterserscheinungen wie etwa den Mangel an Schilddrüsenhormonen, den Verlust von Eiweißstoffen oder das Nierenversagen.



INTERFOTO

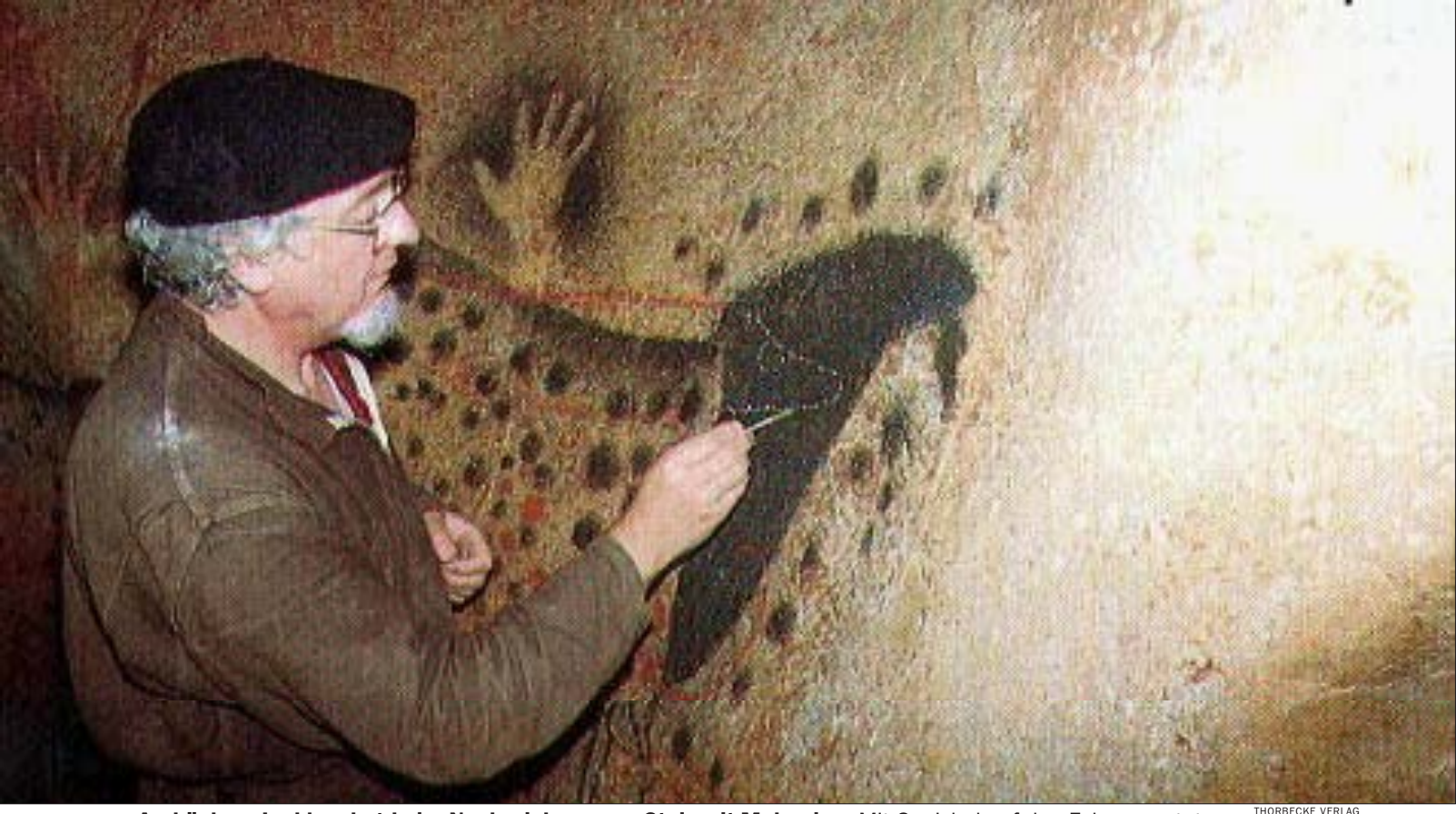
Jungbrunnen-Darstellung

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Archäologe Lorblanchet beim Nachzeichnen von Steinzeit-Malereien: Mit Speichel auf den Fels gepustet

THORBECKE VERLAG

Archäologie

Geisterzeichen in der Tiefe

Zeichnungen von Vogelmenschen und riesigen weiblichen Geschlechtsteilen, eingekerbt in Höhlen der Eiszeit, geben unerwartete Antworten darauf, wie Kunst und Religion einst entstanden sind. Jetzt deuten Archäologen die prähistorischen Bildergrotten neu – als Stätten schamanischer Geheimkulte.

Die Zeichen sieht nur, wer sich auf den Rücken legt. Aber um aufrecht zu sitzen, geschweige zu stehen, ist der hinterste Raum der Höhle von Pergouset sowieso zu niedrig.

Eingeritzt in den Lehm, treten sie aus dem Gewölbedunkel hervor: Zwitterwesen zwischen Vogel und Mensch, spitzohrige Zweibeiner, denen aus der Schulter ein Schnabel wächst. Antilopen mit Rüssel. Krakelige Linien, die an riesige weibliche Geschlechtsteile gemahnen.

„Monster“, sagt Michel Lorblanchet, „psychedelische Monster.“ Um sie zu besuchen, kriecht der Archäologe durch einen gerade schulterbreiten Gang in das südfranzösische Erdreich.

Hier haben die Signaturen überdauert, seit 12 000, vielleicht auch seit 14 000 Jahren, niemand weiß es genau. Sicher ist: Die Mondmilch trägt die merkwürdige Hinterlassenschaft mindestens seit dem Ende der letzten Eiszeit. Mondmilch nennen die Geologen den kalkigen Lehm, der so weich ist, daß schon ein Fingerzug eine Spur darin hinterläßt.

Was mag die urzeitlichen Menschen bewogen haben, ihre Zeichen in die Tiefe zu ritzen? Weshalb zwängten sie ihre Körper in dieses feuchte Loch, wo sie mit verrenkten Armen selbst entlegene Winkel ausgestaltet haben, in die sie nicht einmal hineinsehen konnten?

Rücklings in der Mondmilch liegend, hat Archäologe Lorblanchet jeden Strich des Liniengewirrs abgezeichnet. Acht Jahre dauerte diese einsame Arbeit, über die er nicht sprach, um die Höhle vor der Zerstörung durch Besucher zu schützen. Doch dem Geheimnis der Lehmrillen kam er erst auf die Spur, als er Urvölker in Südafrika und Australien näher studierte – und als im letzten Jahr ein spektakulärer Fund die Gilde der Vor- und Frühgeschichtler erschütterte.

Es war eine wissenschaftliche Sensation, als sich herausstellte, daß die 1994 entdeckte Chauvet-Höhle im Rhônetal die künstlerisch ausgereifteste aller Urzeit-Höhlen und mit 32 000 Jahren zugleich die älteste ist (SPIEGEL 44/1995) – doppelt so alt wie die berühmten Höhlen von Lascaux und Altamira. „Die Geschichte der Frühzeit“, sagt auch Lorblanchet, „muß neu geschrieben werden.“

Nun fügen sich die Auswertung der Gemälde von Chauvet, die Untersuchung der Ritz-Monster in Pergouset, aber auch neue Fundstätten in Rumänien und chemische Analysen von Urmenschenzähnen zu einem neuen Bild von den künstlerischen Anfängen des Homo sapiens – und zu einer Fülle unerwarteter Antworten darauf, wie menschlicher Schaffensdrang, Kultur und Religion entstanden sind.

„Die Idee von der schrittweisen Entwicklung der Kunst war ein Irrtum“, behauptet kühn der Archäologe Jean Clottes, oberster Custos von Chauvet. In Wirklichkeit habe das menschliche Darstellungsvermögen gleichsam ruckartig auf hohem Niveau eingesetzt – ein artistischer Urknall sozusagen habe das Auftre-

ten des Homo sapiens in Europa vor 40 000 Jahren begleitet.

Wie sonst, fragt Clottes, ließen sich die Bildwunder von Chauvet erklären? Die Rhinozerosse in Angriffsstellung, naturalistisch schattierte Löwenmuskeln und Pferdeherden in perspektivischer Sicht – sie alle legen seiner Meinung nach Zeugnis ab von einer sprunghaften Entwicklung der bildnerischen Schaffenskraft. Denn vor dem Einmarsch des Homo sapiens hatten die Neandertaler allenfalls primitive Felsornamente hervorgebracht.

Seit Chauvet sei in der Malerei nichts grundsätzlich Neues mehr hinzugekommen, glaubt Archäologe Lorblanchet: „Die Künstler haben nur Fertigkeiten immer wieder entdeckt, welche die Eiszeit-Maler längst besaßen."

Auf diesen Zirkelpfad der Kunstgeschichte hat Lorblanchet sich nun selbst als Schaffender begeben – um nachzuweisen, wie die urzeitlichen Bilder vermutlich entstanden sind.

Den Mund voll zerkauter Holzkohle, spuckt der Forscher immer wieder schwarzen Speichel an eine Felswand. Mit den Händen gestaltet er Formen wie in einem Schattenspiel. In mehreren Tagen Arbeit entsteht so das Bild eines Pferdes, das jenen in der Chauvet-Höhle täuschend ähnelt. Daneben sprüht der Franzose, gleichfalls mit Spucke, die seltsamen negativen Handabdrücke auf den Fels, wie sie in fast allen vorzeitlichen Bilderhöhlen auftauchen, vielleicht als eine Art Signatur des Künstlers.

Die Sprühmethode hat Lorblanchet bei Urvölkern in Nordaustralien gelernt, die so noch heute Felsen verzieren. Und tatsächlich entdeckten Chemiker Eichen-Holzkohle nicht nur im Farbauftrag der europäischen Steinzeitmalereien, sondern Spuren davon auch auf Menschenzähnen, die sich in prähistorischen Gräbern bei Lascaux, nahe der berühmtesten aller Bilderhöhlen, fanden.

Die Spuckmalerei so perfekt zu beherrschen wie die frühen Künstler von Chauvet, können die Urmenschen nur in sehr langer Zeit gelernt haben. Lorblanchet: „Chauvet ist die Spitze eines Eisbergs. Es muß einen Vorlauf gegeben haben, den wir noch nicht kennen."

Einen Anfang der menschlichen Kreativität markieren möglicherweise Funde in Australien, die vor wenigen Wochen

War der Höhlenbär der erste Gott der Menschheit?

bekannt wurden (SPIEGEL 40/1996). Dort hatten Anthropologen Tausende in Fels gravierte Kreise entdeckt. Die primitiven Zeichen sind nach Schätzung der Wissenschaftler vor mehr als 100 000 Jahren entstanden – ungefähr gleichzeitig mit dem Homo sapiens.

Aus derselben Periode stammt eine spektakuläre Entdeckung von rumänischen Höhlentauchern um den Geologen Christian Lascu, welche erst jetzt in einem westlichen Fachblatt publik werden soll. Durch einen unterirdischen Wasserlauf hatte sich Lascu im Jahr 1987 Zugang zu einer riesigen Tropfsteinhöhle im Bihorgebirge verschafft, deren Trockeneingang seit Zehntausenden von Jahren verschüttet ist.

Dort stieß er auf Überreste einer Kultstätte, die vermutlich von den Neandertalern stammt. Auf 75 000 bis 85 000 Jahre vor Christi datierten herbeigeholte amerikanische Wissenschaftler die Mammutzähne und Bärenschädel, die Lascu im Zentrum der kathedralenartigen Räume auf dem Boden fand. Die Gebeine waren angeordnet in symmetrischen Kreuzen und nach der Windrose ausgerichtet.

Zufall? Die Neandertaler, erklärt Archäologe Clottes, müssen „gewisse kreative Fähigkeiten" gehabt haben. Und um sich kreativ auszudrücken, sei ihnen möglicherweise gar nichts anderes übriggeblieben, als Fundstücke zusammenzulegen. Denn erst der spätere Homo sapiens, so spekulieren viele Forscher, war mit einem Gehirn ausgestattet, das ihn zu Assoziationen, symbolischer Darstellung und damit zum Zeichnen befähigte.

Weshalb aber begannen die Neandertaler, derart unpraktische Dinge wie Bärenknochen-Kreuze herzustellen? „Für ihre Riten", sagt Lascu. „Wahrscheinlich war der Höhlenbär der erste Gott der Menschheit." Das habe schon der Religionsphilosoph Mircea Eliade, auch ein Rumäne, geahnt; und bestimmte sibirische Jägervölker betrieben noch heute einen Bärenkult.

Auch in der Chauvet-Höhle gibt es einen Bärensaal. Der Boden dieses zentralen Raumes ist übersät mit Bärenschädeln, Bärenbilder zieren die Wände der Nebengalerien. Weil es andererseits mittlerweile als fast sicher gilt, daß Grotten wie die von Chauvet den Steinzeitmenschen nicht als Behausung gedient haben – es wurden keinerlei Abfälle darin gefunden –, kommen sie nur als Orte urzeitlicher Magie in Frage.

Was mag sich in den Kultstätten der Tiefe abgespielt haben? Aus vorzeitlichen Fußabdrücken und Analysen der Wandbilder glaubt Archäologe Lorblanchet auf zwei Typen von Anbetungshöhlen schließen zu können:

▷ Geräumige, leicht zugängliche Grotten dienten als eine Art Tempel für große Gemeinschaften;

Galerie aus der Eiszeit

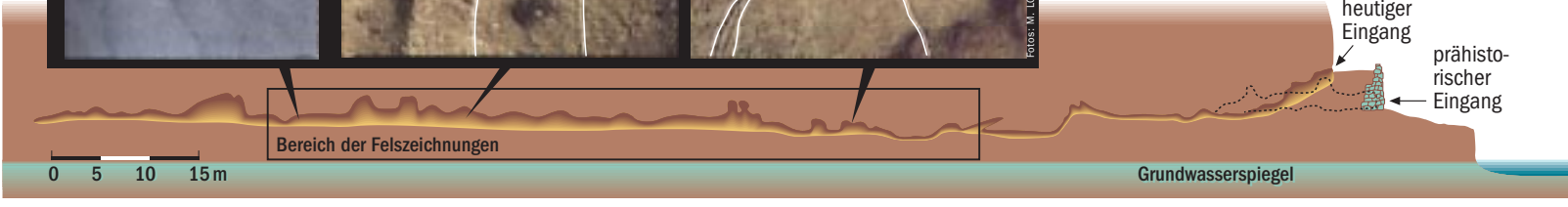
Felszeichnungen in der Höhle von Pergouset

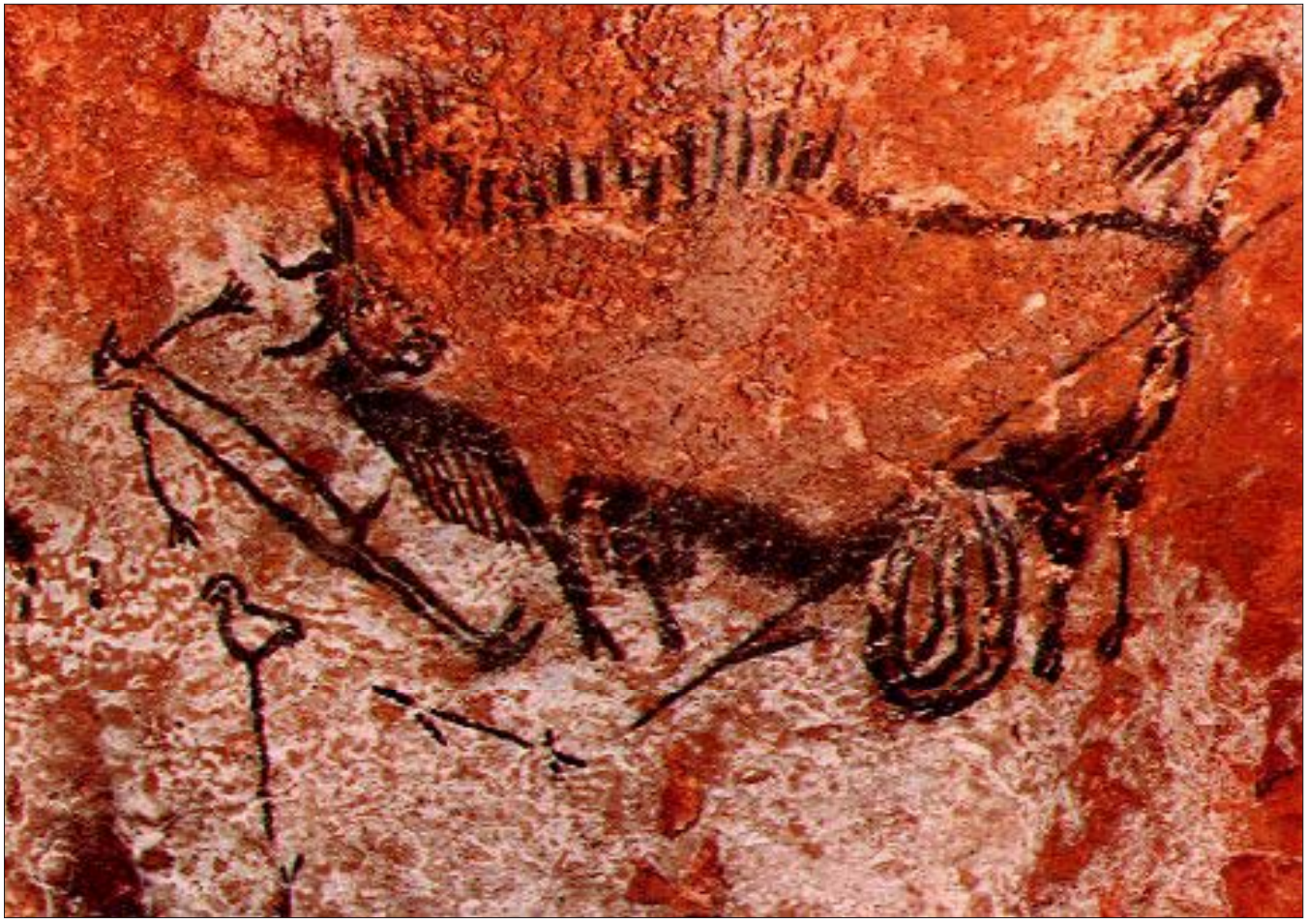
Auf einer Strecke von über 70 Metern finden sich in der Pergouset-Höhle Felszeichnungen, gedeutet als schamanische Reise zu den Geistern.

Auf dem Weg ins Erdinnere werden die Darstellungen immer surrealer und abstrakter.









Vogel, Vogelmensch und Bison in der Lascaux-Höhle: Phantastische Szenen aus dem Unbewußten der Steinzeitkünstler

▷ abgelegene Heiligtümer, zu denen nur wenige Eingeweihte Zutritt hatten, waren Stätten schamanischer Geheimkulte.

Wie Kirchenfresken zieren die großformatigen, naturalistischen Tiermalereien die Kuppelräume von Chauvet und Lascaux. Nach einer ausgeklügelten Dramaturgie angeordnet, dienten sie laut Lorblanchet vor allem dazu, einen würdigen Hintergrund zu schaffen für Gottesdienste im Erdinneren, zu denen große Menschenscharen erschienen sein müssen – die vielen Fußabdrücke zeigen es.

Fährten von jugendlichen Füßen in vielen Großhöhlen deuten darauf hin, daß dort Initiationsriten vonstatten gingen. Ramponierte Stalagmiten lassen vermuten, daß die Steinzeit-Vandalen mit den abgebrochenen Trümmern auch ihren Lieben daheim ein Stück Höhlenweihe vermitteln wollten – durch ein heiliges Mitbringsel aus der Tiefe.

Geheimhöhlen wie die Monstergrotte von Pergouset dagegen waren dem Volk vermutlich von vornherein versperrt – und für Massenbesuche auch viel zu eng. Hier, glaubt Lorblanchet, bemühten sich Auserwählte um Kontakte zum Jenseits.

Aber auch die Großgrotten hatten Nebenräume, die nach aller Wahrscheinlichkeit ebenfalls nur einer spirituellen Elite zugänglich waren: Die Zeichnungen sind hier feingliedriger als in den Tempelsälen – und surrealistisch.

In einem Seitenschacht der Lascaux-Höhle etwa findet sich, nur in wenigen Linien skizziert, die traumartige Darstellung von einem Vogel auf einem Stab. Das Tier sieht zu, wie ein Bison einen Mann mit Vogelkopf niederrennt – keine Kunst für den Massengeschmack.

Nur im Zustand der Trance, glaubt Archäologe Clottes, konnten die Steinzeitkünstler solch phantastische Visionen ersinnen. Und somit sei die Suche nach einer Mythensymbolik in den Zeichnungen, um die sich die Forscher jahrzehntelang bemüht hatten, hinfällig – die Szenen entstammten direkt dem Unbewußten der Künstler.



C. LASCU / S. SARBU

Höhlenfund Bärenschädel
Kultstätte der Neandertaler?

Auf diese Weise fertigten südafrikanische Buschmannstämme noch zu Anfang dieses Jahrhunderts Gemälde an, die den Bildern aus der Eiszeit verblüffend ähneln. Trommelwirbel und Tänze versetzten die Schamanen, die Zauberpriester der Stämme, in einen weltentrückten Zustand, in dem sie sich den Geistern nahe fühlten.

Bei den Steinzeitkünstlern mag ein Mineral, das sie als Farbe zerkauten, die Trance noch verstärkt haben: In schwarzen Strichen von Gemälden in Lascaux fanden Chemiker Manganoxid, ein Gift, das Schüttellähmungen, Lachanfälle und Halluzinationen hervorruft.

So vereinten die urzeitlichen Zauberer, wie Lorblanchet spekuliert, Farbauftrag, Drogeneinnahme und spirituelle Erhebung: „Indem sie spuckten, konnten die Schamanen glauben, dem Bild ihren Geist einzuhauchen."

Die esoterischste aller Kunstformen der Vorgeschichte aber kam ganz ohne Farbe aus: Ihre Zeichnungen bestehen

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

einzig aus feinen Ritzlinien im Untergrund.

Erst im Streiflicht werden die Strich-Monster in der Höhle von Pergouset erkennbar – eine seltsame Reihung, die vielleicht eine Reise zu den Geistern darstellt (siehe Grafik Seite 197).

Siebzig Meter hinter dem Eingang des langgestreckten Schachts beginnt die Galerie aus der Eiszeit zunächst ziemlich realistisch: Spuckende Hirschkühe zieren die vorderen Gewölbe. Mit knappen Strichen sind Wisente und Steinböcke gezeichnet, denen die Nüstern gebläht sind und der Mund offensteht; andere, die mit einer Lanze in der Brust gerade verenden.

Die surrealen Monster tauchen erst tiefer in der Grotte auf, beim weiteren Eindringen werden sie immer bizarrer: Pferde mit Giraffenhälsen; Zebras mit Kuhhufen; Köpfe, die an Dinosaurier erinnern. In den hinteren Räumen schließlich lösen sich die Formen zunehmend auf. Vielfach bedeckt nur noch ein Liniengewirr, gleichsam ein Brodeln in der Tiefe der Erde, die Felswände. Hier finden sich die Vogelmenschen und die riesige Vulva, gezeichnet um eine natürliche Felsöffnung herum.

Verstanden die Urheber die Erde selbst als weiblich, die Tiere als Wesen, die aus der Höhlentiefe ans Licht geboren werden?

Den Heutigen, sagt Forscher Lorblanchet, werden sich die Bilder, 12 000 Jahre nach ihrer Entstehung, nie mehr voll erschließen. Kaum anders wäre es wohl den Pergouset-Künstlern ergangen, hätten sie die naturechten Rhinozerosse in der viel älteren Chauvet-Höhle sehen können. 20 000 Jahre waren inzwischen vergangen.

Energie

Fahrt in die Flaute

Die hoffnungsvolle Windenergie trifft plötzlich auf Gegenwind. Brüssel beteiligt sich am Preiskampf gegen die deutschen Windmüller.

Dunkle Wolken sieht Jens Peter Molly über den deutschen Windenergierotoren heraufziehen. Vorbei die Zeiten, in denen sich die verwöhnten Hersteller der schlanken Spargel über alljährlich steigende Absatzzahlen freuen konnten.

Jetzt malt der Leiter des Deutschen Windenergie-Instituts (Dewi) in Wilhelmshaven ein schmähliches Ende der noch jungen Branche an die Wand. Der Industriestandort Deutschland, so Molly, sei möglicherweise „bald um eine Episode reicher".

Auslöser des Alarmrufs von der Waterkant sind die neuesten Statistiken über die in Deutschland installierte Windenergieleistung. Nach Jahren annähernd exponentiellen Wachstums – zwischen 1991 und 1996 wuchs die Anzahl der Windräder von knapp 500 auf über 4000 – schlitterten die Rotorbauer 1996 unvermittelt in die Flaute. Die Hersteller melden einen Rückgang der neuinstallierten Leistung um mehr als zehn Prozent. Nach einer aktuellen Dewi-Prognose werden 1996 in Deutschland Windräder mit einer Gesamtleistung von rund 450 Megawatt aufgestellt – gegenüber 502 Megawatt im Vorjahr.

Die unverhoffte Trendumkehr ist nicht etwa Resultat eines gesättigten Marktes, sondern die Folge unsicherer politischer Rahmenbedingungen.

Vor allem die ungeklärte Zukunft des sogenannten Stromeinspeisungsgesetzes, das den Windenergieboom Anfang der neunziger Jahre auslöste, droht nun den Tatendrang der Zunft zu lähmen. Die Regelung verpflichtet die eingesessenen regionalen Energieunternehmen, Windstrom aus privater Produktion zu einem festgelegten Preis – gegenwärtig 17,28 Pfennig pro Kilowattstunde – anzukaufen und in ihre Netze einzuspeisen.

Schon vor der Verabschiedung im Bundestag Ende 1990 erklärten die großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) die Regelung, die die private Ökostrom-Produktion über Nacht zu einem profitablen Geschäft machte, zum Casus belli: Das Gesetz kratzt am Monopolanspruch der traditionellen Stromversorger.

Neue Hoffnung schöpften die Großen der EVU-Branche, als das Bundesverfassungsgericht Ende 1994 den „Kohlepfennig" zur Stützung des deutschen Steinkohlebergbaus für verfassungswidrig erklärte. Damit, glaubten die EVU, müsse auch das Stromeinspeisungsgesetz auf den höchstrichterlichen Prüfstand: Auch die für den klima- und umweltschonenden Windstrom gesetzlich festgeschriebenen Preise seien nichts anderes als Subventionen. Die Förderung erneuerbarer Energien sei jedoch nicht Aufgabe der Elektrizitätsunternehmen, sondern des Staates, müsse



W. SCHWITZ / BILDERBERG

Windenergieanlage (bei Husum): Wird die Gegenwehr der Stromkonzerne den Tatendrang lähmen?

Werbeseite

Werbeseite

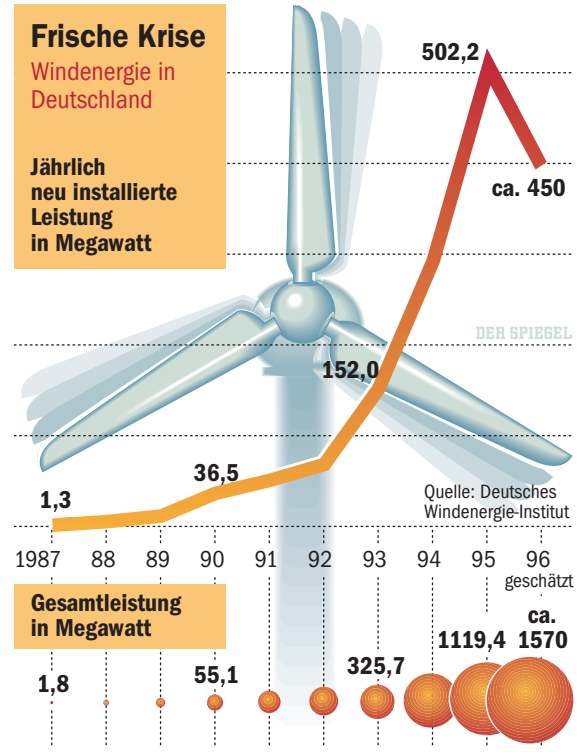
Werbeseite

Werbeseite

also aus öffentlichen Etats aufgebracht werden.

Mit ihren Versuchen, die Preisregulierungen für eingespeisten Ökostrom zu unterlaufen, scheiterten regionale Stromunternehmen dann allerdings mehrfach vor Gericht – zuletzt Ende Oktober vor dem Kartellsenat des Bundesgerichtshofs. Weil die Energieunternehmen in ihren Versorgungsgebieten jeweils über eine „monopolartige Stellung“ verfügten, entschieden die Richter, trügen sie eine besondere Verantwortung für Klima- und Umweltschutz. Das Einspeisungsgesetz sei mithin verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

So verfiel die Stromwirtschaft unter Führung des hannoverschen Stromkonzerns PreussenElektra auf die Idee, Brüssel in die Auseinandersetzung einzuschalten – mit Aussicht auf Erfolg, wie es derzeit scheint.



Ende Oktober reagierte EU-Wettbewerbskommissar Karel van Miert auf die Beschwerden von PreussenElektra und Co. In einem Schreiben an Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) schlägt der Kommissar als Sofortmaßnahme vor, die Vergütung für Windstrom – sie beträgt derzeit 90 Prozent der Durchschnittserlöse der Stromunternehmen für die Kilowattstunde – auf 75 Prozent abzusenken. Alternativ sei eine zeitliche oder produktionsbezogene Begrenzung der Vergütung möglich. Sogar eine Absenkung auf die durch die Einspeisung bei den Stromunternehmen „vermiedenen Kosten“ (die von ihnen selber ermittelt und äußerst umstritten sind) hält van Miert für denkbar.

In diesem Fall blieben den Windmüllern von derzeit garantierten gut 17 Pfennig nur noch etwa 8,5 Pfennig pro Kilowattstunde. Das, fürchten die Windenergieverbände, hätte „katastrophale Folgen für die Windkraftnutzung in Deutschland“, Tausende von Windmüllern würden „in den Ruin getrieben“.

Sollte die Bundesregierung das Einspeisungsgesetz nicht entsprechend den Brüsseler Vorschlägen entschärfen, droht van Miert offen mit einem Verfahren wegen Verletzung des EG-Vertrages.

Daß ausgerechnet der Brüsseler Wettbewerbskommissar die Strommonopole vor der klima- und umweltschonenden Konkurrenz schützen will, ist für den Präsidenten der Sonnenenergievereinigung „Eurosolar“ und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer ein „unglaubliches Stück“.

Die bündnis-grüne Europaabgeordnete Hiltrud Breyer erinnert daran, daß die Brüsseler Kommission in diesen Tagen dem EU-Parlament ein „Grünbuch“ (Titel: „Energie für die Zukunft – Erneuerbare Energiequellen“) habe zukommen lassen, in dem die deutsche Einspeisungsregelung ausdrücklich lobend erwähnt werde.

Um so erstaunlicher die entspannte Reaktion aus dem Hause Rexrodt. „Die Überlegungen von van Miert“, heißt es dort, „liegen durchaus auf unserer Linie.“ Von Widerstand gegen Brüssel keine Spur. Im Gegenteil: In seiner Antwort an den „sehr geehrten Kommissar“ und „lieben Karel“ schreibt Rexrodt, bei aktuellen Bundestagsberatungen über eine Novellierung des Einspeisungsgesetzes werde auch geprüft, „in welchem Umfang eine Begrenzung oder Absenkung der gesetzlichen Mindestvergütung in Betracht“ komme.

Dunkle Ankündigungen für die Rotorhersteller, die nach eigenen Angaben seit Anfang der neunziger Jahre 5000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Die Produktionskapazitäten wurden in diesem Zeitraum vervielfacht, jetzt kämpfen die Unternehmen hart am Wind. Rückläufige Umsätze bedrohen schnell die Existenz.

Inzwischen erinnern sich manche in der Zunft an das Schicksal der Windbranche in den USA. Nach dem Boom in den achtziger Jahren dreht sich inzwischen jenseits des Atlantiks nichts mehr. Die neuinstallierte Windenergieleistung im Jahr 1995 betrug exakt null Megawatt.

„Sind wir auch auf diesem Weg?“ fragte drohend Dewi-Chef Molly schon im Sommer. Die Initiative aus Brüssel war da noch nicht einmal bekannt. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



T. HALTNER

Pygmäen, Waldschützer Merz beim Tanz: Im afrikanischen Härtetest versagen die Zauberformeln der Europäer

Naturschutz

Berge von Fleisch

Im afrikanischen Busch streitet der WWF gegen Holzfäller und Wilderer. Die Einheimischen finden das Anliegen der Europäer befremdlich.

Tief versteckt im Dschungel der Zentralafrikanischen Republik liegt das Dorf Bayanga. Hier leben 3000 Menschen in Holzhütten, geplagt von Malaria, Tsetsefliegen und Sandflöhen, und lange Zeit lebten sie in Armut, doch in Frieden.

Das ist vorbei. Von weit her sind Warlords in das Urwalddorf eingefallen, und nun tobt ein bizarrer Buschkrieg in dem entlegenen Ort. In Bayanga kämpfen, anders als in der Hauptstadt Bangui, keine verfeindeten Schwarzen, hier streiten weiße Eindringlinge um Holz und Macht – die da im Clinch liegen, sind Europäer.

Die Kämpfer haben den Ort unter sich aufgeteilt. In einem Steinhaus am Ortseingang hat der niederländische Biologe Allard Blom Stellung bezogen. Blom leitet für den World Wide Fund for Nature (WWF) das Projekt „Dzanga-Sangha“, das größte und teuerste Naturschutzprojekt des Landes.

Sein Feind und Gegenspieler hat in einer Holzvilla am Ortsausgang sein Hauptquartier errichtet: Gérard Ruchonnet, ein Unternehmer aus der Schweiz. Er besitzt den Grund und Boden des gesamten Dorfes, eine Konzession für selektiven Holzeinschlag im Naturschutzgebiet, und er betreibt die „Sylvicole de Bayanga“, die größte Sägerei der Zentralafrikanischen Republik.

Beide Männer sind einander in unversöhnlichem Haß verbunden. 16 Stunden am Tag zerfetzen Ruchonnets jaulende Maschinen 500jährige Sipostämme; ein Krach, der Blom zur Verzweiflung treibt. Blom kam nach Afrika, um aus den Menschen von Bayanga Naturschützer zu machen, doch das, so glaubt er, kann ihm nicht gelingen, solange dieser Holzfäller im Ort weilt. „Wir stehen auf der Schwelle zum Krieg“, sagt Blom.

Längst ist die Fehde der Fremden auch auf die Afrikaner zwischen den Fronten übergesprungen. Sie streiten nicht um Naturschutz, sondern um Arbeitsplätze: Die Europäer sind die einzigen Arbeitgeber von Bayanga. In ihrer dörflichen



Standortdebatte werfen die Angestellten einander vor, ihre Jobs zu gefährden.

So ist nun auch das Volk gespalten: Ruchonnets 300 Beschäftigte kaufen Seife und Töpfe in einem Laden, den die 90 WWF-Angestellten und ihre Sippen niemals betreten. Beide Lager konsultieren im Krankheitsfall den eigenen Heilkundigen, beide stellen eine eigene Fußballmannschaft. Und bisweilen schlägt die Standortfrage um in rohe Gewalt.

Vor Monaten haben Dorfbewohner zwei WWF-Jeeps demoliert, WWF-Mitarbeiter bedroht und sechs WWF-Häuser niedergebrannt. Die Lage geriet außer Kontrolle, Blom mußte 20 Soldaten der Armee zur Hilfe rufen. „Hinter diesem Anschlag steckt Ruchonnet“, vermutet Blom – was sein Gegner bestreitet.

Angriffe, Mißtrauen, Spaltung und Ranküne – so hatte sich der Naturschützer seine Mission nicht vorgestellt. Vor vier Jahren kam Blom in dieses Land. Er wollte den Regenwald retten und die Waldelefanten, Gorillas, Schimpansen, Bongo-Antilopen und Leoparden vor den Wilderern schützen. Jetzt denkt der 34jährige schon über ein Jura-Studium nach, weit weg von Afrika.

Dem Deutschen Günther Klemm ergeht es nicht besser. Ihn hat die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zu Naturschutz und ländlicher Entwicklung nach Bayanga abkommandiert. Viele seiner Projekte scheitern am Widerstand korrupter Beamter oder am Unwillen des Großgrundbesitzers Ruchonnet: Der ließ kürzlich einen Brunnen niederwalzen, den Projektarbeiter gerade fertiggestellt hatten.

Der Frust der Naturschützer in der Zentralafrikanischen Republik spiegelt

Werbeseite

Werbeseite



T. HALTNER

WWF-Wildhüter im Regenwald
Schießfreude im Schlaraffenland

exemplarisch eine Hürde vieler gutgemeinter Entwicklungshilfeprojekte in der Dritten Welt: Glorreiche Gedankengebilde, zusammengezimmert in europäischen Politzirkeln und Instituten, brechen weg unter der Last der Realität in Ländern, die nicht nur geographisch weit entfernt sind.

In Bayanga sind die Naturschützer mit jenem Arsenal an Ideen einmarschiert, das in der Szene der Entwicklungshelfer weltweit gefeiert wird. Zur „nachhaltigen Entwicklung“, so lautet ihre Theorie, bedarf es unter Beteiligung des „Ökotourismus“ vor allem der „Partizipation der lokalen Bevölkerung“ und der „Stärkung von Nicht-Regierungs-Organisationen“ bei gleichzeitiger „Kompetenzbildung in staatlichen Stellen“.

Im afrikanischen Härtetest indes scheint die Zauberformel zu versagen. In einem Akt von Kompetenzbildung hat Blom zum Beispiel eine Wildhütertruppe aufgestellt. Die 30 Mann, im Dorfjargon „WWF-Soldaten“ genannt, sollten eigentlich Wilderern das Handwerk legen, aber so ganz hat Blom ihnen ihre Pflichten nicht nahebringen können. Ausgerechnet den Chef der WWF-Brigade hat Blom erwischt, wie er im Wald einen Elefantenbullen niederstreckte.

Der wildernde Wildhüter ist kein Einzelfall. Immer wieder ertappt Blom einzelne jener Leute bei der Wilddieberei, die eigentlich auf seiner Seite streiten müßten. Drei Polizisten und zwei Polizeichefs hat er deswegen bereits des Ortes verwiesen.

Seit langem müht er sich bei Ministeriumsvisiten in der Hauptstadt Bangui, auch den berüchtigtsten Großwilderer von Bayanga – den Bürgermeister – seines Amtes entheben zu lassen. Das Ministerium ist über die Schießfreude des Oberen längst im Bilde, aber es tut sich schwer, sich über ein paar tote Tiere zu entrüsten.

Allzuweit liegen die Denkwelten der Naturschützer und der Afrikaner auseinander. Auf Naturschützer hat in der Zentralafrikanischen Republik niemand gewartet, dafür ist das Land zu arm.

Dieser Katastrophenstaat, fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik, besitzt nur 500 Kilometer Asphaltstraße. Fast zwei Drittel der drei Millionen Einwohner sind Analphabeten. Kaum 50 000 Menschen beziehen ein Gehalt, die Wirtschaft dümpelt am Rande der Nichtexistenz, und weil das wütende Volk bei den vorletzten Unruhen im Mai auch die einzige Brauerei abgerissen hat, gibt es nicht einmal einheimisches Bier.

Seit drei Wochen tobt in den Straßen von Bangui die dritte Meuterei des Jahres. In den bisherigen Aufständen forderten die Soldaten nicht mehr als ihren ausstehenden Sold, doch diesmal wird der Straßenkampf in Bangui von ethnischen Konflikten angeheizt. Angehörige des Yakoma-Stammes möchten den früheren Militärdiktator André Kolingba wieder an die Spitze des Landes setzen und feuern mit Gewehren und Raketenwerfern gegen Nicht-Yakoma. Ende vergangener Woche wurden auch französische Truppen in die Gefechte verwickelt. Mit einer Handvoll Kampfflugzeugen und 1400 Soldaten kommandieren die Franzosen, die früheren Kolonialherren, nach wie vor die mächtigste Streitmacht im Staate, möglicherweise greifen sie auch in diesen Aufstand ein wie zuvor in die Frühjahrsunruhen.

Reich ist dieses seltsame Land nur an Savannen, Wäldern und Tieren. Nirgendwo sonst schlagen sich mehr Waldelefanten, Bongo-Antilopen und Flachland-Gorillas durchs Dickicht als im Kongo-Waldblock um Bayanga. Dieser Reichtum hat die Naturschützer angelockt, gleichzeitig bringt er sie in einen Rechtfertigungsnotstand.

Niemand in Bayanga begreift, was die Naturschützer umtreibt. Der Wald ist für die Einheimischen ein Schlaraffenland, durch das Berge von Fleisch stolzieren. Sie sehen nicht ein, weshalb sie diese Tiere nicht zu Steaks verarbeiten sollen. Kein Mensch glaubt die Mär der Europäer, daß es Tiere geben soll, die kurz vor der Ausrottung stehen und daher besonderen Schutzes bedürfen – hier laufen schließlich noch genug herum.

Aus Sicht der Einheimischen sind die WWF-Leute nur willkommen, weil sie Geld mitbringen. Mancher arbeitet so lange für die Naturschützer, bis er sich ein eigenes Gewehr leisten kann. Heimlich geht die Wilderei in Bayanga weiter wie eh und je; den Ermahnungen vom WWF zum Trotz verkaufen die Dörfler unterderhand selbst Elefantenfleisch, das Kilo für sieben Mark.

„Naturschutz“, das hat Blom begriffen, „ist eine europäische Idee.“ In Afrika kann er nur etwas erreichen, wenn die



T. HALTNER

Sägerei „Sylvicole de Bayanga“: Zu arm für Naturschutz?

Einheimischen mehr Geld mit dem Schutz des Waldes verdienen als mit seiner Abholzung. Deshalb wollen die WWFler zahlungskräftige Ökotouristen in dieses elende Land locken; in Tansania, Kenia oder Simbabwe funktioniert das ja auch.

Mit einem Zahlenwerk haben die zu Tourismusentwicklern gewandelten Naturschützer Hoffnungen auf ein Wirtschaftswunder geschürt. Jedes Jahr, das versprach eine WWF-Marktstudie von Consultants aus den USA, könnten bis zu 10 000 Ökofreaks ihren Weg in das Dschungeldorf finden, eine Busladung täglich.

Bei Tagespauschalen in Höhe von rund 250 Mark für Auto, Kost, Logis, Führer und Parkeintrittsgebühren würde das Projekt soviel Geld einnehmen, daß es sich selber trägt und den Bewohnern von Bayanga eine Alternative zu Wilderei und Holzfällerei bieten könnte. 40 Prozent der Eintrittsgebühren für den Naturpark fließen an ein lokales Entwicklungskomitee, das mit diesem Geld Brunnen, Krankenstationen und Elefantenzäune bauen soll.

Doch auch die Touristenrechnung geht bisher nicht auf. Jährlich kommen nur 700 Europäer und Amerikaner nach Bayanga, die meisten sind Forscher oder Angehörige von Entwicklungshelfern. Um mehr Tierfreunde zu ködern, hat sich Günter Merz, der oberste Tropenwaldschützer vom deutschen WWF, jetzt ein besonderes Projekt ausgedacht: Er will einige Gorillafamilien zur Touristenattraktion ausbilden lassen.

Pygmäen sollen die scheuen Menschenaffen langsam an Menschen gewöhnen. Später sollen Pygmäentrupps den Primaten durch den Busch folgen und die Gorillastandorte per Walkie-talkie an die Touristenlodge melden, von wo aus sich eine Jeepkolonne zielsicher in Bewegung setzen kann. Gorillabegegnungen dieser Art sind eine Marktlücke, denn im bürgerkriegsverheerten Ruanda ist jeder Affentourismus zusammengebrochen. Für dieses Projekt greift der WWF tief in sein Spendenguthaben, 700 000 Mark sind eingeplant.

Doch zunächst müssen Blom und Klemm ihren Buschkrieg gegen den Sägereibesitzer Ruchonnet gewinnen. Im deutschen Botschafter Reinhard Buchholz in der Hauptstadt Bangui haben sie einen Mitstreiter gefunden. Der Hobbypilot verübelt dem Schweizer unter anderem, daß der eine Delegation vom Bonner Entwicklungshilfeministerium beim Anflug auf die Piste von Bayanga zu Tode erschreckt hatte: Ruchonnet ließ die Bahn verbarrikadieren; ein Sabotageakt, mit dem er auch die wenigen Touristen zu vergraulen pflegt.

Nun holt WWF-Mann Merz zur Gegenattacke aus: Gemeinsam mit der GTZ will er Ruchonnets verschuldeten Betrieb kaufen. Die Sägerei möchte er dann in eine Landesforstschule umwandeln („die einzige im Umkreis von Tausenden Kilometern“) und den selektiven Holzeinschlag in kleinerem Umfang weiterführen, diesmal jedoch mit dem Augenmerk auf ökologische Verträglichkeit.

Schon kündigt sich eine verschärfte Standortdebatte in Bayanga an. Nicht alle Sägereiangestellten werden auch unter den neuen Herren ein Auskommen finden. „Das Dorf muß kleiner werden“, findet Merz, zu viele Einheimische könne der Wald nicht tragen.

Und weil der Naturschutz in Afrika so teuer ist – allein ein Geländewagen kostet dort an die 100 000 Mark –, hat der WWF eine große Spendenkampagne zum Schutz des Waldelefanten gestartet. Schirmherr der Aktion ist „Tagesthemen“-Moderator Ulrich Wickert.

Kürzlich posierte Wickert vor der Frankfurter Paulskirche auf dem Rücken eines vom Circus Krone geliehenen Dickhäuters, der aus dem fernen Indien stammt. „Es wäre schrecklich, wenn die faszinierenden Elefanten des Waldes von der Zivilisation zerstört würden“, verkündete Tugendwächter Wickert und formulierte luzid: „In diesem Bezug ist der Begriff Zivilisation höchst fragwürdig.“ ❑



B. LAMMEL

Schutzobjekt Waldelefanten: Die Wilderei geht weiter

Werbeseite

Werbeseite

Weltraum

Dreckiges Naß

US-Wissenschaftler entdeckten Eisvorkommen auf dem Mond. Wasserloch und Tankstelle für Siedler?

Der eine der drei Männer auf dem Podium des Pentagon trug ein miserabel sitzendes Toupet, der andere ähnelte dem Urmel aus der Augsburger Puppenkiste. Als dann die Kamera auf den dritten Mann schwenkte, lag die Erinnerung an einen Nußknacker nicht fern – fast schien es, als seien die Außerirdischen nun endlich doch gelandet.

Bei dem seltsamen Trio handelte es sich um einen Oberst und zwei Wissenschaftler vom Star-Wars-Programm, die den Vertretern der Weltpresse die Nachricht überbrachten: Die Amerikaner hätten Wasser auf dem Mond gefunden.

Somit sei es quasi nur noch ein Klacks, erklärte der Oberst mit wachsender Emphase, auf dem Erdtrabanten demnächst eine Basis zu errichten: Aus dem Mondwasser lasse sich all das gewinnen, was der Mensch in der lunaren Ödenei benötige. Sogar den für die Eroberung des Mars notwendigen Raketentreibstoff werde man, prophezeite der Militär mit einem sichernden Griff ans Haarteil, vor Ort herstellen können.

Zwar liegt das Wasserloch an der unzugänglichsten Stelle des Mondes, direkt an dessen Südpol – in einem Krater, der kaum größer und noch unwirtlicher ist als Ostfriesland. In der 13 Kilometer tiefen, von der Sonne nie berührten Senke herrscht permanenter Weltraumfrost – minus 192 Grad, weshalb das dort vermutete Wasser tiefgefroren ist.

Trotzdem drängen nun die Lobbyisten der Mondbesiedelung darauf, ungesäumt ein Robotmobil zwecks Probenentnahme in den Krater zu entsenden. Obzwar auch er nicht zu erklären wußte, weshalb der Mensch an einem Orte siedeln soll, an dem er weder ziert noch nützt, urmelte der Pentagon-Wissenschaftler auf der Pressekonferenz: „Hier ist das Kraftzentrum einer neuen Zukunft."

Aufgespürt wurde es von „Clementine", einem im Februar 1995 gestarteten Kleinsatelliten der Ballistic Missile Defense Organization (BMDO), in der ein Fähnlein früherer Mitarbeiter des eingestellten Star-Wars-Programms SDI emsig nach neuen Aufgaben sucht.

Statt wie früher auf Möglichkeiten zu sinnen, wie sich Feindraketen schon im Anflug zerbröseln lassen, stellten die BMDO-Tüftler ihr Gehirnschmalz in den Dienst der Sternenforschung – und hier besonders der kartographischen Erfassung aller Unebenheiten auf der Rückseite des Mondes.

Als diese Fleißarbeit bewältigt war, richteten die BMDO-Experten die Fühler ihrer lediglich mit Radar, Laser-Höhenmeßgerät und Photosensoren bestückten Peanut-Sonde (Kosten: nur 75 Millionen Dollar) auf die lunaren Polargebiete.

Seit Frühjahr saßen sie grübelnd über den ungewöhnlichen Radar-Reflexionen, die sie aus dem Krater empfangen hatten – bis sie, rechtzeitig zu Beginn der Etatverhandlungen für die kommenden fünf Fiskaljahre, der Öffentlichkeit das Fazit ihres Forschens offenbarten: „Die Reflexionen ähneln denen, die auch bei Wasser auftreten können."

Als sei der Sonnenstich endemisch geworden, halluzinierten daraufhin die amerikanischen Medien eine Zukunft mit riesigen US-Mondkolonien, die so viel Trinkwasser und Sauerstoff aus dem Kratereis bezögen, daß möglicherweise auch an die Beherbergung einlaßheischender Ausländer zu denken sei.

Doch gottlob wird diese Vision, die so oder ähnlich die Weltraum-Phantasien immer wieder beflügelt, auch diesmal ein Hirngespinst bleiben.

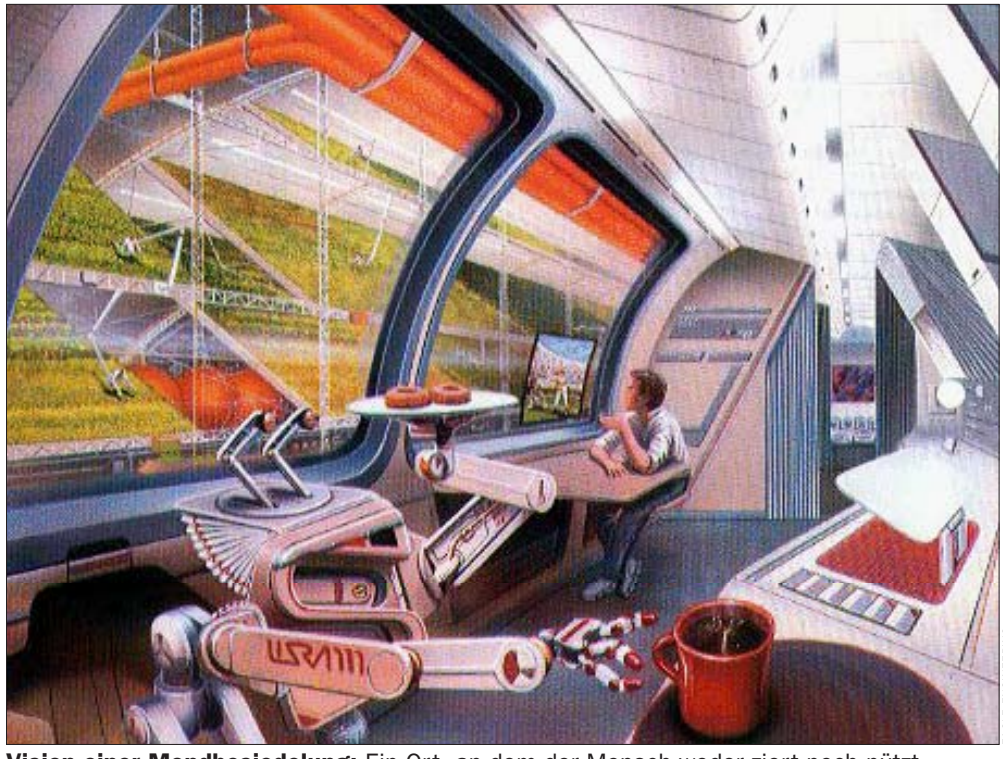
Dabei halten es sogar kritische Experten für möglich, wenn auch noch lange nicht für bewiesen, daß es das verheißene Naß am Südpol des Mondes geben könnte – etwa infolge des Einschlags von Kometen, die zu 90 Prozent aus Eis bestehen. Aufgrund der Polarkälte sogleich wieder schockgefroren, wäre das – durch die Aufprallhitze kurzzeitig in Wasserdampf verwandelte – Kometeneis im Mondboden erhalten geblieben.

Ähnlich absurd wie der Gedanke an pirouettendrehende Mondfahrer auf Schlittschuhen ist jedoch die vom BMDO geschickt geförderte Laienvorstellung von einem riesigen Kratersee aus solide gefrorenem Eis, das sich wie im Tagebergbau gewinnen ließe.

Wenn überhaupt, gibt es am lunaren Südpunkt titanhart gefrorenen Dreck mit einem Wassergehalt von maximal zehn Prozent – an Hybris, lästerlichen Hochmut grenze die Idee, so der Astrophysiker James Hale, Menschenwerk vermöge die tief ins Erdreich eingesprengten Eiskristalle aus dem Mondboden zu lösen und sodann (per Elektrolyse) in Wasser und Sauerstoff zu spalten.

„Der Energieaufwand wäre immens", konstatierte Hale. „Und dies in einer Gegend, in der die Sonne als Stromlieferant nicht zur Verfügung steht."

Kein Problem, entgegnete indes frohgemut der zweite Pentagon-Wissenschaftler. Die Lösung des Energieproblems verheiße eine nahe gelegene Felsnadel, viele Kilometer hoch und daher fast immer von der Sonne beschienen: „Die muß man nur über und über mit Sonnensegeln bestücken." ❑



EAGLE ENGINEERING

Vision einer Mondbesiedelung: Ein Ort, an dem der Mensch weder ziert noch nützt

Werbeseite

Werbeseite



WERKSFOTOS

Neue Mercedes-A-Klasse: „Wollen wir Rolls-Royce sein?“

Automobile

Lob der Kokosnuß

Als sicherster Kleinwagen der Welt soll die Mercedes-A-Klasse im nächsten Jahr Furore machen. Neues Konzept der Autobauer: Die großen Limousinen werden in den Knautschzonen noch weicher, die Kleinen werden härter.

Wie von Geisterhand gelenkt steuerten der Große und der Kleine aufeinander los.

Auf der Crash-Bahn in Sindelfingen sollten ein anderthalb Tonnen schwerer Mercedes der E-Klasse und ein früher Prototyp der nur etwa 1000 Kilogramm wiegenden neuen A-Klasse, jeder auf 50 Stundenkilometer beschleunigt, ihre zerstörerischen Aufprallkräfte messen. Und wie geht’s den Dummys nach dem Crash?

Das zerknautschte Ergebnis des vor wenigen Monaten ausgetragenen ungleichen Zweikampfs lagert derzeit in einer der Werkshallen des Mercedes-Entwicklungszentrums. Ohne Mühe, „mit der Kraft eines Kindes“ habe sich die Fahrertür des Kleinwagens nach dem Unfall öffnen lassen, sagt Ingo Kallina, Leiter der Mercedes-Sicherheitsentwicklung. Im Innenraum waren keine bedrohlichen Verformungen erkennbar. Die mit Sensoren ermittelten Belastungen der Insassen lagen unter den kritischen Grenzwerten.

Das Entwicklungsziel der Schwaben scheint damit erreicht: den ersten Kleinwagen der Welt herzustellen, dessen Insassen im Falle eines Zusammenstoßes nahezu die gleichen Überlebenschancen haben wie in einer Limousine der Mittelklasse.

Seit etwa 20 Jahren experimentieren die Mercedes-Konstrukteure mit Kleinwagen, verwarfen die Idee, welche zu bauen, jedoch immer wieder aus Sicherheitsgründen. Auto-Zwerge erschienen ihnen als „nicht kompatibel“ mit schwergewichtigen Unfallgegnern – ein scheinbar unlösbares Dilemma.

Andererseits zeichnete sich immer deutlicher eine verkaufsstrategische Notwendigkeit ab. Vor sieben Jahren analysierte die Unternehmensberatung McKinsey den Untertürkheimer Autokonzern. Zu den Ergebnissen zählte eine klare Erkenntnis: Mercedes muß auch kleinere Autos bauen.

„Wir mußten uns damals eine Frage stellen“, erinnert sich Pkw-Vorstand Jürgen Hubbert: „Wollen wir in zehn Jahren so etwas wie Rolls-Royce sein – mit einem freundlichen Angebot zur Übernahme durch einen anderen Konzern?“

Der weltweite Automobilmarkt wird sich nach heutigen Schätzungen bis zum Jahr 2014 auf rund 70 Millionen Fahrzeuge pro Jahr fast verdoppeln – allerdings nicht in den mit Automobilen übersättigten Wohlstandskontinenten, sondern vorwiegend in Schwellenländern und in der Dritten Welt. Dort jedoch ist mit Luxuskarossen fürs erste nicht viel zu gewinnen.

Als großer Öko-Vorstoß sollte der Mercedes-Mini also nicht mißverstanden werden. „Ein ausschließlich ökologisches Konzept war zu keiner Zeit unser Ziel“,



Crashtest Mercedes-E-Klasse gegen A-Klasse (Prototyp): Der Stärkere gibt nach

Werbeseite

Werbeseite

sagt Hubbert. Es geht Mercedes schlicht darum, mehr Autos zu verkaufen, zusätzlich zu den großen Limousinen.

Einen Verbrauchswert mit einer „Drei vorm Komma“, also weniger als 4 Liter pro 100 Kilometer, hatte Dieter Zetsche, in der Pilotphase der A-Klasse Entwicklungschef, angekündigt. Die Drei wird wahrscheinlich hinter das Komma rutschen. In der sparsamsten Version mit Turbodiesel-Motor und Direkteinspritzung sind 4,3 Liter in der Normrunde zu erwarten. Immerhin, damit wäre die A-Klasse aus heutiger Sicht das sparsamste Serienauto der Welt.

Gerade das Sicherheitskonzept, so Hubbert, habe „sich einer ökologischen Optimierung entgegengestellt“. Die Mehraufwendungen für Sicherheit machen das Auto relativ schwer (rund eine Tonne Leergewicht) und etwa 20 Zentimeter höher als gewöhnliche Pkw. Entsprechend steigen Massenträgheit und Luftwiderstand.

Gegen Ende der achtziger Jahre hatten die Mercedes-Konstrukteure einen Weg gefunden, das Sicherheitsdefizit von Kleinwagen auszugleichen. Grundsätzlich, hatten sie erkannt, gibt es zwei An-

Das Herz schlug eine Delle in den Brustkorb

sätze, den Inhalt eines beweglichen Behälters zu schützen: das Prinzip der frischen Kokosnuß und das des Kamerakoffers.

Die Kokosnuß ist von einer weichen Schale umgeben, die den Aufprall abfedert, wenn die Frucht von der Palme fällt. Der Kamerakoffer hat eine nahezu unnachgiebige Schale. Der weiche Schaumstoff im Inneren gibt dem Inhalt beim Aufprall genug Bewegungsfreiheit, damit er nicht zerbricht.

Die klassische Autokarosserie folgt dem Kokosnuß-Prinzip. Die Knautschzone übernimmt die Funktion der weichen Hülle.

Doch auch die Schutzfunktion des Kamerakoffers läßt sich im Auto inzwischen näherungsweise erreichen: durch sogenannte Gurtkraftbegrenzer, die im Verlauf des Aufpralls bei einer bestimmten Verzögerungskraft den Gurt um einige Zentimeter lockern. Damit werden die auf den Körper einwirkende Wucht und die Gefahr innerer Verletzungen bei den Fahrgästen vermindert.

Bei der neuen A-Klasse kombinierte Mercedes beide Techniken. Das Antriebsaggregat liegt tiefer, der Boden der Fahrgastzelle erheblich höher als bei anderen Kleinwagen. Folge: Der Motor rutscht im Falle eines Aufpralls unter den Füßen des Fahrers durch, statt in den Fußraum einzudringen. Auf diese Weise läßt sich ein wesentlich größerer Bereich der Wagenfront – nach dem Kokosnußprinzip – als Knautschzone nutzen.

Gleichzeitig wird der Effekt des Kamerakoffers praktiziert: Die serienmäßigen Gurtstraffer greifen bei einem Aufprall, ziehen die Insassen fest an die Sitzlehnen – um gleich darauf, von einer bestimmten Zugkraft an, die Gurtrollen um bis zu zwei Umdrehungen wieder zu lockern. Der Gurt gibt nach und verlängert somit zusätzlich den Anhalteweg des Passagiers.

Der Entschluß, Kleinwagen herzustellen, zwang Mercedes auch in einem anderen Bereich des Fahrzeugbaus zum Umdenken: Schon mit der im vergangenen Jahr vorgestellten E-Klasse vollzog Mercedes die Abkehr vom rücksichtslosen Panzerbau – nach dem Motto: Der Stärkere gibt nach.

Die Karosseriestruktur in der Wagenfront der E-Klasse wurde erheblich weicher ausgelegt als bei früheren Mercedes-Limousinen: Die Knautschzonen verformen sich im Crashtest schon bei geringeren Geschwindigkeiten stark. Umgekehrt wurde die vordere Blechstruktur des kleineren Modells nun erheblich härter konzipiert.

In Zahlen: Die A-Klasse wurde für den seitenversetzten Crash gegen die deformierbare Barriere auf eine extrem hohe Aufprallgeschwindigkeit von 65 km/h optimiert, die E-Klasse dagegen auf 60 km/h und der schwere Minivan der V-Klasse auf lediglich 56 km/h.

Die Sicherheitsreserven der schweren Wagen werden durch die weiche Auslegung nur marginal verringert. Denn der menschliche Organismus stößt bei steigendem Aufpralltempo ohnehin schnell an seine Grenzen. Jenseits von etwa 75 km/h gegen die starre Wand überlebt kein Insasse, egal ob er im Rolls-Royce sitzt oder im Goggo. Die Wucht des Aufpralls reißt die Organe aus den Verankerungen. Bei manchen Unfallopfern schlug das Herz eine Delle in den Brustkorb.

Schwere und zugleich steif ausgelegte Autos bieten ihren Insassen also kaum zusätzlichen Schutz. Wohl aber gefährden sie die Passagiere anderer Autos erheblich. Sicherheitskonstrukteur Kallina spricht gar von „aggressiven Autos“, deren Zerstörungspotential es zu entschärfen gelte.

Vor fünf Jahren argumentierte der Mercedes-Entwickler noch ganz anders. Damals erregten die Stuttgarter Limousinen wegen ihrer steifen, angriffslustigen Karosseriestruktur Kritik. Die geforderte Weichmacherei, erklärte Kallina, berge Gefahren für die Insassen der schweren Wagen. Im übrigen bestehe, statistisch betrachtet, kein Handlungsbedarf: „Recht selten treffen Mittelklasse- oder Oberklasse-Autos bei einem Unfall auf einen Kleinwagen.“

Der spätere Vorstandsbeschluß, den ersten Mercedes-Kleinwagen zu bauen, stimulierte den Sinneswandel der Konstrukteure: Einen Kleinwagen aus dem eigenen Hause unterzupflügen wiegt noch mal schwerer als ein Duell mit einem Konkurrenzprodukt.

Andere Hersteller, etwa Fiat oder der VW-Konzern, haben sich längst für die weichere Auslegung großer Limousinen ausgesprochen und handeln auch danach. Bereits 1981 erklärte Reinhard Wagner, damals Chef der Karosserieentwicklung bei der VW-Tochter Audi: „Die Kompatibilität“ – gemeint ist der sanftere Umgang mit dem kleineren Gegner – „ist ein äußerst wichtiger Sicherheitsaspekt, der bislang viel zuwenig Beachtung findet.“

Ein Schritt in diese Richtung war bei Volkswagen die Absenkung des Fahrzeuggewichts in der Luxusklasse. Als erste Serienlimousine der Welt bekam der Audi A8 eine Aluminiumkarosserie.

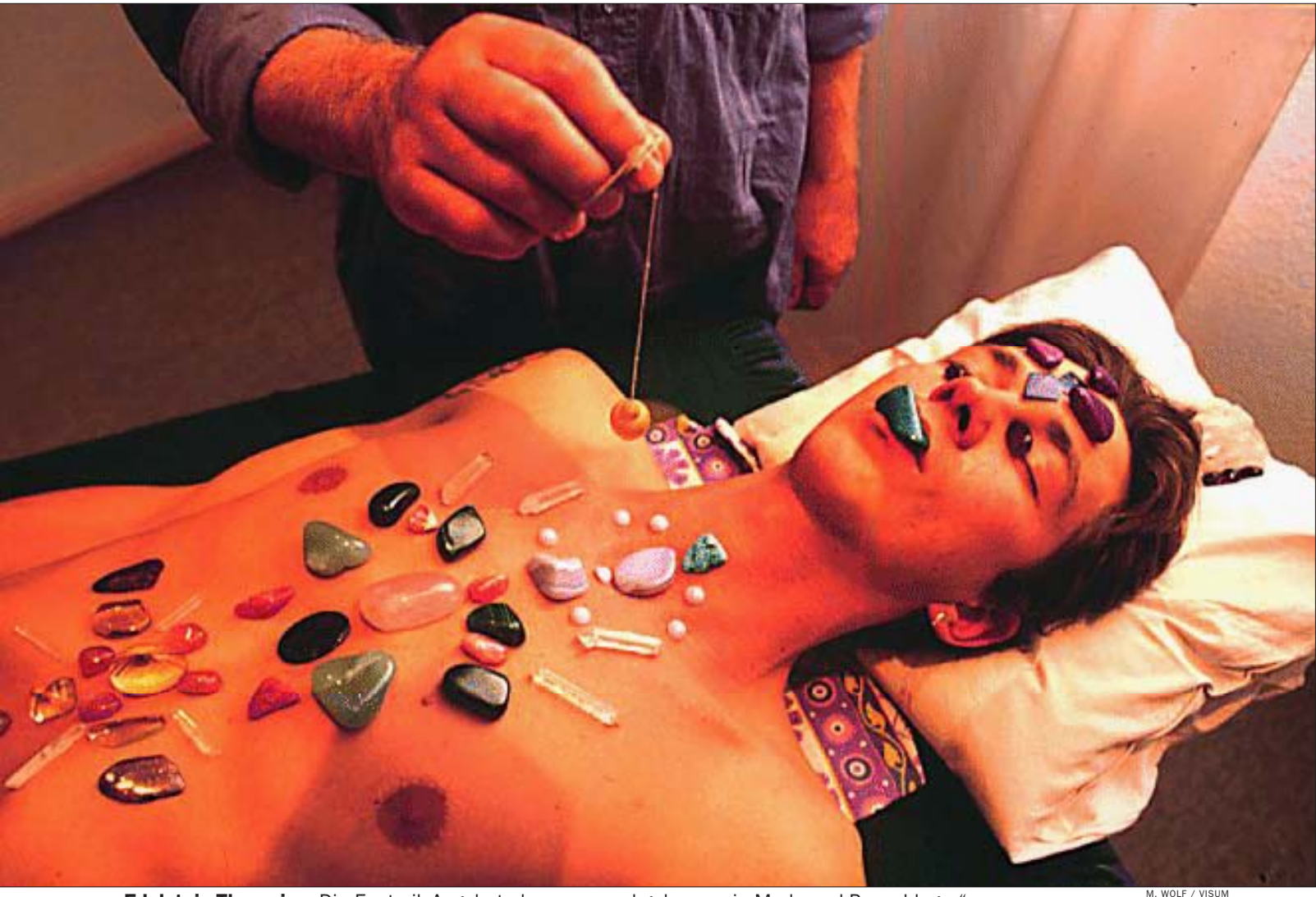
Die neue Leichtigkeit kommt dem Unfallgegner zugute

An diesem Beispiel ließ sich schon ablesen, wie sehr die neue Leichtigkeit schwächeren Unfallgegnern zugute kommen kann. Den Beweis liefern zwei Crashtests, die *Auto, Motor und Sport* im Abstand von einigen Monaten im vergangenen Jahr unternahm.

In einem Fall wurden ein Audi A8 und ein VW Polo mit je 50 km/h aufeinander losgelassen. Das Ergebnis war beeindruckend: „Abgesehen von dem erhöhten Verletzungsrisiko für die Füße“, so urteilten die Tester, blieben die Insassenbelastungen im VW Polo „unter den verletzungsträchtigen Grenzwerten“.

Im anderen Fall krachte die S-Klasse von Mercedes – mehr als eine halbe Tonne schwerer als der Alu-Audi – auf den Kleinwagen Opel Corsa, ebenfalls mit je 50 km/h.

Die neutralen Experten lobten zwar die „Struktur-Deformationen“, mit denen die S-Klasse-Karosserie durchaus „Partnerschutz“ zeige. Dennoch konnte die Wucht der auf den kleinen Opel hereinbrechenden Masse durch den weichen Vorbau nicht ausreichend abgefangen werden. Im Test-Corsa, so danach das Auto-Fachblatt, sei „mit einem erheblichen Verletzungsrisiko zu rechnen“. ❑



Edelstein-Therapie: „Die Esoterik-Angebote kommen und gehen – wie Mode und Popschlager“

M. WOLF / VISUM

Buchmarkt

„Fast food für die Seele“

Der Markt für Esoterik-Bücher wächst schneller denn je: Verlage und Autoren profitieren von der zunehmenden Orientierungsnot und verzeichnen riesige Umsätze mit Büchern über Mystik, Alchimie und magischen Budenzauber aus aller Welt. Auch seriöse Verlage starten Esoterik-Reihen, und New-Age-Propheten füllen ganze Messehallen.

Mit Wahrsagerei kann er wenig anfangen, aber Jürgen Lipp glaubt durchaus, „daß es eine universelle Energie gibt, die unser Leben mitbestimmt. Das spür’ ich jeden Tag“.

Diese Sensibilität hat ihm das Universum reich gelohnt. Lipp, 47, betreibt seit 1980 die Buchhandlung „Wrage“ im Hamburger Universitätsviertel, einen der erfolgreichsten esoterischen Buchläden Deutschlands. Er macht zwei Millionen Mark Umsatz jährlich; dazu kommen noch kräftige Erlöse aus dem angeschlossenen Bücherversand und dem Ticketverkauf für seinen Seminarservice.

Die Vorträge und Seminare erwiesen sich als besonders clevere Geschäftsidee. Lipp erkannte schon früh, daß die lesenden Sinnsucher der Esoterik-Szene ihre Lieblingsautoren auch gern treffen und noch lieber von ihnen lernen würden. So reisen die bekanntesten New-Age-Propheten auf Einladung Lipps regelmäßig nach Deutschland, um in ausverkauften Messehallen Werbung für sich und ihre Bücher zu machen.

Hellsehen und gesehen werden, lautet ein Motto der Branche. Unter den zahlreichen Esoterik-Buchautoren befinden sich allerlei kosmische Scherzbolde mit sensitiven Begabungen. Dazu kommen agile Wanderprediger wie Zauberer und Kräuterkundige, Edelsteingläubige und Erforscher schamanistischer Praktiken, positive Denker und Visionäre.

Sie alle tummeln sich in einem rasch wachsenden Bereich des Buchmarkts: Zwischen vier und acht Prozent des Umsatzes im deutschen Buchhandel, so

schätzen Experten, werden bereits mit Esoterik-Titeln gemacht. Zehn Verlage, darunter so namhafte wie Fischer, Goldmann, Rowohlt und Ullstein, bieten schon eigene Esoterik-Taschenbuchreihen an. Von den etwa 15 Millionen Mark, die der Hugendubel Verlag jährlich umsetzt, stammen sogar 85 Prozent aus der spirituellen Ecke.

Und die Verlage setzen weiter auf das Geschäft mit der Sinnkrise: Econ startete im Oktober mit zwölf Titeln die Reihe „Esoterik & Leben“, Bastei-Lübbe kommt im Januar 1997 mit der Reihe „Atlantis – Das verborgene Wissen der Welt“ heraus.

Der Münchner Goldmann Verlag hat gerade mit der Reihe „Persönliches Wachstum“ begonnen. Lektorin Olivia Baerend möchte „in dem großen Gemischtwarenladen Esoterik“ vor allem praktische Bücher anbieten, „für einen erleuchteten Alltag“, wie sie sagt. Einer der neuen Ratgeber heißt denn auch folgerichtig: „Hühnersuppe für die Seele“.

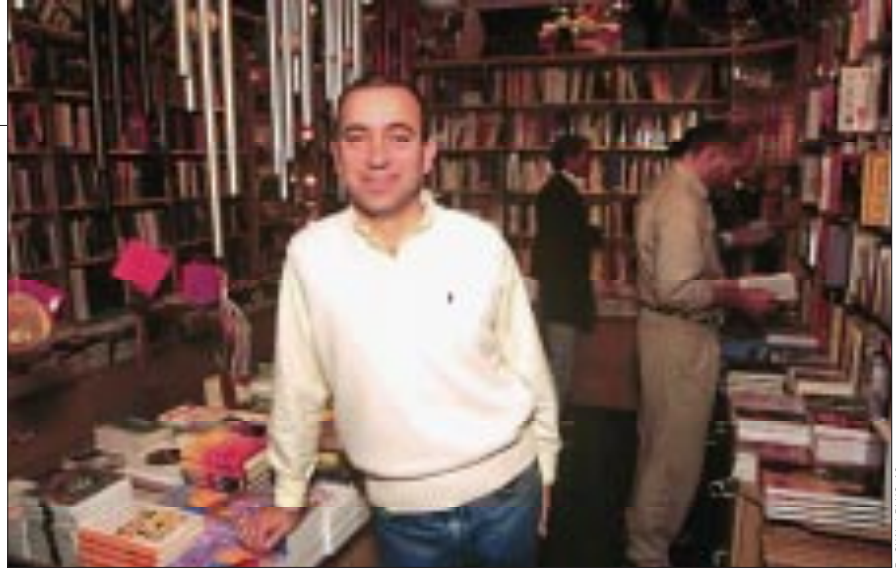
Peter Wilfert, Cheflektor des Wolfgang Krüger Verlags, ist für die bei Fischer gestartete Reihe „Spirit“ zuständig. Den Begriff „Esoterik“ lehnt Wilfert allerdings ab: „Die Esoterik-Angebote kommen und gehen – wie Mode und Popschlager.“

Wilfert will „seriöse, eher theoretische Texte und Erfahrungsberichte“ herausgeben, etwa zum Buddhismus oder Sufismus, für ein anspruchsvolles Publikum, das sich für Philosophie, Spiritualität und die verschiedenen Weltreligionen interessiere.

Tatsächlich beschäftigt die altbekannte Frage nach dem Sinn des Lebens die Menschen des postmodernen Zeitalters so sehr wie kaum eine andere. Gefahndet wird in den esoterischen Bestsellern nach dem „wahren Ich“, dem „inneren Kind“ oder der „inneren Geliebten“, nach dem „höheren Selbst“ oder nach „Weisheit“ und „Erleuchtung“, aber auch nach „Erfolg, Geld und besserem Sex“.

Dem Phänomen ist mit Spott kaum noch beizukommen; die New-Age-Bewegung, so glaubt der Berliner Soziologe und Philosoph Christof Schorsch, sei sowohl Krisensymptom und Kind des Wertewandels als auch Ausdruck hartnäckiger utopischer Wunschbilder.

Die geschäftige Theosophin Alice Ann Bailey hatte bereits vor 50 Jahren ein neues Zeitalter angekündigt. Die 2000 Jahre währende Ära des kühlen Fisches sei vorbei, predigte die Amerikanerin, nun komme – für eine ebenso lange Zeit – der Wassermann dran. Bailey, die nach eigenem Bekunden regen telepathischen Kontakt zu okkulten Geistern pflegte, prägte die Begriffe „New Age“ und „Wassermann-Zeitalter“ gemäß der Erkenntnis, daß „die Menschheit dem innersten Wesen nach eine Einheit ist, daß die Menschen miteinander teilen und zusammenarbeiten müssen und daß eine neue Weltreligion im Entstehen ist“.



P. SUN / PLUS 49

Buchhändler Lipp: „Universelle Energie, die unser Leben mitbestimmt“

Mit dem mitmenschlichen Teilen klappt es noch nicht so recht, doch der Glaube an den Wassermann ist lebendiger denn je – und mit ihm ein Knäuel aus Mystik, Alchimie, neuen Ersatzreligionen und magischem Budenzauber aus allen Ländern der Erde.

Nutznießer und Beobachter der international schillernden Bewegung sind – neben den Autoren – vor allem die Buchhändler. Früher, so berichtet Mario Domig, Inhaber des Düsseldorfer Buchladens „Tao“, hätten bei ihm junge Leute gekauft, heute kämen Büroangestellte, Hausfrauen, Akademiker. Die jüngeren Kunden, so Domig, kauften eher Ufo-Literatur, die älteren vor allem Bücher zur Astrologie, zu Tarot und zum Leben nach dem Mondrhythmus.

Neuerdings beobachtet Domig eine steigende Nachfrage nach Meditationsbüchern, „als hätten die Leute ein enormes Ruhebedürfnis“. Vor allem die verschiedenen Formen des Buddhismus erfreuten sich größter Beliebtheit.

Nun schwafelt der erhabene Buddha auch nicht so nebulös daher wie viele der modernen New-Age-Gurus. Einer der Lehrsätze Buddhas lautet etwa: „Haß wird nicht durch Haß besiegt; den Haß besiegt allein die Liebe – dies ist ein ewiges Gesetz.“ So etwas kommt an: Zu den prominenten Anhängern des Buddhismus gehören beispielsweise Richard Gere und Tina Turner, Italiens Fußballstar Roberto Baggio und RTL-Chef Helmut Thoma. 40 000 Deutsche bezeichnen sich inzwischen als praktizierende Buddhisten, doppelt so viele wie noch vor fünf Jahren. Rund 300 000 sympathisieren mit der Lehre.



S. MALZKORN / FOTEX

Turner



KING / LIAISON / GAMMA / STUDIO X

MacLaine



HORIZONT

Baggio

Neben östlichen Weisheitslehren steht eine Vielfalt kunterbunter Traktate im Regal, zum Beispiel „Das geheime Wissen einer modernen Hexe“, „Universelle Kräfte der Edelsteine und Kristalle“, „Bete und werde reich“.

Der aus dem Griechischen stammende Begriff Esoterik bezeichnet eigentlich eine Geheimlehre, umfaßt aber inzwischen Diverses, von alternativen Heilmethoden und traditionellen Techniken mystischer Schulen bis zum Training medialer Fähigkeiten.

Ob Aromatherapie, Channeling, Aura-Reinigung, Trommeln unter Olivenbäumen oder seliges Summen zum besseren Gedeihen der Topfpflanze – all das gehört zur Esoterik irgendwie dazu. Nüchterne Beobachter der New-Age-Bewegung weisen allerdings darauf hin, daß der Planet bislang keine Anzeichen von Besserung erkennen lasse – trotz der wachsenden Zahl von Menschen, die sich angeblich für die Energien der Erde öffnen.

Skeptiker sehen in dem esoterischen Wirrwarr eine fatale Mischung aus quasireligiösen, quasiwissenschaftlichen Ideen

und Lehren, durchsetzt von naiver Heilsgläubigkeit und Aberglauben. Pfarrer Wolfgang Behnk, Sektenbeauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, spricht abschätzig von „Fast food für die Seele“.

„Esoterik und Übersinnlichkeit“, konstatiert auch das amerikanische Magazin *Newsweek*, „sind die neuen Sinnstifter.“ „Spiritualität“, erklärt Ralph White, Direktor eines New-Age-Zentrums in New York, „ist der ultimative Trend der Neunziger. Die Amerikaner werden immer verrückter danach.“

White muß es wissen. Kamen früher ein paar Dutzend Zuhörer zu einem Vortrag von Deepak Chopra in sein Zentrum, sind es heute über 800. Zu Chopras Anhängern gehören Michael Jackson, Demi Moore, Elizabeth Taylor und Oprah Winfrey. Die Bücher des indischen Arztes und Autors haben sich bislang weltweit sechsmillionenmal verkauft, sein Werk „Die sieben geistigen Gesetze des Erfolges“ brachte es auch in Deutschland innerhalb kürzester Zeit auf eine Auflage von 25 000 Stück – wahrscheinlich, weil darin so schöne Sätze stehen wie „Nur

„Nur das Herz kennt die richtige Antwort“

das Herz kennt die richtige Antwort“ oder „Man kann das Gesetz des Karmas anwenden, um Geld und Wohlstand zu schaffen und alle guten Dinge im Leben, die man sich wünscht“.

Die Erfolgsrezepte der zumeist bieder zusammengeschusterten Bestseller sind ähnlich unergründlich wie die vermittelten Botschaften. Der Schmöker „Die Prophezeiungen von Celestine“ etwa verkaufte sich weltweit mehr als fünfmillionenmal, stand zwei Jahre lang auf der Bestsellerliste der *New York Times* und stieß in insgesamt 32 Ländern von Lateinamerika über Japan bis Australien auf nahezu kollektive Begeisterung.

Autor James Redfield, 46, ersann einen Helden, der in den Anden, in den Ruinen von Celestine, nach einem alten Manuskript sucht. Es soll spirituelle Weisheiten enthalten, deren Verbreitung die Kirche fürchtet. Unverdrossen forscht der tapfere Mann nach den Erleuchtungsschriften und hat dabei allerlei Erweckungserlebnisse, obwohl ihm die Kugeln peruanischer Soldaten nur so um die Ohren fliegen.

Das Buch, dem auch gutwillige Leser kaum ein überragendes Spannungsniveau nachsagen werden, wollte zunächst kein amerikanischer Verlag haben. Autor Redfield druckte seine Geschichte im Selbstverlag, tingelte damit durch kleine Läden und verkaufte auf diese Weise stattliche 100 000 Stück. Erst daraufhin

Werbeseite

Werbeseite

nahm Warner Books „Celestine“ und die Prophezeiungen ins Programm.

Mit Erfolg. Inzwischen gibt es ein regelrechtes „Celestine“-Medienset: Hörbuch, Poster, Kalender, Entspannungsmusik, Arbeitsbuch. Die CD-Rom und eine Hollywood-Verfilmung sollen folgen, und gerade erschien, weltweit zeitgleich, der Fortsetzungsband: „Die zehnte Prophezeiung von Celestine“.

Zu den Großverdienern der Esoterik-Branche gehören auch die Autorinnen Chris Griscom und Louise Hay. Die ätherische Blondine Griscom, in deren Obhut sich vor Jahren die Schauspielerin Shirley MacLaine zur spirituellen Rundumerneuerung begab, schrieb bereits sieben Bestseller, darunter „Zeit ist eine Illusion“ und „Die Frequenz der Ekstase“ – Titel, die dem Münchner Goldmann Verlag mit insgesamt 570 000 verkauften Exemplaren stolze Umsätze bescherten.

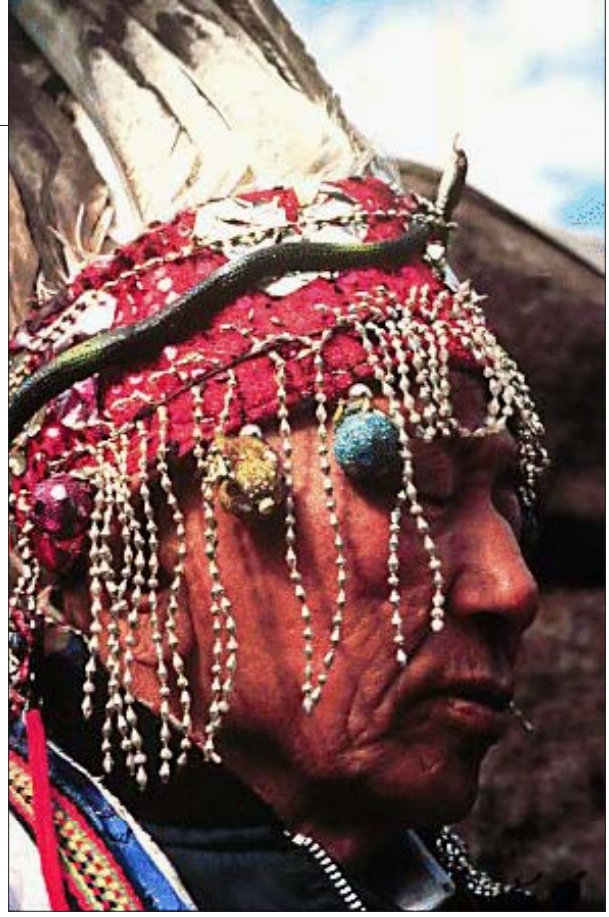
Griscom, die seit ihrer Jugend in Kontakt mit geistigen Führern steht, sechs Nahtoderfahrungen hinter sich gebracht haben will und fähig ist, für eine kleine Astralreise mal schnell aus ihrem Körper auszutreten, verkündet in ihrem neuesten Buch Tröstliches für dickliche Menschen. Danach soll das rundliche „Körpergehäuse“ nicht verdammt werden, stehe es doch, so Griscom, für „die klassische Form des intuitiven Menschen, der seine Kraft zurückhält“.

Ihre Kollegin Louise Hay, 70, widmete sich in Los Angeles jahrelang der Pflege von Aidskranken. Hays Appelle zu umfassender Selbstverantwortlichkeit haben ihr Buch „Gesundheit für Körper und Seele“ zu einem Rekord-Seller gemacht. Die Gesamtauflage ihrer Bücher weltweit liegt bei 50 Millionen, allein in Deutschland verkaufte sich ihr Ratgeber inzwischen 800 000mal.

Ein Ende des Booms ist nicht abzusehen. Das Kultbuch „Die fünf Tibeter“, inzwischen bei einer Auflage von über 1,2 Millionen, steht nach wie vor auf der Bestsellerliste, obwohl es dauernde Glückseligkeit und, noch schlimmer, ewige Jugend verheißt – und das nur dank einiger meditativer Turnübungen.

Zu den aktuellen Hits zählen Bücher über „Feng Shui“, was soviel wie „Wind und Wasser“ bedeutet. Chinesische Gelehrte, so heißt es, studierten vor Tausenden von Jahren das Verhalten von Naturkräften in Landschaften und Häusern – auch ihre Auswirkungen auf den Menschen. Feng-Shui-Ratgeber geben entsprechende Tips zum Bau von Hochhäusern sowie zur Einrichtung von Wohn- und Geschäftsräumen.

Der Aufwand ist gering: Seit die Zürcher Jazzsängerin und Autorin Brigitte Schär in einem Buch über chinesische Geomantie las, daß der Wohlstand durch die Toilette entschwindet, ist, so Schär, „der Deckel meines WCs immer geschlossen“.





P. DAMMANN

Schamane in der GUS-Republik Tuwa, Gruppensitzung mit Bhagwan: „Rebellion

SPIEGEL-Gespräch

„Wir wollen staunen“

Der Ethnologe Hans Peter Duerr über Geister und Schamanen, Nixen, Nymphen und die Sehnsucht nach einer verzauberten Welt

SPIEGEL: Herr Professor Duerr, haben Sie schon mal Bekanntschaft mit dem Übersinnlichen gemacht?

Duerr: Ja, vor 30 Jahren, als ich das Wunderland besuchen wollte, mit Hilfe von LSD.

SPIEGEL: Gott bewahre, wir denken eher an kleinere Kaliber – Zaubereien mit Pendel, Tarotkarten, magischen Steinen.

Duerr: Hat mich nie interessiert. Um mit Freud zu sprechen: In dieser Hinsicht bin ich völlig unmusikalisch.

SPIEGEL: Was ist mit all denen, die sich in Spökenkieker, Hexen und Poltergeister vergaffen? Sind die alle komplett meschugge?

Duerr: Spinner gibt es überall, aber diese Leute sind im allgemeinen ganz und gar nicht bekloppt. Ich denke, die Esoterik ist eine Form der Rebellion gegen die moderne Gesellschaft, und ihre Anhänger sehnen sich nach etwas, was ihnen dieses Leben nicht bieten kann – Nestwärme, Zuwendung, Intimität, persönliche Beziehungen nicht nur zu den Menschen, sondern auch zu allem, was sie umgibt: Was immer uns begegnet und widerfährt, soll auf eine geheimnisvolle Weise sinnumwoben sein. Viele Märchen beginnen ja mit dem Satz: „In einer Zeit, in der noch jedes Ding eine Bedeutung hatte …“

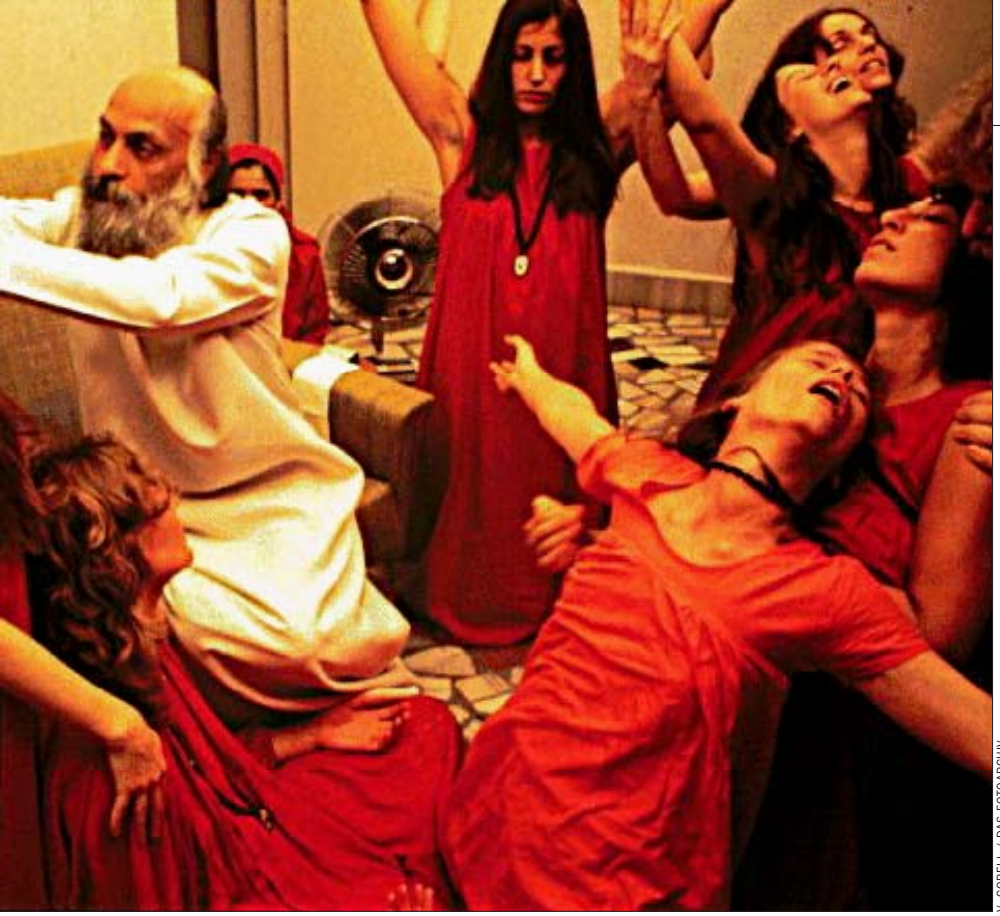
SPIEGEL: Esoterik als emotionale Sättigungsbeilage?

Duerr: Wir hausen nun mal in einer Konkurrenzgesellschaft, wo sich Käufer und Verkäufer gegenüberstehen. Hinter der Sehnsucht nach der magischen Welt steht auch das elementare Bedürfnis nach einer überschaubaren Gruppe von Menschen, die Bindungen zueinander haben und nicht nur oberflächliche Kontakte. Max Weber sprach von der Unmenschlichkeit der modernen Gesellschaft, in der persönliche Beziehungen zunehmend anonymisiert werden. Das erzeugt eine unangenehme soziale Kälte.

SPIEGEL: An ein paar Vorteilen dürfen wir uns doch erwärmen.

Duerr: Gewiß doch. Wir genießen die materiellen Güter, die Freiheit, den Sex, den Hedonismus, den die modernen Zeiten bieten, aber wir wollen gleichzeitig die Geborgenheit einer archaischen Gesell-

Das Gespräch führten die Redakteure Angela Gatterburg und Peter Stolle.



V. CORELL / DAS FOTOARCHIV

gegen die moderne Gesellschaft“

schaft. Bei unseren Urahnen, den Jägern und Sammlern, war Harmonie extrem wichtig. Sie waren auf Solidarität und Bindung ausgerichtet. Individualismus, wie wir ihn kennen, galt bei ihnen als leicht pervers, als asozial. All die existentiellen Ängste und Konflikte, die unser heutiges Leben beherrschen, waren damals längst nicht so ausgeprägt. Doch diese Welt ist für uns unwiederbringlich verloren. Und selbst wenn nicht, wir würden uns in ihr nicht mehr wohl fühlen. Das verkennen viele Romantiker.

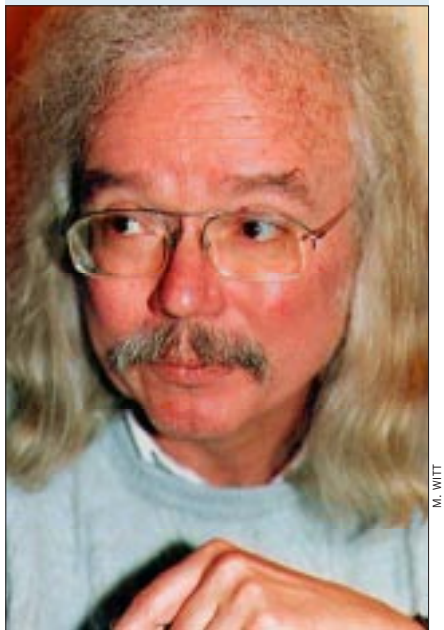
SPIEGEL: Aus diesem Dilemma soll uns nun die Esoterik befreien?

Duerr: Es mag ja merkwürdig aussehen, wenn Leute mit der Wünschelrute nach bösen Erdstrahlen fahnden, Geister beschwören oder irgendwelche Steine polieren, aber im Grunde sind das magische Rituale zur Wiederverzauberung der Welt. Der Soziologe Georg Simmel hat schon vor 100 Jahren den Großstadtbürger so beschrieben: Er ist wegen ständiger Reizüberflutung leicht blasiert, hat vieles gesehen und mitgekriegt. Nur eines kennt er nicht – das Geheimnis, den Zauber, das Wunderbare. Ich denke mal, daß die meisten von uns gar nicht wissen wollen, wo zum Beispiel bei den Frauen der G-Punkt sitzt. Wir wollen vor allem verliebt und berührt sein. Und wir wollen wieder staunen. Der Philosoph Wittgenstein hat einmal gesagt: Zum Staunen müssen die Menschen aufwachen. Die Wissenschaft ist ein Mittel, um sie wieder einzuschläfern.

SPIEGEL: Also volle Kraft zurück ins Mittelalter?

Hans Peter Duerr

hat in provokanten kulturkritischen Untersuchungen immer wieder die „Grenze zwischen Wildnis und Zivilisation“ erkundet und die archaischen Wurzeln des Esoterik-Rummels analysiert: Im Essayband „Traumzeit“ (1978) beschrieb er die magischen Rituale von Naturvölkern und den „Prozeß der Entzauberung der Welt“. Heftigen Streit entfachte Duerr mit seinem Opus magnum „Der Mythos vom Zivilisationsprozeß“, dessen vierter Band demnächst erscheint. Duerr, 53, lehrt als Professor für Ethnologie und Kulturgeschichte an der Universität Bremen.



M. WITT

Duerr: In der Geschichte gibt es nie ein Zurück. Aber es ist doch naiv anzunehmen, moderne Gesellschaften seien in der Lage, alle und gerade die existentiellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die Ideologen der Aufklärung behaupten ja stur, daß der fortschreitende Erkenntnisprozeß der Wissenschaft dazu beiträgt, den Menschen ein beschwerde- und angstfreieres Dasein zu bescheren. Und daß sie es deshalb nicht mehr nötig hätten, Dämonen und Geister zu fürchten und zu bannen.

SPIEGEL: Was spricht dagegen?

Duerr: Das ist ein fundamentaler Irrtum. Zivilisationsforscher wie Norbert Elias reden uns gern ein, daß die Menschen in archaischen Gesellschaften in ständiger Angst und Unsicherheit lebten. Um ihre Furcht zu kompensieren, hätten sie Geister, Werwölfe und magische Rituale erfunden. Unsinn, denn diese Altvorderen waren ihrer Umgebung perfekt angepaßt. Ihnen fehlte nichts, jedenfalls nichts, was wir ihnen zu bieten hätten. Ihre magischen Rituale dienten bestimmten Zwecken – etwa, die Tierwelt zu regenerieren oder eine verlorene Seele zurückzuholen. Das war kein fauler Zauber.

SPIEGEL: Was unterscheidet ihn von unserem Mode-Schamanismus?

Duerr: Die Esoterik existiert weitgehend losgelöst vom Alltag der Menschen. Sie können an Elfen, Kobolde oder sonstwelches übersinnliche Personal glauben und trotzdem als Manager oder Frauenbeauftragte ganz normal funktionieren. Deshalb wird Esoterik – im Gegensatz zur politisch suspekten Scientology-Sekte – auch toleriert. Sie können noch so viele Schamanenkurse besuchen, Sie werden wahrscheinlich sogar ekstatische Erlebnisse verbuchen können, aber Sie werden nie ein Schamane. Denn der hatte einen sozialen Auftrag, er war, oft gegen seinen Willen, erwählt worden. Für ihn war das kein Schnickschnack, er wollte nicht irgendwohin fliehen oder, wie wir, das ganz andere erleben.

SPIEGEL: Also bleibt jedes esoterische Treiben letztlich völlig folgenlos.

Duerr: Ja, jedenfalls für die Gesellschaft. Eine Bewegung, die primär auf die Veränderung des Bewußtseins abzielt, kann nie revolutionär sein. Häufig will sie ihren Adepten, ähnlich wie der Buddhismus, nur eine „innere Freiheit“ verschaffen. Man kann die New-Age-Bewegung nicht einmal als zivilisationskritisch bezeichnen. Viele ihrer Gurus lehren, daß die „höheren Bewußtseinsstufen“ einem dabei helfen, ein reibungsloses Rädchen der Zivilisationsmaschine zu werden.

SPIEGEL: Wir erinnern uns: Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

Duerr: Der wichtigste Satz, den Marx jemals geschrieben hat. Alle Ideologien, die meinen, das Bewußtsein bestimme das Leben einer Gesellschaft, kann man



P. M. SCHUMACHER

Afrikanische Wunderheilerin: „Suche nach verlorenen Seelen“

vergessen. Daran glauben nur luxusverliebte Mittelstandsbürger, die es sich leisten können, Bewußtseinsspielchen zu treiben.

SPIEGEL: Kurzum: Esoterik ist ein völlig nutzloser Zeitvertreib?

Duerr: Falsch. Ich erzähle Ihnen mal eine Geschichte. Vor etlichen Jahren ging ich mit einem Freund zum Tauchen auf einer fernen Insel an den Strand. Unterwegs sahen wir einen prächtigen Baum, und ich sagte: „Was für ein herrliches Gewächs.“ Da ahnte ich noch nicht, daß in diesem Geäst eine Nymphe wohnte, die sich von meinem Lob außerordentlich geschmeichelt fühlte.

SPIEGEL: Was passierte dann?

Duerr: Wir hatten ungefähr zwei Stunden getaucht, als ich plötzlich in beiden Beinen schwere Krämpfe bekam und hilflos im Wasser trieb. Mein Leben lief wie ein Film an mir vorüber, und ich dachte: Das war’s wohl. Doch mit einem Mal spürte ich festen Grund unter den Füßen: Ein Wunder war geschehen, ich stand auf einer Koralle und war gerettet.

SPIEGEL: Welche Zauberkraft hat da eingegriffen?

Duerr: Ist mir namentlich bekannt. Die Einheimischen haben mir hinterher alles erklärt: In dem Riff hausen rothaarige Wassernixen, die ganz scharf darauf sind, Männer zu schnappen und im Liebesrausch zu ertränken. Die verliebte Baumnymphe habe gerade noch rechtzeitig spitzbekommen, daß die tückische Konkurrenz sich an mir zu schaffen machte, und ließ flugs eine Koralle wachsen.

SPIEGEL: Was haben Sie daraus gelernt?

Duerr: Das Erstaunliche ist: Ich glaube weder an Nymphen noch an Sirenen, auch wenn ich’s gerne täte, und trotzdem hat mir diese Erzählung geholfen, mit dem traumatischen Ereignis fertig zu werden. Ich habe mich in dieser liebevollen Legende aufgehoben gefühlt.

SPIEGEL: Sie fühlten sich besser betreut als von einem Psychologen oder irgendeinem Wissenschaftler?

Duerr: In der Tat. Die Wissenschaftler tun oft so, als hätten sie den Königsweg zur Wirklichkeit gepachtet. Dabei haben sie meist keine bessere, sondern lediglich eine lieblosere Einstellung zu den Dingen. Als einmal ein Psychologe ein Mädchen, das seine Puppe herzte und küßte, darauf hinwies, daß die Puppe doch gar nicht lebe, entgegnete das Kind empört: „Ja, weißt du denn nicht, wie sehr ich sie liebhabe?“ Viele Wissenschaftler, die ich kenne, sind schrecklich gefühllos, fade und steif – stiff to everyone but the ladies, wie die Engländer sagen.

SPIEGEL: So was kann man Gurus wie dem vormals berüchtigten Carlos Castaneda nicht nachsagen.

Duerr: Als ich vor 15 Jahren bei den Cheyenne in Oklahoma war, hat Castaneda mich fragen lassen, ob ich ihn treffen wollte. Wir haben in seinem Haus bei Los Angeles vor dem Fernseher gesessen und mexikanisches Frauen-Catchen angeschaut.

SPIEGEL: Hat das zu Ihrer Erleuchtung beigetragen?

Duerr: Auf alle Fälle war es eine Begegnung der dritten Art. Castaneda war kein Hippie, kein Freak, er sah aus wie ein Bankbeamter, mit Anzug und Krawatte. Als erstes nahm er mir mit der Begründung, man solle nicht sein Herz an etwas binden, die Zigaretten weg. Esoterical correctness sozusagen. Das hat mir

das ganze Frauen-Catchen versaut. Viele hielten Castaneda für einen Zauberer. Aber er hatte nur ein Ziel: Die völlige Bindungslosigkeit, das Nirwana.

SPIEGEL: Die Dinge entspannt zu sehen hat doch was für sich.

Duerr: Gewiß. Aber da lag mir schon jener indische Guru mehr, der damals zu einem Journalisten vom *Stern*, der von ihm die höheren Techniken der inneren Ruhe erlernen wollte, sagte: „Hier, rauchen Sie erst mal 'ne Zigarette, das entspannt viel mehr!"

SPIEGEL: Hat ein vor Jahren verblichenes Schlitzohr, Bhagwan selig, auch so gedacht?

Duerr: Bhagwan war viel lustiger als Castaneda, aber auch raffinierter. Einmal hat er in einer Predigt gesagt: „Ihr seid doch wirklich Arschlöcher, wenn ihr nicht merkt, daß ich ein Blödmann bin!" Das fanden alle toll, denn sie dachten, nur wer den totalen Durchblick hat, kann sagen, daß er eine Pfeife ist. Und so wurde er ein noch größerer Guru.

SPIEGEL: Er war ein spiritualistischer Windmacher – mit Charisma.

Duerr: Zum Charisma gehören Schlichtheit, Verständlichkeit und Witz, auch Oberflächlichkeit, aber unbedingt eine solche, die auf Tiefe schließen läßt. Wenn Sie so reden wie Jürgen Habermas, hauen die Leute sofort ab.

SPIEGEL: Kommen denn die Gurus aus der gleichen Ecke wie ihre kniefälligen, spendierfreudigen Jünger?

Duerr: Häufig sind das hochgebildete Leute, manchmal auch nicht. Es ist wie bei Fliesenlegern, Professoren oder Kinderschändern – da gibt's Leute aller Intelligenzgrade.

SPIEGEL: Warum bleiben diese Sinnforscher nicht in ihrer christlichen Kirchengemeinde?

Duerr: Weil die Kirchen, vor allem die evangelische, den Glauben selbst entzaubern. Kleingemahlen durch die Mühle der Aufklärung, versuchen sie eine Schadensbegrenzung dadurch zu erreichen, daß sie sagen, alles sei doch nur symbolisch zu verstehen. Aber wenn schon, denn schon. Meine älteste Tochter ist eine Zeitlang auf die Maria-Addolorata-Schule in Florenz gegangen. Mit großem Vergnügen habe ich mich immer mit den dortigen Nonnen unterhalten, besonders mit Suor Paola, der Schulleiterin. Die glaubte an Gott, an den mit dem Bart. Fragen Sie einen protestantischen Theologen, ob er an Gott glaubt. Da können Sie sich eher erkundigen, ob er eigentlich noch mit seiner Frau schläft.

SPIEGEL: Wie wird sich der Esoterikmarkt entwickeln?

Duerr: Stürmisch. Weil es keine Alternative zur modernen Gesellschaft gibt, wird die Sehnsucht nach dem Wunderbaren weiter wachsen. Doch es gibt keine Revolution, statt dessen vielleicht nur Rückzüge in die Idylle.

SPIEGEL: In die Einsamkeit einer Südsee-Insel, mit lieblichen Baumnymphen?

Duerr: Nicht übel. Denkbar wäre doch, daß nach der Ära totaler Reizüberflutung das Verlangen nach einer neuen Einfachheit steigt. Bei Biolek war neulich eine Frau zu Gast, die auf einer Almhütte lebt und vor allem die Euter ihrer Kühe bearbeitet. Das Publikum war begeistert.

SPIEGEL: Herr Professor Duerr, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



C. GOLDNER

Sibirische Schamanen, Kundin:* „Spinner gibt es überall"

* Auf einem Psychotherapeuten-Kongreß in Wien.

Film

Edler Wilder

„Basquiat“. Spielfilm von Julian Schnabel. USA 1996.

Eines schönen Tages hat Jean-Michel Basquiat, nachdem er Julian Schnabel besucht hatte, im Treppenhaus vor dessen Wohnungstür in eine Ecke gepißt. Nicht im Zorn offenbar, vielleicht eher im Tran oder im Traum. Schnabel hat ihn auch später nie gefragt: Ein Rest Geheimnis soll doch bleiben.

Anfang der achtziger Jahre, als die New Yorker Kunstszene sich auf den exaltiertesten Höhen der Begeisterung über sich selbst bewegte, war der junge Julian Schnabel mit seinen unübersehbar großklotzigen Assemblagewänden der erfolgreichste Gipfelstürmer, Kassenrekordhalter, Megalomane des Betriebs, und er nahm mit einer gewissen Verblüffung wahr, wie sich neben ihm mit geradezu tänzerischer Leichtigkeit und Eleganz ein noch jüngerer Star entpuppte: Jean-Michel Basquiat, der haitianisch-puertoricanisch-amerikanische Wunderknabe, der über Nacht vom obdachlosen Graffiti-Kritzler zum Vernissagen-Darling emporstieg und schon mit 21 Jahren so berühmt war, daß er nach Kassel zur Documenta eingeladen wurde.

In der charismatischen Erscheinung des schönen schokoladenbraunen Kunst-Wilden Basquiat fand der schwindelhafte und schwindelerregende Überschwang dieser Boom-Jahre seinen bezeichnendsten Ausdruck: Basquiat war ihr Star und ihr Opfer. Er starb 1988, anderthalb Jahre nach Andy Warhol, der ihn begönnert und sich mit ihm geschmückt hatte, im Alter von 27 Jahren an einer Überdosis Heroin, wie sich das für zeitgemäße Idole gehört, und dieser Tod – so meint der überrundete Überlebende Julian Schnabel – hat ihn uneinholbar und unsterblich gemacht.

So steht er nun da, Charlie Parker oder Jimi Hendrix der Post-Pop-art, Underdog und Sonntagskind des Kulturbetriebs, und auf kuriose Weise ist es dazu gekommen, daß sein Kollege, Freund und leidenschaftlichster Rivale Julian Schnabel ihn zur Kino-Kultfigur erhoben hat.

Ursprünglich sollte Schnabel nur als Berater einem Basquiat-Filmprojekt beistehen. Doch nachdem er sich eine Weile über die Ahnungslosigkeit und den Dilettantismus der Möchtegern-Macher die Löwenmähne gerauft hatte, riß er die Unternehmung an sich, steckte eigenes Geld hinein und stand unversehens als Autor und Regisseur da. Unnütze Selbstzweifel waren nie seine Sache. Wie er sich einst zugetraut hatte, nur weil er gern gut aß, sich autodidaktisch als Koch in der New Yorker Boheme-Gastronomie zu behaupten, so stellte er sich nun den Herausforderungen des Regiehandwerks.

„Pasolini“, sagt er, „hatte vom Technischen doch auch keine Ahnung, als er zu filmen anfing.“ Und als Schnabel dann selber loslegte zur filmischen Heiligsprechung des Kunstmarkt-Märtyrers Jean-Michel Basquiat, war ihm erkennbar Pasolinis sakral getönter Erstling „Accatone“ ein Wegweiser. Die ersten Filmbilder zeigen den kleinen Jean-Michel (der kein Gossenkind war, vielmehr ein adretter Musterschüler) an der Hand seiner Mutter im Museum andächtig vor Picassos „Guernica“, und über seinem Kopf leuchtet eine goldene Krone. Eine spätere, schon todesnahe Sequenz zeigt diesen Prinzen noch einmal als Eingekerkerten, wie er verzweifelt seine Krone gegen die Gitterstäbe schlägt, und die Hirten auf dem Felde, biblisch gewandet, lauschen verzückt dem Wohlklang, den er aus seiner Qual erzeugt. Zuletzt stehen ihm seine Dreadlocks wie die Stacheln einer Dornenkrone vom Kopf: Das mag, ikonographisch betrachtet, Kitsch sein, doch gewiß ist es Kitsch von Format.

Nun soll aber nicht das Mißverständnis aufkommen, dies sei insgesamt ein Werk rührseliger Verehrung. Schnabel, der Mixed-Media-Manierist, braucht, um seinem eher episodischen, in den Widersprüchlichkeiten der Hauptfigur wie der filmischen Mittel auseinanderstrebenden Werk Zusammenhalt zu geben, eine Musik, die auftrumpft, und das klappt: Aus Rock und Pop und Punk und den alten Jazz-Nummern, an denen Basquiat besonders hing, mixt Schnabel einen musikalischen Treibstoff, der seine Erzählung, wo sie stockt oder stolpert, mit starker Emotion vorantreibt.

Natürlich ist Schnabels Basquiat, den der junge schwarze Theaterstar Jeffrey Wright mit verletzlicher Grazie spielt, nicht nur ein Heiliger, auch ein Junkie, ein Ehrgeizling, ein Hasardeur, der sein Glück mit vollen Händen um sich schmeißt, ein Verführter und ein Instinktkerl, den niemand so leicht über den Tisch zieht. Die überraschendste Stärke des Kino-Erzählers Schnabel entspringt dem Scharfblick, mit dem er sich und seinesgleichen, diese ganze ruhmsüchtige Künstler-Bagage, zur Schau stellt und das Spiel seiner vielen prominenten Prominenten-Darsteller pointiert.

Schnabel selbst erscheint dabei, verkörpert von Gary Oldman, als arroganter Schnösel mit der Allüre eines barocken Malerfürsten (dem ganz recht geschieht, daß Basquiat ihm vor die Tür pißt); neben ihm schiebt sich Dennis Hopper als ewig schwitzender Schweizer Kunsthändler Bischofberger durch die Vernissagen, am schönsten im Clownsduo mit David Bowie, der schief und zerbrechlich und wunderbar würdevoll die silbrige Mop-Perücke von Andy Warhol spazierenträgt. Und dazu all die Frauen bis hin zu Courtney Love als Madonna: Erst die gierige Diesseitigkeit dieser Figuren verleiht Basquiat die Aura des Alien, der sich sein Geheimnis nie entreißen läßt.

„Basquiat“ ist ein Treffer, wie ihn niemand erwartet hätte, nicht einmal Schnabel. Er habe auch, sagt er, nicht vor, weiter Filme zu machen, und er halte Basquiat, den wirklichen, heute für einen größeren Künstler als je, solang er lebte.

Urs Jenny



KINOWELT

„Basquiat“-Star Wright (M.) mit Bowie und Hopper: Dornenkrone für den Junkie

Werbeseite

Werbeseite



JAOCH UND SCHEIKOWSKI

Midler, Keaton, Hawn in „Der Club der Teufelinnen“: Einmal Elektra sein

Film

Auf dem Kriegspfad

„Der Club der Teufelinnen“. Spielfilm von Hugh Wilson. USA 1996.

Wer von Rache träumt, von richtiger, saftiger Rache, dem schweben nicht nur ein paar maßvolle Gehässigkeiten vor. Man rächt sich nicht nur ein bißchen. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn schon, dann will man sich eine krachende Attacke leisten. Endlich die Wut im Bauch ablassen, mit Leidenschaft ein Leiden schaffen, welches das eigene in den Schatten stellt. Endlich einmal Elektra sein!

Jede Geschichte, die von Rache handelt, tut gut daran, sich ins Extrem zu wagen. Entweder griechisches Drama oder rabiate Farce, aber um Himmels willen kein sauber geharkter Mittelweg. Vergeltung muß Exzeß sein. Nur dann tut sie gut.

Das alles beherzigt die Rache-als-Slapstick-Saga „The First Wives Club“ (in Deutschland mit dem warnenden Titel „Der Club der Teufelinnen“ versehen). Haßgeschwellt begeben sich drei New Yorker Ladys in jenen Jahren, die bei Herren schamhaft „die besten“ genannt werden, auf den Kriegspfad. Die Wechseljahre-Megären Annie, Elise und Brenda haben gar keine andere Wahl: Sie sind Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Ihre Gatten haben sie feige verlassen, nachdem die drei sich jahrzehntelang um ihre Karriere, ihre Zipperlein und ihre Unterhosen gesorgt hatten. Die Sitzengelassenen sind amerikanische Hillus, nur daß sie keiner in Talkshows einlädt. Und noch schlimmer: Ihre undankbaren alternden Paschas haben sie abgelegt zugunsten von schlankeren, strafferen, faltenfreieren Nymphchen mit Namen wie Shelly und Phoebe, taufrischem Sex-Appeal und IQs im zweistelligen Bereich.

Das Blondchen Elise (Goldie Hawn), ein alternder Filmstar, versucht krampfhaft, diese bittere Wahrheit mit Wodka und chirurgischen Eingriffen von sich fernzuhalten. Elises Lippen sind schon so oft aufgepumpt worden, daß nur noch Mick Jagger sie im Wettbewerb um den Kußmund des Jahres ausstäche, und wenn sich Elise die Lider ein weiteres Mal liften ließe, täte sie nachts kein Auge mehr zu.

Diese schmerzhafte Selbstrestaurierung („zu danken ist der Vorarbeit von Cher“) betrachtet die fette Brenda (Bette Midler) mit gebanntem Ekel. Sie selbst hat ihren Gatten an einen erfolgsgeilen Hungerhaken verloren, und seither geht sie vergebens gegen alle kalorienhaltigen Verlockungen an. Daß sie ihren Gefrierschrank zur Abschreckung mit kolossalen Pin-ups bepflastert hat, nutzt da wenig. Immerhin weiß Brenda genau, was sie will: ihren Ex in den Abgrund treiben.

Die verklemmte, alles verzeihende, in Dauertherapie befindliche Annie (Diane Keaton) dagegen, im Hauptberuf Fußabtreter ihrer Familie, behauptet brav, es gehe ihr gar nicht um Rache. Sondern um Gerechtigkeit. Aber das sagt sie so, wie Männer sagen, es gehe ihnen nicht um Sex, wenn sie eine attraktive Frau becircen. Sondern um geistige Werte.

Einmal in Rage – und damit in Fahrt – geraten, machen die drei ungleichen Leidensgefährtinnen auch vor Erpressung und Einbruch, miesen Finanztricks, der Steuerfahndung und der Inanspruchnahme einiger Mafia-Verwandter nicht halt. Am Ende sind ihre Verflossenen in der Tat am Ende: das Geld konfisziert, die Libido kaltgestellt. Wer zuletzt lacht, lacht eben doch am besten – und am lautesten.

Das fanden auch all die „Club“-Schwestern im Geiste, die dem Film in den USA durch einen Massenansturm gleich in den ersten drei Tagen zu einer Kassenausbeute von fast 19 Millionen Dollar verhalfen – Rekord in der Gattung Frauenfilm. Mittlerweile hat der Leinwandfeldzug der frustrierten Furien mehr als 100 Millionen Dollar gescheffelt, ein Betrag, dessen sich selbst ein Schwarzenegger-Spektakel nicht zu schämen bräuchte.

Das Nachrichtenblatt *Time* zierte flugs eine Titelgeschichte zum Thema „Scheidung in den besseren Kreisen“ mit den drei Leinwand-Medusen. Und ein gewisser Stuart Miller von der „Koalition amerikanischer Väter“ erklärte den Film keck zu einem der „unverfrorensten Beispiele für Sexismus, die wir je gesehen haben“. Mr. Miller geht offenbar selten ins Kino.

Bei Frauen jedenfalls scheint der Identifikationsbedarf mit den triumphalen Weibern ungeheuer – und das zu einer Zeit, in der die USA keine nennenswerte Frauenbewegung aufzubieten haben. Das schlichte alte Schlagwort, daß Frauen gemeinsam stark seien, wollen die Amerikanerinnen nicht auf der Straße vernehmen, wohl aber auf der Leinwand sehen. Im Zuschauersessel werden sie ein paar Stunden lang selbst zu Elektras.

Da nimmt frau sogar in Kauf, daß die drei sich am Schluß zu besseren Menschen mausern: Statt sich mit ihrem Reibach abzusetzen und diesen fortan unter Palmen zu verprassen, schreibt das Drehbuch den Clubdamen vor, daß sie eine Frauenberatungsstelle in Manhattan aufmachen – eine starke Prise Filmmoral. In der Bestsellervorlage von Olivia Goldsmith ist davon keine Rede.

Bette Midler, Diane Keaton und Goldie Hawn, die alle im Laufe der Dreharbeiten ihren 50. Geburtstag feierten, halten seit Jahrzehnten verbissen in einem Business durch, das – gerade weibliche – Talente als Eintagsfliegen betrachtet und entsprechend behandelt.

Die drei haben alles erlebt. Und nun gibt ihnen ausgerechnet dieser krude, laute, harmlos gedachte Film die Chance, es allen zu zeigen. Die Chance, das eigene Leinwand-Image auf die Schippe zu nehmen, sich den Jugend-, Beauty- und Schlankheitswahn vorzunehmen und die Twentysomethings dabei in Grund und Boden zu stampfen. Die Chance, mit 50 nicht als maßvolle Matronen aufzutreten, sondern sich krachenden Nonsens zu leisten; die Chance, nicht diejenigen zu sein, denen der Witz gilt, sondern diejenigen, die ihn machen.

Das ist ihre Rache, und die ist wunderbar. *Susanne Weingarten*

Mambo, Mambo

Vier Neuverfilmungen von deutschen Fünfziger-Jahre-Klassikern laufen von Freitag an auf Sat 1: Halten die „TV-Events“, was der PR-Wirbel verspricht?

Die Idee klingt so, als hätte sie sich einer dieser besserwisserischen Filmkritiker ausgedacht. Einer von denen, die derzeit ununterbrochen schreiben: Der deutsche Film vom „Superweib“ bis zum „Workaholic“ hat zwar erstaunlich viel Erfolg, taugt aber eigentlich ganz und gar nichts, sondern ist abgrundtief spießig, brav und bieder wie die deutsche Leinwandkultur der Nachkriegszeit.

Ein solcher Filmkritiker wäre – um seine These zu beweisen – in der Lage, sich folgendes Planspiel auszudenken: Es wird eine Reihe von Fifties-Neuverfilmungen gedreht, Remakes etwa von „Charleys Tante“ (1956), von „Die Halbstarken“ (1956), von „Das Mädchen Rosemarie“ (1958) oder auch von „Es geschah am hellichten Tag“ (1958).

Ausgerechnet diese frischfromme Retro-Reihe wird dann von der deutschen Presse als brillanter, geradezu in die Zukunft ragender Unterhaltungscoup gefeiert. Flott! Spannend! Spritzig! Und wenn der Kritiker außerordentlich verbiestert wäre, taufte er die Reihe auch noch auf den albernen neudeutschen Namen „German Classics“, so daß sie klänge wie ein Golf-Championat im Westerwald.

Damit hätte er eine perfekte Persiflage auf den Zustand des deutschen Filmschaffens anno 1996 zuwege gebracht. Sollte man glauben. Aber Achtung: Die „German Classics“ gibt es wirklich.

Vom Freitag dieser Woche an strahlt der krisengeplagte Sender Sat 1 sie aus (siehe auch das SPIEGEL-Gespräch mit Fred Kogel Seite 150): vorerst vier Neuverfilmungen von Fünfziger-Jahre-Evergreens**. Den Auftakt macht die Geschichte der Frankfurter Halbweltdame Nitribitt, „Das Mädchen Rosemarie“. Weitere Adaptionen sind geplant.

Presse und Funk haben tatsächlich Hymnen verfaßt, um das Advents-Event vorab ins rechte Licht zu setzen. Und es hat sich selbstredend auch kein Kritiker die Reihe ausgedacht, sondern ein Film- und Fernsehproduzent – und zwar der erfolgreichste, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat: Bernd Eichinger („Das Geisterhaus“), Chef der bayerischen Constantin Film. Gedreht für beachtliche Budgets (jeweils zwischen 3,5 und 4 Millionen Mark), erheben die TV-Filme den Anspruch, „Kino fürs Fernsehen“ zu liefern – und sich mit den Originalen zu messen.

Willkommen daher im Land der Petticoats, der amerikanischen Zigaretten und der Isettas. Nur: Warum erleben ausgerechnet heute Fifties-Filme ihre Ehrenrettung, gar ihre Auferstehung, die lange im Orkus der kulturellen Verachtung schmachteten? Das Leben sei viel zu kurz, um sich einen deutschen Film anzuschauen, hämten die Cineasten schon in den Nachkriegsjahren.

Auch Autorenfilmer wie Wim Wenders oder Werner Herzog hätten sich vermutlich eher die Augen ausgestochen, als das Remake eines der verhaßten, vermufften Opa-Filme zu verantworten. Das aber ist heute anders.

Eichinger hat angesehene Kräfte bei seinem Unternehmen eingespannt, darunter den Thriller-Experten Nico Hofmann („Es geschah am hellichten Tag“) und den Schwank-Spezialisten Sönke Wortmann („Charley’s Tante“), die beide fest bei ihm unter Vertrag stehen. Nach „German Classics“-Angaben soll außerdem fast die ganze Regie-Creme „ihr Interesse“ bekundet haben: von Detlev Buck, Luc Bondy und Doris Dörrie bis zu Rainer Kaufmann und Domi-



FOTOS: KINOARCHIV ENGELMEIER

Filmvorlage „Es geschah am …“*
Orkus der Verachtung



Filmvorlage „Die Halbstarken“*
Rasch ans große Geld



Filmvorlage „Das Mädchen Rosemarie“*: Geruch nach Bohnerwachs

* Oben: Gert Fröbe; Mitte: Christian Doermer, Karin Baal; unten: Nadja Tiller.

** Sendetermine: „Das Mädchen Rosemarie“ am Freitag, 13. Dezember, 20 Uhr; „Die Halbstarken“ am Samstag, 21. Dezember, 20 Uhr; „Charley’s Tante“ am Samstag, 28. Dezember, 20 Uhr; „Es geschah am hellichten Tag“ am Samstag, 4. Januar, 20 Uhr.

nik Graf. Vom einstigen Cineasten-Ekel keine Spur mehr.

Über den Graben des Autorenfilms reichen sich die beflissenen Unterhalter von damals und die von heute die Hände. Gibt es also wirklich eine Seelenverwandtschaft zwischen der Ära Adenauer und der Ära Kohl? Oder liegen einfach die Wirtschaftswunderjahre in derart sicherer Entfernung, daß wir sie ungestraft putzig finden dürfen?

Eichinger selbst verbittet sich jede Frage nach dem Sinn – und der zeitgeschichtlichen Relevanz – seines Unterfangens. Er habe einfach diejenigen Stoffe neu verfilmen wollen, die ihm „Spaß machen". Allerdings gibt der Selfmade-Mann zu, daß ihn speziell die Nachkriegsjahre reizen. „Es war eine Zeit, in der große Träume geträumt wurden", sagt er, „eine Zeit, in der eine neue Gesellschaft entstand – fast wie im Wilden Westen." In der Tat. Eichinger hat darum bei der Nitribitt-Saga – zum erstenmal seit Studententagen – wieder selbst hinter der Kamera gestanden.

Zwei der Neuverfilmungen versetzen ihre Handlung in die Gegenwart – und das gelingt ihnen ziemlich gut. Denn es handelt sich um Genre-Geschichten, die nicht unmittelbar an die Zeit gebunden sind. „Es geschah am hellichten Tag" erzählt die Chronik einer Verbrecherjagd: Der Kommissar Matthäus (Joachim Król) lauert wochenlang einem Mädchenkiller (Axel Milberg) auf, der sich entlang immer derselben Landstraße Opfer mit langen blonden Haaren sucht.

Als Lockvogel setzt Matthäus eine ahnungslose kleine Wirtstochter ein – und gefährdet dadurch ihr Leben. Wie sich Verbrecherjäger und Verbrecher in ihrer Besessenheit immer ähnlicher werden – davon handelte schon der gespenstische alte Film (besetzt mit Heinz Rühmann und Gert Fröbe). Daß Hofmann seinen Thriller schneller, direkter, härter erzählt, ist der Entwicklung der Sehgewohnheiten seit den Fünfzigern geschuldet. Aber das macht „Es geschah am hellichten Tag" nicht wirklich zu einem besseren Film. Seine Qualitäten hat er der starken Vorlage zu danken.

Den harmlosen Cross-Dressing-Schwank „Charley's Tante" , der seine Herkunft aus dem Boulevardtheater nie verleugnen konnte, mußten die Drehbuchautoren stärker abwandeln, um ihn auf den Stand der Neunziger zu bringen.

Seinerzeit staffierte sich die falsche Tante (ebenfalls von Rühmann dargestellt) nur deshalb mit Federhut, hochhackigen Schuhen und Abendrobe aus, um ihrem kleinen Bruder in Herzensangelegenheiten behilflich zu sein. Der Film ist von entwaffnender Albernheit, vor allem beim großen Finale, bei dem die einzige Drag Queen der deutschen Nachkriegsunterhaltung zu Big-Band-Klängen singt und swingt: „Am Amazonas tanzt man Mambo, Mambo", wenn „durch den Wald die Pumas springen".

Heute dagegen muß eine handfestere Handlung her. Die reinkarnierte Tante (Thomas Heinze) ist ein Spekulant, der einen Anleger in die Miesen geritten hat und sich nun tarnen muß. Da werden die klassischen Verwechslungswirren der Vorlage in die Yuppie-Welt des Gegenwartsfilms verlagert, samt dem Jungen im Fummel, ohne den derzeit offenbar kein Lacher zu erzielen ist. Und eigentlich sollte es nicht mehr erstaunen, wie blendend das alles zusammenpaßt.

Nicht von den erfolgreichen Wirtschaftswunderkindern à la „Charley's Tante", sondern von den Gescheiterten handeln „Die Halbstarken" und „Das Mädchen Rosemarie". Beides sind Themenfilme, beide greifen ein Phänomen ihrer Zeit auf: die Nachkriegsjugend, die es satt hat, von ihren Eltern Entbehrung und Verzicht gepredigt zu bekommen, und rasch ans große Geld will. Die Nitribitt (damals gespielt von Nadja Tiller, heute von der Newcomerin Nina Hoss), eine authentische Figur, ist erst 24, als sie umgebracht wird. Sie hat den Erfolg als Kokotte der Herren aus der neureichen Frankfurter Gesellschaft gesucht. Der Jugendbandenchef Freddy (damals Horst Buchholz, heute Til Schweiger) in den „Halbstarken" glaubt, mit Raubüberfällen ans Ziel zu gelangen.

Was aber bringt es, die Skandale der Fünfziger heute so nachzustellen, als hätte die Zeit seither stillgestanden? Was damals Gegenwart war, ist heute nur noch Ausstattung. Genau daran scheitern die Filme. Sie sehen aus wie echt, aber sie riechen nicht mehr nach dem sauren Bohnerwachs der Fifties.

Beide Neuverfilmungen bilden sich viel darauf ein, ohne den moralischen Unterton der Originale auszukommen. Aber diese Originale waren gar nicht so moralinsauer, besonders nicht Rolf Thieles Nitribitt-Satire. Und in die aufgeputzten Remakes, gerade in Urs Eggers „Halbstarken", hat sich nun ein Unterton eingeschlichen, der wesentlich unangenehmer klingt – nach der gutgemeinten Besserwisserei der Nachgeborenen.

Gerade die aber ist das Letzte, was sich die „German Classics"-Reihe erlauben kann. Denn mehr als alles andere zeigt sie, daß der deutsche Film es heute gar nicht viel besser weiß als damals. Opas und Enkel drehen Filme, deren geschlossene Form offene Fragen scheut, Filme mit dem gleichen Unbehagen an der eigenen Gegenwart und der gleichen Angst vor Risiken und Nebenwirkungen.

* Links: Axel Milberg; rechts: Sandra Speichert, Til Schweiger; unten: Nina Hoss.



FOTOS: SAT. 1 / CONSTANTIN FILM

Neuverfilmung „Es geschah am ..."*
Schneller, direkter, härter



Neuverfilmung „Die Halbstarken"*
Besserwisserei der Nachgeborenen



CONSTANTIN FILM

Neuverfilmung „Das Mädchen Rosemarie"*: „Fast wie im Wilden Westen"



MÜNCHNER STADTMUSEUM

Schriftsteller Brecht (1927): „Ein gewisser Adolf Hitler“

Autoren

Führer im Hofgarten

In einem Berliner Archiv ist eine Erzählung von Bertolt Brecht aufgetaucht – mit Hitler im Mittelpunkt. Der Autor schrieb die bisher unbekannte Geschichte, die teilweise auf einer wahren Begebenheit beruht, 1942 im US-Exil.

Es war ein Überraschungsfund. Jan Knopf, 52, Mitherausgeber der neuen Berliner und Frankfurter Brecht-Ausgabe, stieß bei „Routine-Recherchen“ im Berliner Bertolt-Brecht-Archiv (BBA) auf vier englischsprachige Typoskriptseiten, die seit Jahrzehnten ihrer Entdeckung harrten.

„Alle Brecht-Editoren und -Interpreten hatten die Geschichte übersehen“, berichtet Knopf, „obwohl sie im Bestandsverzeichnis des BBA treulich verzeichnet ist.“ Vor allem aber: Brecht hatte sich mit diesem Text offenbar viel Mühe gegeben und ihn mehrfach überarbeitet.

Eine literarische Trouvaille. Denn die Erzählung, die im März oder April 1942 entstanden ist und vom SPIEGEL zum ersten Mal veröffentlicht wird (Seite 234), schildert eine Begegnung Brechts mit Adolf Hitler in München. Bisher galt unter Brecht-Kennern als ausgemacht, daß der Dichter den Diktator nur in zwei Fällen literarisch ins Zentrum gerückt hatte: in seinem Theaterstück „Der Aufstieg des Arturo Ui“ und in einem Prosafragment mit dem Arbeitstitel „Leben und Taten des Giacomo Ui aus Padua“ (sieht man von einer Nebenrolle im „Schwejk“-Stück, einigen Gedichten und einer Vielzahl von Tagebuchnotizen ab).

Beide Arbeiten waren noch vor Brechts Übersiedlung in die USA im Exil entstanden: die Prosa wahrscheinlich 1934/35, die erste Fassung des Stücks im März 1941. Das Fragment verlegte die „Geschichte des Hitleraufstiegs“ in das Italien der Renaissance, das Bühnenwerk spielt in Chicago zur Zeit der Depression, im Gangstermilieu.

Der von den Nazis verfolgte Autor dachte bei der Konzipierung des „Gangsterstücks“ durchaus an die unmittelbar bevorstehende Übersiedlung und hoffte auf das amerikanische Theater.

Doch die Hoffnung trog. Brechts Erwartung, sein neues Stück müsse „eigentlich eine Chance drüben haben“, vielleicht gar am Broadway, war voreilig. Als er im Juli 1941 ins Land kam, spürte er schnell und brutal den Gegenwind. Selbst der mit ihm befreundete Regisseur Erwin Piscator, der mittlerweile in New York lebte und einigen Einfluß hatte, teilte ihm unmißverständlich mit: „Ich habe das Stück mehreren Leuten zu lesen gegeben, und sie stimmen mit mir überein, daß eine Aufführung sich nicht empfiehlt.“

Für den ehrgeizigen und um seinen Unterhalt besorgten Stückeschreiber war das ein herber Schlag. Diese Niederlage gleich zu Beginn seines USA-Aufenthalts dürfte maßgeblich dazu beigetragen haben, daß Brecht mit seinem amerikanischen Exil stets haderte. „Die Sitte hier verlangt“, so versuchte er Anfang 1942



Agitator Hitler (mit Hut)*: „Darf ich, Herr Doktor“

* Mit Gesprächspartnern um 1920 im Münchner Hofgarten.

die Schuld den Verhältnissen in die Schuhe zu schieben, „daß man alles, von einem Achselzucken bis zu einer Idee, zu ‚verkaufen' sucht." Wenig später notierte er in seinem Tagebuch: „Die Elemente der Lebensweise hier sind unedel."

Der Marxist Brecht mochte sich nicht an die Situation gewöhnen, daß niemand in den USA auf ihn gewartet und er sich nun am „Roulettespiel mit den Stories" zu beteiligen hatte (also den zumeist vergeblichen Versuchen, Drehbücher in Hollywood unterzubringen). Auch daß er sich unmittelbar „mit den Erfolglosen und den Erfolgreichen" konfrontiert sah, gefiel ihm nicht, zumal er sich zu den ersteren zählen mußte. Er beklagte seine „Geldlosigkeit". Zum erstenmal seit zehn Jahren arbeite er „nichts Ordentliches". Bitteres Fazit: „Ich erinnere mich nicht

BESTSELLER

BELLETRISTIK

1	**Grisham: Der Regenmacher** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(1)
2	**Follett: Die Brücken der Freiheit** Lübbe; 46 Mark	(2)
3	**McCourt: Die Asche meiner Mutter** Luchterhand; 48 Mark	(3)
4	**Noll: Kalt ist der Abendhauch** Diogenes; 36 Mark	(5)
5	**Gaarder: Durch einen Spiegel, in einem dunklen Wort** Hanser; 29,80 Mark	(4)
6	**Marías: Mein Herz so weiß** Klett-Cotta; 36 Mark	(6)
7	**Forsyth: Das Schwarze Manifest** C. Bertelsmann; 46,80 Mark	(9)
8	**George: Im Angesicht des Feindes** Blanvalet; 46,80 Mark	(8)
9	**Evans: Der Pferdeflüsterer** C. Bertelsmann; 44,80 Mark	(10)
10	**Gaarder: Sofies Welt** Hanser; 39,80 Mark	(7)
11	**King: Desperation** Heyne; 48 Mark	(12)
12	**García Márquez: Nachricht von einer Entführung** Kiepenheuer & Witsch; 45 Mark	(13)
13	**Tamaro: Geh, wohin dein Herz dich trägt** Diogenes; 32 Mark	(11)
14	**Anderson: Akte X – Ruinen** VGS; 32 Mark	(14)
15	**Guterson: Schnee, der auf Zedern fällt** Berlin; 48 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

SACHBÜCHER

1	**Ehrhardt: Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin** W. Krüger; 32 Mark	(1)
2	**Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker** Siedler; 59,80 Mark	(2)
3	**Kohl: Ich wollte Deutschlands Einheit** Propyläen; 48 Mark	(4)
4	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 46 Mark	(3)
5	**Goleman: Emotionale Intelligenz** Hanser; 49,80 Mark	(6)
6	**Schmidt: Weggefährten** Siedler; 58,80 Mark	(5)
7	**Ogger: König Kunde – angeschmiert und abserviert** Droemer; 39,80 Mark	(8)
8	**Krämer/Trenkler: Lexikon der populären Irrtümer** Eichborn; 44 Mark	(7)
9	**Schwarzer: Marion Dönhoff** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(9)
10	**Goeudevert: Wie ein Vogel im Aquarium** Rowohlt Berlin; 38 Mark	(14)
11	**de Bruyn: Vierzig Jahre** S. Fischer; 39,80 Mark	(15)
12	**Kelder: Die Fünf „Tibeter"** Integral; 19,80 Mark	
13	**Krug: Abgehauen** Econ; 36 Mark	(12)
14	**Paungger/Poppe: Vom richtigen Zeitpunkt** Hugendubel; 29,80 Mark	(10)
15	**Bahr: Zu meiner Zeit** Blessing; 58,80 Mark	



UPI

Feuchtwanger (1940)

eines frischen Atemzugs in all diesen Monaten."

In dieser Situation entstand die jetzt im Archiv entdeckte Geschichte. Brecht schrieb sie in englischer Sprache für die in Millionenauflage verbreitete Zeitschrift *Reader's Digest* und verband damit noch einmal große Hoffnungen – nicht zuletzt wohl wegen der dort üblichen guten Honorare.

Die Rubrik, an die er dachte, trug den Namen „My Most Unforgettable Character" (was Brecht sich im Tagebuch wörtlich mit „Mein unvergeßlichster Character" übersetzte). Der Held im Mittelpunkt der kleinen, mediengerecht in die Form einer persönlichen Erinnerung gekleideten Erzählung ist kein Geringerer als Hitler – noch am Anfang seines Aufstiegs.

Geschildert wird eine Begebenheit im Münchner Hofgarten, die von Brecht auf März oder April 1922 datiert wird: In einem Café sitzen Schriftsteller – darunter Lion Feuchtwanger und Brecht selber – mit einigen Leuten vom Theater zusammen am Tisch. Nebenan lassen sich Männer, offenbar „Offiziere in Zivil", von einem „ziemlich gewöhnlich aussehenden Menschen mit einer häßlich fliehenden Stirn" unterhalten. Dieser Mensch sei „a local agitator", ein hiesiger Agitator, versuchte Brecht dem US-Publikum zu erklären: „a certain *Adolf Hitler*".

In Bayern – und darüber hinaus – war der neue Chef der schnell wachsenden Nazi-Partei zu jener Zeit freilich mehr als nur ein „gewisser" Hitler. Schon im Februar 1921 hatte er als Redner lässig den Zirkus „Krone" gefüllt, seit Juli desselben Jahres war die NSDAP ihm untertan, und die unlängst von ihm gegründete SA verbreitete Angst und Schrecken. Er reiste von einer Massenkundgebung zur nächsten.

Brecht spielte 1942 Hitlers Zwanziger-Jahre-Ruhm wahrscheinlich in der Absicht herunter, der Anekdote für die avisierte Leserschaft noch deutlicher den Charakter einer frühen Begegnung zu geben. Wenn sich in seiner Erzählung einer der Schauspieler über die – historisch verbürgte – Tatsache lustig macht, daß Hitler unter anderem bei dem Hofschauspieler und Regisseur Fritz Basil (1862 bis 1938) Privatunterricht für den rhetorischen Auftritt genommen hat, so ergibt das nur für das Stadium des noch kaum erfolgreichen Agitators einen Sinn.

Geschickt verzahnt der Erzähler die Hofgarten-Begegnung mit der Erinnerung an einen späteren Auftritt des Redners Hitler: Nun sieht er ihn nur aus weiter Ferne und registriert – offenbar als einziger in der begeisterten Menge – mit großer Klarheit, welcher Tricks sich der Mann bedient, der inzwischen ein „fähiger Schauspieler" geworden sei. Brecht macht sich nicht mehr über Hitler lustig, sondern schreibt anerkennend: „Seine Schauspielerei war überzeugend."

Brecht läßt die München-Erzählung mit einer Überraschung ausklingen: Als die Künstlergesellschaft im Hofgarten aufbricht, erhebt sich plötzlich Hitler vom Nebentisch und hilft mit den Worten „Darf ich, Herr Doktor" dem verdutzten Schriftsteller Feuchtwanger in den Mantel.

Den Lesern von *Reader's Digest* wollte der Erzähler die Pointe damit erklären, daß der Autor von „Jud Süß" Jude und Republikaner sei – wobei der berühmte Roman Feuchtwangers freilich erst 1925, drei Jahre nach der beschriebenen Szene, erschienen ist.

Doch das amerikanische Publikum hat Brechts Geschichte ohnehin nie zu Gesicht bekommen. Das Vorhaben, der US-Zeitschrift etwas zu verkaufen, scheiterte kläglich. Die Einsendung „kam prompt zurück", wie er am 21. April 1942 verärgert im Notizbuch festhielt. Das Magazin prüfe eben vorher genau, schimpfte Brecht derb, „ob es auch Scheiße ist, bevor es genommen wird".

Ein wenig vermochte ihn allein zu trösten, daß sein Lieblingsfeind unter den Kollegen im Exil, der erfolgsverwöhnte Thomas Mann, ebenfalls mit einem Beitrag nicht gelandet war (dessen Text „Little Grandma", ein Porträt der Frauenrechtlerin Hedwig Dohm, der Großmutter von Ehefrau Katia, geschrieben im Herbst 1941 für *Reader's Digest*, erschien ein Jahr später in einer anderen amerikanischen Zeitschrift).

Am Ende bleibt die Frage, wie autobiographisch die Anekdote ist, die für den SPIEGEL nun erstmals ins Deutsche übersetzt worden ist und im Frühjahr 1997 in einem Band der Brecht-Ausgabe enthalten sein wird*. Sind sich Brecht und Hitler tatsächlich so nahe gekommen wie hier beschrieben?

Von Brecht selbst sind keine Erklärungen oder Notizen dazu überliefert, auch Brecht-Herausgeber Knopf rätselt: „Ob

---

* Bertolt Brecht: „Prosa 5. Geschichten, Filmgeschichten 1941-1956". Berliner und Frankfurter Ausgabe, Band 20. Bearbeitet von Jan Knopf. Aufbau-Verlag, Berlin/Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M.; etwa 700 Seiten; etwa 88 Mark (erscheint voraussichtlich im Mai 1997).



FOTOS: H. HOFFMANN / BPK

Rhetorikschüler Hitler (1927): „Tonfall eines Mannes, den man aus reiner Bosheit zu Unrecht angeklagt hat“

die Anekdote erfunden ist oder nicht, konnte ich bisher nicht klären.“

Zumindest die Pointe mit Hitlers höflich-devoter Geste gegenüber Feuchtwanger wäre als pure Erfindung wenig interessant. Sie fügt sich allerdings gut in das Bild, das Hitler-Biograph Joachim Fest vom werdenden Diktator kolportiert hat: „Die Beschreibungen, die wir aus dieser Zeit über sein Auftreten besitzen, zeigen durchweg eine Mischung von exzentrischen und linkischen Zügen; Menschen von Reputation gegenüber war Hitler gehemmt, vergrübelt und nicht ohne Unterwürfigkeit.“

Und tatsächlich gibt es einen weiteren Hinweis auf die Authentizität der Schilderung. Marta Feuchtwanger, die Ehefrau und spätere Witwe des Schriftstellers, erzählte 1983 dem Feuchtwanger-Biographen Volker Skierka, wie sie Anfang der zwanziger Jahre zusammen mit ihrem Mann, mit Bruno Frank und einem Journalisten im Café Odeon im Münchner Hofgarten saß – und als Feuchtwanger gehen wollte, sprang vom Nebentisch Hitler auf und half ihm in den Mantel.

Demnach war Brecht bei dieser Szene gar nicht dabei. Auch das von ihm in der Erzählung angegebene Datum könnte einen Hinweis geben: Brecht hielt sich von November 1921 bis Ende April 1922 gar nicht in München, sondern in Berlin auf. Möglich also, daß Feuchtwanger ihm irgendwann von dieser eigenartigen Begegnung der ideologischen Antipoden berichtet hat und Brecht sich später in Amerika daran erinnerte.

Die drei literarischen Versuche Brechts über Adolf Hitler hatten ein gemeinsames Schicksal: Sie kamen erst postum ans Tageslicht – die München-Erzählung nun also 40 Jahre nach dem Tod des Schriftstellers.

Ein fähiger Schauspieler

Begegnung mit Adolf Hitler / Von Bertolt Brecht

Ich saß mit ein paar Literaten und Theaterleuten im Münchner Café Hofgarten. Die Tische standen draußen, es war März oder April, aber in der Sonne war es schon heiß. Am Nachbartisch saß ein ziemlich gewöhnlich aussehender Mensch mit einer häßlich fliehenden Stirn, ungesundem Teint und schlechter Haltung. Er sprach mit einigen Männern, die aussahen, als wären sie Offiziere in Zivil. Er war ein hiesiger Agitator, der gerade eine Massenkundgebung gegen die Juden in einem Zirkus am Stadtrand abgehalten hatte, ein gewisser *Adolf Hitler.*

Boshaft erzählte uns einer der Schauspieler, Hitler nehme zur Zeit Schauspielunterricht bei Basil, dem Schauspieler am Königlichen Hoftheater, und zahle acht Mark pro Stunde. Wir amüsierten uns ganz schön darüber, und es störte uns wenig, daß der Agitator am Nebentisch uns hören konnte.

Dieser Basil war ein Schauspieler der alten Schule und spielte normalerweise heroische Charaktere, gestikulierte wie ein Wagner-Sänger und fühlte sich nur wohl, wenn ihm die Jamben Schillers über die Zunge rollten. Es war sehr klug von Hitler, der aus einer Kleinstadt in Österreich kam, Sprechunterricht zu nehmen und zu lernen, wie man Heiserkeit vermeidet. Es hieß, daß er bei seinen Reden fürchterlich brüllte. Aber komisch, daß er sich ausgerechnet diesen alten Komödianten ausgesucht hatte.

„Hitler zahlte acht Mark pro Stunde – wir amüsierten uns ganz schön darüber“

Wie wir hörten, lernte er, was er mit seinen Händen beim Reden und bei öffentlichen Auftritten machen solle, wie er wichtig erscheinen könne und wie er großartige Gesten auszuführen und zu gehen habe. Dabei setzte man den Fuß mit den Zehenspitzen zuerst auf, und das Knie blieb steif. Dieser Gang schien majestätisch, besonders wenn man dabei das Kinn einzog.

Ich muß zugeben, daß das später gar nicht mehr so lustig wirkte.

Einmal besuchte ich einen dieser Massenauftritte und beobachtete ihn als öffentlichen Redner. Seine Intonation war genauso männlich und heroisch, wie man das von einem Schüler des großen Basil erwarten konnte, immer ein wenig ungehalten, im Tonfall eines Mannes, den man offensichtlich aus reiner Bosheit zu Unrecht angeklagt hat.

Aber er hatte noch mehr von Basil gelernt, wie ich feststellte.

Er hatte sich angewöhnt, in den großen Reden seine Argumente und Pläne zu gliedern und zu numerieren: mit *„Er-*

Werbeseite

Werbeseite

stens", „Zweitens", „Drittens" und so weiter. Auf einmal schien mir, als ob da irgendwas nicht ganz aufging. Einmal zum Beispiel sagte er *„Fünftens"*, und ich hatte das unbestimmte Gefühl, daß *„Viertens"* gar nicht genannt worden war.

Das nächste Mal paßte ich auf. Ja, da war es wieder: *„Erstens"*, und dann eine eindrucksvolle Pause. Er wollte wohl gerade beweisen, daß es falsch war, wenn Deutschland Reparationen an die Alliierten zahlte. Das ging ungefähr so: „Erstens ist es falsch, weil Deutschland diese enorme Summe gar nicht aufbringen kann, wir sind finanziell zu sehr ausgelaugt." Er führte das etwas verschwommen aus, ohne irgendwelche statistischen Angaben zu machen, aber es war ziemlich beeindruckend. „Zweitens" war so was wie: „Weil Deutschland den Krieg nicht begonnen hat", und „Drittens": „Weil die Reparationen nur den Juden enormen Profit gebracht haben". „Viertens" war irgend etwas anderes, und dann kam bemerkenswerterweise „Sechstens"!

„Er widerlegte und demaskierte die Republik in zwanzig Punkten – das war sein Trick"

Ich schaute mich um. Wir saßen in einer großen Bierhalle. Das Publikum, hauptsächlich aus der Mittelschicht, Ladenbesitzer und Handwerker mit ihren Frauen, hatte große Bierhumpen vor sich. Es waren Tausende, und sie hörten gespannt zu. Hitler auf dem Podium war so weit weg, daß er ganz winzig wirkte. Aber durch den Zigarettenrauch konnte man noch deutlich sehen, wie ihm die Haarlocke an der schwitzenden Stirn klebte. Er hatte sich in Rage geredet und sah aus, als könnte er jeden Augenblick vorn über das Rednerpult fallen. Sein „Erstens", „Zweitens", „Drittens" und so weiter unterstrich er, indem er die entsprechende Anzahl von Fingern hochhielt.

Niemand im Saal hatte bemerkt, daß „Fünftens" überhaupt nicht erwähnt worden war!

Hitler hatte das Publikum um einen Beweis für die Absurdität von Reparationszahlungen betrogen. Er war zu einem fähigen Schauspieler geworden!

Aber es kam noch besser.

Als er bei „Achtens" oder „Neuntens" angekommen war, begann er, ohne Überleitung, von etwas völlig anderem zu sprechen, fuhr jedoch mit seiner Numerierung fort. Heftig erregt zählte er weiter: „Zehntens, *weil* man die nationale Bewegung unterdrückt hat" (er meinte seine Nazi-Partei), „Elftens, *weil* die Juden die Finger im Spiel hatten", und so weiter, und so weiter – nichts als *„Weil"*-Sätze, die in keinerlei Zusammenhang mit der Absurdität der Reparationszahlungen standen. Auf diese Weise kam er, glaube ich, bis *„Zwanzig"*.

Man hätte annehmen können, dies sei nur ein kindisches Jonglieren mit Zahlen und ziemlich nebensächlich, aber selbstverständlich war dem nicht so. Hitler machte mit diesen „zwanzig" Beweisen, die mit unerschütterlicher „Logik" wie Hammerschläge aufeinanderfolgten, einen gewaltigen Eindruck. Nicht weniger als zwanzig Dummheiten und Verbrechen hatte die Regierung der Republik begangen, und Hitler bewies es. Er widerlegte und demaskierte die Republik in zwanzig Punkten. Dadurch steigerte er seine Rede gewaltig. Und dort, wo dem Redner die Beweise fehlten, führte er jedenfalls aufs Schönste die Gesten und die Haltung eines Mannes vor, der Beweise *hat*. Das war sein Trick.

Er *spielte* den Logischen. Seine Schauspielerei war überzeugend. Die acht Mark, die er Basil pro Stunde gezahlt hatte, waren gut angelegt.

Wie schon erwähnt, wußte ich das an jenem Nachmittag im Café Hofgarten nicht. In der schönen Frühlingssonne sitzend, lachten wir noch über den Schauspielunterricht. Wir fanden, der sei auch nötig.

Jene Stunde im Hofgarten hatte einen amüsanten Ausgang.

Als wir zahlten und aufbrachen, wollte Lion Feuchtwanger, der Autor von „Jud Süß", den Mantel von der Stuhllehne nehmen. Doch Hitler persönlich sprang mitten im Gespräch auf, nahm mit einer Verbeugung dem überraschten Feuchtwanger den Mantel aus der Hand und half ihm zuvorkommend hinein, „Darf ich, Herr Doktor" murmelnd.

Um den Witz des Vorfalls verstehen zu können, muß man wissen, daß Hitler in Künstlerkreisen verkehrte und wußte, daß Feuchtwanger Jude und Republikaner war. Allein seine Unsicherheit, gesellschaftliche Umgangsformen betreffend, und sein Drang, höflich zu erscheinen und „den Mann von Welt" zu spielen, hatten ihn veranlaßt, seinem „Feind" in den Mantel zu helfen. Seine Begleiter waren genauso überrascht wie wir.

Er war noch nicht in der Lage, 24 Stunden am Tag den unerbittlichen antisemitischen „Führer" zu spielen, und brauchte noch einige Stunden bei Basil.

Natürlich hätte es nicht dieses Vorfalls 1922 im Café Hofgarten bedurft, um Adolf Hitler für mich zu einem „unvergeßlichen Charakter" zu machen. Dafür sorgte er schon, als er, seine Rolle als „Führer" mit ständig wachsender Meisterschaft ausfüllend, Feuchtwanger und mich und unzählige andere ins Exil trieb und die ganze Welt in einen ungeheuerlichen Krieg stürzte. ❑

Werbeseite

Werbeseite

Biennale

„Schändlicher Kniefall“

Sind es die Falschen, und die auch noch zu spät? Knapp vor Jahresende – und damit vor dem Ende seiner Amtszeit – hat der Verwaltungsrat der Biennale von Venedig die künstlerischen Leiter für 1997 gekürt: Der Kritiker und Ausstellungsmacher Germano Celant soll die Kunst-Biennale (Eröffnung: 15. Juni) steuern, Ex-Journalist und Filmproduzent Felice Laudadio die Mostra del Cinema Ende August. Gleich brach vor allem unter italienischen Künstlern viel Polemik aus. Laudadio, einst Redakteur der damals kommunistischen *Unità*, wird unter anderem von Regisseur Franco Zeffirelli als Exponent der neuen Mitte-Links-Mehrheit im Lande abgewertet, insbesondere aber steht Celant in der Schußlinie. Schon daß der vielbeschäftigte Experte auch am New Yorker Guggenheim Museum arbeitet, macht seine Ernennung für den Maler Emilio Tadini zu einem „Kniefall vor dem amerikanischen Markt“. Jannis Kounellis, mit Installationen aus Stahlplatten, Kohlehaufen und lebenden Tieren ein Hauptvertreter der 1969 von Celant ausgerufenen „Arte Povera“, attackiert den Freund präziser: Der hätte, meint er, keinesfalls den Kamikaze-Job annehmen dürfen, in sechs Monaten eine Großausstellung zusammenzustoppeln. Auch sieht er ihn nachhaltig durch die halbseidene „Biennale von Florenz“ (SPIEGEL 39/1996) blamiert, die unter Celants Mitverantwortung Kunst und Mode munter durcheinanderwarf. Kounellis: „Eine Schande.“



P. DELLA CORTE / EFFIGIE

Celant



L. FISCHMANN / PLUS 49

Kounellis



H. PURRMANN / VG BILD-KUNST, BONN, 1996

Purrmann-Bild: „Dame mit Sonnenschirm“ (1902)

Ausstellung

Schöpferlicht

„Um nichts besorgt als um das Gleichgewicht / Von Rot und Braun und Gelb, die Harmonie / Im Kräftespiel der Farben, das Licht / Der Schöpferstunde strahlt, schön wie noch nie“, dichtete Hermann Hesse Anfang der vierziger Jahre über den Maler Hans Purrmann (1880 bis 1966). Der lebte damals in Florenz und zog 1944 in die „Casa Camuzzi“, jene Tessiner Villa, die auch Hesse lange bewohnte.

Purrmann stammte ursprünglich aus Speyer, und seine Heimatstadt widmet ihm jetzt die größte jemals gezeigte Retrospektive von 109 Ölbildern, darunter acht bisher nie ausgestellte Arbeiten (siehe Abbildung). Nur unter größter Verschwiegenheit rückten fast 50 Privatbesitzer ihren Purrmann für das Historische Museum der Pfalz heraus, und diese Geheimniskrämerei hat ihren guten Grund: Die Preise der Werke bewegen sich inzwischen auf die halbe Million zu. Eines der Bilder stellte die Familie eines früheren Nazi-Funktionärs zur Verfügung. Es gehört zu den 36 Purrmann-Gemälden, die von den Nationalsozialisten als „entartet“ beschlagnahmt wurden.

Purrmann erkannte früh das Kunstbanausentum der Nazis, und so ging er 1935 nach Italien, um in Florenz Leiter der „Villa Romana“ zu werden und unbehelligt arbeiten zu können. Doch 1938 besuchte Hitler Florenz für einige Tage. Prompt wurde Purrmann festgenommen. Kaum war der Führer abgereist, ließen die Italiener den Künstler wieder frei. Nach dem Krieg überschütteten ihn die Deutschen mit Ehrungen, doch Purrmann ließ sich davon kaum beeindrucken. Er arbeitete so diszipliniert weiter wie zuvor. Gut 1250 Bilder schuf der Pfälzer insgesamt, und seine Schaffenskraft ließ auch nicht nach, als er in den sechziger Jahren an den Rollstuhl gefesselt war. Seine letzten Worte im Krankenbett waren: „Bring mir die Farben!“

Literatur

Charmanter Familienirrsinn

Die Italienerin Ada besitzt einen Feinkostladen in Turin und ein offenes Ohr für ihre Kunden: Verliebte, Verlobte, Mütter, Söhne vertrauen sich ihr an, vor allem aber Hausfrauen. Da ist etwa Delia, die an Platzangst leidet, während ihr Mann von anderen Frauen träumt, da sind Cecilia, Anfang 30, die Pizzas, Flirts und Beichtstühle schätzt, Ombretta, Mitte 50, die als kreative Köchin und leidenschaftliche Fleischfresserin unglücklich mit dem Vegetarier Germano verheiratet ist, oder etwa Barbara, Anfang 30, eine schöne Literaturwissenschaftlerin mit stockendem Studium, regem Privatleben und reichem Verlobten.

Die „Hausfrauen in der Hölle“ sind literarische Geschöpfe der italienischen Schriftstellerin Margherita Giacobino, die bereits vor zwei Jahren unter dem Pseudonym Elinor Rigby ihren ersten, höchst unterhaltsamen Roman „Eine Amerikanerin in Paris“ vorlegte. Auch Giacobinos Hausfrauenreport ist geistreich, spöttisch und charmant erzählt. Kenntnisreich fabulieren die unterschiedlichen Heldinnen über langweilige Ehemänner, Gier nach Sex, italienischen Familienirrsinn. Dabei gibt die Autorin jeder ihrer Figuren eine spannende Geschichte, die mehr und mehr in Fahrt gerät. Mit der naiven Welt der Superweiber, die in der deutschen Hausfrauenprosa gern beschworen wird, hat Giacobino nichts am Hut: Das knallbunte Dasein ihrer Frauen ist temperamentvoll südländisch und voll von lebenstypischen Überraschungen. So sind Giacobinos Protagonistinnen verstrickt in Traditionen und Konventionen, werden gepeinigt von ihren Sehnsüchten und stolpern, schiefe Romantikerinnen, die sie sind, leichten Sinns in immer neue Katastrophen. Und bei Ada, der Vertrauten, laufen alle Geschehnisse zusammen. Schön ist, neben der feindosierten Ironie, der liebevolle Blick, den die Autorin auf ihre Damen hat. Und so bekommt fast jede am Schluß dieses glänzend geschriebenen Romans ein hübsches Happy-End.



Margherita Giacobino
Hausfrauen in der Hölle
Antje Kunstmann Verlag; 332 Seiten
39,80 Mark

Mode

Evas Rache



T. DALLAS

New Yorkerin mit Schlangenschal

Eva hatte, wie wir alle wissen, immer schon den besseren Draht zur Schlange – da mag Adam sich noch so plustern. Vergangenen Sommer stolzierten lauter Adam-Abkömmlinge hoch erhobenen Hauptes durch New Yorks Häuserschluchten, todesmutig eine echte Boa ums nackte, männliche Kreuz geschlungen. In diesem Modewinter kontern die Evas mit einer sehr viel schlaueren, weil ungefährlichen Variante: Sie drapieren sich Stoffschlangen (Kostenpunkt: 16 bis 250 Mark) um den grazilen Hals. Das giftgrüne oder gefleckte Accessoire wärmt, schmückt und zeigt, daß sich die Evas die Zeit nach der Vertreibung aus dem Paradies ganz vergnüglich gestalten können.

INTERVIEW

Theater

„Nur für Bekloppte“

Carl Hegemann, 47, Chefdramaturg des Berliner Ensembles (BE), über den Rücktritt des Intendanten Martin Wuttke und die Zukunft des Theaters

SPIEGEL: Herr Hegemann, wie geht es nach der Kündigung des Regisseurs Einar Schleef und dem Rücktritt des Intendanten Wuttke am BE weiter?

Hegemann: Martin Wuttke ist zurückgetreten, weil ihm der Berliner Kultursenator Peter Radunski jene fest versprochene Subventionszusage übers Jahr 1998 hinaus verweigert hat, ohne die man dieses Theater nicht erneuern kann – und nun sollen fürs erste der Geschäftsführer Peter Sauerbaum, der bisherige Vize-Intendant Stephan Suschke und, wenn es nach dem Wunsch der Gesellschafter geht, auch ich das Haus leiten. Das kann aber keine Dauerlösung sein: Es wäre vermessen, wenn wir drei uns als Nachfolger von Heiner Müller und Bertolt Brecht sehen wollten.

SPIEGEL: Warum zögern Sie, zusammen mit Suschke die künstlerische Leitung zu übernehmen?

Hegemann: Weil ich eigentlich nicht verantworten kann, wie mit diesem Haus umgegangen wird. Wenn wir einen Schauspieler für 1997/98 engagieren wollen, müssen wir dem sagen, daß Ende 1998 möglicherweise sein Vertrag schon wieder ausläuft – das macht keiner, es sei denn, er ist arbeitslos oder bekloppt. Diese Blockade durch die Politik zwingt uns dazu, künstlerisch billiger und anspruchsloser zu arbeiten.

SPIEGEL: Wie groß sind die Chancen, einen Wuttke-Nachfolger – etwa den von einigen BE-Mitgliedern favorisierten Bochumer Ex-Intendanten Frank-Patrick Steckel – ans Haus zu locken?

Hegemann: Kein ernstzunehmender Kandidat, auch nicht Steckel, kann hier unter den Bedingungen antreten, unter denen Wuttke zurückgetreten ist. Die Planungsmöglichkeiten über 1998 hinaus sind unerläßlich; mir fällt es schwer, in ihrer Verweigerung anderes zu erkennen als einen verkappten Schließungsversuch. Logischerweise müßte Barbara Schall-Brecht das Haus übernehmen, weil sie glaubt, jedem Intendanten Vorschriften machen zu können, ohne die Folgen verantworten zu müssen. Nur: Die will ja nicht.



DPA

Hegemann

Schleef ist ein unersetzlicher Verlust, aber ich begreife die Situation als Chance: Wir arbeiten weiter, ohne Gebrauchsanweisung. Am 30. Dezember kommt „Monsieur Verdoux“ heraus – mit Martin Wuttke in der Titelrolle.

Werbeseite

Werbeseite

Auktion

Van Gogh doch echt

Die für Dienstag dieser Woche in Paris angesetzte Versteigerung eines der letzten großen Van-Gogh-Bilder, des „Garten in Auvers“ aus dem Sommer 1890, hat zu Kontroversen geführt: Drei angesehene Sachkundige bezweifelten unabhängig voneinander so heftig die Echtheit des Gemäldes, daß es der französische Kulturminister für nötig hielt, sich öffentlich dafür zu verbürgen. Schließlich hat der Staat den Export des Bildes untersagt und einem früheren Eigentümer, der sich deshalb um einen möglichen Profit gebracht sah, eine Entschädigung von 145 Millionen Francs zugesprochen – eine Riesenblamage, falls das Werk in der Tat nicht von van Gogh, sondern von einem dubiosen Gelegenheitsgefährten namens Schuffenecker stammte. Der Verdacht der Experten beruhte auf der ungeklärten Herkunft des „Gartens“, der im Lauf des Jahrhunderts mehr als einduzendmal den Eigentümer wechselte. Nun aber kommt, eben noch rechtzeitig, Entwarnung: Der Zürcher Kunsthändler Walter Feilchenfeldt, der das Archiv seines berühmten Berliner Vorgängers Paul Cassirer hütet, wurde in dessen Kassenbüchern fündig. Cassirer erwarb den „Garten“ im März 1908 für 1650 Gulden von einer Frau Cohen-Gosschalk in Amsterdam: Damit sind Zweifel an der Echtheit erledigt, denn Frau Cohen war die Witwe von Vincents Bruder und Haupterben Theo.



GAMMA / STUDIO X

Van-Gogh-Bild „Garten in Auvers“ (1890)

KINO IN KÜRZE

„Paris was a woman“. Die Stadt als Muse, als Geliebte, als Hort der Freiheit: Zwischen den Weltkriegen zog Paris zahlreiche, oft lesbische Damen aus ganz Europa und aus Amerika an, denen ihre Heimat zu eng und bieder geworden war. In Cafés, Bars und literarischen Salons trafen sich Schriftstellerinnen wie Gertrude Stein, Colette und Djuna Barnes, Journalistinnen wie Janet Flanner, Verlegerinnen wie Sylvia Beach und Allround-Dilettantinnen wie die Amazone Natalie Barney, die mehr Ladys vernascht haben soll als mancher Macho-Autor jener Jahre. Aus fast vergessenem Archivmaterial, aus Wochenschauen, Rundfunksendungen, Interviews und Fotografien haben die Dokumentarfilmerinnen Greta Schiller und Andrea Weiss eine große Hommage an diese Welt der Frauen von der Rive Gauche zusammengestellt.



SALZGEBER & CO.

Szene aus „Paris was a woman“

AM RANDE

Voll authentisch, ey!

Angst und Abscheu des deutschen Kunstschaffenden vor dem Kritiker gehören zum ehernen Besitzstand der Nation. Gegenseitige Beschimpfungen und Verwünschungen, vom hehren Genius zum hündischen Rezensenten und zurück, sind seit langem an der Tagesordnung. Doch mitten im Trubel der Spaßgesellschaft literarischer Quartette und monologischer Besinnungsaufsätze hat sich still und leise ein mächtiger Trend Bahn gebrochen: die endgültige Abschaffung der Kritik durch die Kraft des Authentischen. War bisher schon die Bedeutungslosigkeit der Rezensenten bei Bestsellern, Blockbustern und Megahits offenkundig, die durch die schiere Masse triumphieren, so wird die Kritik des Kunstwerks nun völlig durch dessen Gegenstand ersetzt: Das Material schlägt zurück, der Rohstoff übernimmt die Interpretationshoheit. Im neuesten Stern*, Flaggschiff der neuen Ehrlichkeit, rezensiert die Berliner Hure Anna Sommer fachkundig Bernd Eichingers Fernsehfilm über die Frankfurter Hure Nitribitt – „Das Mädchen Rosemarie“. Während die aufrüttelnde Filmkritik der Prostituierten – „Die Wirklichkeit ist anders“ – wieder einmal entlarvt, daß die Wirklichkeit anders ist als der Film, wird die schreibende „Sexarbeiterin“ mit der Körbchengröße 85 D zuvor auf sechs Seiten porträtiert, als gelte es, die erste Preisträgerin des neugeschaffenen Niklas-Frank-Preises - „Mit Mut gegen die Feigheit im Lande“ - vorzustellen. Tapfer, aber wahr: „Hure ist für sie ein ganz normaler Beruf.“ In einem hilfreichen Servicekasten werden die rätselhaften Geheimcodes der Anal- und Vaginalwelt – „Natursekt“, „Kaviar“, „Griechisch“, „Serbisch“, „Russisch“ – aufschlußreich geknackt, bevor Bernd Eichinger seine persönliche Faszination am Leben bekennt: „Es fasziniert mich, und es erschreckt mich.“ Faszinierend sind auch die Möglichkeiten der Neuen Authentizität: Ein Metzgermeister aus Landau kommentiert die dritte Fernsehausstrahlung von „Das Schweigen der Lämmer“, Dieter Bohlen bespricht „Das kleine Arschloch / Neue Folge“, und das „IM“-Kollektiv Prenzlauer Berg rezensiert die post-dekonstruktivistische Autobiographie von Diether Dehm: „War ein kleiner Stasi-Jung“. Am Ende dieser kopernikanischen Wende der Kritik vom Urteil zur Tautologie wird auch die Kunst überflüssig. Dafür haben wir das pralle Leben. Danke, Frau Sommer.*



B. BOSTELMANN / ARGUM

Münchner-Philharmoniker-Intendant Thomas*: Für den roten Teppich die Fäden geknüpft

Musik

Putsch im Klinkersarg

Die Münchner Philharmoniker haben ihren Intendanten gestürzt. Im Geifer des Gefechts setzen sie ihren Weltruhm aufs Spiel.

Das Quintett hatte einen kurzen Auftritt. Mit ernsten Mienen begehrte jüngst der Orchestervorstand der Münchner Philharmoniker – vier Herren, eine Dame – Einlaß in Raum 3213 des Kulturzentrums Gasteig, um dort den Intendanten Norbert Thomas, 50, zu sprechen.

Thomas, verkündete die Abordnung kurz und bündig, sei auf seinem Posten nicht länger erwünscht und möge sein Zimmer so bald wie möglich räumen. Ohne weitere Begründung machte der Fünferrat kehrt; Thomas blieb sprachlos zurück; durch den Gasteig raunte alsbald die Kunde vom Putsch.

Tatsächlich ist die Münchner Meuterei im deutschen Musikbetrieb ohne Beispiel, ihr Stil eine miese Groteske: Da versuchte eines der besten Orchester der Welt, seinen erfolgreichen und als Manager weltweit geschätzten Intendanten im Handstreich zu kippen – und das, obwohl es dessen Vertragsverlängerung bis 1998 zugestimmt hatte und bislang auch keine silbernen Löffel vermißt werden.

Ganz wohl kann den Aufständischen bei ihrer Verschwörung nicht gewesen sein; jedenfalls wurde allenthalben geheimnisvoll gekrämert.

Die Orchesterversammlung, eine Art Parlament der Philharmoniker, wurde erst nach der Demarche in Zimmer 3213 und dann unter einem unverfänglichen Thema zusammengetrommelt. Scheinbar nebenbei rückte der Vorstand mit der Sprache heraus: Bei einer Stimmenthaltung billigten die Anwesenden nachträglich die Ouvertüre zum Intendanten-Sturz. Im übrigen: Maul halten.

Siegfried Hummel, der Münchner Kulturreferent, berief sich dem SPIEGEL gegenüber auf die Bayerische Gemeindeordnung: Danach dürfe er nicht Stellung nehmen, „wenn der Herr Oberbürgermeister das Thema an sich gezogen hat“. Münchens OB Christian Ude, der die Affäre zur Chefsache erklärte, bestätigte dem SPIEGEL am Donnerstag zwar „den Vorgang“, er kenne aber „noch keine Hintergründe“. Am Freitag abend kannte er sie und kündigte „die vorzeitige Vertragsauflösung“ mit dem Intendanten an.

Die Verschwörung gegen Thomas stürzt die Musikstadt München jedenfalls in ein neues Dilemma: Nach dem Tode ihres dirigierenden Oberhauptes Sergiu Celibidache im August werden die Philharmoniker nun ein zweites Mal kopflos.

* Am Orgelspieltisch der Philharmonie im Münchner Gasteig.



K. RUDOLPH / FORMAT

Dirigent Celibidache
Immer das letzte Wort

Dabei ist alles lange Zeit gutgegangen. Im Gasteig (Volksmund: „Klinkersarg“) herrschte der Guru Celibidache – despotisch, genialisch, einzigartig. Unter der Fuchtel des Maestro parierten alle – die 130 Spieler und der umtriebige Intendant. Selbst wenn es im Alltagsgerangel auch immer mal wieder Kräche gab, „Celi“ war der gußeiserne Übervater und hatte immer das letzte Wort.

Unter dem Schirm dieses Allmächtigen und vom eigenen Schaffensdrang getrieben, baute sich der Rheinländer Thomas (gelernter Pianist, Kirchenmusiker, Kapellmeister) zum cleveren Vermarkter der Münchner Mannschaft auf.

Während Celibidache die abgeschlafften Philharmoniker durch gnadenlosen Probendrill wieder auf Vordermann brachte und mit seiner faszinierend eigenwilligen Partitur-Exegese zu einem Spitzeninstitut von höchster Klangkultur liftete, münzte Thomas, kaum weniger

erfolgreich, das erstarkte Ensemble in einen glänzenden Exportschlager um.

Wendig im Metier und geschickt in den Verhandlungen, entlockte er den Sponsoren der Großindustrie – allen voran Audi, BMW, Nec – in den gut acht Jahren seiner bisherigen Amtszeit an die 40 Millionen Mark Reisegeld für fast 40 Gastspiele, von Santiago de Chile über New York und Moskau bis nach Fernost. Kein Wunder, daß sogar Berlins Philharmoniker, die hierzulande immer noch die erste Geige spielen, den Aufstieg der Südlichter zu Deutschlands philharmonischer Nationalmannschaft nicht ohne Neid verfolgten.

Selbst den Branchenspott, Thomas mache sie zur „Bonner Hofkapelle“, werteten die Bayern als Ritterschlag. Wo immer sie, staatstragend, auf roten Teppichen zu den Galas schritten, hatte ihr Intendant vorher die Fäden geknüpft und verknotet.

1988 flogen sie mit Kohl nach Moskau und machten für Glasnost die Begleitmusik. 1989 bespielten sie in Bonn den Staatsakt zum 40. Geburtstag der Republik. 1990 reisten sie als Kulturbotschafter des Auswärtigen Amtes ins Ceauşescu-freie Rumänien, 1991 mit Genscher zur Hilfsaktion nach Kiew. 1992 waren sie mit dem amtierenden Bundespräsidenten von Weizsäcker bei der Weltausstellung in Sevilla zu Gast.

Auch daheim machte sich Thomas um das Orchester verdient. Er half dabei, die Philharmoniker mit jährlich 34 Millionen Mark aus dem Stadtetat zu Spitzenverdienern zu machen, handelte für den Chefdirigenten eine regelmäßige Gagenerhöhung auf zuletzt 50 000 Mark netto pro Auftritt aus und erreichte, als Celibidache immer häufiger absagen mußte, sogar für ausgefallene Termine eine Entlohnung in Millionenhöhe.

Doch mit dem Herzversagen des charismatischen Celibidache schien die ganze Herrlichkeit mit einem Schlag gefährdet: Der König war tot – es lebte der Krieg auf.

Um Celibidaches plötzlich vakante Termine in der langfristigen Konzertplanung überhaupt besetzen zu können, mußte Thomas auch auf Gelegenheitsdirigenten zurückgreifen, die nicht gerade beste Figur machten. Die Folge: Die Kritiker nölten, das Publikum schien enttäuscht, das Orchester wurde nervös.

Die unvermeidlichen Spekulationen um die Celibidache-Nachfolge heizten die gereizte Stimmung weiter an. Offiziell wurde zwar in aller Ruhe gesucht, tatsächlich aber kam Hektik auf. So reiste der Orchestervorstand mit einer Sympathieerklärung des ganzen Klangkörpers eigens nach Berlin, um dort dem englischen Publikumsdarling Sir Simon Rattle seine Aufwartung zu machen. Vergebens, der untertänigst Umbuhlte lehnte dankend ab.

Derweil hatte Thomas schon Verbindungen zu dem allmächtigen New Yorker Musikagenten Ronald Wilford geknüpft, dessen Firma „Columbia Artists Management“ in der Vermittlung von Stabführern fast ein Monopol besitzt.

In Absprache und manchmal auch auf gemeinsamer Erkundungstour mit dem Orchestervorstand wollte der Intendant mit Wilfords Hilfe neue Dirigenten zum Debüt nach München holen; vielleicht, so das Kalkül, sei ein würdiger Celibidache-Erbe darunter.

Schon in dieser Frage müssen sich Thomas und die Philharmoniker auseinandergelebt haben. Während zumindest ein Teil des Orchesters nach fast 20 Celibidache-Jahren einen echten Neuanfang will und dafür auch einen weniger bekannten, in Stil und Repertoire aber modern ausgerichteten Kandidaten akzeptieren würde, setzte Thomas mehr auf einen Maestro mit Glamour und Gloriole, der den Markwert und die Exportchancen des reisefreudigen Orchesters auch in Zukunft garantiert.

Nun, da der übermächtige Celibidache nicht mehr da war, wurden im Gasteig allerdings auch alte Rechnungen beglichen, lange unterdrückte Animositäten

Ohne den Übervater sticht den Intendanten schon mal der Hafer

brachen aus, schmutzige Wäsche kam auf den Tisch.

Thomas, so ein Orchestermitglied, habe „immer diktatorischere und unsinnigere Anordnungen“ getroffen: Die Zusammenarbeit wurde „täglich schwieriger“, das „Gehabe unerträglich“.

Da könnte was dran sein: Der Intendant spuckt gern große Töne und preist seine Verdienste in höchstem Tremolo. Ohne seinen Übervater sticht ihn auch schon mal der Hafer. Nur: Jeder starke Intendant ist auch ein unbeliebter Intendant; die Orchester mögen lieber den Softie, der nach ihrer Pfeife tanzt. Allein wenn ein Intendant konsequent gegen die Unsitte angeht, daß die gutbezahlten Musiker für ein saftiges Zubrot („Mucke“) aushäusig tingeln und an ihrer Stelle teure Ersatzleute angeheuert werden müssen, hat er sein Orchester im Nu gegen sich.

Die Meucheltaktik der Philharmoniker hat Thomas mürbe gemacht: Wenn der Stadtrat zustimmt, will er am Saisonende hinschmeißen. Für das Orchester ist der Abschuß seines Intendanten womöglich ein Schuß in den Ofen.

Denn ohne die Aura ihres verblichenen Gurus und ohne die Power von Turbo-Thomas könnten die Philharmoniker bald wieder in der Kreisklasse spielen: als Münchner Stadtmusikanten von 1893 – achtbar, aber unbeachtlich. ❑



E. THONFELD / CAMERA 4

Europameister Vogts: „Wenn wir uns für die Weltmeisterschaft nicht qualifizieren, soll ein anderer sein Glück versuchen“

SPIEGEL-Gespräch

„Sieger finden Gehör“

Bundestrainer Berti Vogts über sein Selbstbewußtsein, Spielerfrauen und die Defizite deutscher Fußballklubs

SPIEGEL: Herr Vogts, woran erinnern Sie sich spontan, wenn Sie an das Fußballjahr 1996 denken?
Vogts: An das Wembleystadion und daran, wie wir vor dem Halbfinale der Europameisterschaft gegen England aus den Katakomben kamen – und wie leidenschaftlich und herzlich wir begrüßt wurden. Das war Fairplay, wunderschön.
SPIEGEL: Aber doch nicht bedeutender als das Siegtor von Oliver Bierhoff im Finale gegen die Tschechische Republik.
Vogts: Nicht bedeutender, aber eben schöner. Das sogenannte Golden Goal, mit dem das Spiel schlagartig endet, ist eine schreckliche Erfindung, ein Schlag gegen den Fußball. Der tschechische Torwart tut mir jetzt noch leid.
SPIEGEL: Für Sie war es dennoch der Moment des persönlichen Triumphes.
Vogts: Ich habe erst zum Schiedsrichter und dann zum Linienrichter geschaut. Ich war irgendwie sicher, daß die uns das Tor nicht geben; erst einige Augenblicke später war mir klar, daß wir Europameister sind. Dann bin ich in die Kurve zu den Fans gegangen …
SPIEGEL: … und da wirkten Sie erstmals wie ein Volksheld.
Vogts: Nein, es war nur eine Danksagung. Ich habe für die Zuschauer La Ola, die Welle, gemacht. Denn in diesen vier Wochen ist etwas Besonderes passiert.
SPIEGEL: Der Gewinn eines wichtigen Titels – und was noch?
Vogts: Es ist eine neue Bindung zwischen den Deutschen und dieser Mannschaft entstanden. Vielleicht liegt das auch an unseren schwierigen Zeiten mit fast vier Millionen Arbeitslosen: Wir haben Fußball gekämpft, und jeder hat sich mit uns identifiziert.
SPIEGEL: Den von Ihnen versprochenen schönen Fußball hat die Elf nur selten vorgeführt.
Vogts: Ja, wir haben viel Glück gehabt. Wären die Italiener nicht so überheblich gewesen, wären sie Europameister geworden. Sie waren taktisch und körperlich die beste Mannschaft. Aber wir hatten eine besonders starke Willenskraft, und wir sind als Einheit aufgetreten.
SPIEGEL: Das nette Team von England hat sich gleich nach der EM in Interviews

Das Gespräch führten die Redakteure Klaus Brinkbäumer und Alfred Weinzierl in Frankfurt am Main.

selbst zerfleischt: Scholl und Strunz gegen Sammer, Möller gegen Basler.

Vogts: Die Attacke von Scholl und Strunz war doch nichts anderes als das erste Scharmützel des FC Bayern im Krieg um die Deutsche Meisterschaft. Das Bayern-Management hat sich sehr geschickt zurückgehalten und seine Spieler machen lassen. Mich aber hat das irritiert. Also bin ich nach meinem Urlaub zu Sammer und habe ihn gefragt: „Kannst du mit den beiden noch in einer Mannschaft spielen?“ Er hat gesagt: „Ja.“

SPIEGEL: Und hätte er „nein“ gesagt?

Vogts: Er hat „ja“ gesagt.

SPIEGEL: Die giftige Atmosphäre, die sich zuletzt beim Spiel Stuttgart gegen Bayern offenbarte, kann dem Betriebsfrieden der Nationalelf nicht guttun.

Vogts: Die hatten wir früher doch auch. Zwischen Mönchengladbach und Köln, zwischen Gladbach und Bayern. Der Unterschied ist, daß heute hundert Kamerateams auf dem Trainingsplatz lauern – und daß die Spieler lernen müssen, souverän damit umzugehen.

SPIEGEL: Das gelingt nicht einmal den Funktionären. Wenn der Stuttgarter Fredi Bobic auf den Schiedsrichter schimpft, springt Uli Hoeneß in München sofort empört auf den Tisch und verlangt Erziehungsmaßnahmen.

Vogts: Der Uli soll sich um seinen FC Bayern kümmern. Da sind Fredis Trainer gefragt und sonst niemand.

SPIEGEL: Sie meinen aber gleichwohl, daß Bobic therapiert werden muß?

Vogts: Ich werde mit ihm sprechen. Im Grunde mag ich seine Leidenschaft ja; sein Gegenspieler ist eben 90 Minuten lang sein größter Feind. Aber dieses Gemeckere gegen den Schiedsrichter kann ich nicht mehr sehen. Wenn er sich in internationalen Spielen so aufführt, kassiert er sofort die Rote Karte. Außerdem trägt er Verantwortung: Wenn zwölf Millionen Menschen vor dem Fernseher sitzen, ist er Vorbild.

SPIEGEL: In Ihrem Team sollen Leitfiguren wie Sammer oder Klinsmann solche Erziehungsmaßnahmen übernehmen.

Vogts: Ein alter Hut ist das. Es war das Geheimnis von Hennes Weisweiler, daß er die alten Spieler so erzogen hat, daß die wiederum die jungen erzogen haben. Rainer Bonhof kam als 18jähriger Jugendnationalspieler nach Mönchengladbach, schoß ein paar Tore und las prompt in der Zeitung: „Er schießt schneller als Wyatt Earp.“ Das hat er geglaubt. Da ging es auf dem Trainingsplatz halt zur Sache, Weisweiler hat weggeschaut – und dann wurde Rainer aufgenommen in unsere Leistungsgesellschaft.

SPIEGEL: Wieso hat Ihre Menschenführung bei der Weltmeisterschaft 1994 nicht funktioniert?

Vogts: Die Mannschaft war lange Zeit intakt, doch dann wurde sie durch einige äußere Einflüsse durcheinandergebracht.

SPIEGEL: Weil Spielerfrauen wie Bianca Illgner und Martina Effenberg im Hotel in Chicago aufgetaucht sind?

Vogts: Die Namen haben Sie genannt. Fest steht aber, daß einige Frauen Ansprüche an ihre Männer gestellt haben, die sie bei Jugendturnieren gerne stellen dürfen, aber nicht bei einer WM. Und die Männer waren zu schwach, sich für den Erfolg zu entscheiden.

SPIEGEL: Seitdem ziehen Sie für das weibliche Geschlecht eine Bannmeile ums Hotel?

Vogts: Wir treffen uns nach den Spielen nicht mehr sofort mit den Frauen, sondern sitzen erst einmal allein zusammen. Nach dem einen oder anderen Bier sagt man die Wahrheit. So entsteht Teamgeist. Wenn jeder Spieler zehn Prozent von seinem Ego an das Team abgibt, haben wir einen Spieler mehr auf dem Feld. Daß ich vor Jahren nur nach Leistung und nicht auch nach dieser Philosophie ausgewählt habe, war mein Fehler.

SPIEGEL: Bodo Illgner, Stefan Effenberg, Thomas Berthold und Lothar Matthäus sind Sie losgeworden. Eine Reizfigur wie Mario Basler gefährdet die Mannschaft nicht?

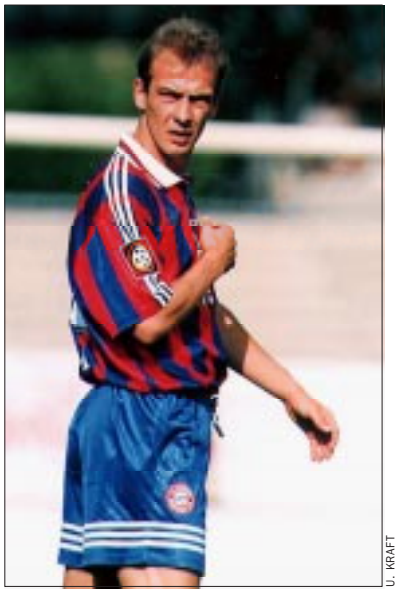
Vogts: Nie, das kann er nicht. Mario läuft am Rande mit, und wir wissen, daß er nicht der große Mannschaftsspieler ist. Er sagt schnell etwas, was er dann angeblich wieder nicht gesagt hat. Aber er kann eben auch mit einer Aktion das Spiel entscheiden. Solange er sich innerhalb einer bestimmten Grenze bewegt, ist es okay.

SPIEGEL: Haben Sie sich ein Limit gesetzt beim DFB?

Vogts: Das kann im Jahr 2006 sein, das kann nächste Woche sein. Das Spiel am Samstag in Portugal dürfen wir schon nicht mehr verlieren. Eines ist klar: Wenn wir uns nicht für die Weltmeisterschaft qualifizieren, dann soll ein anderer sein Glück versuchen.

SPIEGEL: Sie werden Ihre Mannschaft aus Altersgründen bald umbauen müssen. Gibt es genug begabten Nachwuchs?

Vogts: Es könnte mehr sein. Wir spüren jetzt schon die Auswirkungen des Bosman-Urteils. Wenn ich mir die Anfangs-



U. KRAFT



GES

Reizfiguren Basler, Sammer: „Die alten Spieler sollen die jungen erziehen“



ACTION SPORT

Kapitän Klinsmann im EM-Finale: „Der Deutsche will diese Mannschaft sehen“

Werbeseite

Werbeseite

formationen der Bundesligaklubs anschaue, dann stehen da 40 Prozent Ausländer auf dem Rasen. Kaum ein Spieler unserer Junioren-Nationalelf hat im Verein einen Stammplatz. Das Bosman-Urteil war ein Schlag ins Gesicht des Sports. Wenn wir nicht aufpassen, drohen uns Verhältnisse wie im Handball; vom Eishockey redet schon keiner mehr.

SPIEGEL: Was ist zu tun?

Vogts: Wir müssen mit gezielten Förderprogrammen die Basis stärken. Wir brauchen besser ausgebildete Jugendtrainer. Ich habe Kontakt aufgenommen zu den Kultusministern, Fußball soll als Schulsport forciert werden. Und im Osten müssen wir die Überreste der aus der DDR-Zeit noch verbliebenen Kinder- und Jugendsportschulen erhalten. Denn das wäre das Optimum: Die solide Ausbildung der KJS kombiniert mit westlicher Offenheit und Kreativität.

SPIEGEL: Hoeneß sagt gern, in zehn Jahren habe sich das Thema Nationalmannschaft von selbst erledigt.

Vogts: Und er irrt sich. Sie wird an Zugkraft gewinnen. Der Deutsche will diese Mannschaft sehen, er will Deutsche unter

„Bayer Leverkusen wird um die deutsche Meisterschaft mitreden“

sich. Und genauso ist der Italiener, der Spanier. Selbst der Holländer, der sich sonst sehr stark international öffnet, liebt seine Nationalmannschaft.

SPIEGEL: Dennoch wird Ihr Job immer schwieriger. Die Klubs würden ihr teures Personal am liebsten ganz für sich beanspruchen.

Vogts: Natürlich brauche ich als Profi die Nationalmannschaft nicht zum Geldverdienen. Aber für mich ist Sport mehr als Geld. Wodurch sind Hoeneß, Beckenbauer, Müller, Breitner weltweit bekanntgeworden? Sicherlich nicht, weil sie fünfmal deutscher Meister geworden sind.

SPIEGEL: Kaum hat der DFB für 1997/98 die Verkürzung der Winterpause beschlossen, maulen die Vereinsmanager.

Vogts: Und warum? Weil die auf die zig Millionen Mark schielen, die in der Halle zu verdienen sind. Es gibt einige ganz kluge Manager, die würden bis Anfang März aussetzen – daß unsere Mannschaften dann ohne Wettkampfpraxis im Europacup ausscheiden, kümmert sie nicht.

SPIEGEL: Da spielt dann ja sowieso kaum noch einer mit. Von sieben gestarteten Teams haben nur Schalke und Dortmund die Herbstrunden überstanden. Überschätzt sich die Bundesliga?

Vogts: Ich sage seit zwei Jahren, daß wir uns im taktischen Bereich verbessern müssen. Aber wenn die Vereine meinen, daß sie alles richtig machen, sollen sie es tun. Unsere Klubs sind nicht gegen Mailand oder Madrid ausgeschieden. Und Beckenbauer kann reden, wie er will, auch der FC Valencia, der für die Bayern schon in der ersten Runde zu stark war, ist keine Topmannschaft.

SPIEGEL: Aber es kann nicht nur an der Taktik liegen.

Vogts: Was vielen fehlt, ist Zweikampfschulung, Robustheit. Statt dessen sehe ich nur Meckereien und Schwalben. Was haben wir uns vor 10, 15 Jahren über die schauspielerische Kunst der Südländer aufgeregt. Wir sind heute schlimmer.

SPIEGEL: Sie haben mit der Nationalelf einen Ruf erarbeitet, den die Spaßgesellschaft Bundesliga wieder verspielt?

Vogts: Ich unterscheide zwischen nationalen und internationalen Ansprüchen. Auch mir macht die Bundesliga Spaß. Die Präsentation ist gut, es gibt keine Ausschreitungen mehr, die Atmosphäre ist herzlich, 70 Prozent der Spiele sind qualitativ in Ordnung, und Sat 1 hat es geschafft, daß die 14- bis 17jährigen wieder ins Stadion gehen. Nur wenn es ins Ausland geht, gewinnen wir nichts.

SPIEGEL: National betrachtet, ist Leverkusen die Überraschung der Hinrunde …

Vogts: … für mich nicht. Ich wußte, was da für ein enormes Potential brachliegt. Die haben so viele junge, hungrige Spieler, und Trainer Christoph Daum hat sie nur geweckt. Die bleiben oben und werden um die Meisterschaft mitreden.

SPIEGEL: Haben Sie Mönchengladbachs Krise auch vorhergesehen?

Vogts: Ich leide, ich habe dort 14 Jahre verbracht, von allen neun Bundesliga-Ergebnissen will ich als erstes immer das der Borussia wissen. Spielerisch gehört das Team zu den fünf Besten der Bundesliga, aber es ist total verunsichert. Stefan Effenberg muß es da herausführen.

SPIEGEL: Beckenbauer will den Konflikt zwischen Bundesliga und Nationalelf auch dadurch lösen, daß in einer EM- oder WM-Qualifikation etwa die Ukraine und Albanien erst gegeneinander spielen sollen und nur noch der Sieger gegen Deutschland in der Qualifikation antreten darf – damit würden Termine frei.

Vogts: Ich würde auch gern öfter gegen Brasilien spielen. Aber wenn Sie etwa in Moldawien die Menschen sehen, spüren Sie, daß es für die das Ereignis des Jahres ist, wenn der Europameister kommt. Auch das gehört doch zum Sport – aber vielleicht haben Bundestrainer eine andere Sichtweite als Vereinsvertreter.

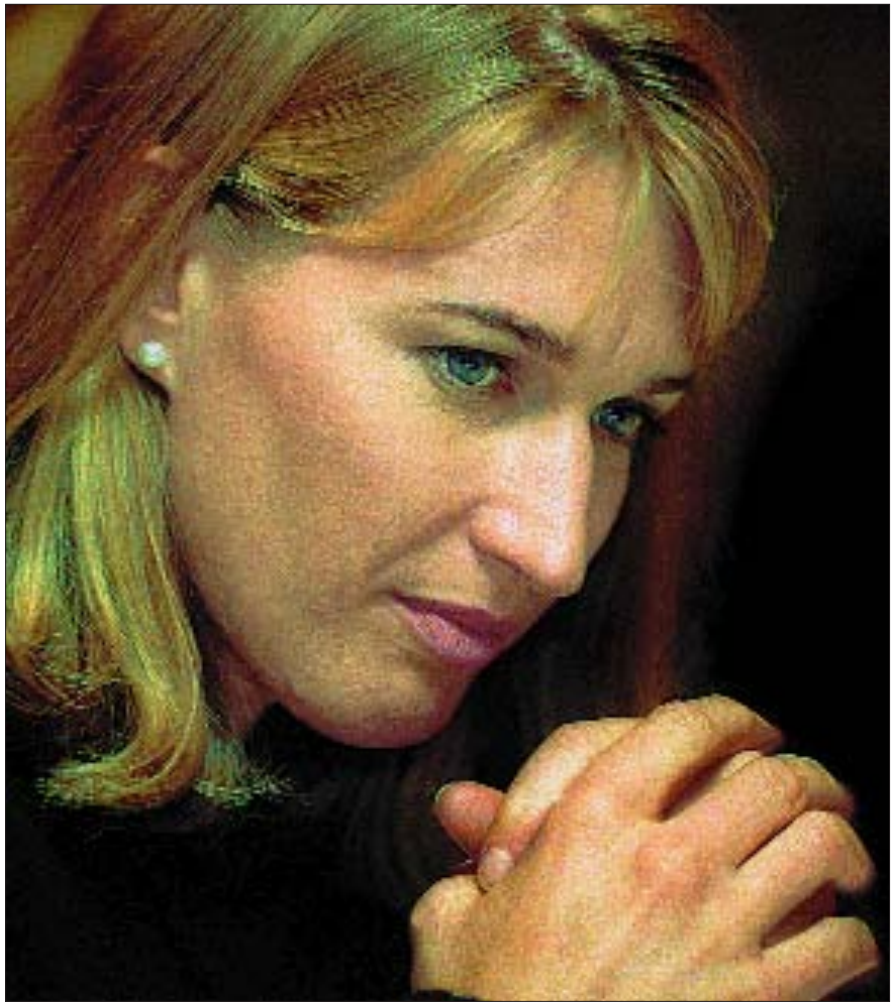
SPIEGEL: Sie profilieren sich gegen Beckenbauer und Hoeneß.

Vogts: Ich sage Dinge, die ich schon immer gesagt habe. Nur ist man jetzt, nach der EM, eher bereit, darüber nachzudenken.

SPIEGEL: England war Ihre Reifeprüfung?

Vogts: Sieger finden leichter Gehör.

SPIEGEL: Herr Vogts, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



AP

Fernsehstar Graf: „Habe ich so zugenommen?“

Tennis

Knutschfleck am Hals

Wie ist Steffi Graf privat? Ihr Bruder Michael hat sie monatelang mit der Filmkamera begleitet.

Steffi inhaliert nicht gern. Darum macht ihre Mama ihr eine Wärmflasche, wenn sie krank ist. Steffi ißt am liebsten Pfannkuchen mit Pfälzer Spargel. Steffi liest John Irvings „Zirkuskind“. Steffi ärgert sich, weil sie Oliver Bierhoffs Tor zum 1:1 gegen die Tschechen verpaßt. Steffi steht am See und wundert sich, „wie viele Leute morgens joggen gehen“.

Will man das wissen? Man will, weil Steffi Graf ein Weltstar ist; Details aus dem Privatleben der Prominenten sind eine begehrte Ware. Da Steffi Graf aber ein schlechter Star ist und nur wenig so haßt wie die Veröffentlichung von Details aus ihrem Privatleben, brauchte sie den richtigen Boten für ihre Botschaft; einen, dem sie trauen konnte, einen aus der Familie. Am kommenden Sonntag läuft Michael Grafs Film „Steffi – ein Portrait“ im Fernsehen (18 Uhr, Sat 1).

Michael Graf, 25, war so etwas wie der ewige Bruder. Seine Tenniskarriere hatte der Trainer Boris Breskvar bereits nach dem ersten Test für beendet erklärt: „Tut mir leid, das wird nichts.“

Also beschloß Michael Graf, Boxer zu werden. Dann Windsurfer. Dann Rennfahrer. Das wurde er sogar wirklich, denn Opel sponserte damals die berühmte Schwester. Michael fuhr für das Opel-Lotus-Team, gewann zwar nicht viel, überlebte aber. Nur einmal war es knapp, am 10. September 1991 vermeldete *Bild*: „Mit 190 aus der Kurve! Steffis Bruder lag blutend im Rennwagen.“

Michael Graf wurde als „Leibwächter“ auf Steffis Lohnliste befördert. Für die Tagespauschale von 300 Mark zückte er schon mal die Spraydose, wenn in der Diskothek ein Fotograf nahte. Betriebswirtschaft wollte er nebenher studieren, heiratete statt dessen jedoch ein Fotomodell mit Tätowierung am Po und

wurde Vater eines Sohnes mit Namen Torren.

Und nun hat er auch noch einen richtigen Beruf gefunden. Nicht, daß er sich „herausnehmen würde, mich Kameramann zu nennen“ – eine Ausbildung hat er ja nicht. Produzent nennt er sich, denn ins Kino ist Michael Graf schon immer „sehr, sehr gerne gegangen“.

Der Bruder hat also die „Nahaufnahmen“ gemacht, und die sind ihm nicht mißlungen. „Steffi – ein Portrait“ ist ein Mix aus 100 Stunden Rohmaterial; bei Sat 1 arbeiten genügend Menschen, die daraus eine 55 Minuten lange Dokumentation stricken können, die niemals langweilig wird. Bewerkstelligt haben sie das mit allem, was die Computer hergaben: Zeitraffer mündet in Zeitlupe, Schwarzweißes in Buntes, Rockmusik in Originalton Steffi, und wenn das Feuerwerk erloschen ist, bleibt ein wunderschönes Bild: Steffi ist lieb, Steffi ist lustig, Steffi ist klug.

Und privat ist die Tenniskönigin eine Frau, die „nicht nein sagen“ kann; eine, die einen Knutschfleck am Hals hat und sich gern mal „einfach ins Bett legen und Musik hören will“; und auch eine, die beim Shopping vor dem Spiegel ganz furchtbar erschrickt: „Habe ich so zugenommen?“

Der Film fängt da an, wo Steffi Graf für ihr Publikum bislang immer aufhörte. Nach der Pressekonferenz in den Katakomben des Stade Roland Garros zu Paris beispielsweise, wo sie sich im Auto auf den Boden legt, damit niemand ihr folgen kann; oder auf der Massagebank, wenn sie zu ihrem Knie „Scheißknie“ sagt.

Einmal, eine rührende Szene, fährt sie mit Michael und dessen Kamera zum Vater ins Gefängnis, wo sie das übliche Ritual erwartet: „Paß abgeben, Besucherkarte in Empfang nehmen, durchsucht werden“. Und sie weint, zweimal.

So ist der Film ziemlich voyeuristisch geraten – echt „reportermäßig“, wie Sat-1-Sportchef Reinhold Beckmann lobt. Steffis Image aber wird das nutzen. Und darum geht es.

Steffi Graf hat zuletzt ein paar sentimentale Interviews gegeben, nachdem ihr vorher zugesichert worden war, daß die Fragen „freundschaftlich“ sein würden. *New York Times* und *Sports Illustrated* berichteten dann von einer jungen Frau, die vom Steuerbetrug niemals etwas mitbekommen habe und nun, auf einmal, alles selbst erledige.

Das ist eine wundersame Verwandlung. Egal. Steffi hat eine GmbH gegründet, sie hat einen Geschäftsführer eingestellt, und sie trägt ein neues Tenniskleid. Steffi, der Film, vollendet die Kampagne – er zeigt, so haben es die Grafs immer gehalten, Steffis schöne, heile rosarote Welt.

Einiges aus dem wirklichen Leben – Steuern etwa oder die vielen Millionen Mark Antrittsgelder, die sie regelwidrig eingesackt hat – wird vom kleinen Bruder ausgeblendet. Der Vater sitzt irgendwie durch höhere Gewalt im Gefängnis, und Torren, der süße Torren, mampft, was Omi Heidi auch kocht. „Der Grafsche Hunger“, lobt Tante Steffi.

„Die Wahrheit“ wollte Michael Graf filmen. Das ist ihm gelungen wie allen Eltern, die einen Kindergeburtstag mit der Videokamera festhalten.

Der Produzent will jetzt drei Monate Pause machen und dann „ein neues Projekt realisieren“. Sein Vater könnte auch einen Film vertragen. ❏



F. PETERS / BONGARTS

Produzent Graf (M.), Ehefrau, Sat-1-Sportchef Beckmann: Echt reportermäßig

REGISTER

Gestorben

Georges Duby, 77. Die Rolle des Altmeisters spielte der französische Sozialhistoriker mit Bravour. Ob er das wilde Leben um 1200 säuberlich in „drei Ordnungen“ von Kriegern, Priestern und Bauern sortierte oder über den „Sonntag von Bouvines“ schrieb, jene Schlacht von 1214, die auch Kollegen für einen Wendepunkt europäischer Staatengeschichte halten – stets erzählte der elegante Herr vom Collège de France brillant und ohne Fußnotenballast von dem, was ihn seit jeher fesselte: dem Hohen Mittelalter. Im strengen Aktenstil der „Annales“-Schule hatte er schon 1953 die Gesellschaftsstruktur im Mâcon des 11. und 12. Jahrhunderts durchleuchtet und dabei entdeckt, weshalb aus Junkern Ritter wurden. Am Ende trug er selbst die Insignien der Ehrenlegion, versuchte sich eine Zeitlang gar als Präsident des Fernseh-Kulturkanals La Sept und wurde 1987 Mitglied der Académie française – höchste, verdiente Weihe für einen Souverän der Gelehrsamkeit. Georges Duby starb vergangenen Dienstag in Aix-en-Provence an Krebs.


J. GRAF / EDITING

Dan Flavin, 63. Man konnte ihn für den Museumselektriker halten – wegen seiner massigen Erscheinung und weil er manchmal wirklich nur ein paar weiße Neonröhren an die Wand montierte, als müsse der Raum eben etwas heller werden. Das nannten die Kenner „Minimal Art“. Aber der Künstler Flavin war auch imstande, jede Leuchtreklame in den Schatten zu stellen, indem er ganze Zimmerfluchten oder lange Korridore in grandiose bunte Lichtspiele tauchte, deren Farbmischungen sich erst beim Durchschreiten der so gegliederten Räume ganz auskosten ließen. Dabei legte er stets Wert darauf, daß in all dem Strahlen und Überstrahlen doch die Röhre als plastisches Objekt wahrnehmbar blieb. Dan Flavin wurde als Sohn eines Offiziers irischer Herkunft in New York geboren. Allzu schwache Leistungen erlösten ihn aus dem ihm aufgezwungenen Priesterseminar. Als Soldat in Korea fing er aus „Ruhelosigkeit“ zu malen an und erfand schließlich „Ikonen“-Tafeln mit Glühbirnen-Aufputz. Doch die Erleuchtung kam ihm 1963: Er schraubte eine Neonröhre als „schwingend-andauerndes Gasbild“ an die Wand – eine Erfindung, die den Künstler zu einer Respektsperson der Avantgarde machte. Dan Flavin starb am 29. November bei New York an Nierenversagen.


B. HELLGOTH

Babrak Karmal, 67. Der deutschen Kultur, so bekannte Afghanistans zeitweiliger Herrscher von Sowjetgnaden gern, verdankte er sein „prägendes Bildungserlebnis“: Auf der von deutschen Lehrern geleiteten Amani-Schule in Kabul machte der Generalssohn sein Abitur, und in den Räumen des Goethe-Instituts verabredeten die Revolutionäre Anfang 1978 den sozialistischen Umsturz. Doch die Revolutionsführer, gespalten in einen nationalen und einen internationalistischen Flügel, liquidierten einander in Palastrevolten. Karmal tauchte im sozialistischen Ausland unter und kehrte Ende 1979 mit der sowjetischen Militärintervention als neuer Staatschef nach Kabul zurück. Den Makel dieses Reimports als „Russen-Söhnchen“ wurde Karmal bei seinem Volk nie los. Als am Hindukusch der Widerstand der Moslem-Rebellen anschwoll, ersetzte Moskau seinen ausgelaugten Schützling 1986 durch den Nationalisten Nadschibullah. Babrak Karmal, der im Moskauer Exil seine Memoiren schrieb, starb am 1. Dezember an Leberkrebs.


DPA

Tiny Tim, 66. Seine schrill gefistelte Version von „Tiptoe Thru the Tulips“ machte ihn 1968 zum Star der Beat-Generation. Er singe das Lied so hoch, argwöhnte ein Kritiker, daß nur Hunde es hören könnten. Tiny Tim, als Herbert Khaury in New York geboren, galt bei seinen Fans als liebenswerter Exzentriker. Daß er in seiner 30jährigen Laufbahn nur einen einzigen Superhit landen konnte, nahm er mit Humor, ohne sich zu beklagen. Und klaglos wollte der durch einen Bühnenunfall geschwächte Sänger auch sterben. Sein Wunsch wurde erfüllt: Tiny Tim starb am 30. November in Minneapolis, während das Publikum seinem „Tiptoe“ applaudierte, an einem Herzinfarkt.

Werbeseite

Werbeseite

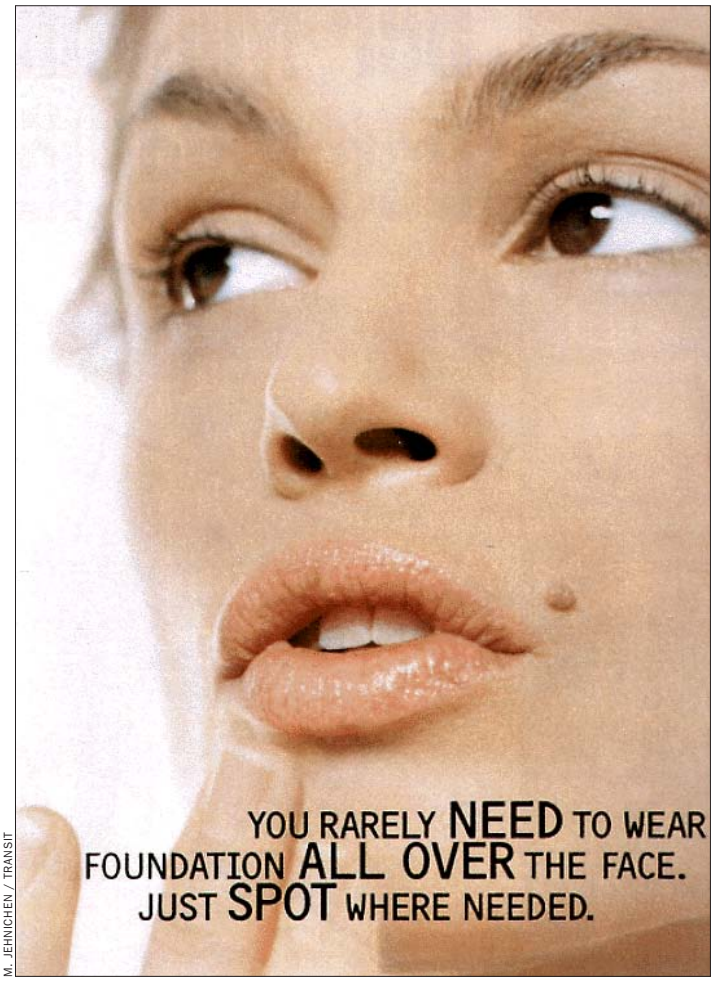
Matthias Pfalz, 42, Unternehmer aus Chemnitz, macht sich verdient um den Ruf seiner Heimatstadt. In seinem Fünf-Mann-Betrieb läßt der Geschäftsmann Repliken des Karl-Marx-Kopfes – umstrittenes Wahrzeichen von Chemnitz – in handlicher Acht-Zentimeter-Größe in Kunstharz gießen. 50 Mark verlangt Pfalz für die Ikone von Andenkenjägern. Die Idee zu den Marx-Kopien lieferten die städtischen Wirtschaftsförderer, die nach einem Imageträger für ihre nicht gerade mit Sehenswürdigkeiten gesegnete Stadt suchten. Nur das 1971 in der Innenstadt errichtete Karl-Marx-Denkmal, von den Chemnitzern liebevoll „Nischel" genannt, ist über die Stadt hinaus bekannt. „Da lag es doch nahe", so Andreas Bochmann, Pressesprecher der Stadt, „Marx hemmungslos zu vermarkten." Bochmann denkt dabei nicht nur an den Kunstharz-Marx. Auch als Schokoladenfigur mit roter Füllung könnte der Säulenheilige der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für Chemnitz werben.



PRESSENS BILD / DPA

Pfalz, Marx-Büsten

Klaus Kinkel, 59, rastloser Bundesaußenminister, verpaßte trotz mehrmaligen Flugzeugwechsels einen Auftritt als Festredner bei der Vergabe des „Förderpreises Innovativer Mittelstand" in Frankfurt. Erst fiel der Luftwaffen-Airbus aus, der den FDP-Mann vorigen Dienstag vom Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Lissabon nach Deutschland bringen sollte. Begleitet von einer Sekretärin und zwei Sicherheitsbeamten, düste Kinkel („Ich muß da unbedingt hin") mit einer Linienmaschine nach Paris, wo ihn ein „Challenger"-Jet der Luftwaffen-Flugbereitschaft zum Weiterflug nach Frankfurt abholen sollte. Unmittelbar vor dem Abheben in Köln/Bonn spielte jedoch die Elektronik des Klein-Jets verrückt – sie sandte ständig ein Notsignal aus. Eine Ersatz-„Challenger" holte den gestreßten Minister schließlich nach Bonn zurück. Dort landete Kinkel am Abend. Der Vortragstermin war mittlerweile verstrichen.



M. JEHNICHEN / TRANSIT

Ausriß aus „Cindy Crawford's Basic Face"

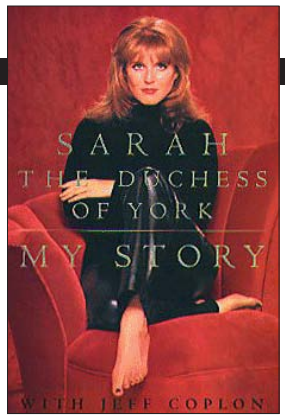
Cindy Crawford, 30, amerikanisches Topmodel, mußte dieser Tage einen ihrer Sprüche auf seine Stichhaltigkeit prüfen lassen. Jüngst behauptete die Schönheit zur Vorstellung ihres Buches „Cindy Crawford's Basic Face": „Das Gesicht einer Frau ist ihr Schutzschild. Mit dem richtigen Make-up kannst du alles überstehen. Zuviel davon, und du bist unten durch." Zu Gast in der Letterman Late Night Show hatte sie offenbar zuviel drauf. Der scharfzüngige Talker jedenfalls machte sich lustig über die dunklen Lidschatten der Schönen. Ob sie Prügel bezogen habe, juxte der Spaßmacher mit der Zahnlücke. Zunächst habe sie gar nicht verstanden, was er meinte, gestand das Model hinterher, „Lettermans Späße über mein Make-up haben mich nicht aufgeregt, allenfalls verwirrt". Doch Ende gut, alles gut. Letterman schickte der Verwirrten einen Blumenstrauß samt einer Entschuldigung.



L. GRINKER / AGENTUR FOCUS

Soldatin der U. S. Marines

Alistair Cooke, 88, amerikanischer Journalist, der seit 50 Jahren für den Londoner Radiosender BBC regelmäßig den „Brief aus Amerika" verfaßt, ist als „Sexist" unter Beschuß geraten. Der journalistische Grandseigneur und Interpret des American Way of Life für die Briten hatte in seiner Epistel das Thema kommentiert, daß in der U. S. Army vier Prozent der weiblichen Soldaten Opfer versuchter oder vollzogener Vergewaltigung wurden. Cooke: „Diese Zahl gibt den Blick frei auf eine Armee, in der 96 Prozent der Männer eine bemerkenswerte Zurückhaltung zeigten." Amerikanische Kongreßabgeordnete und britische Zuhörerinnen protestierten. Cooke, dessen Karriereende nicht in Sicht ist, wählte die Vorwärtsverteidigung: „Ich habe nur gesagt, daß vier Prozent in einer so großen Armee eine bemerkenswert niedrige Zahl ist. Alle Armeen vergewaltigen, besonders im Krieg, ich glaube, das ist auch ein gutes Argument für den Pazifismus."



Ferguson-Buchtitel

Sarah Ferguson, 37, hochverschuldete und geschiedene Herzogin von York, lieferte in New York ein Beispiel für ihre Art des Umgangs mit dem Geld. Zur Präsentation ihres neuen Buches „My Story“ war die notorisch Verschwendungssüchtige von ihrem amerikanischen Verlag im vornehmen New Yorker Hotel Four Seasons einquartiert worden. Kosten der plüschigen Suite pro Nacht: 1700 Dollar. Doch außerplanmäßig begehrte die promiske Adelige das Wochenende „en famille“ zu verbringen. Brav spendierte der amerikanische Verleger einen standesgemäßen Flug mit der Concorde nach London. Doch die Herzogin versäumte, die Hotelsuite bei der Abreise abzumelden. Zusätzliche Kosten für den Verlag: 5000 Dollar. Keineswegs sei das Geld vertan gewesen, beeilte sich der Verlag Simon & Schuster, um Diskretion bemüht, zu versichern: „Die Herzogin flog am Wochenende nach Hause. Der Raum wurde für ihre Leute freigehalten.“

Reinhard Grätz, 56, Rundfunkratsvorsitzender des Westdeutschen Rundfunks (WDR), hat auch nach 30 Jahren SPD-Herrschaft immer noch Mühe, den Landessender auf genehmen Kurs zu trimmen. Seinem Genossen Jochen Welt, Bürgermeister und Bundestagsabgeordneter von Recklinghausen, der sich über die WDR-Berichterstattung zu einem Korruptionsskandal in der Stadtverwaltung beschwert hatte, mußte er jetzt diese Probleme schriftlich eingestehen. Bei „sehr vielen freien Mitarbeiter/Innen“ des WDR, so Grätz in einem Brief, gebe es „eine unverkennbare Tendenz, sich mit dem Wunsch nach Informationen oder Stellungnahmen eher an außerhalb oder zumindest quer zur Hierarchie stehende Gesprächspartner zu wenden“. Dies geschehe „vermutlich in der Hoffnung, Spektakuläres oder ‚anrüchig‘ Hintergründiges zu erfahren“. Der Wuppertaler Landtagsabgeordnete Grätz, der schon früher erkannte, daß es „Journalisten gibt, die ihr Land nicht lieben“, ist allerdings zuversichtlich: Nach seinem Eindruck sei in der WDR-Spitze „das Problem grundsätzlich erkannt“.

Volker Rühe, 54, Verteidigungsminister mit Drang nach Höherem, wurde Opfer seiner Spottlust. Vorige Woche wollte die Grünen-Abgeordnete Angelika Beer von dem CDU-Mann im Verteidigungsausschuß wissen, was denn in Bosnien passieren werde, wenn Sfor-Truppen und die Bundeswehr ihren nächsten Friedenseinsatz wie geplant nach 18 Monaten beendet hätten. „Genausogut kann man fragen“, entgegnete der Minister schnippisch, „was passiert, wenn die Welt untergeht – ich fürchte, dafür bin ich nicht zuständig.“ Zuruf aus den Reihen der SPD: „Wieso eigentlich nicht?“

Richard Branson, 46, erfolgreicher Tycoon (Virgin Cinemas, Virgin Express), erfüllte sich den Tagtraum vieler Männer auf der britischen Insel. Der Multikonzernherr schabte sich den Bart von der Backe, legte Rouge auf, malte die Lippen rot, schlüpfte in ein weißes Brautkleid und zeigte sich dem Publikum, einen Schleier auf dem ondulierten Haupt, Netzstrümpfe am schlanken Bein. Vorwand für dieses hintertreppenpsychologisch unschwer zu deutende


REUTERS
Branson

Treiben lieferte die Eröffnung eines Branson-Ladens für Brautmoden, der „Virgin Bride“, jungfräuliche Braut, heißt. Er habe sich „etwas nackt gefühlt“, schließlich habe er einen Bart getragen, seit er 15 war, gestand der Milliardär: „Aber ich muß zugeben, es machte mir Spaß, mich als Frau anzuziehen. Und das allerbeste war, daß ich die Netzstrümpfe tragen und endlich mal meine wohlgeformten Beine zeigen konnte.“

MONTAG 9.12.

12.00 – 13.00 Uhr Sat 1

Vera am Mittag

„Ich habe das Jenseits gesehen.“ Auch da gab es Talkshows. Thema: „Ewig Meiser – straft Gott gerecht?“

14.03 – 16.00 Uhr ARD

Vincent van Gogh – Ein Leben in Leidenschaft

Das abgeschnittene Ohr, das der Maler einer Prostituierten überreichte, fehlt nicht. Auch sonst läßt dieser US-Film (1956) mit Kirk Douglas nichts aus, was man nicht schon über das Pinselgenie weiß. Als wären Gemälde bloße Illustrationen einer Biographie, stellt der Film die großen Van-Gogh-Bilder als Kulisse nach.

15.00 – 16.00 Uhr RTL

Ilona Christen

„Ich mach’ dich platt – Messerstechereien und Schlägereien“. Talk auf platt: aus dem Niedermachdeutschen.

19.00 – 19.30 Uhr RTL 2

Alle zusammen – jeder für sich

Die neue Seifenoper erreichte bisher einen Marktanteil von unter 2 Prozent, RTL 2 im November insgesamt 4,5 Prozent. Aber für das Genre gilt: Langsam nährt sich das Soap-Hörnchen.

20.15 – 21.00 Uhr ARD

Wunder der Erde

Der Naturfilmer Ernst Waldemar Bauer plädiert für die Wiederansiedlung von Braunbären in den Alpen. Gutes Mittel gegen das Überhandnehmen des Bestandes an lästigen Holzhackerbuam und -madln der Volksmusik.

20.15 – 22.20 Uhr Vox

Winter People – Wie ein Blatt im Wind

Die gesittete *Zeit* bekam ein unschickliches Würgen angesichts dieses US-Melodrams von Ted Kotcheff (1988): „Entweder man heult, oder man kotzt.“ In der Zeit der Depression macht sich ein verwitweter Uhrmacher (Kurt Russell) auf die Wanderschaft und trifft in einem einsamen Haus die Frau seines Lebens. Kotzen kommt also nicht in die Tüte.

20.45 – 22.30 Uhr Arte

Lola Montez

Die *Süddeutsche* meinte zu diesem Film von Max Ophüls (1955): „Immer wieder sind unglücklich liebende Frauen der Mittelpunkt in seinen Filmen gewesen. Sie erscheinen als auslösendes Moment aller Gefühle und Konflikte, als Instrument männlichen Vergnügens, sie sind gefangen in ihren eigenen Gefühlen oder in den Konventionen einer Gesellschaft, deren Mißstände sie schließlich spiegeln. Hinter der Raffinesse seiner filmischen Eleganz zeigt sich da immer der entschiedene Moralist Ophüls. Am brutalsten vielleicht in seinem letzten Film über die Tänzerin Lola Montez, die als Geliebte des bayerischen Königs Ludwig I. berühmt wurde und schließlich in einem amerikanischen Zirkus landete.“



CINETEXT

„Lola Montez“-Darstellerin Martine Carol

DIENSTAG 10.12.

20.15 – 21.50 Uhr 3Sat

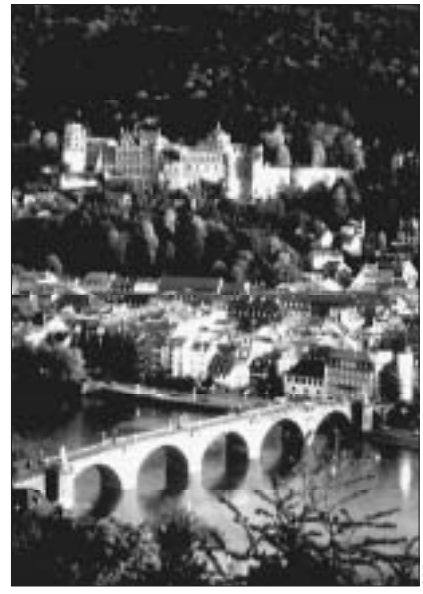
Abschied von Agnes

Eine Zimmerschlacht vom Prenzlberg: Heiner (Michael Gwisdek) ist ein leicht verschrobener Intellektueller, der an einem Roman schreibt, in der Vergangenheit lebt und seiner unter mysteriösen Umständen verschwundenen Ehefrau nachtrauert. Eines Tages dringt, auf der Flucht vor der Presse, ein Ex-Stasi-Spitzel (Sylvester Groth) in die Klause des Dichters, und es beginnt ein spannungsreiches Spiel zwischen den ungleichen Männern, zumal der Stasi-Mann mehr über das Verschwinden der Frau weiß als der Ehemann. Gwisdek spielt in diesem Film von 1994 nicht nur die Hauptrolle, er schrieb auch das Drehbuch und führte Regie.

20.45 – 1.20 Uhr Arte

Themenabend: Heidelberg

Neben allerlei historischen Reminiszenzen zeigt Arte, wie Erica Jong und David Lodge der Neckarstadt persönlich begegnen. Der Themenabend endet mit Ernst Lubitschs Stummfilmromanze „Alt Heidelberg“ (23.40 Uhr).



SDR

Stadtansicht von Heidelberg

22.15 – 23.00 Uhr RTL 2

exclusiv – die Reportage

30 Prozent aller Patienten in Schönheitskliniken seien Männer, behauptet Ejo Eckerle, Autor dieser Reportage mit dem Titel „Größer, dicker, länger“. Da fährt manchen Herren der Scheck in die Glieder: Zwischen 8000 und 12000 Mark kostete es, um aus dem zu kleinen einen größeren Unterschied zu machen. Aber was tun Männer nicht alles für Frauen.

22.40 – 0.30 Uhr Südwest III

Die Teuflischen

Der Internatsdirektor (Paul Maurisse) ist ein fieser Mensch: Seine Frau quält er, die Lehrer kuschen vor ihm – bis auf Nicole (Simone Signoret), seine Ex-Geliebte. Beide Frauen stürzen das Ekelpaket in ein Bassin. Doch wo ist der Leichnam? Selbst als das Wasser abgelassen ist, bleibt er verschwunden. In Henri-Georges Clouzots meisterlichem Thriller (Frankreich 1954) wirkt die Signoret einmalig kalt und schön.

MITTWOCH 11.12.

16.00 – 17.00 Uhr RTL

Hans Meiser

„Her mit den kleinen Italienern – Liebe ohne Grenzen“. Pizza Papagallo. Für Menschen mit Vollmeiser.

20.15 – 21.00 Uhr ZDF

Naturzeit: Monarch der Berge

Film über Rothirsche in Schottland. „Man muß nicht in den tiefsten Urwald fahren, um zu beeindrucken“, erklärt Redakteur Reinhard Radke über den Beitrag der Tierdokumentaristen Simon und John King. Sparsam ist in Schottland selbst die Fauna. Mangels natürlicher Feinde sorgen staatliche „Deer Manager“ dafür, daß das Hochland nicht kahlgefressen wird.

20.15 – 22.55 Uhr Vox

König der Fischer

Es sind zwei New Yorker Typen, selbsternannte Ritter von der tragikomischen Gestalt (Robin Williams, Jeff Bridges),



FOTOS: CINETEXT

Szene aus „König der Fischer“

die das heilige Gefäß, den Gral, in einem Milliardärs-Penthouse in Manhattan aufspüren. Zwei sehr schräge Damen, Amanda Plummer und Mercedes Ruehl, ergänzen das umwerfende Duo zum Klamaukquartett. Regisseur Terry Gilliam („Brazil“) ist immer für Anarchie gut. Einmal ist der Film (USA 1991) so beschwingt, daß die Passanten in der Grand Central Station im Walzertakt kreisen.

21.45 – 22.30 Uhr ARD

Schumis Erben

Sie knattern in Go-Karts um die Wette, Youngsters auf den Spuren ihres Idols Michael Schumacher, wie Eckhard Garczyk in seiner Reportage berichtet. Nicht verifiziert werden konnte die Meldung, daß sich die Jungen in Schönheitskliniken das Kinn vergrößern lassen.

DONNERSTAG 12.12.

11.00 – 12.00 Uhr Sat 1

Kerner

„Schatz, ich liebe unsere Katze mehr als dich.“ Ab zum Muschologen, denn niemand musch muschen.

20.15 – 21.15 Uhr ZDF

Hitparade

Sieger im November wurden die „Verliebten Jungs“ mit dem gen-ialen Lied: „Willst du meine Kinder kriegen?“

20.15 – 22.10 Uhr Vox

Is' was, Sheriff?

Ein Pferd bekommt einen Kinnhaken, Sioux-Indianer sprechen deutsch, der Showdown am Ende ist eine gewaltige Kuchenschlacht. In dieser Westernparodie (USA 1973; Regie, Drehbuch und Liedtexte: Mel Brooks) geht es nur um Nonsens pur. Der *FAZ* reichte das nicht. In ihrer Besprechung steht allen Ernstes zu lesen: „Wir bemerken jetzt, daß seine (dieses Films) Wirkungen nicht von den Klischees ausgehen, die hier persifliert werden. Sie sind nur die Elementarsprache, auf der die weltweite und hierarchielose Verstehbarkeit dieser Filme aufbaut. Ihre Botschaft besteht also aus dem immer Gleichen, das uns universal in dieselbe Erwartung versetzt, und aus dem konkreten Handeln der abgelichteten Menschen, das historisch einmalig ist.“ He Sheriff, reitet da etwa die Horkheimer-Adorno-Bande?

21.15 – 22.50 Uhr Hessen III

Sam Whiskey

Den Helden mit dem süffigen Namen in dieser Hollywood-Antwort auf den Italo-Western spielt Burt Reynolds (USA 1968). Eine, so die Kritik, temporeiche und sorgfältige Inszenierung.



„Sam Whiskey“-Darsteller Reynolds

FREITAG 13.12.

20.00 – 22.45 Uhr Sat 1

Das Mädchen Rosemarie

Auftakt zur Sendereihe „German Classics“ von Bernd Eichinger. Heute die Geschichte um den Mord an der Edelprostituierten Rosemarie Nitribitt. Siehe Seite 229.

20.15 – 22.00 Uhr ARD

Sportler des Jahres

Gerhard Delling und Carmen Nebel präsentieren Olympiasieger, Welt- und Europameister. Erfahrung von tausendundeiner solcher Galas: Es gibt Spannenderes als Sportler im Smoking.

20.15 – 21.15 Uhr RTL

Mini Playback Show

Zehnjährige aufgestylt wie Tina Turner – man möchte lieber nicht wissen, wer außer den Kindern Lust bei solchen Darbietungen verspürt. Vorerst letzte Folge mit Marijke Amado.

21.15 – 23.00 Uhr ZDF

Menschen '96 live

Hoffentlich war das Vorspiel, die frustreiche Suche nach den Moderatoren (Frau Schreinemakers mußte absagen), nicht das Spannendste. Holger Weinert und Wolf von Lojewski präsentieren Menschen, die Schlagzeilen gemacht haben (keine Chefredakteure).

23.35 – 1.20 Uhr ARD

Projekt Brainstorm

Schon der bloße Besuch von Frauen- und Männergruppen belehrt: Der schrecklichste der Schrecken ist der Wunsch nach totalem Verstehen. Michael (Christopher Walken) und Lillian (Louise Fletcher), zwei Forscher, haben einen Computer entwickelt, mit dem man sich direkt in das Gehirn eines anderen hineinversetzen kann. Als Lillian einen Herzanfall erleidet, gelingt es ihrem Kollegen, sich in das Gehirn der Sterbenden hineinzuklicken. Und da lehrt Douglas Trumbulls Thriller (USA 1982), was man schon immer befürchten mußte: Gute Seelen müssen die Engel singen hören.

SAMSTAG 14.12.

18.30 – 19.30 Uhr Sat 1

Superhirn

Die Kandidaten zu diesem neuen Quiz für ganz Schlaue wurden eigens anläßlich dieser neuen Sendung vom Akademischen Direktor für medizinische Psychologie und Psychopathometrie der Universität Erlangen drei Wochen lang trainiert. Erste Frage: Was ist Psychopathometrie? Neurosen und Psychosen, die in Zentimetern messen?

20.15 – 22.00 Uhr RTL

Die 100 000 Mark Show

Daseins-Simulation für junge Menschen: Nur der Härteste siegt. Und das Glück empfängt man aus den Händen so kalter und blonder Göttinnen wie Ulla Kock am Brink.

20.15 – 22.20 Uhr RTL 2

Arabeske

Ein Ägyptologe (Gregory Peck) soll für einen Reeder (Alan Badel) eine Hieroglyphenschrift entziffern. Der weltfremde Professor lernt beim Brüten



CINETEXT

„Arabeske"-Stars Peck, Loren

über den Buchstaben die schöne Yasmin (Sophia Loren) kennen, die dem Enträtsleronkel ein düsteres Geheimnis steckt: Wenn er die Schrift entziffert hat, soll er ausradiert werden. Der Film (1966) von Stanley Donen hat viel Leerlauf. Aber Liebhaber des Üppigen (Ausstattung, Loren) können einiges Schöne entziffern.

21.15 – 24.00 Uhr Sat 1

Fußball

Aus Lissabon: WM-Qualifikationsspiel Portugal gegen Deutschland.

SONNTAG 15.12.

18.00 – 19.00 Uhr Sat 1

Steffi – ein Portrait

Steffi Grafs Bruder Michael begleitete die Tenniskönigin monatelang mit der Kamera. Siehe Seite 248.

20.15 – 21.45 Uhr ARD

Tatort: Perfect mind – Im Labyrinth

Sekte treibt Richterin zum Mord, um als Religion anerkannt zu werden. Ein Tatort über Scientology, in dem der Name des Psychokonzerns nicht vorkommt. Doch „Perfect mind", so die Krimi-Sekte, trägt alle Züge von Scientology, und Drehbuchautor Christoph Fromm vermengt Nachgewiesenes (den Geheimdienst der Sekte, die quälenden Verhöre der Anhänger) mit Spökenkiekerei über das wahre Gesicht der Organisation (Elektroschocks, psychiatrische Folterkammern bis hin zum Mord). Daß daraus ein spannender, sorgsam inszenierter Tatort wird, liegt nicht nur an Ulrich Tukur als Sektenchef und Oberbösewicht. Regisseur Friedemann Fromm nimmt die aktuelle Debatte über die Pseudo-Religion Scientology glücklicherweise nur zum Anlaß, um seine aufregende Krimi-Geschichte zu erzählen.

22.15 – 0.40 Uhr Vox

Valmont

Die Verfilmung des berühmten Briefromans von Choderlos de Laclos in der Inszenierung von Milos Forman (1989) ist deutlich schwächer als Stephen Frears' Film „Gefährliche Liebschaften" über dieselbe Vorlage.

23.00 – 1.20 Uhr ARD

Die Blechtrommel

Oscar-gekrönt: Volker Schlöndorffs meisterliche Verfilmung des Günter-Grass-Romans (1979).



HIPP-FOTO

„Blechtrommel"-Darsteller David Bennent

MITTWOCH

22.55 – 23.50 Uhr Vox

SPIEGEL TV THEMA

Homosexuelle Eltern
Über den Konflikt zwischen Familienglück und der Sehnsucht nach einem neuen, ehrlichen homosexuellen Leben.

DONNERSTAG

22.10 – 22.40 Uhr Vox

SPIEGEL TV EXTRA

Geplant: Das Geheimnis der Zarenknochen
Der Streit um die Gebeine der letzten russischen Kaiserfamilie.

FREITAG

22.10 – 22.40 Uhr Vox

SPIEGEL TV INTERVIEW

Heinz Hoenig
Gespräche während der Dreharbeiten zu Dieter Wedels „Der König von St. Pauli".

22.45 – 23.55 Uhr Vox

FREITAGNACHT

Fanhysterie
Fans und ihre Stars. Zu Gast: Peter Kraus.

SAMSTAG

17.00 – 17.40 Uhr Sat 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

„Fußball ist unser Leben"
Sondersendung mit Highlights aus 30 Jahren deutschen Fußballs – Marc Brasse und Ulrich Stein sprachen mit ehemaligen und aktuellen Starkickern.



BONGARTS

Jürgen Klinsmann nach EM-Sieg in London

22.10 – 23.50 Uhr Vox

SPIEGEL TV SPECIAL

Wo Deutschland endet
Die deutsche Ostgrenze nach der Wende. Teil 1: Von Rügen bis Eisenhüttenstadt.

SONNTAG

23.00 – 23.30 Uhr Sat 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die „gelben Kinder"
Rätselhafte Gelbsucht in der Altai-Region; Folge der russischen Umweltkatastrophe?

Werbeseite

Werbeseite

Aus einer Werbebeilage in der *Südwest-Presse*: „Dreißig Jahre vergehen, doch dann bringt eine Frau das Unmögliche fertig und rechnet mit dem Mann ab, der ihr Leben zerstört hat. Sie war von ihm als junges Mädchen vergewaltigt worden. Ein Lesevergnügen für Kopf und Herz.“

❏

Aus dem *Flensburger Tageblatt* über die Lkw-Blockade an der dänischen Grenze: „Ein Vorfall am Mittag hatte die Rot-Kreuzler für Sprachschwierigkeiten sensibilisiert: ‚Ein Franzose brauchte einen Arzt, konnte sich aber mit den Helfern nicht verständigen‘, erzählt Koch. Jetzt geht jeweils eine russisch sprechende Praktikantin des DRK-Kreisverbandes mit auf die Strecke, die für die zahllosen Fernfahrer aus Osteuropa übersetzt. Ein weiterer Helfer kann Dänisch.“

❏



Aus dem *Weilimdorfer Anzeiger*

❏



Aus der *Rhön- u. Saalepost*

❏



Aus der *Odenwälder Zeitung*

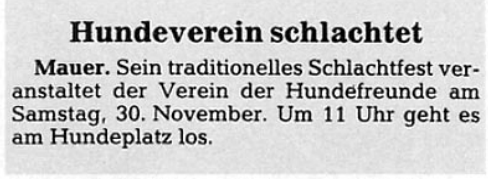
❏

Aus der *Süddeutschen Zeitung*: „Die Tickets für einen Flug nach Budapest lagen in der Wohnung. Das vermißte Ehepaar hat die geplante Flugreise nach Recherchen der Polizei aber nicht angetreten.“

❏

Aus der *Zeit*: „Frauen wählen noch immer mit ihrer Libido.“

❏



Aus der *Rhein-Neckar-Zeitung*

Zitat

Das *Darmstädter Echo* zu dem SPIEGEL-Buch „*Hohl*-SPIEGEL – Fundstücke aus 15 SPIEGEL-Jahren“:

Es gibt nicht wenige Leser des Hamburger Nachrichtenmagazins SPIEGEL, die Woche für Woche ihre Lektüre ganz anders beginnen, als sich die Nachrichtenschreiber das denken: Statt von vorne fangen sie mit dem Lesen ganz hinten an, beim „Hohl-Spiegel“. Was kann auch schöner sein, als die Woche mit einigen herzhaften Lachern zu beginnen? Im „Hohl-Spiegel“ stehen allwöchentlich Entgleisungen des unfreiwilligen Humors aus der deutschen Presselandschaft. Die Schlagzeile „Sexuelle Ausbeutung überfordert die Leute“, der Textausschnitt „Bobic trifft zur Zeit, wie er will. Sogar seine Freundin ist schwanger“ sind beliebige Beispiele – nein, nicht aus diesem kleinen Buch, sondern aus dem vorletzten SPIEGEL. Der hier vorgestellte Band sammelt Fundstücke aus 15 Jahren. Da bleibt kein Auge trocken. Die Themen der ausgewählten Fehlleistungen sind in Anlehnung an die Ressorts der Zeitschrift gegliedert. Wenigstens zwei Beispiele seien angeführt. In der Weidener Zeitung *Der neue Tag* steht direkt unter der Dachzeile „Reaktionen auf Goppels Tod“: „Ein Segen für Volk und Land“, und die *Welt am Sonntag* stellt gewitzt fest: „Bei geistiger Unfähigkeit sinkt die Intelligenz“.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 40/1996 PROZESSE – STOLZ AUF DEFIZITE über Haushaltsverstöße des früheren Generalintendanten der Stuttgarter Staatstheater, Wolfgang Gönnenwein.

Eine Wirtschaftsstrafkammer des Stuttgarter Landgerichts verwarnte Gönnenwein und den früheren Verwaltungsdirektor Rolf Quati letzte Woche wegen Untreue. Außerdem drohte das Gericht eine Geldstrafe von jeweils 36 000 Mark an, ausgesetzt auf Bewährung. Dennoch bleiben die beiden finanziell nicht ungeschoren. Sie müssen jeweils 50 000 Mark an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen. Das Gericht befand Gönnenwein und Quati für schuldig, das Gebot einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung mißachtet zu haben. Den beiden wurde zur Last gelegt, mehr als vier Millionen Mark ohne rechtzeitige Genehmigung für Theaterproduktionen ausgegeben zu haben. Der frühere Generalintendant Gönnewein hatte sich darauf berufen, es sei „politischer Wille“ des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Lothar Späth gewesen, „die Qualität von Oper und Schauspiel zu steigern“.